

Akademie-Verlag Berlin 1976

Reihe: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie. Hrsg. v. Manfred Buhr, Nr. 76

1. Wachsende Bedeutung des ideologischen Kampfes

Die Bedeutung der ideologischen Arbeit für die marxistische Partei hat vor allem Lenin herausgearbeitet, und dies besonders in seinem Werk „Was tun?“. Lenin weist darauf hin, und die DKP unterstreicht diesen Gedanken in den Thesen ihres Düsseldorfer Parteitags, daß es ohne revolutionäre Theorie auch keine revolutionäre Bewegung geben kann.¹ Wirklich revolutionär kann der Kampf der Arbeiterbewegung nur dann sein, wenn er sich nicht im spontanen, ökonomischen Kampf erschöpft, sondern, von der marxistischen Theorie erhellt, auf die grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, auf das wissenschaftlich begründete sozialistische Ziel gerichtet ist. Dafür braucht die Arbeiterklasse sozialistisches Bewußtsein. Ein solches Bewußtsein kann aber nicht im Selbstlauf entstehen. Der Sozialismus ist eine Wissenschaft, die von Wissenschaftlern, von Marx und Engels entwickelt wurde. Sie muß studiert und den Arbeitern überzeugend vermittelt werden. Diese Aufgabe kann nur die marxistische Partei, der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse, verwirklichen. Die marxistische Partei ist die Verkörperung der Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung. Ohne die Partei vermag die Arbeiterklasse lediglich ein nur gewerkschaftliches Bewußtsein², d. h. das Bewußtsein zu entwickeln, daß es notwendig ist, im Kampf um die unmittelbaren sozialen Interessen den Kapitalisten das gemeinsame Handeln der Arbeiter entgegenzustellen. Dabei zeigen die Erfahrungen des Klassenkampfes, daß selbst ein solches Bewußtsein häufig viel Überzeugungsarbeit verlangt.

Sozialistisches Bewußtsein kann der Arbeiterklasse nur im erbitterten ideologischen Klassenkampf vermittelt werden. Lenin weist in „Was tun?“ darauf hin, daß die bürgerliche [12] Ideologie viel älter ist als die sozialistische und über viel mehr Mittel der Verbreitung verfügt als diese.³ Bürgerliche Ideologie begegnet den Arbeiterkindern in ihrer Familie, sie wird ihnen in der Schule, der Kirche, der Armee eingetrichtert, sie begleitet sie ihr ganzes Leben. Das gilt heute, angesichts der perfekten, fast lückenlosen Meinungsmanipulation des Großkapitals und seiner Organe ganz besonders. Lenin unterstreicht darum: Dort, wo die sozialistische Ideologie nicht ist, da ist die bürgerliche.⁴ Die sozialistische Ideologie, das sozialistische Bewußtsein, kann nur dann in die Köpfe der Arbeiter getragen werden, wenn die bürgerliche Ideologie Schritt für Schritt daraus verdrängt wird.

Vermittlung von sozialistischem Bewußtsein ist daher eine ständige, erstrangige Aufgabe der Partei der Arbeiterklasse. Die marxistische Partei kann diese Aufgabe dabei nur in dem Maße erfüllen, wie ihre Mitglieder selbst unermüdlich den Marxismus studieren und ihn auf die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes anwenden lernen.

In den Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP wird darum festgestellt: „Der Kampf stellt an alle Kommunisten ständig höhere theoretische und politische Anforderungen. Die offensive Auseinandersetzung mit Antikommunismus und Nationalismus, mit den Theorien von der ‚Sozialpartnerschaft‘ und ‚Leistungsgemeinschaft‘ muß verstärkt werden. Die ideologischen Grundlagen des Kampfes der DKP für die Überwindung des Kapitalismus und den Sieg des Sozialismus müssen zum Allgemeingut aller Mitglieder und der fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse und der Jugend gemacht werden.“

Die Hebung des theoretischen Niveaus der Mitglieder der DKP ist untrennbar mit der Stärkung der Partei, der Wirksamkeit ihrer Aktionen und ihrer ideologischen Einheit verbunden. Die DKP stärken heißt, sich entschieden von Rechts- und Linksoportunisten abgrenzen, sich mit ihnen kämpferisch auseinandersetzen, die gesamte Partei zu qualifizierter politischer und ideologischer Auseinandersetzung auf der Grundlage der Theorie von Marx, Engels und Lenin zu befähigen.“⁵

¹ Lenin, Werke, Bd. 5, S. 379; Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, These 43.

² Lenin, Werke, Bd. 5, S. 386/87.

³ Ebenda, S. 397.

⁴ Vgl. ebenda, S. 396.

⁵ Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, These 43.

Lenin zitiert in seiner Arbeit „Was tun?“ den bekannten Satz von Engels, daß die Arbeiterklasse den Kampf an drei Fronten führen muß, an der politischen, ökonomischen und theoretischen Front.⁶ Jedes Vernachlässigen des theoretischen, [13] ideologischen Kampfes führt zum Praktizismus und dazu, daß die Arbeiterklasse und ihre Vorhut die richtige Orientierung verlieren. Andererseits darf die ideologische Arbeit auch nicht losgelöst werden vom politischen und ökonomischen Klassenkampf, wenn sie nicht zu erstarrter, hohler Schreibstubengelehrtheit führen soll.

Das Studium und die Verbreitung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung ist eine Aufgabe, die sich für die kommunistische Partei unter allen Bedingungen, unabhängig von den konkreten Besonderheiten des Klassenkampfes stellt. Das ergibt sich vor allem auch daraus, daß die marxistische Partei, im Unterschied zu allen anderen Parteien, kein Sammelsurium von Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und oft auch auseinandergelagerter und sogar entgegengesetzter politischer Vorstellungen ist, sondern ein Kampfbund von Gleichgesinnten.

Die Stärke und Unbesiegbarkeit der marxistischen Partei beruht auf der gemeinsamen marxistisch-leninistischen Weltanschauung ihrer Mitglieder, der einzig wissenschaftlichen Weltanschauung, die sich auf die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung gründet, die die Interessen der fortschrittlichsten Klasse der Gesellschaft, der Arbeiterklasse, die Erfordernisse des gesellschaftlichen Fortschritts ausdrückt.

Die einheitliche marxistisch-leninistische Weltanschauung ist das Fundament für die Einheit der politischen Ziele, für die Einheit und Geschlossenheit der Organisation, für die breitentfaltete innerparteiliche Demokratie und die für alle Mitglieder gleichermaßen verbindliche Disziplin und Beschlüßtreue, für das einheitliche Handeln der Partei.

Die marxistisch-leninistische Weltanschauung, die Theorie von Marx, Engels und Lenin, ist für die DKP als Ganzes wie für jeden einzelnen Kommunisten der zuverlässige Kompaß, der uns auch in den schwierigsten Situationen des Klassenkampfes den Weg weist, der uns sowohl vor rechtsopportunistischen als auch vor linkssektiererischen Abweichungen vom Kurs unseres Kampfes um Frieden, Demokratie und Sozialismus bewahrt.

Die Notwendigkeit eines solchen Kompasses und seine Zuverlässigkeit haben sich vom ersten Tag des Wirkens der DKP bestätigt. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß die [14] DKP unmittelbar nach den internationalistischen Hilfsmaßnahmen der sozialistischen Länder für die ČSSR neu konstituiert wurde. Die feste weltanschauliche Position der kommunistischen Kader in der BRD, die Treue zur Theorie von Marx, Engels und Lenin, der proletarische Internationalismus hat uns in dieser komplizierten Lage, als in der Bundesrepublik die hochgepeitschten Wellen des Antikommunismus und Antisowjetismus alle Deiche zu durchbrechen drohten, davor bewahrt, das Steuer loszulassen und zum Spielball der antikommunistischen Wogen zu werden.

Auch in den vergangenen Jahren hat es nicht an Versuchen gefehlt, die DKP vom Kurs abzubringen und in den Strudel des Opportunismus zu locken. Alle Versuche, sie in Gegensatz zur internationalen kommunistischen Bewegung, vor allem in Gegensatz zu ihrer Hauptkraft, der KPdSU und der Sowjetunion, zu bringen, sind gescheitert. Das haben weder ideologische Attacken vermocht, noch werden Berufsverbote oder andere Mittel administrativen Drucks dazu in der Lage sein.

Die Zurückweisung dieser Versuche erfordert allerdings immer wieder intensive ideologische Arbeit, das Studium und die Verbreitung unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung.

Die weltanschauliche Festigung aller Mitglieder der Partei gibt uns die Überzeugung von der Gerechtigkeit und Sieghaftigkeit unserer Sache. Der tausendmal totgesagte Marxismus ist zur führenden geistigen Strömung, die von Bismarck, vom russischen Zaren und von Hitler mit Terror verfolgte kommunistische Bewegung ist zur einflußreichsten politischen Kraft der Gegenwart geworden.

Die Theorie von Marx, Engels und Lenin wurde auf einem Drittel des Erdballs bereits zur materiellen Gewalt. Die sozialistische Staatengemeinschaft entwickelt sich erfolgreich. Ihre Überlegenheit wird gerade angesichts der tiefen Krise des Kapitalismus mit jedem Tag deutlicher. All dies gibt uns

⁶ Lenin, Werke, Bd. 5, S. 381/83.

Kommunisten moralische Stärke, erfüllt uns mit der festen Zuversicht, daß die Arbeiterklasse auch in der Bundesrepublik den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung zum Durchbruch verhelfen wird, daß der Sozialismus auch um die BRD keinen Bogen macht.

Diese Kraft und moralische Stärke aus unserer marxistisch-[15]leninistischen Weltanschauung zu schöpfen, das ist gerade auch in einer solchen Lage notwendig, wie wir sie gegenwärtig haben, wo in der internationalen Arena die kommunistische Bewegung zwar mit großen Schritten vorankommt, in der BRD selbst jedoch größere Erfolge erst durch langwierige, mühsame Kleinarbeit vorbereitet werden müssen, deren Fortschritte häufig für lange Zeit nicht sichtbar werden.

In dem Beschluß des Parteivorstands der DKP zur Einberufung des Bonner Parteitags wird nachdrücklich unterstrichen, daß die entscheidende Bedingung für die weitere erfolgreiche Entwicklung der DKP die Entfaltung ihrer Massenarbeit, vor allem in der Arbeiterschaft und der Jugend, ist. Auch dafür ist die weltanschauliche Festigung aller Mitglieder der Partei unerlässlich. Das zeigt sich auch in der von der 5. Tagung des Parteivorstands beschlossenen „Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung“⁷ Die Erfahrungen der Aktion zeigen:

Sie ist dann erfolgreich, wenn es gelingt, das tausendfache Gespräch mit den Arbeitern, mit der Jugend zu führen, am Arbeitsplatz, bei Hausbesuchen, in den Organisationen, in denen Arbeiter und junge Menschen in ihrer Freizeit tätig sind, am Informationsstand und beim Verkauf der „UZ“, des Zentralorgans der DKP. Bei diesen Gesprächen werden viele Fragen gestellt: Ist Preisstopp überhaupt möglich? Ziehen höhere Löhne nicht notwendig höhere Preise nach sich? Muß man nicht beim Lohn kurztreten, damit die Unternehmer Gewinne machen und Arbeitsplätze geschaffen werden können? Diese unter dem Einfluß des Trommelfeuers der bürgerlichen Meinungsmedien gestellten Fragen müssen von den Kommunisten überzeugend beantwortet werden. Zugleich werden weitergehende Fragen gestellt, nach den Ursachen der Arbeitslosigkeit und Preistreiberei, nach grundsätzlichen Alternativen, nach der Situation in der DDR, Fragen der Freiheit und Demokratie. Auch diese Fragen müssen eine überzeugende Antwort der Kommunisten finden, wenn wir die Menschen für die Politik der DKP gewinnen wollen. Das erfordert ideologische Standhaftigkeit und Überzeugungskraft, die nur durch das Studium unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung, durch das gründliche Vertrautsein mit der Politik der Partei erworben werden können.

Die Erfahrungen der „Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung“ zeigen, daß sie dort die größten Erfolge bringt, wo [16] es gelingt, die Masse der Mitglieder der Partei für die direkte und aktive Teilnahme zu mobilisieren. Das ist aber noch nicht überall der Fall. Es gibt Gruppen, in denen nur ein kleiner Teil der Mitglieder beim Hausbesuch, am Informationsstand, beim UZ-Verkauf dabei ist. Die Ursache dafür ist in der Regel keineswegs Trägheit oder mangelnde Bereitschaft, für die Partei aktiv zu werden. Nicht wenige dieser Mitglieder sind bereit, bei Nacht und Nebel Flugblätter in die Briefkästen zu stecken oder Stellschilder aufzubauen. Wenn sie dort fehlen, wo es darauf ankommt, das Gespräch zu führen, so offensichtlich darum, weil sie ungenügend mit unserer Weltanschauung und unserer Politik vertraut sind. Auch hier ist die verstärkte ideologische Arbeit ein entscheidender Hebel zur Verbesserung unserer gesamten Tätigkeit.

Hinzu kommt, daß es sich bei der „Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung“ nicht um die Aktion irgendeiner politischen Organisation, sondern um die der Kommunistischen Partei der BRD handelt. Marx und Engels haben aber schon im „Manifest der Kommunistischen Partei“, in der Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, über die Aufgaben der Kommunisten gesagt: „Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung.“⁸

⁷ 5. Tagung des Parteivorstands der DKP, UZ-Extra vom 17.10.1974. – Bei der Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung handelt es sich um Aktivitäten der Partei gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit, zur Verteidigung von Arbeitsplätzen sowie Aktionen gegen das Preisdiktat der Konzerne und der kapitalistischen Staaten, wie Demonstrationsverkäufe von Kaufhauskonzernen, bei denen auf die große Spanne zwischen den Einkaufs- und Verkaufspreisen dieser Konzerne aufmerksam gemacht wird, Demonstrationen gegen staatliche und kommunale Tarif- und Gebührenerhöhungen, Unterschriftensammlungen für ein Gesetz zum Preisstopp bei lebensnotwendigen Gütern, Mieten und Dienstleistungen.

⁸ Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 492.

Das bedeutet: Kommunisten müssen sich stets der elementarsten, brennendsten Fragen annehmen, die die Arbeiter bewegen. Sie dürfen jedoch nicht dabei stehenbleiben, sondern müssen, ausgehend von diesen Fragen, immer bemüht sein, den Arbeitern grundsätzliche Klassenerkenntnisse zu vermitteln, sie an das sozialistische Ziel der Arbeiterbewegung heranzuführen.

Es kommt also darauf an, die Problematik Preise und Arbeitsplätze zu verbinden mit grundsätzlichen Klassenfragen, mit dem Aufdecken der im kapitalistischen Profitsystem wurzelnden Ursachen der Arbeitslosigkeit und Preistreiberei, mit einer offensiven Sozialismuspropaganda.

Diese Sozialismus-Propaganda muß dabei stets zwei Seiten haben. Einerseits kommt es darauf an, das Beispiel der erfolgreichen Entwicklung der Länder der sozialistischen Gemeinschaft bekanntzumachen, andererseits dürfen wir aber, gerade angesichts der tiefen Krise des Kapitalismus und ihrer ver-[17]heerenden Auswirkungen für die arbeitenden Menschen, nicht versäumen, konkret nachzuweisen, was Sozialismus für diese industriell hochentwickelte BRD bedeuten würde und welchen hohen Preis das arbeitende Volk für das kapitalistische System bezahlen muß. Dafür genügt ein Vergleich mit der sozialistischen DDR. In der BRD waren 1975 im Jahresdurchschnitt 1,5 bis 2 Millionen Arbeiter und Angestellte zur Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verurteilt. Besonders schwer ist die Lage der Jugendlichen. Hunderttausende junger Menschen finden keine Lehrstelle oder müssen ihren Weg ins Leben gar als Arbeitslose beginnen. In der sozialistischen DDR gibt es keine Arbeitslosigkeit. Dort fehlen Arbeitskräfte. Für jeden jungen Menschen stehen qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung. Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel, das ist der Preis, den die Arbeiterklasse und die arbeitende Jugend der BRD für den Kapitalismus zahlen muß.

In der Bundesrepublik steigen die Preise unaufhörlich. Die Teuerungsrate lag 1975 bei 6-7 Prozent. Zusammen mit steigenden Steuern und Sozialbeiträgen frißt das die mageren Nominallohnerhöhungen auf und höhlt die Realeinkommen aus.

In der sozialistischen DDR gibt es keine inflationäre Preisentwicklung. Mieten und Verbraucherpreise sind stabil. Die Realeinkommen steigen. Inflationäre Preistreiberei, Aushöhlung der Reallöhne, das ist der Preis, den die arbeitenden Menschen der BRD für das kapitalistische System zahlen müssen.

In der Bundesrepublik suchen Hunderttausende Familien eine Wohnung oder müssen in elenden Bruchbuden vegetieren. Besonders schwer ist dabei die Lage der ausländischen Arbeiter. Zugleich stehen 300.000 Neubauwohnungen leer. Sie können nicht verkauft oder vermietet werden, weil die Preise unerschwinglich sind. Auch so etwas ist in der sozialistischen DDR unvorstellbar. Auch dort suchen noch viele Familien eine Wohnung. Noch können längst nicht alle Wünsche befriedigt werden. Es werden aber gewaltige Anstrengungen im Rahmen des vom VIII. Parteitag der SED eingeleiteten Sozialprogramms unternommen, um bei der Lösung der Wohnungsfrage voranzukommen. Leerstehende Wohnungen, weil die geforderte Miete zu hoch ist, das ist in der DDR undenkbar, wo die Mieten für Neubauwohnungen im Schnitt bei einer Mark pro Quadratmeter [18] liegen. In einer sozialistischen Bundesrepublik stünden die leerstehenden 300.000 Wohnungen sofort als billige Wohnungen für Werktätige zur Verfügung. Wohnungsnot bei gleichzeitiger Vergeudung und Nichtausnutzung wertvollen Wohnraums, das ist der Preis, den die Werktätigen für das kapitalistische System in der BRD zahlen müssen.

In der Bundesrepublik geht die Industrieproduktion zurück. 1975 blieben etwa 25 Prozent der Produktionskapazitäten infolge der kapitalistischen Krise ungenutzt. In der DDR dagegen wächst die Produktion kontinuierlich. Das vergangene Jahr war das erfolgreichste in der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR.

Die brachliegenden Produktionskapazitäten in der Bundesrepublik haben allein 1975 einen Produktionsverlust von mehr als 100 Milliarden DM bedeutet. In einer sozialistischen Bundesrepublik, in der es keine kapitalistischen Krisen gäbe, hätten die 100 Milliarden DM für höhere Löhne und Renten, für Aufgaben im Bildungswesen, im Gesundheits- und Verkehrswesen, im Wohnungsbau und für andere notwendige Verbesserungen des Lebens der Bevölkerung zur Verfügung gestanden. Der Verzicht auf diese Verbesserungen und die Vertiefung der Misere in diesen Bereichen, das ist der Preis, den die Werktätigen der BRD für den Kapitalismus zahlen müssen.

In der Bundesrepublik wird die Lage im Bildungswesen immer unerträglicher. Überfüllte Klassen, Ausfall von Zehntausenden von Unterrichtsstunden, zu gleicher Zeit arbeitslose Lehrer, Verzicht selbst auf nur organisatorische Reformen auf dem Gebiet des Schulsystems, wachsende Tendenzen der Rückkehr zum alten Drei-Klassen-Schulsystem u. ä. ist an der Tagesordnung. Während in der DDR jedes Kind eine mindestens 10-klassige Schule besucht, entspricht der heutige Ausbildungsstand der Masse der Schüler in der BRD, der Hauptschüler, nicht einmal mehr den Anforderungen des ganz normalen kapitalistischen Konkurrenzkampfes. Während in der sozialistischen DDR den Kindern alle Möglichkeiten geboten werden, ihre Fähigkeiten und Talente frei zu entfalten, zahlt die Jugend der BRD mit der Bildungsmisere für die Fortexistenz des Kapitalismus in der Bundesrepublik.

Der konkrete Nachweis, welchen Preis das arbeitende Volk für den Kapitalismus zahlen muß, welche Vorzüge der Sozialis-[19]mus den Menschen dieser BRD brächte, muß in der Sozialismus-Propaganda verstärkt werden. Das ist vor allem auch darum notwendig, weil der Sozialismus leider zunächst nicht in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Ländern siegte. Von daher gab es für die sozialistischen Länder schwere Ausgangspositionen. Das gilt für Länder wie die heutige Sowjetunion, Bulgarien oder Polen, das gilt aber auch für die DDR, im Vergleich mit der BRD. Es braucht hier nur daran erinnert zu werden, daß 1945 von den 128 Hochöfen, die es damals auf dem Territorium des ehemaligen deutschen Reiches gab, nur ganze 4 auf dem Gebiet der heutigen DDR lagen. Von daher sind, trotz gewaltiger Erfolge der sozialistischen Länder bei der Entwicklung des Lebensstandards, diese Länder in bestimmten Bereichen des rein materiellen Lebensstandards noch hinter entwickelten kapitalistischen Ländern zurück, was die herrschenden Kreise der BRD für ihre antisozialistische Propaganda nützen. Eine sozialistische Bundesrepublik hätte jedoch von vornherein völlig andere Ausgangspositionen. Sie könnte von vornherein ein Land der sozialen Sicherheit und des hohen Wohlstands sein.

Wenn wir von verstärkter Sozialismus-Propaganda sprechen, so haben wir allerdings nicht nur die Propagierung unseres sozialistischen Zieles im Sinn. Dazu gehört ebenso die Propagierung des Weges zu diesem Ziel, das heißt die verstärkte Vermittlung unserer Vorstellungen für die Öffnung des Weges zum Sozialismus über den antimonopolistischen Kampf.

Nun werden die Politiker der das kapitalistische System tragenden Parteien und die Meinungsmacher des Großkapitals nicht müde zu behaupten, daß es sich bei Krise, Produktionsrückgang, Arbeitslosigkeit und Inflation nicht um Gebrechen des Kapitalismus, sondern angeblich um „weltweite“ Krankheiten handle. Insbesondere behaupten die bürgerlichen Propagandisten, daß es auch in den sozialistischen Ländern eine inflationäre Preisexplosion gäbe.

Auch hier genügt ein Blick auf die DDR, um sich von der Unhaltbarkeit dieser Behauptungen zu überzeugen. Jeder, der die DDR besucht, weiß, daß es dort stabile Verbraucherpreise und Mieten gibt. Dabei kann natürlich nicht übersehen werden, daß die Inflation in den kapitalistischen Ländern auch für die Länder des Sozialismus Probleme bringt. Leider wirkt nicht nur [20] der Sozialismus auf den Kapitalismus ein, sondern es ist auch umgekehrt. Die inflationäre Entwicklung auf dem kapitalistischen Weltmarkt bringt besonders für ein so rohstoffarmes Land wie die DDR Probleme. Den größten Teil ihrer Rohstoffe bezieht die DDR zwar aus der Sowjetunion, aber sie muß ihren Bedarf zum Teil auch in kapitalistischen und Entwicklungsländern decken. Dabei sind in den letzten Jahren ganz enorme Verteuerungen eingetreten. Der Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, hat auf dem 13. Plenum des Zentralkomitees der SED darauf hingewiesen, daß z. B. der Preis für Erdöl, das die DDR auf dem kapitalistischen Weltmarkt kauft, von 36 Valuta-Mark im Jahre 1972 auf 192 Valuta-Mark im Jahre 1974 gestiegen ist.⁹ Das bringt selbstverständlich große Probleme. Wenn die bürgerliche Presse in der BRD allerdings behauptet, daß es auch in der DDR Inflation gäbe, so ist das der Versuch, nach der Methode „Haltet den Dieb!“ von der eigenen Misere abzulenken.

Die Ursachen der Belastungen für die DDR und für andere sozialistische Länder liegen nicht im sozialistischen System. Es handelt sich um Auswirkungen der Wirtschaftsverbindungen mit dem kapitalistischen Weltmarkt. Zum anderen und vor allem ist der Staat bemüht, die aufgetretenen Belastungen von

⁹ Erich Honecker in seiner Rede auf dem 13. Plenum des ZK der SED.

den Werktätigen fernzuhalten. Das geschieht durch Subventionierung von Grundnahrungsmitteln und anderer lebenswichtiger Güter und Dienstleistungen. Das zeigt anschaulich, daß im Sozialismus der Mensch im Mittelpunkt steht.

Die sozialistischen Länder unternehmen größte Anstrengungen, um den negativen Auswirkungen der inflationären Entwicklung auf dem kapitalistischen Weltmarkt entgegenzuwirken. Sie sind bemüht, verstärkt ihre eigene Rohstoffbasis zu entwickeln, sparsam mit Rohstoffen umzugehen, verstärkt die Wissenschaft zu nutzen und die Effektivität der Produktion zu erhöhen.

Die erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus und auch die Art, wie dort Probleme gelöst werden, müssen in noch größerem Maße für die Sozialismus-Propaganda genutzt werden. Auch und gerade die Verstärkung der Sozialismus-Propaganda erfordert Einsichten in die Theorie von Marx, Engels und Lenin, große Kenntnisse aller Mitglieder der DKP. Sie macht das verstärkte Studium und die größere Verbreitung unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung notwendig.

[21] Über das Gesagte hinaus sehen wir für die wachsende Bedeutung der ideologischen Arbeit der DKP vor allem folgende Faktoren:

– Die wachsende ökonomische, politische und militärische Stärke der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft hat zu einer Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus geführt. Dieses veränderte Kräfteverhältnis zwingt den Imperialismus zu einer Politik der Anpassung. Dazu gehört auch, daß der direkte Sturmangriff auf den Sozialismus, die in den Nachkriegsjahren betriebene Politik des „roll back“, mehr und mehr in den Hintergrund treten muß. In den Vordergrund der Systemauseinandersetzung tritt der ökonomische und ideologische Kampf.

– Zugleich hat sich die allgemeine Krise des Kapitalismus außerordentlich verschärft. Es wird immer deutlicher: Dieses System kann nicht fertig werden mit solchen grundlegenden Fragen wie der Gewährleistung sicherer Arbeitsplätze, der Eindämmung der inflationistischen Geldentwertung, des Schutzes vor der Zerstörung der Umwelt durch die Konzerne, der neuen Anforderungen des Verkehrs-, Gesundheits- und Bildungswesens, mit den Miet- und Bodenproblemen. Auf diesem Hintergrund verschärfen sich die sozialen Auseinandersetzungen, nimmt die Systemkritik und die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen bei Teilen der Arbeiterklasse und besonders der jungen Generation zu.

Der wachsenden Systemkritik versuchen das Großkapital und die das kapitalistische System verteidigenden Parteien mit verstärkten ideologischen Anstrengungen entgegenzutreten. Einerseits sind sie bemüht, den Antikommunismus und Antisowjetismus anzuheizen, die erfolgreiche Entwicklung der Länder der sozialistischen Gemeinschaft zu verschweigen, das von ihnen in den Meinungsmedien gezeichnete Zerrbild des realen Sozialismus noch unansehnlicher zu machen. Andererseits geht ihr Bestreben dahin, ihr bankrotttes Ausbeutersystem mit schillernden Etiketten wie „Industriegesellschaft“, „soziale Marktwirtschaft“ oder „humane Leistungsgesellschaft“ zu tarnen, über seine unheilbaren Gebrechen hinwegzutäuschen. Mit verstärkter Propagierung der „Sozialpartnerschaft“, mit der Behauptung der Reformfähigkeit des Kapitalismus und mit immer neuen gesellschaftspolitischen Konzeptionen soll das Bewußtsein der Ar-[22]beiter vernebelt werden. Die DKP ist bemüht, in die in Bewegung geratene gesellschaftspolitische Diskussion in noch stärkerem Maße einzugreifen durch das Aufdecken der Gebrechen und Widersprüche des Kapitalismus und ihrer Ursachen, durch die Propagierung ihrer konstruktiven Reformvorschläge im Interesse des arbeitenden Volkes sowie ihrer grundsätzlichen antimonopolistischen Alternativen und der sozialistischen Perspektive für die BRD, durch die Verbreitung des Beispiels der erfolgreichen Entwicklung der Länder des Sozialismus.

– In dem Drang nach Ausdehnung der Macht und Profite des Monopolkapitals hat das staatsmonopolistische System der BRD in den vergangenen Jahren die stärkste Militärmacht Westeuropas geschaffen, eine große Kapitalexportoffensive unternommen, das System der Subventionen und Maßnahmen zur Profitsteigerung des Großkapitals mit Hilfe der Staatskasse immer weiter ausgebaut. Das hat die materiellen Möglichkeiten des deutschen Imperialismus, insbesondere die Staatsfinanzen, überfordert und diese in eine tiefe Krise geführt. Aufrüstung und Kapitalexport sollen jedoch weiter forciert, die Profite des Großkapitals noch mehr erhöht werden. Den Ausweg aus dem finanziellen Dilemma versuchen Monopolkapital und Staat durch einen massiven Angriff auf die Reallöhne der

Arbeiter und Angestellten, durch neue Massenbelastungen der Werktätigen und einen umfangreichen Abbau staatlicher Verpflichtungen im Sozial- und Bildungsbereich herbeizuführen. Dieser Angriff soll durch eine verstärkte sozialdemagogische Kampagne, durch die Predigt, daß „alle Opfer bringen müssen“ und andere Manöver ideologisch abgesichert werden. Der Kampf um die Verteidigung und Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen in der BRD verlangt darum eine Verstärkung der ideologischen Arbeit der Kommunisten.

– Die offensichtlichen Gebrechen des Kapitalismus und die Erfolge der Länder des Sozialismus haben dazu geführt, daß sozialistisches Gedankengut auf Teile der Bevölkerung – besonders der jungen Generation – eine zunehmende Anziehungskraft ausübt. Das schafft neue Möglichkeiten für die Verbreitung des Marxismus, für die offensive Zurückdrängung der bürgerlichen Ideologie, für die Propagierung der Politik der DKP und die Stärkung ihrer Reihen.

[23] Man darf allerdings nicht übersehen, daß auf dem Boden der gewachsenen Systemkritik und des zunehmenden Interesses für sozialistisches Gedankengut auch maoistische und trotzkistische Grüppchen und Theorien als Schmarotzerpflanzen ins Kraut schießen. Gleichzeitig werden rechtsopportunistische Konzeptionen des „demokratischen Sozialismus“, eines „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus verbreitet. Solche Theorien, deren objektive Funktion darin besteht, die systemkritischen Teile der Arbeiterschaft und der Jugend davon abzuhalten, den Weg zur DKP zu gehen, haben einen günstigen Nährboden, weil auch bei den systemkritischen Teilen der Arbeiterschaft und der Jugend der Antikommunismus tief eingefressen ist. Die verstärkte Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus, besonders mit einem entstellten Bild über den realen Sozialismus, mit rechtsopportunistischen, maoistischen und trotzkistischen Konzeptionen ist darum eine Grundvoraussetzung, um die Chancen, die sich aus der dargelegten Entwicklung ergeben, nutzen zu können.

– Schließlich ergibt sich die zunehmende Bedeutung der ideologischen Arbeit aus der vom Hamburger Parteitag der DKP gestellten Aufgabe, die größeren Möglichkeiten für die Entfaltung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und für breite, antimonopolistische Bündnisse zu nutzen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Masseneinfluß der DKP in den Betrieben, unter der Jugend, in der Kommunalarbeit und durch die Mitarbeit in Massenorganisationen zu erweitern. Das verlangt die Erweiterung des Kreises der aktiven Kommunisten, ihre Befähigung für erfolgreiche Aktionseinheits- und Bündnispolitik und eine wirkungsvolle Massenarbeit. Dazu gehört jedoch nicht zuletzt ideologisch-politische Klarheit, großes Wissen und Überzeugungskraft. Sie zu vermitteln ist eine wesentliche Aufgabe der ideologischen Arbeit der DKP. Hinzu kommt, daß in den letzten Jahren viele neue Mitglieder in die DKP gekommen sind. Sie müssen gründlicher mit der Politik der Partei und mit der Theorie von Marx, Engels und Lenin vertraut gemacht werden.

Der ideologische Klassenkampf, das Ringen um das Denken der Menschen, gewinnt also eine immer größere Bedeutung. Damit werden aber auch neue Anforderungen an die ideologische Arbeit der DKP gestellt. Neue Probleme und Fragen treten auf. Einige dieser Fragen sind Gegenstand der folgenden Kapitel. Dabei soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß zu ihrer Erarbeitung auch Reden und Aufsätze des Autors herangezogen wurden, die von der DKP oder in Publikationen des Verlages „Marxistische Blätter“ in Frankfurt am Main bereits veröffentlicht wurden.

[25]

2. Die Krise der bürgerlichen Ideologie als Bestandteil der allgemeinen Krise des Kapitalismus

2.1. Zur Krise der bürgerlichen Ideologie

Das Wort Krise ist heute zu einer der am häufigsten gebrauchten politischen Vokabeln in den Ländern des Kapitalismus geworden. Es ist die Rede von Wirtschaftskrisen, Strukturkrisen, Währungskrisen, von der Energiekrise, aber auch von der Krise der EWG, der Krise der Beziehungen zu den USA, von der Krise der Demokratie, der bürgerlichen Moral und Ideologie. Alles das ist Ausdruck dafür, daß wir es mit einer bedeutenden Zuspitzung, mit einer neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu tun haben.

Zur Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus gehört auch die Vertiefung der Krise der bürgerlichen Ideologie. Sie kommt darin zum Ausdruck, daß es für das Monopolkapital und seine Ideologen immer schwieriger wird, den Kapitalismus offen zu verteidigen. Während die erfolgreiche Entwicklung des realen Sozialismus die wesentliche Grundlage für die Offensive sozialistischer Ideen bildet, erschweren die immer augenscheinlicheren Gebrechen des Kapitalismus die offene Rechtfertigung dieses Systems. Die Kapitalisten und ihre Apologeten wagen darum immer weniger, vom Kapitalismus zu sprechen. Schon 1972 schrieb Fritz Dietz, ein einflußreicher Vertreter des Monopolkapitals: „Wer den Kapitalismus verteidigt, begibt sich schon aufs Glatteis.“¹ Bürgerliche Ideologen erfinden darum immer neue Bezeichnungen für das diskreditierte kapitalistische Ausbeutersystem. Da ist von „sozialer Marktwirtschaft“, „Industriegesellschaft“, „postindustrieller Gesellschaft“ und von ähnlichen Aufklebern für die immer unansehnlicher werdende Fassade des Kapitalismus die Rede.

Wie diskreditiert der Kapitalismus ist, und das besonders in der jungen Generation unseres Landes, wird auch dadurch deutlich, daß selbst die Jugendorganisation der CDU, die „Junge [26] Union“, auf ihrem sogenannten Deutschlandtag sich gegen „kapitalistische Tendenzen“ wenden mußte und demagogisch einen „dritten Weg zwischen liberalistischem Kapitalismus und marxistisch-sozialistischem Ordnungsbild“ anzubieten versuchte. Hinter dieser schillernden Fassade wird bei näherem Hinsehen allerdings sehr schnell das alte bröckelnde Gebäude des Kapitalismus sichtbar. Die Jugendorganisation der CDU bietet nämlich als „dritten Weg“ die durch ein paar Scheinreformchen à la „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ „fortentwickelte soziale Marktwirtschaft“ an. Hinter dieser Tarnbezeichnung verbirgt sich aber in der BRD seit langem der ganz gewöhnliche staatsmonopolistische Kapitalismus.

Der Nachteil all dieser neuen Etiketten für den alten Kapitalismus besteht für das Großkapital darin, daß sie die Gebrechen der kapitalistischen Ausbeuterordnung nicht verdecken können. Diese treten vielmehr immer deutlicher hervor. Deshalb sind die Ideologen der Bourgeoisie heute gezwungen, demagogisch von „gesellschaftspolitischen Veränderungen“ zu sprechen. Neuerdings werden darum stärker Theorien der „Humanisierung“ des Systems in den Vordergrund gestellt, z. B. „humane Leistungsgesellschaft“ oder „demokratischer Sozialismus Kern der meisten bürgerlichen Gesellschaftskonzeptionen – gleich welcher Herkunft – bilden dabei Empfehlungen zur Verbesserung des staatsmonopolistischen Systems, die dazu verhelfen sollen, seiner ökonomischen, politischen und ideologischen Krise Herr zu werden. Reform ist ein häufig gebrauchter Begriff in der gegenwärtigen imperialistischen und rechtsopportunistischen Propaganda, wenngleich die rechtssozialdemokratischen Führer angesichts des durch die ökonomischen Krisenerscheinungen eingeengten finanziellen Spielraums zur Zeit große Anstrengungen unternehmen, um die von ihnen geweckten Reformervartungen bei den Massen zu dämpfen. Es soll den Werktätigen suggeriert werden, das kapitalistische System sei für die notwendigen Veränderungen offen. In der Reformierung und nicht in der gesellschaftlichen Umwälzung liege die Garantie für die Zukunft. Der bürgerliche Reformismus zielt darauf ab, die Grundlagen des monopolkapitalistischen Systems zu erhalten, dieses System auf seine veränderten Existenzbedingungen einzustellen und nach Möglichkeit die arbeitenden Men-[27]schen im Interesse der Festigung des Imperialismus zu mobilisieren.

¹ Handelsblatt vom 20.5.1972.

Die Krise der bürgerlichen Ideologie kommt darin zum Ausdruck, daß der wachsende Einfluß sozialistischer Theorie und Praxis stärker als jemals zuvor die Gegner des Sozialismus zwingt, sich in das Gewand des „Sozialismus“ zu hüllen. Das gilt insbesondere für den „demokratischen Sozialismus“. Er soll die wachsende Gesellschaftskritik in der BRD in systemkonforme Bahnen lenken und dem Beispiel des realen Sozialismus eine prokapitalistische Scheinalternative entgegenstellen.

Die Sozialismusedemagogie erweist sich allerdings für das Monopolkapital als ein zweischneidiges Schwert. Einerseits können damit in gewissem Umfang Illusionen über den Charakter staatsmonopolistischer Politik erzeugt werden. Andererseits birgt diese Demagogie jedoch das Risiko in sich, daß damit Prozesse der Bewußtseinsbildung gefördert werden, die auf die Dauer der Kontrolle der Bourgeoisie entgleiten können. Gerade darum ist die rechte SPD-Führung bemüht, möglichst nebelhaft vom „demokratischen Sozialismus“ zu sprechen, der, wie Willy Brandt auf dem Hannoverschen Parteitag seiner Partei betonte, nicht erreichbares Ziel, sondern immerwährende Aufgabe sei. Gerade darum grenzen die sozialdemokratischen Führer den „demokratischen Sozialismus“ nachdrücklich vom wissenschaftlichen Sozialismus ab.

Gleichzeitig versucht man im konservativen Lager, den Konservatismus an die neuen Bedingungen anzupassen, um auf renovierter ideologischer Grundlage erweiterten Masseneinfluß zu erlangen. Die Wahlerfolge der CDU/CSU in der BRD in den letzten Monaten zeigen, daß dies nicht ohne Erfolg geschieht. Dabei sind die bürgerlichen Ideologen der konservativen Richtung bemüht, auch sich als offen für Reformen darzustellen. Vor allem geht es ihnen darum, sich in noch stärkerem Maße als früher als Sachwalter der „Freiheit des einzelnen“ aufzuspielen. Sie ziehen gegen den „Kollektivismus“, die „Vermassung“, die „Bedrohung der Freiheit durch Demokratisierung und Gleichmacherei“ zu Felde. Es wird der Versuch unternommen, durch „Individualisierung“ dem gemeinsamen Kampf der arbeitenden Menschen für ihre gemeinsamen Interessen entgegenzuwirken. Diese Versuche sind eine Widerspiegelung der verschärften Widersprüche des Systems. Sie richten sich zugleich [28] gegen die zunehmende Ausstrahlungskraft des realen Sozialismus und unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung.

Die sich verschärfende Krise der bürgerlichen Ideologie kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß sie nicht mehr zu verhindern vermag, daß ein wachsender Teil der Arbeiter und vor allem der jungen Generation Kritik am kapitalistischen System äußert und nach einer Alternative sucht. In der am 19.8.1974 veröffentlichten „Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundfragen“ durch die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) wird diese Entwicklung mit großer Sorge vermerkt. Es ist dort die Rede von der „gesellschaftspolitischen Unruhe“, von der „Woge der Kapitalismuskritik“ und von der „Wiederbelebung des Marxismus“.² Mit Recht wird festgestellt: „Der Konflikt über die Richtung, in die sich die gesellschaftliche Ordnung fortentwickeln soll, ist heute totaler und tiefgreifender als zu Beginn der Bundesrepublik.“³

Um die Kritik am kapitalistischen Profitsystem und an seinen unheilbaren Gebrechen abzublocken, sind die BDA-Bosse bestrebt, das Bild eines Kapitalismus – den auch sie allerdings schamhaft mit „Marktwirtschaft“ oder „Industriegesellschaft“ umschreiben – zu zeichnen, der die beste und sozialste aller Ordnungen darstelle. Da wird behauptet, daß „privates Eigentum und Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ... keine gesellschaftsfeindlichen Einrichtungen zum Nutzen einer Minderheit, sondern ... die nachhaltigste Antriebskraft für die erfolgreiche Verbindung von privatem und sozialem Nutzen“ seien.⁴ Und an anderer Stelle heißt es: „Privates Eigentum mindert Fehlentscheidungen ...“⁵

Dieses Kapitalismusbild wurde von den BDA-Bossen ausgerechnet zu einem Zeitpunkt gezeichnet, wo es bereits hunderttausend Arbeitslose und Kurzarbeiter in unserem Lande gab, die Zeugen der gesellschaftsfeindlichen, unsozialen Auswirkungen des kapitalistischen Privateigentums, der uneingeschränkten Verfügungsgewalt der Konzernbosse oder der Fehlentscheidungen kapitalistischer

² Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen, hrsg. von der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“, Köln 1974, S. 28/29.

³ Ebenda, S. 11.

⁴ Ebenda, S. 18.

⁵ Ebenda, S. 32.

Eigentümer und Manager sind, wo das skrupellose Preisdiktat der Monopole den gesellschaftsfeindlichen, unsozialen Charakter des kapitalistischen Eigentums und der kapitalistischen Verfügungsgewalt besonders deutlich werden läßt.

Ebenso wirklichkeitsfremd ist angesichts der sich verschär-[29]fenden Klassengegensätze und Klassenkämpfe die Behauptung: „Das Klischee vom Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit gehört der Vergangenheit an.“⁶ Geradezu grotesk wirkt es, wenn der BDA-Präsident Schleyer angesichts der sich zuspitzenden Krisenerscheinungen in den kapitalistischen Ländern einerseits und der raschen Aufwärtsentwicklung der sozialistischen Länder andererseits auf einer Pressekonferenz zur Veröffentlichung der BDA-Erklärung am 19. August 1974 behauptete: „Kein sozialistisches Rezept wäre auch nur annähernd in der Lage gewesen, mit den Schwierigkeiten der Vergangenheit, insbesondere der jüngsten Vergangenheit, auch nur annähernd fertig zu werden, wie unsere marktwirtschaftliche Ordnung ...“

Wen angesichts der tiefen ökonomischen Krise in der BRD und ihrer Auswirkungen für die arbeitenden Menschen die „Vorzüge“ kapitalistischen Eigentums nicht zu überzeugen vermögen, den wollen die Monopolherren und ihre Ideologen durch eine breit angelegte Freiheitsdemagogie für ihr bankrottetes System gewinnen.

Wenn behauptet wird, „die Entwicklung in der Bundesrepublik hat dem Einzelnen ein hohes Maß an Freiheit und wirtschaftlichem Wohlstand gebracht“⁷, dann müssen wir Kommunisten die Frage stellen, von wem hier die Rede ist. Ist die Rede von den 1,7 Prozent der Familien, d. h. den Großkapitalisten, die wirklich nur die „einzelnen“ sind, die aber drei Viertel des Produktivvermögens besitzen, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Macht politische Macht usurpieren, die sich die Freiheit nehmen, Hunderttausende Arbeiter auf die Straße zu setzen oder zur Kurzarbeit zu zwingen und die rücksichtslos die Preise in die Höhe treiben? Oder ist die Rede von den „vielen“, die keine Produktionsmittel besitzen und die infolgedessen die „Freiheit“ haben, ihre Arbeitskraft den Besitzern der Produktionsmittel verkaufen zu müssen, von diesen ausgebeutet zu werden oder gar stempeln zu gehen?

Selbstentlarvend ist auch die These in der BDA-Erklärung, daß „Freiheit und privates Unternehmertum untrennbar miteinander verbunden ist ...“⁸. Diese Feststellung bedeutet eben, daß über 80 Prozent der Bevölkerung unseres Landes keine wirkliche Freiheit haben, weil sie keine Unternehmer sind, weil sie keine Produktionsmittel besitzen und sich an die Unternehmer verkaufen müssen.

[30] In welchen Schwierigkeiten sich die Verteidiger des Kapitalismus befinden, wird darin deutlich, daß selbst die BDA-Bosse bei allem Lobgesang auf den Kapitalismus nicht umhinkönnen, bestimmte Gebrechen einzugestehen. Auch sie sind dabei bemüht, den Eindruck zu erwecken, als könne der Kapitalismus diese Krankheiten durch Reformen überwinden. Um Reformen welcher Art es sich hierbei handeln soll, zeigen allerdings die massiven Angriffe auf die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen ebenso wie das Verlangen nach Senkung der Reallöhne und dem Abbau der staatlichen Sozialleistungen.

Wenn wir von der bürgerlichen Ideologie und ihrer Krise sprechen, dürfen auch die Bemühungen zur stärkeren Verbreitung der plumpsten, stockreaktionärsten Formen der bürgerlichen Ideologie in Gestalt der Nostalgie- und Hitlerwelle sowie zur Aktivierung offen irrationalistischer Formen bürgerlicher Ideologie, z. B. des Parapsychologismus und anderer Arten mystizistischer Bewußtseinsmanipulierung, nicht unerwähnt bleiben.

Nicht zuletzt drückt sich die Vertiefung der Krise der bürgerlichen Ideologie in der Krise des Antikommunismus aus, der nach wie vor die ideologische Hauptstütze zur Absicherung der Herrschaft des Großkapitals ist. Der Antikommunismus gründete und gründet sich dabei wesentlich auf die Lüge einer drohenden Aggression der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Jahrelang hat das an die Wand gemalte Gespenst von den sowjetischen Panzern, die angeblich

⁶ Ebenda, S. 34.

⁷ Ebenda, S. 11.

⁸ Ebenda, S. 13.

die BRD überrollen wollen, seine Wirkung gehabt. Diese Lüge wird auch heute noch verbreitet. Angesichts der konstruktiven Friedenspolitik der sozialistischen Länder und ihrer Erfolge wird es für diesen plumpen, militanten Antikommunismus jedoch schwerer, zum Zuge zu kommen.

Die bürgerlichen Ideologen sind gezwungen, ihn durch verfeinerte Methoden zu ergänzen. Zugleich erleben wir in der BRD Versuche zur verstärkten Neubelebung des aggressiven, militanten Antikommunismus in Gestalt einer regelrechten Spionagehysterie gegen die DDR, des Solschenizyn- und Sacharow-Rummels und der Entfaltung einer wilden Hysterie gegen alle linken Kräfte in der BRD im Zusammenhang mit den Aktivitäten anarchistischer Grüppchen.

Die Krise des Antikommunismus drückt sich auch darin aus, [31] daß man gezwungen ist, in wachsendem Maße dessen maoistische, trotzkistische, rechts- und „links“-revisionistische Varianten einzusetzen.

2.2. Mit den Klassikern des Marxismus gegen den Marxismus – am Beispiel Engels'

Zur Krise der bürgerlichen Ideologie gehört auch der Zwang für die Feinde des Marxismus, sich in das Gewand von „Marxisten“ hüllen oder mit den Klassikern des Marxismus gegen den Marxismus kämpfen zu müssen.

Der Kampf gegen den wissenschaftlichen Sozialismus ist so alt wie dieser selbst. Haben die Bourgeoisie und ihre ideologischen Klopffechter zunächst den Marxismus totzuschweigen versucht, so haben sie sich später vor allem bemüht, die Theorie von Marx, Engels und Lenin zu versimpeln und zu widerlegen.

Den Marxismus totzuschweigen, das war schon zu Lebzeiten von Marx und Engels nicht mehr möglich. So konnte Marx bekanntlich schon 1873, im Nachwort zur 2. Auflage des „Kapitals“, feststellen, daß diese Taktik der Bourgeoisie fehlgeschlagen ist. Er gab seiner großen Freude darüber Ausdruck, daß sein Hauptwerk vor allem bei den Arbeitern weite Verbreitung gefunden habe. War schon damals das Bemühen, den Marxismus totzuschweigen, zum Scheitern verurteilt, so wäre ein solcher Versuch heute, angesichts der Verwirklichung des wissenschaftlichen Sozialismus in einem mächtigen sozialistischen Weltsystem, angesichts der wachsenden Stärke der von den Ideen Marx', Engels' und Lenins beeinflussten nationalen Befreiungsbewegungen, angesichts des Anwachsens der kommunistischen Bewegung in den Hochburgen des Kapitalismus und des Drängens großer Teile der Jugend dieser Länder nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen, für das Großkapital sehr gefährlich. Weit wichtiger ist die Methode geworden, das aus den neuen Verhältnissen erwachsende Interesse am Marxismus, am Sozialismus zu mißbrauchen, indem alle rechten und „linken“ „Revisionen“ des Marxismus aus der Vergangenheit und Gegenwart von der Großbourgeoisie und ihren Instrumenten, wie z. B. Verlagen, gehegt und gepflegt werden. Auf einer höhe-[32]ren Stufe bestätigt sich so die schon 1913 von Lenin getroffene Feststellung: „Die Dialektik der Geschichte ist derart, daß der theoretische Sieg des Marxismus seine Feinde zwingt, sich als Marxisten zu verkleiden.“⁹

In ihrem Bemühen, die Ideen von Marx, Engels und Lenin zu verfälschen, bedienen sich die Feinde des Marxismus teilweise raffinierter Methoden. Es gibt in der Bundesrepublik eine ganze Flut von Veröffentlichungen über Marx, Engels und Lenin, in denen die berufsmäßigen Marxologen und Kreml-Astrologen zahlreiche Fälschungen und Versimpelungen des Marxismus anbieten. Die Werke der Klassiker des Marxismus selbst werden dagegen – wenn man von dem Verlag „Marxistische Blätter“ absieht – fast gar nicht oder nur in einer Auswahl verlegt, die bezweckt, mit Marx gegen Marx, mit Engels gegen Engels und mit Lenin gegen Lenin zu kämpfen. Das gilt noch mehr für den Versuch, vermittels aus dem historischen Zusammenhang gerissener Werke oder Werkausschnitte von Marx und Engels gegen Lenin zu Felde zu zielen, oder aber auch für das Bemühen, auf diese Weise Gegensätze zwischen Marx und Engels selbst zu konstruieren.

Das wichtigste Anliegen der Marxologen und Kreml-Astrologen besteht aber darin, gefälschte oder aus dem Zusammenhang gerissene Schriften oder Äußerungen von Marx und Engels für den Kampf gegen den existierenden Sozialismus, gegen die sozialistischen Länder und besonders gegen die

⁹ Lenin, Werke, Bd. 18, S. 578.

UdSSR und die DDR sowie gegen die kommunistischen Parteien zu verwenden. Dazu dienen besonders einige falsch interpretierte Frühschriften von Marx und ein paar entstellte späte Arbeiten von Engels. So ist es kein Wunder, daß sich in der beim Fischer-Verlag erschienenen vierbändigen sogenannten Studienausgabe Marx/Engels gerade diese Schriften finden, die durch entsprechende Vorworte von Professor Fetscher in der erforderlichen Weise entstellt werden.

Ich möchte mich der Auseinandersetzung mit einigen Schwerpunkten dieser Entstehungen des Engelsschen Werkes in der Bundesrepublik zuwenden. [33]

2.2.1. Engels – bloßer „Popularisator“ oder Mitschöpfer des Marxismus?

Da ist zunächst einmal der Versuch, die Bedeutung von Engels für die Herausarbeitung des Marxismus herabzumindern oder ihn als bloßen Publizisten und Popularisator der Ideen von Marx hinzustellen. Dieses Bemühen wird z. B. in den erwähnten Vorworten Fetschers für die Marx-Engels-Studienausgabe des Fischer-Verlages deutlich. Es findet sich aber auch, und zum Teil noch eindeutiger, in den Schriften vieler anderer Marxologen.

Zweifellos kommt Marx die Hauptrolle bei der Ausarbeitung des Marxismus zu. Das hat niemand mehr betont als Engels selbst. War er es doch, der in seinem Brief an Johann Philipp Becker vom 15. Oktober 1884 davon spricht, daß er sein ganzes Leben lang die zweite Violine gespielt habe, daß er aber froh darüber sei, dies neben einer so famosen ersten Violine gewesen zu sein, wie Marx es war. Und in seiner Arbeit „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ schreibt Engels über die Rolle von Marx und seinen eigenen Anteil an der Ausarbeitung des wissenschaftlichen Sozialismus: „Daß ich vor und während meines vierzigjährigen Zusammenwirkens mit Marx sowohl an der Begründung wie namentlich an der Ausarbeitung der Theorie einen gewissen selbständigen Anteil hatte, kann ich selbst nicht leugnen. Aber der größte Teil der leitenden Grundgedanken, besonders auf ökonomischem und geschichtlichem Gebiet, und speziell ihre schließliche scharfe Fassung, gehört Marx. Was ich beigetragen, das konnte – allenfalls ein paar Spezialfächer ausgenommen – Marx wohl auch ohne mich fertigbringen. Was Marx geleistet, hätte ich nicht fertiggebracht. Marx stand höher, sah weiter, überblickte mehr und rascher als wir anderen alle. Marx war ein Genie, wir anderen höchstens Talente. Ohne ihn wäre die Theorie heute bei weitem nicht das, was sie ist. Sie trägt daher auch mit Recht seinen Namen.“¹⁰

Diese bescheidende Einschätzung seiner eigenen Rolle bezieht sich aber auf das Verhältnis zu Marx, einem Gelehrten und Kämpfer, wie sie in Jahrhunderten nur selten geboren werden. Diese Selbstbescheidung von Engels vermag jedoch seine eigene gewaltige wissenschaftliche Leistung bei der Aus[34]arbeitung des Marxismus in keiner Weise zu schmälern. Man braucht nur solche großartigen, von Engels verfaßten oder mitverfaßten Werke des Marxismus zu nennen wie „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, das „Manifest der Kommunistischen Partei“, „Der deutsche Bauernkrieg“, „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, „Anti-Dühring“, „Dialektik der Natur“, „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“, die „Kritik des Erfurter Programms“, die Vorworte zu Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich“ und andere.

Auch an der Ausarbeitung des „Kapitals“, des Hauptwerkes von Karl Marx, hat Engels einen nicht geringen Anteil. So schrieb Marx bei Fertigstellung des 1. Bandes des „Kapitals“ am 16. August 1867 an Engels:

„Also dieser Band ist fertig. Bloß Dir verdanke ich es, daß dies möglich war! Ohne Deine Aufopferung für mich konnte ich unmöglich die ungeheuren Arbeiten zu den 3 Bänden machen. Ich umarme Dich dankerfüllt.“¹¹

In der Tat wäre es Marx nicht möglich gewesen, sein großes Werk ohne die freundschaftliche Hilfe von Engels zu schaffen. Das gilt zunächst für die materielle Hilfe. Bekanntlich hat Engels 20 Jahre im – wie er sich ausdrückte – „hündischen Commerz“ [MEW Bd. 31. S. 293] bei der Firma Ermen

¹⁰ Marx/Engels, Werke, Bd. 21, S. 291 f.

¹¹ Marx/Engels, Werke, Bd. 31, S. 323.

und Engels in Manchester gearbeitet, um seinem Freund die Arbeit am „Kapital“ zu ermöglichen. Er hat darüber hinaus Marx jede nur mögliche Arbeit abgenommen, die ihn von seinem Hauptwerk abgehalten hätte. So hat er eine große Zahl von Artikeln unter Marx' Namen veröffentlicht und ihn bei der Tätigkeit im Generalrat der I. Internationale unterstützt.

Die Hilfe von Engels bei der Ausarbeitung von Marx' „Kapital“ beschränkt sich jedoch nicht auf die materielle Unterstützung und Übernahme anderer Arbeiten. Engels war es, der Marx durch seine „Umriss der Kritik der Nationalökonomie“, die schon 1844 in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ erschienen, wesentliche Aspekte einer Kritik der bürgerlichen politischen Ökonomie vermittelte. Marx nannte die Arbeit geradezu eine „geniale Skizze“. Außerdem hat sich Marx, wie aus dem Briefwechsel der beiden Freunde hervorgeht, im Ver-[35]lauf der Ausarbeitung seines Werkes immer wieder mit Engels über verschiedene Fragen der Ökonomie beraten.

Die inhaltliche Mitarbeit am „Kapital“ bezieht sich vor allem auf den 2. und 3. Band, deren Herausgabe Engels nach Marx' Tod seine ganze Kraft widmete. Dabei ging es keineswegs nur um die Herausgabe von fertigen Manuskripten. Viele Teile des Werkes lagen nur in Skizzen oder in mehreren Varianten vor, die später ausgearbeitet werden sollten. Engels blieb es vorbehalten, sie fertigzustellen. Dabei hat Engels auch eine Reihe neuer Entwicklungen berücksichtigt, die sich nach Marx' Tod im Kapitalismus vollzogen, wie die immer stärkere Entfaltung der Aktiengesellschaften, den beginnenden Übergang von der freien Konkurrenz zum Monopol u. a. Lenin nannte darum mit Recht den 2. und 3. Band des „Kapitals“ „das Werk von zweien: Von Marx und Engels“.¹²

Die neuen Entwicklungen des Kapitalismus analysierte Engels auch in anderen Arbeiten, so z. B. in der „Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891“. Dort schreibt er in Auseinandersetzung mit einer ungenügenden Formulierung des Programmentwurfs: „Was heißt denn kapitalistische Privatproduktion? Produktion durch den einzelnen Unternehmer, und die wird ja schon mehr und mehr Ausnahme. Kapitalistische Produktion durch Aktiengesellschaften ist schon keine Privatproduktion mehr, sondern Produktion für assoziierte Rechnung von vielen. Und wenn wir von den Aktiengesellschaften übergehen zu den Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und monopolisieren, so hört da nicht nur die Privatproduktion auf, sondern auch die Planlosigkeit.“¹³

Lenin, der die Veränderungen, die sich im Kapitalismus um die Jahrhundertwende vollzogen, später umfassend analysierte und in seiner Imperialismustheorie verarbeitete, stellte fest, daß Engels hier bereits das Grundsätzliche des neuen Stadiums der kapitalistischen Entwicklung erkannte, „nämlich, daß sich der Kapitalismus in monopolistischen Kapitalismus verwandelt“. Lenin betonte, daß die Hinweise von Engels besonders wertvoll seien für die Widerlegung der bürgerlich-reformistischen Behauptungen, der „monopolistische oder staatsmonopolistische Kapitalismus sei schon kein Kapitalismus mehr ...“¹⁴

Dies gilt heute nicht zuletzt auch für die Auseinandersetzung mit der Konvergenztheorie, deren Vertreter bekanntlich [36] behaupten, daß eine Angleichung von Kapitalismus und Sozialismus in Richtung auf eine neue „optimale Gesellschaft“ stattfindet, und die dabei für diese Entwicklung auf seiten des Kapitalismus vor allem die staatliche Wirtschaftstätigkeit und den Übergang zu Formen der staatsmonopolistischen Planung oder Programmierung anführen. Schon Engels hat mit seiner zitierten Bemerkung deutlich gemacht, daß durch die Einführung von Elementen der Planmäßigkeit im Kapitalismus dieser nicht aufhört, Kapitalismus zu sein.

Was die staatliche Wirtschaftstätigkeit im Kapitalismus betrifft, so hat Engels schon im „Anti-Dühring“ den Nachweis geführt, daß sie, selbst in ihrer höchsten Form, dem Staatseigentum, „die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte“, d. h. das Wesen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, nicht auf hebt.¹⁵

¹² Lenin, Werke, Bd. 2, S. 12.

¹³ Marx/Engels, Werke, Bd. 22, S. 231 f.

¹⁴ Lenin, Werke, Bd. 25, S. 456.

¹⁵ Marx/Engels, Werke, Bd. 20, S. 260.

Engels hat auf allen Gebieten, in der politischen Ökonomie, in der Philosophie, bei der Ausarbeitung der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung, in der marxistischen Geschichtsforschung und als Schöpfer der marxistischen Militärtheorie hervorragenden Anteil an der Ausarbeitung des Marxismus. War Marx ein wissenschaftlicher Gigant, so Engels ein Riese des Geistes, der alle seine professoralen Kritiker um mehrere Haupteslängen überragt.

2.2.2. Engels – philosophischer „Dilettant“ oder dialektischer Materialist?

In ihrem Bemühen, Engels' wissenschaftliche Leistung abzuwerten, konzentrieren sich die Marxologen und die modernen Revisionisten vor allem auf sein philosophisches Werk. Prof. Iring Fetscher behauptet, „daß durch Engels' verkürzte (wenn auch nicht überall verkürzte) Auffassung der Dialektik und deren Übertragung auf die Deutung der Natur und naturwissenschaftlicher Erkenntnisse der Weg für den Lenin-Stalinschen ‚Diamat‘ geebnet wurde“. ¹⁶ Er spricht von dem „naturphilosophischen Dilettantismus des ‚Anti-Dühring‘“ ¹⁷ und behauptet einen „einseitigen ökonomischen Determinismus im ‚Ursprung der Familie‘“. ¹⁸

Keine dieser Behauptungen, die darauf abzielen, einen [37] Gegensatz zwischen Marx einerseits, Engels und Lenin andererseits zu konstruieren, hält einer ernsthaften Prüfung stand.

Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels, Engels' 1885 geschriebenes Vorwort zum ‚Anti-Dühring‘, Marx' Vorwort für die französische Veröffentlichung der, wie Marx selbst sagt, „treffendsten Auszüge aus dem theoretischen Teil des Buches, die gewissermaßen eine Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus bilden“ ¹⁹ beweisen folgendes:

1. Der „Anti-Dühring“ wurde auf Drängen von Marx geschrieben, der diese Arbeit um der Existenz der Partei willen geschrieben wissen wollte.
2. Marx kannte und billigte jedes Wort des Werkes, das ihm Engels vor der Drucklegung vorlas.
3. Das 10. Kapitel des Buches hat Marx selbst geschrieben. Daraus folgt, daß der Angriff auf Engels in Wahrheit auch ein Angriff auf Marx ist.

Schon in den 20er Jahren, als Arturo Labriola und Georg Lukács die Legende aufbrachten, daß es zwischen Marx und Engels einen philosophischen Gegensatz gäbe, haben Ladislaus Rudas und andere das widerlegt. ²⁰ Neuerdings hat Kurt Reiprich eine Monographie über die philosophisch-naturwissenschaftlichen Arbeiten von Marx und Engels veröffentlicht, die auch auf eine größere Anzahl noch unveröffentlichter Studien von Karl Marx zu naturwissenschaftlichen Fragen eingeht. ²¹ Robert Steigerwald hat anhand des Briefwechsels von Marx und Engels und einiger Passagen aus dem Werk von Marx nachgewiesen, daß alle Grundelemente einer Dialektik der Natur, wie sie Engels ausführlicher ausarbeitete, im Werk von Marx nachweisbar sind. ²² Kurzum, es gibt auch auf diesem Gebiet keine Möglichkeit, Marx gegen Engels auszuspielen.

Was die Arbeit von Engels über den „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ angeht, so hätte ein einfacher Blick in Engels' Vorwort von 1884 Fetscher und seinen Nachtrab davon überzeugen können, daß sich Engels dabei auf sehr umfangreiche Marx-Exzerpte stützte. Statt von einem angeblichen Gegensatz zwischen Marx und Engels auf diesem Gebiet zu fabulieren, hätte er sich lieber um Einsicht in die Marxschen Notizen bemühen sollen – jedenfalls dann, wenn es ihm um ernste, wissenschaftliche Arbeit gegangen wäre.

Kommen wir zum behaupteten flachen ökonomischen Deter-[38]minismus. Niemand anders als Friedrich Engels hat in den neunziger Jahren in einer ganzen Anzahl von Briefen an Schmidt, Bloch, Mehring und Starkenburg gerade gegen die ihm von den Marxologen unterstellte Auffassung Partei

¹⁶ Marx/Engels I, Studienausgabe, Fischer-Bücherei, Frankfurt (Main). 1966, S. 10.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Marx/Engels IV, Studienausgabe, a. a. O., S. 9.

¹⁹ Marx/Engels, Werke, Bd. 19, S. 185.

²⁰ L. Rudas, Arbeiterliteratur, Wien 1924, Heft 9, 10 und 12.

²¹ [K. Reiprich, Die philosophisch-naturwissenschaftlichen Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels, Berlin 1969.](#)

²² [R. Steigerwald, Herbert Marcuses „dritter Weg“, Berlin 1969, S. 28.](#)

ergriffen. „Was den Herren allen fehlt, ist Dialektik. Sie sehn stets nur hier Ursache, dort Wirkung“²³, schrieb er an Schmidt, jene kritisierend, die für alles nach ökonomischen Ursachen suchten und die zahlreichen Formen gegenseitiger Ein- und Wechselwirkung nicht sähen.

„... wir alle haben zunächst das Hauptgewicht auf die *Ableitung* der politischen, rechtlichen und sonstigen ideologischen Vorstellungen und durch diese Vorstellungen vermittelten Handlungen aus den ökonomischen Grundtatsachen gelegt und *legen müssen* ... Es ist die alte Geschichte: Im Anfang wird stets die Form über dem Inhalt vernachlässigt ... und der Fehler ist mir immer erst Post festum aufgestoßen ...

Damit zusammen hängt auch die blödsinnige Vorstellung der Ideologen: Weil wir den verschiedenen ideologischen Sphären, die in der Geschichte eine Rolle spielen, eine selbständige historische Entwicklung absprechen, sprächen wir ihnen auch jede *historische Wirksamkeit* ab. Es liegt hier die ordinäre undialektische Vorstellung von Ursache und Wirkung als starr einander entgegengesetzter Pole zugrunde, die absolute Vergessung der Wechselwirkung. Daß ein historisches Moment, sobald es einmal durch andre, schließlich ökonomische Ursachen, in die Welt gesetzt, nun auch reagiert, auf seine Umgebung und selbst seine eignen Ursachen zurückwirken kann, vergessen die Herren oft fast absichtlich.“²⁴

Es zeugt, wenn nicht vom Mangel an gutem Willen zu wissenschaftlich einwandfreiem Arbeiten, dann wenigstens von Unkenntnis der einschlägigen Belegstellen, wenn Fetscher und andere die oben wiedergegebenen Behauptungen aufstellen.

2.2.3. Engels – Kronzeuge des Opportunismus oder proletarischer Revolutionär?

Ein weiterer Schwerpunkt der Verfälschung des Engelsschen Erbes besteht in dem Versuch, Engels als einen Anhänger des bürgerlichen Parlamentarismus darzustellen und als Kronzeu-[39]gen für eine opportunistische, revisionistische Theorie und Praxis zu mißbrauchen.

Wieder einmal muß dafür Engels' letzte Arbeit, die Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“ erhalten, die im Jahre 1895 geschrieben wurde. So kolportiert z. B. Fetscher in der schon erwähnten sogenannten Studienausgabe des Fischer-Verlages die revisionistische Behauptung, Engels habe sich in dieser Arbeit vom „revolutionären Dogma“, sprich von der revolutionären Theorie, entfernt und die „Überlegenheit des friedlichen Kampfes mit dem Stimmrecht“ betont. Er habe die parlamentarische Demokratie nicht nur als „die optimale politische Voraussetzung für den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, sondern sogar als die politische Form für die nachrevolutionäre Zeit bezeichnet“ und weiche damit „deutlich von Marxens Auffassung im ‚Bürgerkrieg in Frankreich‘ ab“, der die Pariser Kommuneverfassung als die endlich gefundene politische Form der Diktatur des Proletariats begrüßt. Lenin habe 1917 „unter ausdrücklicher Berufung auf Marx und Ignorierung von Engels“ die Kommune-Demokratie als Vorbild für die Sowjet-Verfassung hingestellt.²⁵

Auch hier wird also versucht, Engels in Gegensatz zu Marx und Lenin zu bringen, wobei jetzt Engels als der für die Bourgeoisie genehmere Denker und Politiker erscheint, indem er in einen Anhänger des friedlichen Parlamentarismus verwandelt wird, während nur die anderen Anhänger der Diktatur des Proletariats seien und als Befürworter des bewaffneten Kampfes unter allen Bedingungen hingestellt werden. Das ist eine grobe historische Fälschung.

Zunächst einmal verschweigt Fetscher, unter welchen Bedingungen diese letzte Engelssche Arbeit zustande kam und wie sie von den Opportunisten entstellt wurde. Bei der Veröffentlichung seiner „Einleitung“ war Engels gezwungen, auf die Meinung der Parteiführung in Deutschland Rücksicht zu nehmen, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung für ein erneutes Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten von ihm verlangte, der Arbeit eine mildere, vorsichtiger Fassung zu geben. Daß eine solche mildere Fassung Engels selbst nicht behagte, zeigt sein Brief an Kautsky vom 25. März 1895, in dem er schreibt: „*Mein* Text hat einiges gelitten unter umsturzvorlagenfurchtsamlichen Bedenken

²³ Marx/Engels, Werke, Bd. 37, S. 494.

²⁴ Marx/Engels, Werke, Bd. 39, S. 96 und 98.

²⁵ Marx/Engels III, Studienausgabe, a. a. O., S. 11 f.

unserer Berliner Freunde, [40] denen ich unter den Umständen wohl Rechnung tragen mußte.“²⁶ Einige Führer der deutschen Sozialdemokratie begnügten sich jedoch mit dieser Abmilderung der Engelsschen Fassung nicht. Sie veröffentlichten im „Vorwärts“, dem Zentralorgan der Partei, einen derartig zurechtgestutzten Auszug, daß Engels – wie er empört an Kautsky schrieb – als friedfertiger Anbeter der Gesetzlichkeit *quand même* [unter allen Umständen] dargestellt wurde.²⁷ Engels protestierte bei Liebknecht und unterrichtete auch die Führer anderer Parteien davon.

Der Wortlaut der Engelsschen „Einleitung“ – wie alle seine anderen Arbeiten – beweist, daß Engels niemals ein Anbeter des bürgerlichen Parlamentarismus und ausschließlich friedlicher Kampfformen war. Er betont in seiner „Einleitung“, daß es notwendig sei, alle legalen Mittel auszunutzen, um das Proletariat auf die sozialistische Revolution vorzubereiten, daß es darauf ankomme, den Kampf für Demokratie geschickt mit dem Kampf um die sozialistische Revolution zu verbinden. Engels begründete in dieser Arbeit noch einmal, daß die Wahl der Kampfformen und -taktik immer von der historischen Situation abhängt, und legte dar, wann und warum friedliche Formen des revolutionären Kampfes zu bevorzugen sind. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß die Arbeiterklasse alle Kampfformen beherrschen müsse, um im Falle der Gewaltanwendung durch die Reaktion zu den nichtfriedlichen Formen greifen zu können. Die wichtigste Bedingung für den Erfolg der sozialistischen Revolution sah Engels darin, die breiten Volksmassen für die Sache der Arbeiterklasse zu gewinnen. Er schreibt: „Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben einstehen.“²⁸

Im allgemeinen Wahlrecht sah Engels nicht mehr als ein Barometer, „das uns unterrichtet über unsere eigene Stärke wie über die aller gegnerischen Parteien und uns dadurch einen Maßstab für die Proportionierung unserer Aktionen liefert ...“, und das Parlament sah er vor allem als „Tribüne, von der herab (unsere Vertreter) mit ganz anderer Autorität und Freiheit zu ihren Gegnern im Parlament wie zu den Massen draußen sprechen konnten als in der Presse und in Versammlung“.²⁹

[41] Seine Einstellung zum bürgerlichen Staat hat Engels besonders deutlich in seiner Einleitung zu Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich“ aus dem Jahre 1891 und in seiner Arbeit „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ formuliert. Er sagte dort: „In Wirklichkeit also ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie.“³⁰ „In der bürgerlichen demokratischen Republik übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus.“³¹

Die Verhältnisse in der Bundesrepublik wie in den anderen kapitalistischen Staaten sind eine deutliche Bestätigung dieser Engelsschen Feststellung.

Gleichzeitig wußten Marx und Engels die demokratische Republik, die demokratischen Rechte und Freiheiten als Kampfboden für die Arbeiterklasse zu würdigen und wandten sich entschieden gegen jede Unterschätzung des Kampfes um Demokratie.

Diese Haltung läßt sich vom „Kommunistischen Manifest“ bis zu Engels' Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich“ kontinuierlich verfolgen. So hat Engels z. B. den Entwurf des Erfurter Programms der Sozialdemokratie unter anderem auch darum kritisiert, weil in diesem die Forderung nach der demokratischen Republik fehlt. Marx und Engels sahen im Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten einen Kampf der Arbeiterklasse „für ihr eigenes Lebenselement, für die Luft, die sie zum Atmen nötig hat.“³²

Wenn Fetscher die Dinge so darzustellen versucht, als habe sich Engels mit der Unterstützung friedlicher Formen des revolutionären Kampfes von Marx und von der Diktatur des Proletariats distanziert,

²⁶ Marx/Engels Werke, Bd. 39, S. 446.

²⁷ Ebenda, S. 452.

²⁸ Marx/Engels, Werke, Bd. 22, S. 523.

²⁹ Ebenda, S. 519.

³⁰ Ebenda, S. 199.

³¹ Marx/Engels, Werke, Bd. 21, S. 167.

³² Marx/Engels, Werke, Bd. 16, S. 77.

so wollen wir diesen Professor der politischen Wissenschaften und angeblichen Marx-Experten nur noch daran erinnern, daß Marx 1872 – also nach der Pariser Kommune, deren Demokratie er als die endlich gefundene politische Form der Diktatur des Proletariats begrüßte – den friedlichen Weg der sozialistischen Revolution unter bestimmten konkreten historischen Bedingungen durchaus für möglich hielt.

Auf einem Meeting in Amsterdam, das nach Beendigung des Haager Kongresses der I. Internationale stattfand, erklärte [42] Marx: „Der Arbeiter muß eines Tages die politische Gewalt ergreifen, um die neue Organisation der Arbeit aufzubauen ... Aber wir haben nicht behauptet, daß die Wege, um zu diesem Ziel zu gelangen, überall dieselben seien. Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und die Traditionen der verschiedenen Länder berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt, wie Amerika, England – und wenn mir eure Institutionen besser bekannt wären, würde ich vielleicht noch Holland hinzufügen, wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziel gelangen können. Wenn das wahr ist, müssen wir auch erkennen, daß in den meisten Ländern des Kontinents der Hebel unserer Revolution die Gewalt sein muß ...“³³

Auch Lenin hat immer wieder betont, daß die Arbeiterklasse und ihre Partei alle Formen des revolutionären Kampfes beherrschen müssen. Der Kampf des russischen Proletariats unter Führung Lenins und der Bolschewiki beim Übergang von der Februarrevolution zur sozialistischen Oktoberrevolution 1917 ist das hervorragendste Beispiel für die Anwendung dieses Grundsatzes in der revolutionären Praxis.³⁴

Welches Ziel Fetscher und seinesgleichen mit diesen Entstellungen des Engelsschen Werkes verfolgen, ist nur allzu offensichtlich. Zum einen geht es ihnen darum, die Arbeiterklasse und die nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen strebenden Teile der Jugend in den kapitalistischen Ländern durch ein revisionistisches Bild von Engels vom revolutionären Kampf abzuhalten. Zum anderen und nicht zuletzt besteht das Ziel darin, revisionistische Positionen bei schwankenden Elementen in sozialistischen Ländern und in den kommunistischen Parteien zu fördern. Diese Zielstellung läßt Fetscher deutlich erkennen, wenn er schreibt: „Die einschlägigen Äußerungen von Engels haben in den letzten Jahren mehr als einmal zur Rechtfertigung intellektueller Opposition in Ostblockstaaten gedient. – Sie waren und sind eine nützliche Hilfe beim Versuch der Demokratisierung marxistischer Parteien.“³⁵

2.2.4. Engels und die proletarische Partei

Ein besonderer Schwerpunkt der Entstellung des Engelsschen Werkes betrifft die Position von Marx und Engels zur proletarischen Partei. Die bürgerlichen und revisionistischen Ideo-[43]logen sind auch hier bemüht, Gegensätze zwischen Marx und Engels sowie vor allem zwischen diesen und Lenin zu konstruieren. Während einige Marxologen behaupten, daß Marx einer selbständigen Partei der Arbeiterklasse wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe und die Idee einer zentralisierten proletarischen Partei zunächst Engels allein und später vor allem Lenin zukomme, behaupten andere, daß sowohl Marx als auch Engels den Fragen der Partei und der Organisationen der Arbeiterklasse überhaupt wenig Bedeutung beigemessen hätten. Die Aufgabe, eine straff organisierte Partei zu schaffen, habe erst Lenin gestellt. Der tiefste Bruch zwischen dem Leninismus und dem „ursprünglichen Marxismus“ bestünde deshalb in der Lehre Lenins von der proletarischen Partei.

Besonders typische Beispiele für solche Entstehungen der marxistischen Parteitheorie findet man bei Leonhard, Wetter, Thier, Rubel und wiederum bei Iring Fetscher.

So stellt Fetscher die Auffassungen von Engels und Lenin über die Partei den entsprechenden Ansichten des jungen Marx gegenüber.³⁶

³³ Marx/Engels, Werke, Bd. 18, S. 160.

³⁴ Vgl. J. Schleifstein, Lenin über Kampfmethoden und Kampfmethoden der Arbeiterbewegung, in: Lenin und die Arbeiterbewegung heute, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt (Main) 1970, S. 117.

³⁵ Marx/Engels III, Studienausgabe, a. a. O., S. 12.

³⁶ Vgl. I. Fetscher, Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten, München 1967, insbes. S. 617-619; ders., Karl Marx und der Marxismus. Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung, München 1967, S. 123-131.

Während sich Fetscher dabei bei Marx auf dessen *frühe* Arbeiten, insbesondere auf die „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung“ und die „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte aus dem Jahre 1844“ stützt, beruft er sich andererseits bei Engels auf dessen *späte* Schriften, vor allem auf den „Anti-Dühring“ u. a. Über den wissenschaftlichen Wert der Darstellungen der bürgerlichen und revisionistischen Marxologen sagt diese Methode bereits alles. Selbstverständlich hat die Herausarbeitung der marxistischen Parteitheorie wie des Marxismus überhaupt einen Entwicklungsprozeß durchlaufen. Bei ernster wissenschaftlicher Forschung stellt sich darum sofort heraus, daß bestimmte, noch unausgereifte Formulierungen über die Partei, über die man beim jungen Marx des Lobes voll ist, auch beim jungen Engels zu finden sind, während andererseits die ausgereifte Parteitheorie des späten Engels auch die von Marx in dieser Periode ist.

Im übrigen sind jedoch die Schlußfolgerungen, die die „Marxologen“ aus der Marxschen Arbeit ableiten, schon im Hinblick auf dessen frühe Schriften und die ersten Schritte zur Formierung einer kommunistischen Partei unhaltbare Spekulationen. So behauptet Fetscher, Marx habe die Entwicklung [44] des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse als spontanen Prozeß verstanden und niemals die Notwendigkeit des Hineintragens des sozialistischen Bewußtseins in die Arbeiterklasse durch die Partei vertreten. Was bleibt aber von dieser „Entdeckung“ Fetschers übrig, wenn ihr aus der frühen Marxschen Arbeit „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung“, die für Fetscher der Drehpunkt seiner Marxinterpretation ist, solche Gedanken Marxens gegenübergestellt werden wie „...die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift“³⁷ oder: „Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen“³⁸ Schon der junge Marx hat also die sozialistische Theorie als eine zunächst äußere Kraft gesehen, die an die Massen herangebracht werden, die sie ergreifen muß.

Zweitens behauptet Fetscher, Marx habe niemals zwischen Partei und Klasse unterschieden. Er vermag diese Behauptung dabei nur aufzustellen, indem er bei dieser Marx-Interpretation geflissentlich über ein Grundwerk des Marxismus wie das „Manifest der Kommunistischen Partei“ hinwegsieht. Im „Manifest“ widmen Marx und Engels bekanntlich dem Verhältnis von Arbeiterklasse und Partei ein ganzes Kapitel, das die Überschrift trägt „Proletarier und Kommunisten“. In diesem Kapitel betonen die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus einerseits, daß die Kommunisten „keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen“ haben, daß sie also Teil der Klasse sind. Andererseits unterstreichen sie jedoch die Rolle der Kommunisten als bewußte Vorhut der Klasse. „Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß einerseits sie in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats [45] die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“³⁹

Drittens behaupten Fetscher und andere Marxologen, Marx und Engels hätten den Parteibegriff nicht mit einer festen Organisation verbunden. Die schlagende Widerlegung dieser Entstellung des Marxismus ist das von Marx und Engels verfaßte Statut des Bundes der Kommunisten, der ersten kommunistischen Partei.⁴⁰ Hier wird zum ersten Male das proletarische Organisationsprinzip, die feste Verbindung von innerparteilicher Demokratie und Zentralismus, formuliert. Die Aktionsfähigkeit der proletarischen Partei kann nur aus der untrennbaren Einheit von Programm, Politik und Organisation erwachsen. Die „Bekennung zum Kommunismus“, d. h. die Anerkennung des wissenschaftlichen Sozialismus als theoretisch-ideologische Grundlage der Partei, galt Marx und Engels als erste Bedingung der Mitgliedschaft. Die ideologische Einheit der Partei war für sie die erste Voraussetzung für

³⁷ Marx/Engels, Werke, Bd. 1, S. 385.

³⁸ Ebenda, S. 39.

³⁹ Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 474.

⁴⁰ Ebenda, S. 596-601.

einen einheitlichen Willen und das einheitliche Handeln der Partei. Gleichzeitig forderte das Statut jedoch auch aktiven persönlichen Einsatz für die Durchsetzung der politischen Ziele, Unterordnung unter die gemeinsame Sache und strenge proletarische Disziplin.

Die Organisationsstruktur verband die breite innerparteiliche Demokratie im Ausbau und im Leben des Bundes mit der für jedes Mitglied und jedes Organ verbindlichen Verpflichtung, die Weisungen und Beschlüsse der gewählten übergeordneten Organe strikt durchzuführen. Diese Prinzipien sind heute Bestandteil der Statuten der kommunistischen und Arbeiterparteien.

Die Behauptungen der bürgerlichen und revisionistischen Marxologen, daß Marx bzw. Marx und Engels der Partei der Arbeiterklasse wenig Aufmerksamkeit geschenkt hätten, erweisen sich also bei näherer Betrachtung als plumpe Fälschungen, die darauf abzielen, die Lehre von der Partei des Proletariats aus dem Marxismus zu verbannen, um damit die Arbeiterklasse zu entwaffnen.

In Wirklichkeit haben Marx und Engels – wie eingangs bereits betont wurde – die Begründung der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse von Anfang an mit der Feststellung verbunden, daß die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Rolle nur [46] erfüllen kann, wenn sie von einer selbständigen Klassenpartei geführt wird. Die Verneinung der „Organisation des Proletariats als selbständige politische Partei“ war darum für Marx und Engels identisch mit einer Position „außerhalb der proletarischen Bewegung und innerhalb des kleinbürgerlichen Sozialismus“.⁴¹

Welche große Bedeutung die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus der proletarischen Partei beimaßen, hat Engels fast am Ende seines Lebens noch einmal ausdrücklich unterstrichen, indem er feststellte: „Damit am Tag der Entscheidung das Proletariat stark genug ist zu siegen, ist es nötig – und das haben M(arx) und ich seit 1847 vertreten –, daß es eine besondere Partei bildet, getrennt von allen anderen und ihnen entgegengesetzt, eine selbstbewußte Klassenpartei.“⁴²

Marx und Engels haben es jedoch nicht bei der Begründung der Notwendigkeit einer selbständigen proletarischen Partei belassen, sondern mit der Schaffung des Bundes der Kommunisten und der Internationalen Arbeiterassoziation; mit ihrer Unterstützung beim Aufbau marxistischer Parteien in den einzelnen Ländern aktiv für die Herausbildung und prinzipienfeste Entwicklung einer solchen Partei gewirkt.

Marx und Engels haben die proletarische Partei – wie bereits betont – auch nicht als losen Zusammenschluß, sondern als festen Kampfbund verstanden. Sie maßen der ideologischen und organisatorischen Einheit der Partei als Voraussetzung ihrer Kampffähigkeit die größte Bedeutung bei.

So unterstrich Engels die Notwendigkeit eines für alle Parteimitglieder verbindlichen Programms. Er betonte: Solange die Partei noch kein Programm besitzt, das der Arbeiterklasse Klarheit über das Ziel des Kampfes vermittelt, „solange wird auch die Partei nur als Keim existieren. Sie mag lokale Existenz haben, aber keine nationale; sie mag eine Partei sein ihrer Bestimmung nach, aber noch nicht in der Wirklichkeit.“⁴³ Er forderte, über das Programm müsse sich die „Partei in jedem gegebenen Augenblick einig sein“.⁴⁴

Aus der Forderung nach der Einigkeit über das Programm, d. h. nach der ideologischen Einheit, ergab sich mit Notwendigkeit die Forderung nach der organisatorischen Einheit, nach einer festen und bewußten Parteidisziplin, nach der Verbindlichkeit der Beschlüsse für alle Mitglieder der Partei, nach der [47] Gültigkeit der Beschlüsse der oberen Parteiorgane für die unteren. Eine solche Parteidisziplin kann aber nur auf der Grundlage eines hohen Bewußtseins der Mitglieder, auf dem Boden des Vertrauens zu den leitenden Organen der Partei beruhen. Die Einheit und Kampffähigkeit der Partei erfordern darum ein richtiges Verhältnis von breit entfalteter innerparteilicher Demokratie und festem Zentralismus.

⁴¹ Marx/Engels, Werke, Bd. 18, S. 267 f.

⁴² Marx/Engels, Werke, Bd. 37, S. 326.

⁴³ Marx/Engels, Werke, Bd. 21, S. 337.

⁴⁴ Ebenda, S. 337.

Marx und Engels haben die Lehre von der Partei im Zusammenhang mit den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes, in Zusammenhang mit der Herausbildung der Möglichkeiten und der wachsenden Notwendigkeit für eine selbständige proletarische Partei entwickelt. Lenin hat diese Lehre unter den Bedingungen des Imperialismus und der proletarischen Revolution allseitig weiterentwickelt. Auf der Grundlage der Theorie von Marx und Engels schuf er die Lehre von der proletarischen Partei als dem bewußten und organisierten Vortrupp der Arbeiterklasse. Die Geschichte hat bewiesen: Eine solche Kampfpartei war und ist eine der notwendigsten Voraussetzungen für den Sieg der Arbeiterklasse.

2.2.5. Willy Brandt kontra Friedrich Engels

Die Angriffe auf Engels und sein Werk werden in der Bundesrepublik aber nicht nur von bürgerlichen Wissenschaftlern, sondern auch von Politikern geführt. So wandte sich der SPD-Vorsitzende Willy Brandt in einem in der „Neuen Gesellschaft“, dem theoretischen Organ der westdeutschen Sozialdemokratie, veröffentlichten Interview⁴⁵ gegen Engels' Auffassung über den Zusammenhang zwischen den Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln und der politischen Freiheit. Er sagte, es gelte Abschied zu nehmen von „der ursprünglich weitverbreiteten Auffassung, die sich zum Teil auf Marx und nicht zuletzt auf die faszinierenden Vereinfachungen von Engels stützte und die davon ausging, daß es vor allem darauf ankomme, die Produktionsmittel zu sozialisieren“. Die Erfahrung habe gezeigt, „daß die Erringung und die Verwirklichung der politischen Freiheit nur bedingt mit dem Problem ökonomischer Besitzverhältnisse verbunden sei, daß es eine enge Verbindung zwischen dem Politisch-Autoritären und dem Ökono-[48]misch-Kollektivistischen“ geben könne. Umgekehrt hätte in Gesellschaften mit „Privatbesitz an Produktionsmitteln“ ein „hohes Maß an politischer Freiheit“ erreicht werden können. Diesen Angriff auf Friedrich Engels hat Willy Brandt auf der Festveranstaltung der Stadt Wuppertal aus Anlaß des 150. Geburtstages von Engels am 28.11.1971 noch einmal wiederholt. Er sagte in diesem Zusammenhang, daß sich das Wort vom „liebenswerten Vereinfacher“ „zugegebenermaßen auch wissenschaftlicher ausdrücken“ lasse, „aber falsch ist es deshalb noch nicht“.

Es liegt auf der Hand, wer hier vereinfacht und, mehr als das, wer die gesellschaftliche Wirklichkeit entstellt, allerdings keineswegs faszinierend, sondern einfach antikommunistisch. Wenn Brandt erklärt, Gesellschaften mit Privatbesitz hätten ein hohes Maß an Freiheit erreicht, so muß man doch die Frage stellen, wessen Freiheit er meint, etwa die Freiheit der Kirdorf und Thyssen, der Herren von Siemens und IG Farben, die 1933 ihre wirtschaftliche Macht dazu benutzten, sich die Freiheit zu nehmen, den Hitlerfaschismus in Deutschland in den Sattel zu heben, der den deutschen Arbeitern die letzten bürgerlich-demokratischen Rechte nahm, der Zehntausende Antifaschisten ermordete, in den Konzentrationslagern quälte oder, wie Brandt selbst, in die Emigration trieb, andererseits aber den Konzernherren die Freiheit bescherte, aus Krieg und Völkermord riesige Profite zu scheffeln.

Oder sollte Brandt die Freiheit von 1,7 Prozent der Bevölkerung, d. h. des Großkapitals in der Bundesrepublik, meinen, die mehr als 70 Prozent der Produktionsmittel besitzen, über 20 Millionen Arbeiter und Angestellte ausbeuten und ihnen jede wirkliche Mitbestimmung verweigern können, die Freiheit der Flick und Bölkow-Messerschmitt, wieder am Rüstungsgeschäft zu profitieren, die Freiheit, die KPD in der Bundesrepublik schon länger unter Verbot zu halten als in den 12 Jahren des Faschismus, die Freiheit der neonazistischen NPD, von Strauß und Hupka, sich in nationalistischer Völkerverhetzung zu überschlagen.

Wie eng der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht ist, das haben Sozialdemokraten in Verbindung mit der Wahlhilfe des Großkapitals für die CDU/CSU in zurückliegenden Bundestagswahlkämpfen selbst in dem Slo-[49]gan ausgedrückt: Unternehmerrmillionen kaufen politische Macht.“⁴⁶ Mit Freiheit für das arbeitende Volk hat das wohl kaum etwas zu tun.

Übrigens ist es bezeichnend für die SPD-Führung und ihre Politik, daß sie heute selbst um Unternehmerrmillionen bettelt und sich dabei dem Großkapital als bester Vertreter seiner Interessen anbietet. So kann man in einem Bettebrief, den SPD-Schatzmeister Alfred Nau vor den letzten Bundestagswahlen an die „Wirtschaft“ schrieb, folgendes lesen: „Der enge Kontakt zwischen den Tarifpartnern

⁴⁵ Die Neue Gesellschaft, Heft 1/1970.

⁴⁶ Vgl. Der Spiegel, Nr. 31/1966, S. 20.

und der Bundesregierung trug dazu bei, daß sich die Tariferhöhung der letzten Monate in gesamtwirtschaftlich vertretbaren Grenzen hielt ... Es sollte nicht selbstverständlich sein, daß dies im Unterschied zu anderen Industrieländern ohne soziale Spannungen möglich wurde ... Erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte gehören einer deutschen Regierung erfahrene Männer der Wirtschaft an, die eine Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik garantieren, welche sowohl den öffentlichen Finanzbedarf als auch die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft berücksichtigen ... Ich bitte Sie deshalb, in der bei Unternehmern üblichen Art, eine objektive Analyse der Erfolgsbilanz dieser Regierung vorzunehmen und daran auch die Förderung zu messen, die Sie der Sozialdemokratischen Partei als dem wichtigsten Träger dieser Politik zukommen lassen wollen. Beurteilen Sie auch diese Bundesregierung nach dem Leistungsprinzip. Ich würde es als Ausdruck einer nüchternen, objektiven und leistungsgerechten Einstellung zur Politik ansehen, wenn Sie der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einen angemessenen Spendenbetrag zukommen ließen.“⁴⁷

Wir gehen von den Klassenpositionen der Arbeiterklasse aus an die Frage der Freiheit heran und erklären mit Lenin: „Solange die Klassen nicht abgeschafft sind, muß bei jeder Betrachtung über Freiheit und Gleichheit die Frage gestellt werden: Freiheit für welche Klasse? und zu welchem konkreten Gebrauch? Gleichheit welcher Klasse mit welcher? und in welcher Hinsicht? . . . Die Losung der Freiheit und Gleichheit ist, wenn diese Fragen und das Privateigentum an den Produktionsmitteln mit Stillschweigen übergangen werden, eine Lüge und Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft, die mit der formalen Anerkennung der Freiheit und Gleichheit die tatsäch-[50]liche, die ökonomische Unfreiheit und Ungleichheit für die Arbeiter, für alle Werktätigen und vom Kapital Ausgebeuteten, d. h. für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung aller kapitalistischen Länder verschleiert.“⁴⁸ Die Freiheit des Großkapitals ist also zugleich die Unfreiheit des werktätigen Volkes, und das sowohl ökonomisch als auch politisch.

Wenn Brandt vom Zusammenhang zwischen dem Ökonomisch-Kollektivistischen und dem Politisch-Autoritären, von „Parteidiktatur“ und „Fremdbestimmung“ spricht und damit auf die sozialistischen Länder, vor allem auf die DDR abzielt, so muß man fragen: Für wen ist es autoritär und diktatorisch, und für wen bedeutet es Freiheit und Selbstbestimmung, wenn in der DDR den Flick und Krupp die Fabriken genommen, die Arbeiter und Angestellten aber von der Ausbeutung durch die Konzernherren befreit wurden, wenn die Naziverbrecher und Hitlergenerale hinter Schloß und Riegel gesteckt, Arbeiter und Antifaschisten aber die höchsten Regierungsämter übernahmen und an der Spitze der Armee stehen, wenn dem Großkapital jede Einflußnahme in den Betrieben genommen wurde, die Arbeiter und Angestellten dafür jedoch Rechte haben, von denen ihre westdeutschen Kollegen nicht einmal träumen können?

Wenn sich Brandt gegen die Überführung der entscheidenden Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum wendet und sich dabei ausdrücklich nicht nur von Engels, sondern auch von Bebel und selbst von Kautsky distanziert, wenn er das monopolkapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die Freiheit der kapitalistischen Ausbeutung verteidigt, so kommt darin nicht nur die völlige Integration der Führung der westdeutschen Sozialdemokratie in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem der BRD zum Ausdruck, sondern es zeigt sich auch, welche „Freiheit“ sie den Völkern der sozialistischen Länder unter dem Mantel des sogenannten „demokratischen Sozialismus“ bescheren möchte.

Wenn sich die sozialdemokratische Führung einerseits von Engels distanziert, so haben wir in Brandts Wuppertaler Rede erlebt, wie sie andererseits bemüht ist, ihn für ihre politischen Bedürfnisse auszuhebeln und zurechtzubiegen. Dieses Bemühen hängt sicherlich damit zusammen, daß man schwerlich Festansprachen halten oder Jubiläumsartikel schreiben kann, ohne [51] dabei wenigstens eine gewisse positive Beziehung zum Jubilar herzustellen. Es ist jedoch vor allem Ausdruck für den Versuch, das Streben großer Teile der jungen Generation, darunter nicht zuletzt vieler junger Sozialdemokraten, nach geschäftsverändernden Alternativen, ihr stärkeres Hinwenden zu den Klassikern des wissenschaftlichen Sozialismus in systemkonforme Bahnen zu kanalisieren.

⁴⁷ Die Welt, Hamburg, 12.8.1972.

⁴⁸ Lenin, Werke, Bd. 31, S. 387 f.

Wen wundert es, daß sich auch Willy Brandt in seiner Rede bei dem Versuch, Engels für die Rechtfertigung der Politik der heutigen sozialdemokratischen Führung zu mißbrauchen, vor allem auf die von den Opportunisten und Engelsverfälschern hundertmal entstellte letzte Engels'sche Arbeit, die Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich“ stützt. Durch aus dem Zusammenhang gerissene Aussagen und das Verschweigen anderer Gedanken, die Engels in dieser Arbeit geäußert hat, versucht Brandt, den Eindruck zu erwecken, daß Engels an seinem Lebensende zu einem Anbeter des bürgerlichen Parlamentarismus geworden sei. Da wir uns bereits mit solchen Versuchen Fetschers auseinandergesetzt und ihre Unhaltbarkeit nachgewiesen haben, sollen an dieser Stelle keine weiteren Ausführungen dazu gemacht werden, zumal Brandt den Behauptungen Fetschers nichts Originelles hinzuzufügen weiß.

Wenn Brandt allerdings behauptet: „Das Erbe von Engels und Marx ist, wohlverstanden, bei denen am besten aufgehoben, die ohne Dogma daran festhalten, daß es die menschliche Gesellschaft zu humanisieren gilt“, und damit die SPD-Führung meint, so müssen wir hier noch einmal fragen, wo blieb denn der Humanismus der SPD-Führung, als es darum ging, den verbrecherischen Krieg des US-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk zu verurteilen? Fand man etwa Brandt und die Führung der SPD in den Reihen der Humanisten, die in der ganzen Welt ihre Stimme gegen den geplanten Justizmord der amerikanischen Reaktion an der Kommunistin Angela Davis erhoben? Äußert sich Humanismus etwa darin, daß man das inzwischen gestürzte Obristenregime in Griechenland mit Waffen gegen das griechische Volk versorgte, mit dem Rassistenregime in Südafrika zusammenarbeitet und in der Bundesrepublik Berufsverbote gegen Kommunisten und andere Demokraten verhängt? Kann man in der Mitte des 20. Jahrhunderts Humanist sein, wenn man die Lohnsklaverei, [52] die kapitalistische Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verteidigt, wie das die SPD-Führung mit ihrem Bekenntnis zur kapitalistischen Ausbeuterordnung tut?

Im übrigen muß hier ganz entschieden festgestellt werden: Wer im Godesberger Programm dem wissenschaftlichen Sozialismus abgeschworen hat, der hat mit Engels, dem Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, nichts mehr gemein. Wer das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln verteidigt und durch seine Politik die weitere Machtzusammenballung des Großkapitals fördert, der sollte dabei Engels aus dem Spiel lassen, der zusammen mit Karl Marx den Nachweis geführt hat, daß diese Eigentumsverhältnisse die Ursache für die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten, für die schonungslose Bereicherung des Großkapitals und seinen politischen Machtmißbrauch sind.

Wer den bürgerlichen Staat als klassenneutral und als Verkörperung der politischen Freiheit hinzustellen versucht, der sollte Engels aus dem Spiel lassen, der diesen Staat als Instrument „der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse“ charakterisiert, „die vermittelst seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse“.⁴⁹ Schließlich ist es unvereinbar miteinander, einerseits den Antikommunismus zu verstärken, die Diffamierung der sozialistischen DDR zu betreiben, den sozialdemokratischen Mitgliedern jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten in der Bundesrepublik zu verbieten, wie das in den Münchner Beschlüssen der sozialdemokratischen Führungsgremien in verschärfter Weise geschehen ist, und sich andererseits gleichzeitig auf Friedrich Engels, den Mitbegründer des „Bundes der Kommunisten“ und Mitverfasser des „Manifestes der Kommunistischen Partei“, zu berufen.

Die Erben und Fortsetzer des Werkes von Friedrich Engels in der Bundesrepublik sind die Kommunisten. Die Deutsche Kommunistische Partei gründet ihre ganze Tätigkeit auf die Lehre von Marx, Engels und Lenin. Sie verteidigt diese Lehre im Kampf gegen die rechten wie gegen die ultrahinken Spielarten des Opportunismus. Sie ist bemüht, den wissenschaftlichen Sozialismus schöpferisch auf die Bedingungen der Bundesrepublik anzuwenden. [53]

2.3. Die Konvergenztheorie und ihr Platz im ideologischen Klassenkampf

Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre haben bürgerliche Ökonomen und Soziologen eine Konzeption entwickelt, die unter der Bezeichnung Konvergenztheorie bekanntgeworden ist. Diese

⁴⁹ Marx/Engels, Werke, Bd. 21, S. 166 f.

Theorie spielt im ideologischen Klassenkampf, in der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus um die künftige gesellschaftliche Entwicklung in der Welt, eine große Rolle. Sie hat insbesondere in Kreisen der Intelligenz Verbreitung gefunden.

In den letzten Jahren ist es um diese Konzeption zwar etwas ruhiger geworden. Sie gehört jedoch nach wie vor zum ideologischen Arsenal offen bürgerlicher wie rechtssozialdemokratischer und revisionistischer Verteidiger des Kapitalismus. Das macht u. a. auch der publizistische Rummel deutlich, der in der bürgerlichen Presse der BRD um ein in einem Wiener Verlag erscheinendes Buch des Konterrevolutionärs Sacharow entfaltet wird, in dem dieser Gedanken der Konvergenztheorie vertritt. Diese Konzeption verlangt darum auch weiterhin die Aufmerksamkeit und entschiedene Zurückweisung der Marxisten.

Der Kern der Konvergenztheorie besteht in der These, daß sich zwischen Kapitalismus und Sozialismus heute eine „in mancherlei Hinsicht konvergierende Entwicklung“⁵⁰, das heißt eine Annäherung und ein Zusammenwachsen vollziehe. Nach Meinung der Anhänger dieser Konzeption geschieht das auf folgende Weise:

1. Es bildet sich eine zunehmende Zahl ähnlicher Merkmale in beiden Systemen heraus. Eine große Bedeutung wird dabei der Entwicklung der Technik beigemessen, in deren Gefolge in Ost und West immer größere Produktionseinheiten entstehen, die Kombination und die Diversifikation voranschreiten und ähnliche Methoden und Techniken der Organisation der Arbeit und der Leitung der Produktion angewandt werden.⁵¹ Besonderes Gewicht wird außerdem auf die Rolle des Staates im Reproduktionsprozeß gelegt, auf die Planung, die staatliche Finanzpolitik und andere Regulierungsmaßnahmen.⁵² Schließlich sehen manche Anhänger dieser Konzeption die Herausbildung einer zunehmenden Zahl ähnlicher Merkmale in beiden [54] Systemen auch in einer angeblichen Nivellierung der Einkommensverhältnisse.⁵³

2. Die Annäherung zwischen Kapitalismus und Sozialismus wird von der Konvergenztheorie dabei nicht als einseitige, nur von einem System ausgehende Entwicklung verstanden, sondern als ein Prozeß, der auf dem Wege der beiderseitigen Anpassung vor sich geht. Nach Tinbergen, einem der wichtigsten Vertreter der Konvergenztheorie, lernt erstens „jedes System aus seiner eigenen Erfahrung und versucht, seine größten Schwächen zu überwinden. Zweitens beginnen die beiden Ordnungen, sich in zunehmendem Maße gegenseitig zu beeinflussen.“⁵⁴

In den kapitalistischen Ländern vollzieht sich dieser Anpassungsprozeß nach Meinung der Konvergenztheoretiker vor allem durch die Zunahme des ökonomischen Gewichts des Staates und eine entsprechende Begrenzung der Spontaneität des Produktions- und Marktgeschehens. In diesem Zusammenhang wird auf den Umfang des öffentlichen Wirtschaftssektors verwiesen, auf die zunehmende Bedeutung der staatlichen Steuer- und Umverteilungspolitik, die Beschränkung der freien Konkurrenz und der Dispositionsfreiheit der Unternehmer durch staatliche Entscheidungen, auf die Versuche staatsmonopolistischer Wirtschaftsprogrammierung und bestimmte Formen der Lohn- und Preiskontrolle. Darüber hinaus wird behauptet, daß sich mit Hilfe des Staates eine Einkommensnivellierung vollziehe.

Für die sozialistischen Länder konstatieren die Anhänger der Konvergenztheorie dagegen einen umgekehrten Prozeß, dessen Hauptinhalt angeblich in einer Verringerung der ökonomischen Rolle des Staates und der „Mehrung marktwirtschaftlicher Elemente“ in der sozialistischen Wirtschaft bestehe. Diese Entwicklung soll vor allem darin zum Ausdruck kommen, daß die Rechte der Betriebe

⁵⁰ J. Tinbergen, Kommt es zu einer Annäherung zwischen den kommunistischen und freiheitlichen Wirtschaftsordnungen?, in: Hamburger Jahrbücher für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, J. C. B. Mohr (Paul Siebach), Tübingen 1963, S. 11.

⁵¹ Vgl. J. K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München/ Zürich 1970.

⁵² Vgl. J. Tinbergen, Kommt es zu einer Annäherung ...?; ders., Die Rolle der Planungstechniken bei einer Annäherung der Strukturen in Ost und West, in: Wirtschaftsplanung im Ostblock – Beginn einer Liberalisierung, hrsg. v. E. Boettcher, Kohlhammer Verlag, Stuttgart/(West-)Berlin/Köln/Mainz 1966.

⁵³ Vgl. ebenda.

⁵⁴ J. Tinbergen, Kommt es zu einer Annäherung ...?, S. 11.

ausgedehnt, bestimmte Planungen von der gesamtstaatlichen auf die betriebliche Ebene verlagert und Kategorien wie Kosten, Preise und Gewinn in ihrer Bedeutung gestärkt werden. In der konsequenten Anwendung des sozialistischen Leistungsprinzips bei der Entlohnung sehen die Konvergenztheoretiker eine zur angeblichen Einkommensnivellierung in den kapitalistischen Ländern entgegengesetzt verlaufende Entwicklung.

[55] Die amerikanische Zeitung „Business Week“ faßt diese Vorstellungen in dem Satz zusammen: „So ergibt sich ein recht pikantes Bild: Die Kommunisten werden weniger kommunistisch, die Kapitalisten weniger kapitalistisch ...“⁵⁵

3. Die Konvergenztheorie zieht schließlich aus all dem die Schlußfolgerung, daß der gegenseitige Anpassungsprozeß der beiden Systeme zu einem Zusammenwachsen von Kapitalismus und Sozialismus auf einer „mittleren Ebene“, zu einer neuen „optimalen Gesellschaft“ führt, die weder kapitalistisch noch sozialistisch ist. Tinbergen schreibt in diesem Zusammenhang: „Es gibt auch Beweise dafür, daß beide Systeme sich in Richtung eines bestimmten Optimums bewegen, in Richtung eines Systems, das sowohl besser als der reine Kapitalismus als auch besser als der reine Sozialismus in früherem Sinne ist.“⁵⁶

In bezug auf die sozialökonomischen Grundlagen dieser Gesellschaft sprechen die Anhänger der Konvergenztheorie von einer „gemischten Wirtschaft“. Von welcher Art dabei diese Mischung sein soll, verrät der amerikanische Ökonom Buckingham. Er schreibt: „Drei von den vier Grundlagen des Kapitalismus ... werden wahrscheinlich aus dem reinen Kapitalismus übertragen und in das neu entstehende ökonomische System eingeschlossen. Erstens das Privateigentum an Investbauten und Ausrüstungen ... Zweitens die ökonomischen Stimuli und das Gewinnmotiv ... Drittens wird sich überall das Marktsystem als Hauptmechanismus der Kontrolle über die Verteilung der Waren und Dienstleistungen behaupten.“⁵⁷

Vom Sozialismus sollen hingegen die wachsende Gleichheit⁵⁸, die Arbeiterkontrolle über die Arbeitsbedingungen und die Wirtschaftsplanung auf das neue System übertragen werden. Wenn auch nicht alle Konvergenztheoretiker so offen das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln als Grundlage der „optimalen Gesellschaft“ propagieren wie Buckingham – einige stellen sogar schüchtern die Frage, ob der öffentliche Sektor in den kapitalistischen Ländern bereits die richtige Größe habe⁵⁹ –, so sind sich jedoch alle darin einig, daß das Privateigentum an entscheidenden Produktionsmitteln erhalten bleiben soll.

Neben der bisher betrachteten ökonomischen Variante der Konvergenztheorie, die die Annäherung und das Zusammen-[56]wachsen der beiden Wirtschaftssysteme zum Inhalt hat und vor allem von J. Tinbergen, W. S. Buckingham und J. K. Galbraith vertreten wird, existiert noch eine umfassendere soziologische Variante, die die konvergierende Entwicklung auf mehr oder weniger alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens in den beiden Ordnungen bezieht. Die wichtigsten Repräsentanten dieser Spielart sind R. Aron und P. A. Sorokin.⁶⁰ Im Rahmen dieses Beitrages wollen wir uns auf die Darstellung und Kritik der ökonomischen Variante beschränken.

Wenn man nach den Ursachen dafür fragt, warum die Konvergenztheorie relativ weite Verbreitung gefunden hat, scheinen vor allem vier Gesichtspunkte von Bedeutung zu sein:

⁵⁵ Business Week, New York, Nr. 1869, 26.6.1965.

⁵⁶ J. Tinbergen, Vor der Zukunft, in: Internationale Politik, S. 6. 1965, Belgrad, S. 9.

⁵⁷ W. S. Buckingham, Theoretical Economic Systems. A Comparative Analysis, New York 1958, S. 485.

⁵⁸ Diese These Buckinghams steht im Gegensatz zu der Auffassung anderer Konvergenztheoretiker, im Sozialismus nähme die Ungleichheit zu.

⁵⁹ J. Tinbergen, Kommt es zu einer Annäherung ...?, S. 15.

⁶⁰ Siehe vor allem: P. A. Sorokin, The Basic Trends of Our Times, New Haven 1964; ders., Soziologische und kulturelle Annäherungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, in: Zeitschrift für Politik, Nr. 7/1960, Köln/Zürich/Wien. – Zu den Vertretern der Konvergenztheorie in der BRD gehören: Fritz Sternberg (Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts?, Köln/(West-)Berlin 1961); Bernhard Kopp (Liberalismus und Sozialismus auf dem Wege zur Synthese, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1964); Heinz-Dietrich Ortlieb (Das Ende des Wirtschaftswunders, Wiesbaden 1962); Gert von Eynern (Grundriß der politischen Wirtschaftslehre, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1968); Hans Rühle von Lilienstern (Die Industriegesellschaft von morgen, Econ Verlag, Düsseldorf/Wien 1965).

1. Oberflächlich betrachtet, gibt es tatsächlich in beiden Systemen Entwicklungen, die sehr ähnlich gelagert sind. Das gilt insbesondere für die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution einhergehenden Veränderungen in der Produktionsstruktur, in der Arbeitsorganisation usw.

2. Die Konvergenztheorie reflektiert, wenn auch oberflächlich und verzerrt, die grundlegenden gesellschaftlichen Prozesse, die sich in der Nachkriegsperiode vollzogen haben. Hier ist an erster Stelle die Herausbildung und das Erstarken des sozialistischen Weltsystems zu nennen, das den Gang der historischen Entwicklung immer mehr bestimmt und auch auf die kapitalistische Welt tiefgehenden Einfluß nimmt. Ein zweites Hauptmerkmal der Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, das von der Konvergenztheorie widergespiegelt wird, ist die unter dem Einfluß der Verschärfung der inneren und äußeren Widersprüche des Kapitalismus erfolgte volle Herausbildung des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern.

3. Für die Verbreitung dieser Theorie ist auch der Umstand nicht unwesentlich, daß einige ihrer wichtigsten Vertreter die Konzeption der Konvergenz mit dem Gedanken der friedlichen Koexistenz verbinden. So geht z. B. Tinbergen davon aus, daß „die Hauptursache für die Möglichkeit der Entstehung eines allgemeinen Krieges in den entgegengesetzten Standpunkten der westlichen und der kommunistischen Welt über das beste gesellschaftliche System“ zu suchen sei. Daraus zieht er dann die Schlußfolgerung, daß der Weg zur friedlichen Koexistenz über die Konvergenz der beiden Systeme gehe.⁶¹ Die [57] Koexistenz-Konzeption der Konvergenztheoretiker hat also mit der marxistischen Koexistenz-Konzeption nichts gemein. Während die erste Konzeption Koexistenz mit Konvergenz, also mit dem Zusammenwachsen der beiden Systeme zu einem einheitlichen System verbindet und in der friedlichen Koexistenz Klassenversöhnung sieht, gehen wir Kommunisten bei der Politik der friedlichen Koexistenz gerade von dem Bestehen unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen aus. Für uns ist die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nicht Klassenversöhnung, sondern eine Form des Klassenkampfes. Dennoch muß man sehen, daß die Konvergenztheorie durch das Aufgreifen des Gedankens der friedlichen Koexistenz der Friedenssehnsucht der Menschen entgegenkommt. Es ist darum nicht verwunderlich, daß z. B. in der Bundesrepublik Friedensanhänger und Humanisten, wie der inzwischen verstorbene Prof. Dr. Fritz Baade⁶² oder einige Autoren der „Modelle für eine neue Welt“⁶³ mit dieser Theorie sympathisieren.

4. Die Verbreitung der Konvergenztheorie hängt aber sicher auch damit zusammen, daß sie an bestimmte Positionen anknüpft, die lange vorher zum Bestand rechtssozialdemokratischer und revisionistischer Konzeptionen gehörten, wie die Thesen von der „gemischten Wirtschaft“, vom „planmäßigen“ oder „organisierten Kapitalismus“ und andere.

Im übrigen hat die Konvergenztheorie in der BRD zunächst nicht so weite Verbreitung gefunden wie in einigen anderen westlichen Ländern. Das scheint mir sowohl praktisch-politische als auch theoretische Gründe zu haben. Den wichtigsten politischen Grund muß man wohl darin sehen, daß zwischen der Konzeption der Konvergenz von Kapitalismus und Sozialismus und den erklärten politischen Zielen der in der Bundesrepublik bis Ende der sechziger Jahre das Steuer der Regierungspolitik bestimmenden Kräfte der CDU/CSU, die nicht auf die Annäherung an die DDR, sondern offen auf die Beseitigung des Sozialismus auf deutschem Boden und die Einbeziehung der DDR in das System der Bundesrepublik gerichtet waren, ein krasser Widerspruch besteht. Ein anderer Grund ist sicherlich darin zu suchen, daß die Konvergenztheorie auch mit der bis in diese Zeit hinein in der Wirtschaftstheorie der Bun-[58]desrepublik bestimmenden neoliberalen Doktrin mit ihren Ordnungstypen kaum zu vereinbaren ist.

Seit einiger Zeit spielt die Konvergenztheorie aber auch in der Bundesrepublik eine größere Rolle. Neben der Wirkung der bereits erwähnten allgemeinen Ursachen für die Verbreitung dieser Theorie hängt das sicher nicht zuletzt damit zusammen, daß die herrschenden Kreise in Bonn bei unveränderter Zielsetzung in den Methoden des Kampfes gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder

⁶¹ J. Tinbergen, Vor der Zukunft, S. 8.

⁶² Vgl. „Der Wettlauf zum Jahre 2000“ und andere Arbeiten.

⁶³ Vgl. „Modelle für eine neue Welt“, hrsg. von Robert Jungk und Hans Josef Mundt, Verlag Kurt Desch, München.

flexibler geworden und darum heute im Rahmen ihrer Politik auch darum bemüht sind, bestimmte Aspekte dieser Konzeption für die ideologische Diversion gegen den Sozialismus zu nutzen.

Wenden wir uns jetzt der Kritik der Konvergenztheorie zu. Die marxistische Kritik muß sich vor allem darauf richten, daß diese Theorie die für die Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung entscheidenden Primärkriterien ignoriert und die qualitative Gesellschaftsanalyse durch rein quantitative Betrachtungen ersetzt. Die für die Beurteilung einer Gesellschaft und ihre Entwicklungstendenzen entscheidenden Kriterien sieht der Marxismus bekanntlich in den Eigentumsverhältnissen in bezug auf die Produktionsmittel und den eng damit im Zusammenhang stehenden politischen Machtverhältnissen. Gerade in dieser Hinsicht sind Kapitalismus und Sozialismus aber grundverschiedene Gesellschaftssysteme.

Ein ernsthafter Versuch, eine konvergierende Entwicklung der beiden Systeme nachzuweisen, müßte notwendigerweise damit beginnen, konvergierende Entwicklungen in den genannten Primärkriterien aufzuzeigen. Da das nicht möglich ist, versucht die Konvergenztheorie, die Bedeutung dieser Kriterien herabzumindern oder gar zu leugnen. So nennt Aron den Unterschied im Eigentum an den Produktionsmitteln, den es zwischen den beiden Systemen gibt, eine „unbedeutende Frage“⁶⁴, und Tinbergen sieht im Eigentum an den Produktionsmitteln nur eine „formale Seite“⁶⁵. Um die Bedeutung der gegensätzlichen Eigentumsformen an den Produktionsmitteln zu verwischen, wird von Tinbergen und anderen in diesem Zusammenhang auch die sogenannte Managertheorie strapaziert. Die Frage der politischen Machtverhältnisse in den beiden Systemen spielt in der Konvergenztheorie praktisch überhaupt keine Rolle.

[59] Losgelöst von den qualitativ verschiedenen gesellschaftlichen Grundlagen und damit von ihren unterschiedlichen gesellschaftlichen Inhalten stellt die Konvergenztheorie quantitative Vergleiche über sekundäre Entwicklungen in beiden Systemen an und zieht daraus grundlegende gesellschaftliche Schlußfolgerungen. Die Ergebnisse einer solchen Betrachtungsweise müssen unhaltbar sein. Stellen wir das am Beispiel der Hauptrichtungen dar, in denen eine Annäherung und ein Zusammenwachsen der beiden Systeme behauptet wird.

1. Der technische Fortschritt und seine Folgen. – Die Entwicklung der Produktivkräfte wird hier völlig losgelöst von der anderen Seite der gesellschaftlichen Produktion, den Produktionsverhältnissen, betrachtet. Die Konvergenztheorie abstrahiert von der entscheidenden Tatsache, daß die gleichen technischen Entwicklungen auf der Basis der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu ganz anderen gesellschaftlichen Resultaten führen als auf dem Boden sozialistischer Produktionsverhältnisse. Während der technische Fortschritt im Kapitalismus infolge der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in bezug auf die Produktionsmittel und des daraus entspringenden Profitstrebens der Kapitalisten für die arbeitenden Menschen zu wachsender Arbeitslosigkeit führt und so zu einer Geißel zu werden droht, ist er im Sozialismus, aus dessen Produktionsverhältnissen das Produktionsziel einer immer besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaftsmitglieder entspringt, die Grundlage für die rasche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Während der technische Fortschritt unter kapitalistischen Bedingungen die Zusammenballung immer größerer wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen einer immer kleineren Gruppe großer Kapitalmagnaten vorantreibt, dient die Anwendung der modernen Technik in den sozialistischen Ländern der Festigung und Weiterentwicklung der auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und der Herrschaft der Arbeiterklasse beruhenden sozialistischen Ordnung.

Auch die äußeren Ähnlichkeiten in der Art der Arbeitsorganisation, in bestimmten Techniken, bei der Leitung der Produktion usw. sind nicht vergleichbar, da sie auf dem Boden [60] qualitativ unterschiedlicher Produktionsverhältnisse einen ganz anderen Inhalt haben und entgegengesetzte Ziele verfolgen.

2. Die ökonomische Rolle des Staates und die Planung. – Auch hier wird von der Konvergenztheorie gänzlich von den sozialökonomischen Grundlagen und den politischen Machtverhältnissen abstrahiert.

⁶⁴ Vgl. Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Heft 9 (1965), S. 900.

⁶⁵ J. Tinbergen, Kommt es zu einer Annäherung ...?, S. 17.

Das ist für eine theoretische Betrachtung, die den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben will, jedoch unzulässig. So ändert die staatliche Wirtschaftsregulierung in den entwickelten kapitalistischen Ländern absolut nichts an den Grundlagen des kapitalistischen Systems. An die Stelle privaten kapitalistischen Eigentums kann zwar in bestimmten Grenzen das Eigentum des kapitalistischen Staates treten, der Staat nutzt dieses Eigentum jedoch im Interesse des Monopolkapitals, das die entscheidenden Produktionsmittel in seinen Händen konzentriert. Die Entscheidungsfreiheit der einzelnen Kapitalisten oder ihrer Manager kann zwar in einem gewissen Maße eingeschränkt werden. Aber sie wird doch vom kapitalistischen Staat im kollektiven Interesse des Monopolkapitals eingeschränkt.

Auch die Anwendung von Methoden der Wirtschaftsprogrammierung im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus ändert nichts am Wesen dieses Systems, wird der Inhalt und das Ziel der Programmierung infolge der bestehenden ökonomischen und politischen Machtverhältnisse doch von den Profit- und Machtinteressen des Großkapitals bestimmt. Außerdem sind der kapitalistischen Programmierung im Vergleich mit der sozialistischen Planung infolge der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln sehr enge Grenzen gesetzt. Das müssen die Konvergenztheoretiker in der einen oder anderen Weise sogar selbst eingestehen.⁶⁶

Im Sozialismus ändert dagegen eine Erweiterung der Rechte der Betriebe und die Verlagerung bestimmter Elemente der Planung von der zentralen auf die betriebliche Ebene ebenfalls ganz und gar nichts am Wesen des Systems. Es handelt sich auch keineswegs um die Verringerung der ökonomischen Rolle des sozialistischen Staates, wie die Konvergenztheoretiker behaupten, sondern vielmehr um eine gewisse Veränderung in der Aufgabenverteilung zwischen den zentralen staatlichen Organen und den unteren Wirtschaftseinheiten des Staates, den Betrieben, die ja staatliches Eigentum sind. Hier von einer [61] Entwicklung in Richtung Kapitalismus zu sprechen, ist genauso unsinnig, als wenn man behaupten wollte, daß sich an den Grundlagen eines kapitalistischen Konzerns etwas verändert, wenn die zentrale Stabsabteilung dieses Konzerns bestimmte Planungsaufgaben an die einzelnen Konzernbetriebe übergibt.

Nicht weniger unhaltbar ist die Behauptung, daß mit der Stärkung der Rolle solcher Kategorien wie Kosten, Preise und Gewinn Elemente der kapitalistischen Marktwirtschaft in den Sozialismus eingeführt werden, haben diese Kategorien doch im Sozialismus einen völlig anderen Inhalt. Während im Kapitalismus z. B. der Gewinn nur eine andere Bezeichnung für den aus der unbezahlten Arbeit der Lohnarbeiter angeeigneten Mehrwert darstellt und folglich kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse zum Ausdruck bringt, kommt der Gewinn im Sozialismus der ganzen Gesellschaft bzw. im Betrieb den unmittelbaren Produzenten zugute. Er wird als Hebel für die rasche Entwicklung der sozialistischen Produktion genutzt, die das Ziel einer immer besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse aller Menschen in dieser Gesellschaft verfolgt.

3. Die Behauptung, daß sich eine Nivellierung der Einkommensverhältnisse im Kapitalismus bei gleichzeitiger Mehrung der Einkommensunterschiede im Sozialismus vollziehe, entbehrt schließlich jeder Grundlage und ist frei erfunden. Die Entwicklung verläuft vielmehr gerade in entgegengesetzter Richtung. Die Einkommensunterschiede zwischen der Monopolbourgeoisie und den Arbeitern und Angestellten in den kapitalistischen Ländern werden immer größer, während die sozialistischen Staaten trotz konsequenter Anwendung des sozialistischen Leistungsprinzips bemüht sind, vor allem das Einkommensniveau der Rentner und der unteren Lohngruppen systematisch anzuheben.

Insgesamt kann man feststellen, daß von einer konvergierenden Entwicklung zwischen Kapitalismus und Sozialismus keineswegs die Rede sein kann. Die Entwicklungen in den sozialistischen Ländern führen ganz und gar nicht zum Kapitalismus. Sie dienen vielmehr der allseitigen Entfaltung der Produktivkräfte und der Entwicklung der sozialistischen Demokratie als Voraussetzung für noch größere Erfolge beim Aufbau des [62] Sozialismus und Kommunismus. Was die Entwicklungen im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus betrifft, so mehren diese zwar die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus und bestätigen so die von Lenin getroffene Feststellung, daß der staatsmonopolistische

⁶⁶ J. Tinbergen, Central Planning, New Haven und London 1964, S. 15.

Kapitalismus die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus ist.⁶⁷ Damit diese Voraussetzungen zum Sozialismus führen, bedarf es jedoch der sozialistischen Revolution, d. h. der grundsätzlichen Umwälzung der Eigentums- und Machtverhältnisse.

Wenn wir den Platz der Konvergenztheorie in der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus bestimmen wollen, müssen wir zunächst einmal feststellen, daß diese Theorie selbst schon ein Beweis für den Siegeszug des Sozialismus und den Bankrott der bürgerlichen Ideologie ist, die bisher die Überlegenheit über den Sozialismus zu beweisen versuchte. Die Konzeption der Konvergenz der beiden gesellschaftlichen Systeme ist ein Rückzugsgefecht der bürgerlichen Ideologie mit dem Ziel, die Grundlagen des kapitalistischen Systems zu retten und der gesetzmäßigen Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus eine bürgerliche „Alternative“ entgegenzusetzen.

Im ideologischen Klassenkampf wird die Konvergenztheorie vor allem in drei Richtungen wirksam:

1. In bezug auf die sozialistischen Länder bedienen sich die Gegner des Sozialismus dieser Theorie bei ihren Versuchen des Aufweichens. Mit ihrer Hilfe soll vor allem die Intelligenz in diesen Ländern ideologisch beeinflußt werden. Es ist darum auch nicht zufällig, daß die Konvergenztheorie häufig mit Vorstellungen über eine Eliterolle der Intelligenz verbunden wird.⁶⁸

2. In den kapitalistischen Ländern dient diese Konzeption objektiv der Abschwächung des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gegen das herrschende System. Wenn die Entwicklung ohnehin nicht zum Sozialismus, sondern zu einer „optimalen“ oder „gemischten“ Gesellschaft führt, ist natürlich der Kampf um den Sozialismus sinnlos.

3. In den Ländern, die sich von der Kolonialherrschaft befreit haben und nach einem eigenen Entwicklungsweg suchen, dient die Konvergenztheorie dazu, diese Länder vom sozialisti-[63]schen Weg abzuhalten. Welche Bedeutung die Anhänger der Konvergenztheorie diesen Ländern beimessen, wird z. B. dadurch unterstrichen, daß Tinbergen in seinem Artikel „Kommt es zu einer Annäherung zwischen den kommunistischen und freiheitlichen Wirtschaftsordnungen?“, in dem er zuerst seine Vorstellungen über die Konvergenz umfassend begründete, diesem Fragenkomplex einen besonderen Abschnitt widmete, der die Überschrift trägt „Neutrale Länder als Experimentierfeld ordnungspolitischer Versuche“.⁶⁹

Welche Rolle der Konvergenztheorie zugeacht ist, wird u. a. durch die Ereignisse in der ČSSR während des sogenannten Prager Frühlings deutlich. Nahm doch gerade diese Theorie im ideologischen Arsenal und in der Politik der revisionistischen und konterrevolutionären Kräfte in der ČSSR einen besonderen Platz ein. Der bundesrepublikanische Ostexperte Karl C. Thalheim kam denn auch damals zu der Feststellung: „Wenn die Reformen verwirklicht werden, die die tschechoslowakische Reformgruppe anstrebt, würde das tatsächlich eine Systemveränderung bedeuten, einen echten Systemwandel ..., und es würde dadurch zweifellos auch eine gewisse Annäherung der Systeme erreicht werden können.“⁷⁰ Und der Engländer Peter D. J. Wiles erklärte 1968 in einem Vortrag am Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel: „In der Tschechoslowakei, die das extreme Beispiel der Konvergenz in Osteuropa bildet, wird ein wahrer Markt entstehen. Die Planung wird zu einer bloßen Informationsverteilung werden. Das ist noch nicht der Fall, aber das sind die Absichten der jetzt führenden Gruppe.“⁷¹ Einflußreiche tschechoslowakische Revisionisten und Konterrevolutionäre bekannten sich, wie z. B. Professor Snejdarek, in der 1968 in Prag veranstalteten „Kreml-Runde“ des BRD-Fernsehens offen zur Konvergenztheorie.

Heute dienen bestimmte Aspekte der Konvergenztheorie als ideologisches Fundament für die konterrevolutionären politischen Auslassungen solcher Werkzeuge des Imperialismus wie Sacharow, der in einem Appell an die faschistische Junta in Chile dieser bescheinigte, eine „Ära der Wiedergeburt

⁶⁷ Lenin, Werke, Bd. 25, S. 370.

⁶⁸ Vgl. J. K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, a. a. O.

⁶⁹ J. Tinbergen, Kommt es zu einer Annäherung ...?, S. 19/20.

⁷⁰ K. C. Thalheim, Liberalisierungstendenzen im Ostblock, in: Der Osten auf dem Wege zur Marktwirtschaft?, Dunker und Humblot, (West-)Berlin 1967, S. 48.

⁷¹ P. J. D. Wiles, Zur Frage der Konvergenz östlicher und westlicher Wirtschaftssysteme, Kiel 1968, S. 6.

und der Konsolidierung“ herbeiführen zu wollen,⁷² der den krisengeschüttelten Kapitalismus verteidigt und den Sozialismus attackiert. Seine konvergenztheoretischen Vorstellungen hat Sa-[64]charow bereits 1968 in einem von der „New York Times“ veröffentlichten Buch dargelegt. Sie werden, wie gesagt, auch in einem Wiener Verlag gedruckt.

Mit diesen Vorstellungen hat sich der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der USA, Gus Hall, in einem Artikel auseinandergesetzt, der 1973 in der amerikanischen marxistischen Zeitung „Daily World“ erschien.⁷³ Gus Hall kommt darin zu der treffenden Feststellung: „Die ‚Konvergenz‘-Konzeption wird weder durch die heutige Wirklichkeit noch durch die Geschichte bestätigt. Es wäre absurd zu glauben, Ford, Rockefeller oder das Häuflein von reichen Familien, denen die General Motors, die General Electric, die U.S. Steel, die Morgan-Bank, die Bank of America und die National City-Bank gehören, könnten je zugeben, daß das kapitalistische Plünderungs- und Ausbeutungssystem untauglich und ungerecht sei. Es wäre absurd zu glauben, daß sie bereit seien, Sacharows Rat zu folgen und ‚sich dem Sozialismus anzunähern‘. Sie sind lediglich bereit, die Propaganda dieser ‚Idee‘ zu bezahlen und zu unterstützen. Sie sehen in ihr ein Mittel zur Entschärfung der Klassengegensätze, damit sie die Plünderung und Ausbeutung fortsetzen können. Sacharow ist eine Schachfigur in diesem ideologischen ‚Konvergenz‘-Spiel.“

Andererseits finden sich bestimmte Aspekte der Konvergenztheorie auch in Anschauungen wieder, die von maoistischen und trotzkistischen Kreisen vertreten werden. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die von den chinesischen Führern verbreitete Version erinnert, daß die Sowjetunion und andere sozialistische Länder mit der Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen und der konsequenten Anwendung des sozialistischen Leistungsprinzips bei der Entlohnung angeblich verbürgerlicht seien und sich zum Kapitalismus zurückentwickelt hätten.

All das verlangt eine kompromißlose und prinzipienfeste Auseinandersetzung mit dieser bürgerlichen ideologischen Konzeption und ihren Anhängern.

[65]

⁷² Frankfurter Rundschau, 22.9.1973.

⁷³ Auszüge in „Unsere Zeit“ (UZ), Zeitung der DKP, Düsseldorf, 17.10.1975.

3. Der „demokratische Sozialismus“ – eine Variante der bürgerlichen Ideologie¹

Die ideologische Verschleierung der prokapitalistischen Politik der SPD-Führung, aber auch der Sozialreformismus sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre finden heute ihren konzentrierten Ausdruck in der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“. Das Wort „demokratischer Sozialismus“ ist zu einem häufig gebrauchten politischen Schlagwort in der Bundesrepublik geworden. Es gibt heute kaum eine Rede Willy Brandts oder eines anderen führenden SPD-Politikers, in der nicht vom „demokratischen Sozialismus“ gesprochen würde. Besonders oft ist vom „demokratischen Sozialismus“ im „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975 bis 1985“ (kurz OR '85) die Rede, der auf dem Mannheimer Parteitag der SPD zur Diskussion stand. Das war aber keineswegs immer so. Noch vor wenigen Jahren war die sozialdemokratische Führung bemüht, das Wort Sozialismus aus dem Sprachgebrauch der SPD zu verdrängen. Im Entwurf der „Perspektiven für die siebziger Jahre“, der dem Nürnberger Parteitag der SPD vorgelegt wurde, wird man z. B. vergeblich nach dem Wort Sozialismus suchen.

3.1. Warum der „demokratische Sozialismus“ neu belebt wird

Wo liegen die Ursachen dafür, daß die SPD-Führung den „demokratischen Sozialismus“ aus der Versenkung hervorholt, daß heute häufiger von dieser Konzeption die Rede ist als jemals zuvor? Es sind vor allem zwei Ursachen zu nennen:

1. Als Ergebnis des raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und des Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalis-[66]mus haben sich alle wesentlichen Widersprüche des Kapitalismus verschärft. Der Kapitalismus ist in eine neue Phase seiner allgemeinen Krise eingetreten. Es tritt immer deutlicher zutage, daß dieses Gesellschaftssystem mit solchen grundlegenden Fragen wie der Gewährleistung sicherer Arbeitsplätze, dem Schutz vor der Zerstörung der Umwelt durch die Konzerne, den neuen Anforderungen des Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesens, der inflationistischen Geldentwertung und anderen Problemen nicht fertig werden kann. Es wird immer offensichtlicher, daß die grundlegenden Erfordernisse unserer Zeit zu einer neuen Gesellschaftsordnung, zum Sozialismus drängen.

Die sich verschärfenden Widersprüche des Kapitalismus haben zu einer zunehmenden Unruhe und Kritik bei Teilen der Arbeiterschaft und besonders der jungen Generation geführt. Auch bei sozialdemokratischen Mitgliedern ist die Kritik an den Gebrechen des Kapitalismus stärker geworden. Dieser wachsenden Gesellschaftskritik versuchen das Großkapital und seine politischen Vertretungen mit verstärkten ideologischen Anstrengungen entgegenzutreten. Eine besondere Rolle spielt dabei die Wiederbelebung des „demokratischen Sozialismus“. Mit dieser Konzeption will die rechte sozialdemokratische Führung die Kritik von Sozialdemokraten, von Arbeitern und jungen Menschen auffangen und in Bahnen lenken, die auf die Erhaltung und Festigung des kapitalistischen Systems gerichtet sind. Sie will der wachsenden Anziehungskraft des wissenschaftlichen Sozialismus, der Theorie von Marx, Engels und Lenin entgegenwirken, die kritischen Teile der Arbeiterschaft und der Jugend davon abhalten, den Weg zur DKP zu gehen.

Dieses Bemühen der SPD-Führung hat der damalige Staatssekretär der Bundesregierung, Konrad Ahlers, am 10. Januar 1972 vor dem Übersee-Club im Hamburg zum Ausdruck gebracht, indem er erklärte: „Viele Kritiker der SPD übersehen die Notwendigkeit, die radikaldemokratischen Kräfte nicht abzustößeln, sondern zu integrieren. Der Bundeskanzler hat es kürzlich versucht, den führenden Männern der deutschen Wirtschaft zu erläutern, daß wir es uns im Interesse einer gesunden innenpolitischen Entwicklung nicht leisten können, eine Abspaltung linkssozialistischer Gruppen zu provozieren, wenn wir eine innenpolitische Situation vermeiden wollen, wie sie in Italien oder Frankreich besteht. Denn wo anders könnten diese Kräfte [67] enden als in einer kommunistischen Partei. Ich habe im übrigen den Eindruck gehabt, daß die versammelten Unternehmer und Manager diesen Hinweis verstanden haben ...“²

¹ Bei diesem Abschnitt handelt es sich um ein überarbeitetes Kapitel aus dem im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt (Main) 1974, erschienenen Taschenbuch „Opportunismus heute“ von Willi Gerns, Robert Steigerwald, Günter Weiß.

² Bulletin der Bundesregierung, Bonn, 18.1.1972.

Der Versuch der sozialdemokratischen Führung, mit Hilfe des „demokratischen Sozialismus“ systemkritische, radikaldemokratische Kräfte an die SPD und an das kapitalistische System zu binden, erweist sich allerdings in der Praxis als ein zweischneidiges Schwert. Nicht wenige junge Sozialdemokraten nehmen die Losungen des „demokratischen Sozialismus“ von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ernst und treten gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote, für demokratische Rechte und Freiheiten, für Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, für die Einschränkung der Macht des Monopolkapitals ein. Nicht selten kommt es dabei zum gemeinsamen politischen Handeln zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

Diese kritischen sozialdemokratischen Gewerkschafter und Jungsozialisten stehen der rigorosen Durchsetzung der prokapitalistischen Politik der SPD-Führung im Wege. Sie sollen diszipliniert oder aber aus der SPD ausgeschlossen werden. Bezeichnenderweise wird als Knüppel für diese Disziplinierung ebenfalls der „demokratischen Sozialismus“ aus dem Sack geholt. So heißt es in der Zehn-Punkte-Erklärung Willy Brandts vor dem Parteivorstand der SPD: „Es ist erforderlich, sich von einzelnen zu trennen, die die Godesberger Grundlagen und die Grundwerte des demokratischen Sozialismus verlassen, indem sie Aktionseinheiten mit Kommunisten praktizieren“³, und der parlamentarische Staatssekretär im Bonner Bildungsministerium und stellvertretende SPD-Vorsitzende in Bayern, Peter Glotz, sagt klipp und klar: „Eingefleischten ‚wissenschaftlichen Sozialisten‘, für die Sozialismus identisch ist mit Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln ... muß klargemacht werden, daß sie in der SPD fehl am Platz sind.“⁴

2. Eine zweite Ursache für die stärkere Propagierung des „demokratischen Sozialismus“ liegt in dem zunehmenden Einfluß des realen Sozialismus, in der erfolgreichen Entwicklung der Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Die sozialdemokratische Führung will mit der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ der Anziehungskraft des realen Sozialismus auf kritische Arbeiter und junge Menschen in der Bundesrepublik [68] entgegenwirken. Sie versucht mit dieser Konzeption zugleich, in die sozialistischen Länder hineinzuwirken.

Der österreichische Bundeskanzler Kreisky, einer der führenden Vertreter des „demokratischen Sozialismus“, erklärte in diesem Zusammenhang in einem Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, daß „die Entspannung zwischen West und Ost mit ihren wachsenden gegenseitigen Kontakt- und Informationsmöglichkeiten, andererseits aber auch die fortschreitende industrielle Entwicklung im Ostblock zu einer scharfen Konfrontation zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus führen werde“. „Die Sozialdemokratie“ werde „zum unmittelbaren politischen Gegenpol des Kommunismus“. Und weiter erklärte Kreisky, daß die gegen den Sozialismus gerichteten Kräfte, wie sie 1968 in der ČSSR tätig waren, allein „auf dem politischen Boden der Sozialdemokratie fußen“, „während der Kapitalismus keine politische Kraft ist, die die kommunistischen Systeme fürchten. Für sie erwächst die Gefahr aus dem Ideengut des demokratischen Sozialismus, und damit werde die Lage der kommunistischen Staaten sehr viel komplizierter und schwieriger.“⁵

Führende Sozialdemokraten bestätigen so selbst die Aussagen der Thesen des Düsseldorfer Parteitag der DKP. „Der sogenannte demokratische Sozialismus ist nicht etwa eine Variante der sozialistischen Ideologie und steht auch nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Er ist vielmehr Bestandteil imperialistischer Ideologie und Politik. Er kämpft gegen den Sozialismus und dessen Ideologie vom Standpunkt des staatsmonopolistischen Kapitalismus.“⁶

3.2. Mischmasch bürgerlicher Ideen

Der „demokratische Sozialismus“ hat mit dem wissenschaftlichen Sozialismus, mit der Theorie von Marx, Engels und Lenin nichts gemein. Und das nicht etwa darum, weil er die Worte Demokratie und Sozialismus miteinander verbindet. Demokratie und Sozialismus gehören untrennbar zusammen. Der

³ Frankfurter Rundschau, 3.4.1973.

⁴ P. Glotz, Der Weg der Sozialdemokratie, Verlag Fritz Molden, Wien/München/Zürich (zit. nach: Der Spiegel, Nr. 26, 23.6.1975, S. 41).

⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.2.1973.

⁶ Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, These 40.

Sozialismus ist demokratisch, weil im Sozialismus das arbeitende Volk die Macht ausübt, und wirkliche Demokratie ist darum sozialistisch. Diese Einheit von Demokratie und Sozialismus besteht nicht [69] nur in der Theorie, sondern in der Praxis, allerdings nicht in der sozialdemokratischen Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ oder gar in der prokapitalistischen Praxis sozialdemokratisch geführter Regierungspolitik, sondern in der Sowjetunion, in der DDR, im realen Sozialismus und im dialektischen Zusammenhang des Kampfes der Arbeiterklasse um Demokratie und Sozialismus in den kapitalistischen Ländern.

Die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ hat mit dem wissenschaftlichen Sozialismus nichts gemein, weil sie einen wirren Mischmasch von im einzelnen unterschiedlichen, aber stets bürgerlichen weltanschaulichen und politischen Positionen darstellt. So kann man in der „Neuen Gesellschaft“, dem theoretischen Organ der SPD, lesen: „Die christliche Lehre von der Ebenbildlichkeit des Menschen und ihre ethischen Maßstäbe, die proklamierten Menschenrechte der Französischen Revolution, Kants Aufklärung und Ethik, Hegels dialektische Geschichtstheorie, Marx' Kritik des Kapitalismus, Bernsteins kritischer Marxismus, Rosa Luxemburgs Spontanitätstheorie und Bolschewismus-Kritik, Schumachers freiheitlicher Sozialismus, die neueren Beiträge von Ernst Bloch, Horkheimer und Adorno, Habermas, Leszek Kołakowski, Milovan Djilas und anderen sind sozusagen aufeinanderfolgende und nebeneinander wirkende Bewußtseinsakte eines demokratischen Sozialismus, die auf ein ethisches Motiv zurückzuführen sind.“⁷

Die Erwähnung von Marx und Rosa Luxemburg, die zudem noch im antikommunistischen Sinne mißbraucht werden soll, dient in dieser Aufzählung nur der Täuschung.

Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts war der philosophische Revisionismus in der Sozialdemokratie des Westens weit verbreitet. Es wurde die Version von der philosophischen Neutralität der Sozialdemokratie vertreten. Otto Bauer erklärte z. B., daß die marxistische Lehre des Sozialismus völlig unabhängig von der materialistischen Dialektik und durchaus vereinbar mit philosophischen Konzeptionen idealistischer Prägung sei.

Auch Karl Kautsky verkündete die weltanschauliche Neutralität des Sozialismus. Daran anknüpfend rückte die SPD-Führung nach dem zweiten Weltkrieg nicht nur von der marxistischen Philosophie, sondern parteioffiziell von der marxistischen Ideologie als Weltanschauung der Arbeiterklasse insgesamt ab. 1946 verkündete Schumacher: „Es ist gleichgültig, ob jemand [70] durch die Methoden marxistischer Wirtschaftsanalysen, ob er aus philosophischen oder ethischen Gründen oder aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden ist. Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Begründung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei.“⁸

Und 1951 wurde auf dem I. Kongreß der sozialistischen Internationale in einer Deklaration unter dem Titel „Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus“ erklärt, für die Sozialisten sei es gleichgültig, ob sie „ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten ...“⁹

Das alles geschah unter dem Stichwort der „Entideologisierung der Politik“. Max Schäfer stellt in einem Aufsatz „Zur Theorie und Praxis des demokratischen Sozialismus“ mit Recht fest: „Die ‚Entideologisierung der Politik‘ war für die rechten Führer der Sozialdemokratie notwendig, um die letzten Reste marxistischen Denkens aus der SPD zu verdrängen, den wissenschaftlichen Sozialismus durch kleinbürgerliche Sozialismusauffassungen zu ersetzen und die Idee des Sozialismus mit einer Position weltanschaulicher Neutralität zu verbinden.“¹⁰ Und der sowjetische Gesellschaftswissenschaftler Wladimir Granow kommt zu dem Schluß: „Die ‚weltanschauliche Neutralität‘ war eine weitere Stufe im Prozeß der Umwandlung der rechten Sozialdemokratie zur wichtigsten ideologischen und politischen Stütze der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse. Gleichzeitig führte die Proklamierung dieses Kurses

⁷ Die neue Gesellschaft, Nr. 11/1972, Bonn/Bad Godesberg, S. 859.

⁸ Zit. nach: Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer, Willy Brandt. Der Auftrag des demokratischen Sozialismus, Bonn/Bad Godesberg 1972, S. 53.

⁹ Zit. nach: Kleine Geschichte der SPD, Bd. 2, Bonn/Bad Godesberg 1974, S. 89.

¹⁰ Marxistische Blätter, Sonderdruck, Heft 5/1973, Frankfurt (Main), S. 3.

nicht zur Befreiung der Sozialdemokratie von der Ideologie und konnte natürlich auch gar nicht dorthin führen, sie hat die Sozialdemokratie lediglich vom Marxismus, vom dialektischen und historischen Materialismus befreit.“¹¹

Granow weist darauf hin, daß die philosophischen Anschauungen der Sozialdemokraten heute ein buntes Gemisch aus neokantianischen, existentialistischen, neopositivistischen, neothomistischen und sonstigen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ansichten darstellen, die je nach dem Geschmack des einen oder anderen Theoretikers in verschiedenen Verbindungen und Proportionen dargeboten werden. Anstelle der materialistischen Konzeption von Natur und Gesellschaft wird ein Abklatsch idealistischer Theorien – von der Berkeleyschen Idee der Iden-[71]tität von Bewußtsein und Sein bis zur Anerkennung eines „äußeren Schöpfers“ – geboten. Wenn schon vom Materialismus die Rede ist, wird er in kleinbürgerlich vulgärer Form zu einer Karikatur entstellt. Für den „demokratischen Sozialismus“ gibt es keine objektiven Gesetze, nach denen der Kapitalismus sich entwickelt und die seine unvermeidliche Ablösung durch den Sozialismus bedingen. Die gesellschaftliche Entwicklung ist und bleibt für die Verfechter des „demokratischen Sozialismus“ der wissenschaftlichen Erkenntnis verschlossen. Als Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung betrachten sie das der menschlichen Natur innewohnende Streben nach sittlicher Vervollkommnung. Nicht die soziale Revolution, deren Grundlage die Umwälzung in den Produktionsverhältnissen bildet, sondern eine endlose „sittliche Evolution“ zu allgemeiner Gleichheit im staatsmonopolistischen Kapitalismus – das ist das Credo (Glaubensbekenntnis) der „demokratischen Sozialisten“.

Auch im Entwurf des OR '85 (Orientierungsrahmen 1985) wird noch einmal betont: „Die Entscheidung für den Sozialismus kann unterschiedlich begründet werden. Die Übereinstimmung demokratischer Sozialisten wurzelt nicht in einer einheitlichen religiösen, philosophischen oder wissenschaftlichen Anschauung, sondern in gleichen politischen Zielen, die auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten beruhen.“¹²

Willy Brandt betont mit vollem Recht: „Es gibt keine geschlossene Theorie des demokratischen Sozialismus.“ Allerdings ist das nur die halbe Wahrheit. Es gibt nicht nur keine Theorie des „demokratischen Sozialismus“. Sozialdemokratische Parteien haben in manchen kapitalistischen Ländern viele Jahre lang regiert – wie in England – oder stellen gar seit Jahrzehnten die Regierung, wie in Schweden. Aber nirgends haben sie grundlegende gesellschaftliche Veränderungen herbeigeführt. Das müssen führende Sozialdemokraten selbst eingestehen. So erklärte der führende französische Sozialist Guy Mollet: „In keinem Land, in dem Sozialdemokraten (manchmal mehrere Jahre) an der Regierung sind, ist es gelungen, die ökonomische Ordnung umzugestalten.“¹³

Und der bekannte Ideologe der sozialistischen Internationale, K. Czernetz, mußte feststellen: „Die kapitalistische Struktur der Gesellschaft ist auch nach längeren Perioden der Führung in den Regierungen West- und Nordeuropas nicht überwunden.“¹⁴

[72] In Schweden ist die Sozialdemokratie rund 40 Jahre am Ruder. Aber heute befinden sich immer noch 90 Prozent der Industrie in Privatbesitz, 4 Prozent sind genossenschaftliches, 6 Prozent staatliches Eigentum.¹⁵ Über die Situation in Schweden mußte die Zeitung der Gewerkschaft IG Metall in der BRD, „Metall“, nach den letzten Wahlen in diesem Lande feststellen: „Die Herrschaft des Großkapitals in den Betrieben ist ungebrochen. Nach 41 jähriger sozialdemokratischer Regierungsherrschaft durfte Olof Palme dort vor den Wahlen nicht sprechen!“¹⁶ Der Kapitalismus, die wirtschaftliche und politische Macht des Großkapitals blieben überall, wo es sozialdemokratische Regierungen gab oder gibt, unangetastet.

Das ist auch nicht verwunderlich, betonen führende Propheten des „demokratischen Sozialismus“ doch ausdrücklich, daß man den Kapitalismus keineswegs überwinden will. So erklärte Helmut

¹¹ Die gegenwärtige Sozialdemokratie – Neue sowjetische Analysen, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1973, S. 85 f.

¹² Beilage zum „Vorwärts“, Bonn, 16.1.1975, S. 3.

¹³ Le Nouvel Observateur, Paris, Nr. 207, S. 24.

¹⁴ Die Zukunft, Nr. 3/1972, S. 4.

¹⁵ Neue Zeit, Heft 31/1973, S. 20.

¹⁶ Metall, Nr. 20/1973.

Schmidt im Juni 1972 vor der Presse in Bonn, daß die im Entwurf des SPD-Langzeitprogramms vorgenommene „Konkretisierung des demokratischen Sozialismus“ nicht als Systemüberwindung gewertet werden dürfe. Und Willy Brandt. unterstrich auf dem SPD-Parteitag in Hannover, daß Systemüberwindung für ihn nichts weiter ist als ein „Schlagwort“, das „weder in der theoretischen Diskussion noch in der politischen Praxis für uns von Nutzen“ ist.¹⁷

Daß die Überwindung des kapitalistischen Systems und der Aufbau der von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreiten sozialistischen Gesellschaft keine Schlagworte, sondern reale, zu erkämpfende Perspektiven sind, zeigt das Beispiel der Sowjetunion, der DDR, der übrigen Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Schlagworte sind dagegen die sogenannten ethischen Grundwerte des demokratischen Sozialismus.

Im Godesberger Programm heißt es hierzu: „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind Grundwerte sozialistischen Wollens.“¹⁸ Im Entwurf des OR '85 werden diese Grundwerte erläutert, allerdings so abstrakt und klassenneutral, daß der Generalsekretär der CDU Biedenkopf erklären konnte, daß daran nichts spezifisch Sozialdemokratisches sei, daß diese Grundwerte jedermanns Zustimmung finden könnten. Es sind Schlagworte, weil diese Begriffe von den Propheten des „demokratischen Sozialismus“ ihres Klasseninhalts beraubt werden. „Diese ‚ethischen Grundwerte‘ werden nicht etwa aus der ge-[73]gesellschaftlichen Wirklichkeit abgeleitet, sie sind klassenneutral. Sie sind a priori vorhanden. Sie sind etwas von den materiellen Bedingungen der Produktion unabhängig Existierendes.“¹⁹ Freiheit wird als formale bürgerliche Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität werden als karikative Hilfe für unverschuldet Schwache, keineswegs jedoch als Klassensolidarität der Arbeiter im Kampf um die Durchsetzung ihrer Interessen verstanden.

Werner Paff und Vera Wrona machen in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Einheit“ mit Recht darauf aufmerksam, daß die Orientierung der Sozialdemokratie an „ethischen Grundwerten“ so neu nicht ist. Bernstein und andere Revisionisten haben um die Jahrhundertwende den vor allem vom Neukantianismus begründeten „ethischen Sozialismus“, der als Gegenstück zum wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels durch Ideologen der Bourgeoisie entwickelt wurde, aufgegriffen und in die Sozialdemokratische Partei getragen. Im „ethischen Sozialismus“ wird der Sozialismus nicht als das gesetzmäßige Resultat der sich im Kapitalismus notwendig zuspitzenden Widersprüche aufgefaßt, die durch den Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie, durch die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel gelöst werden, sondern als „ethisches Ideal“, das außerhalb des Klassenkampfes steht und das alle Menschen, Bourgeoisie und Proletariat, gemeinsam erstreben. „Im wirklichen Leben, in der Klassenaueinandersetzung zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, degradiert ein solcher ‚allgemein menschlicher‘ Standpunkt die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen zum Objekt der Philanthropie. Er verhindert, daß sie sich zu bewußtem gesellschaftlichem Handeln auf der Grundlage der Erkenntnis der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze befähigen. Wem das nutzt, ist offensichtlich: der Bourgeoisie, der Aufrechterhaltung der Macht des Kapitals.“²⁰

Der Marxismus verneint nun keineswegs die Bedeutung progressiver ethischer Ideale und moralischer Werte. Er hat vielmehr die Ideen der großen Humanisten, die dem Kampf der Volksmassen um größere Rechte und Freiheiten, um Beseitigung der Knechtschaft und Ausbeutung, um Frieden und Gerechtigkeit Ausdruck verliehen, kritisch verarbeitet, in sich aufgenommen und sie damit auf eine wissenschaftliche, historisch-materialistische Grundlage gestellt.

[74] Der Marxismus prangert die Mißstände des Kapitalismus an. Er bleibt jedoch nicht bei der moralischen Verurteilung dieser Gesellschaftsordnung stehen. Er zeigt, daß die Mißstände die notwendige Folge der kapitalistischen Produktionsweise sind, daß sie darum letztlich nur durch die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die Errichtung der politischen

¹⁷ SPD-Parteitag vom 10.-14. April 1973, Hannover, unkorrigiertes Protokoll, 11. April, S. 27.

¹⁸ Protokoll des Parteitags der SPD in Bad Godesberg, 1959, S. 13.

¹⁹ Max Schäfer, in: Marxistische Blätter, Sonderdruck, Heft 5/1973, S. 5.

²⁰ W. Paff/V. Wrona: Der „demokratische Sozialismus“ – eine bürgerliche Konzeption, in: Einheit, Nr. 12/1972, S. 1633.

Macht der Arbeiterklasse und die Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln zu überwinden sind.

Daß der „demokratische Sozialismus“ und seine „ethischen Grundwerte“ Schlagworte, Phrasen sind, die die arbeitenden Menschen irreführen und vom Kampf um den realen Sozialismus abhalten sollen, geht auch daraus hervor, daß führende SPD-Politiker selbst erklären, daß der „demokratische Sozialismus“ kein zu verwirklichendes Ziel sei. So betonte Willy Brandt auf dem SPD-Parteitag in Hannover: „Demokratischer Sozialismus ist für uns kein Schema für die gesellschaftliche Ordnung, kein dogmatisch festgelegter Katalog von Maßnahmen. Demokratischer Sozialismus ist nicht als Endziel, sondern ist als ständige Aufgabe zu verstehen.“²¹

Im übrigen bestätigt das Verhalten der SPD-Führer zu den Entwicklungen in Portugal anschaulich, daß das Schlagwort vom „demokratischen Sozialismus“ nur dem Ziel dient, die Arbeiter vom Kampf um den realen Sozialismus abzuhalten.

3.3. Grundvoraussetzungen des Sozialismus

Die Tatsache, daß der „demokratische Sozialismus“ mit dem wissenschaftlichen Sozialismus absolut nichts zu tun hat, wird besonders deutlich, wenn wir die Politik der rechten sozialdemokratischen Führung an den Kriterien messen, die Marx, Engels und Lenin als Grundvoraussetzungen für den Sozialismus genannt haben.

Schon im „Manifest der Kommunistischen Partei“, der Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, heißt es, „daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu [75] entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“ Zu den wichtigsten Aufgaben des proletarischen Staates zählten Marx und Engels im „Manifest“: Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Vermessung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.²²

„Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt also“ – wie die DKP in den Thesen des Düsseldorfer Parteitags betont – „die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten voraus. Der Sozialismus gründet sich auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln. Er erfordert die planvolle und rationelle Nutzung und Mehrung aller gesellschaftlichen Quellen und Mittel zum Wohle des ganzen Volkes.“²³

3.4. „Demokratischer Sozialismus“ und politische Macht

Untersuchen wir zunächst die Haltung der sozialdemokratischen Führung zur politischen Macht der Arbeiterklasse. Die rechte SPD-Führung steht vorbehaltlos auf dem Boden des monopolkapitalistischen Staates. So bekannte sich Willy Brandt in seiner Rede zum 20. Todestag Kurt Schumachers 1972 zu diesem Staat der BRD „ohne Wenn und Aber“. In der Zehn-Punkte-Erklärung Willy Brandts vor dem Parteivorstand der SPD am 2. April 1974 heißt es klipp und klar: „Wir tragen diesen Staat.“²⁴ Und auf dem Hannoverschen Parteitag der SPD 1973 erklärte Brandt: „Die Funktionsfähigkeit des Staates ist für uns deutsche Sozialdemokraten eine Pflicht ...“²⁵

Friedrich Engels betonte aber bekanntlich in seiner Arbeit „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“: „Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch

²¹ SPD-Parteitag vom 10.-14. April 1973, Hannover, unkorrigiertes Protokoll, 11. April, S. 24.

²² Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 481.

²³ Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, These 8.

²⁴ Frankfurter Rundschau, 3.4.1974.

²⁵ SPD-Parteitag vom 10.-14. April 1973, Hannover, unkorrigiertes Protokoll, 11. April, S. 12.

politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse.“²⁶

[76] Dieser Staat in der BRD, zu dem sich die SPD-Führung bekennt, ist der Staat des Großkapitals, in dem selbst nach Aussagen bürgerlicher Zeitungen kein Gesetz verabschiedet wird, das die Interessen des Großkapitals berührt, das nicht entweder von den Unternehmerverbänden ausgearbeitet oder zumindest mit ihnen abgesprochen wäre. Dieser Staat ist ein Staat, der durch seine Wirtschafts- und Finanzpolitik dazu beiträgt, daß die Reichen immer reicher werden, der alle Lasten der kapitalistischen Krise auf die Werktätigen abwälzt, der seine Polizei gegen streikende Arbeiter einsetzt, der die großkapitalistische Preistreiberei verteidigt und unterstützt.

Diesen Klassencharakter des Staates in der Bundesrepublik versucht die SPD-Führung zu leugnen, wenn sie erklärt: „Dieser Staat hat die Aufgabe, die Schwachen zu schützen, die Mächtigen zu bändigen und die notwendigen Veränderungen gegen die Widerstände der Privilegierten in gesetzlicher Weise durchzusetzen.“²⁷

Richard Löwenthal, Mitbegründer des stockreaktionären „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ und einer der Theoretiker der SPD, bestreitet entschieden, daß der Staat in der Bundesrepublik ein Staat des Monopolkapitals ist: „Die Bundesrepublik ist eine freiheitliche Demokratie, wenn auch eine unvollständige, die wir verbessern wollen. In dieser freiheitlichen Demokratie gibt es Monopolkapital, und das hat auch Macht – aber nicht die Macht: Es ist eine Kraft unter den wirksamen gesellschaftlichen Kräften ... Darum ist unser demokratischer Staat nicht der Staat des Monopolkapitals.“²⁸ Und W. Kremp erklärt, die Herrschaft der „unfreiwillig Besitzlosen“ allein könne die Probleme nicht lösen. Sie basiere auf dem „Drang nach Mehr und endet in der Diktatur, in der Gewalt ...“²⁹

Im Entwurf des Orientierungsrahmens '85 kann die SPD-Führung nicht umhin, einige Wahrheiten über die Rolle des kapitalistischen Staates einzugestehen, wenn dort festgestellt wird: „Der Staat schafft und erhält die wirtschaftlichen, die sozialen und die politischen Existenzbedingungen der privaten Unternehmungen.“ Gleichzeitig wird jedoch die Einschätzung des Staates als Staat der Monopole entschieden zurückgewiesen. Mehr noch, es wird der Versuch unternommen, diesen Staat der Monopole als einen Staat darzustellen, der die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt, denn es heißt dort: „Keine [77] demokratische Regierung (und als solche versteht die SPD die Regierungen in der BRD – W. G.) kann auf die Dauer Politik gegen die vitalen Interessen der Bevölkerungsmehrheit, insbesondere nicht der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft betreiben.“³⁰

Gegen die politische Macht der Arbeiterklasse tritt die rechtssozialdemokratische Führung auch dadurch auf, daß sie schlicht und einfach behauptet, es gäbe ja gar keine Arbeiterklasse mehr. So schreibt Peter Christian Ludz in der „Neuen Gesellschaft“: „Die Forderung nach der Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse kann schon deshalb nicht ernst genommen werden, weil die realsoziologische Analyse eine scharf von der übrigen Gesellschaft abgegrenzte Arbeiterklasse nicht kennt.“³¹

Die Besitzer der Produktionsmittel und die Arbeiter, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft und von den Kapitalisten ausgebeutet werden, die Großaktionäre und Spitzenmanager und die streikenden Arbeiter, die von ihnen ausgesperrt werden, sind also nicht scharf voneinander abgegrenzt, sie sitzen vielmehr „alle in einem Boot“. So einfach ist das im Märchenbuch des „demokratischen Sozialismus“.

3.5. „Demokratischer Sozialismus“ und Eigentum an den Produktionsmitteln

Wenden wir uns dem zweiten Kriterium zu, der Forderung nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Die SPD-Führung verteidigt das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln. So heißt es im Beschluß „Sozialdemokratie und Kommunismus“: „Das private Eigentum an Produktionsmitteln

²⁶ Marx/Engels, Werke, Bd. 21, S. 166.

²⁷ Aus dem Wahlprogramm der SPD zu den Bundestagswahlen 1972.

²⁸ Vorwärts, Bonn, 24.12.1970, S. 5.

²⁹ W. Kremp, Die Herrschaft des Proletariats, in: Die neue Gesellschaft, H. 1/1973, S. 44.

³⁰ Beilage zum „Vorwärts“, 16.1.1975, S. 9.

³¹ Die neue Gesellschaft, Heft 5/1972, S. 360.

hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert ... Die Sozialdemokratie bekennt sich erneut zu der Aufgabe, diese Ordnung kompromißlos gegen alle kommunistischen Irrlehren zu verteidigen.“³²

Im Wahlprogramm der SPD, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag im Oktober 1972, wird gesagt: „Grundlage dieser wirtschaftlichen Entwicklung war und ist die marktwirtschaftliche Ordnung, zu ihr bekennen wir uns ... Diese [78] Ordnung wollen wir verstärken und ausbauen ... Sicher, technischer Fortschritt führt oft zur Entwicklung großer Unternehmenseinheiten. Die Entwicklung soll nicht gehindert werden.“ Die SPD-Führung bekennt sich also ausdrücklich zur großkapitalistischen Machtzusammenballung. Daß „Marktwirtschaft“ von ihr nur als Synonym für Kapitalismus gebraucht wird, hat Helmut Schmidt noch einmal auf dem Mannheimer Parteitag der SPD deutlich gemacht, indem er erklärte, wenn die SPD „Marktwirtschaft“ sage, dann meine sie „die Unternehmerentscheidung“³³.

Im Entwurf für den Orientierungsrahmen '85 kann die SPD-Führung nicht umhin, eine Reihe Gebrechen der kapitalistischen „Marktwirtschaft“ einzugestehen. Es heißt dort:

„Es sind besonders folgende Probleme und Bereiche, für die das Steuerungsinstrument ‚Markt‘ nicht ausreicht:

- Der sich selbst überlassene Markt neigt zur Aufhebung des Wettbewerbs, wie die zunehmende Vermachtung zahlreicher Märkte durch Konzerne und Kartelle zeigt.
- Der Markt kann nur Bedürfnisse befriedigen, die sich in kaufkräftiger Nachfrage ausdrücken. Die Verteilung der Güter durch den Markt ist nur insoweit gerecht, als die Einkommensverteilung gerecht ist.
- Der Markt versagt bei der Bereitstellung von Infrastrukturleistungen, denen heute eine steigende Bedeutung zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse zukommen.
- Oft kann eine ökonomisch sinnvolle Produktion aus technischen Gründen nicht in konkurrierenden Unternehmen hergestellt werden. In anderen Fällen führt ein ungesteuerter Wettbewerb zu instabilen oder ruinösen Marktverhältnissen.
- Der Markt ist ein gegenwartsbezogenes Instrument der Produktionsabstimmung, auf zukünftige Entwicklungen stellt er sich nur insofern ein, wie sich diese schon in der absehbaren Nachfrageentwicklung niederschlagen. Deshalb kann die Entwicklung zukunftssträchtiger Branchen oder die Schrumpfung bestimmter Produktionen nicht allein den Marktkräften überlassen bleiben.
- Der Markt als Ordnungsprinzip ist rücksichtslos ...“³⁴

Aus diesen sicherlich verniedlichten, aber immerhin angedeuteten Gebrechen der kapitalistischen „Marktwirtschaft“ (es wird vor allem verschwiegen, daß die kapitalistische „Marktwirt-[79]schaft“ den Arbeitern gesetzmäßig Krisen, Inflation und Arbeitslosigkeit beschert) zieht der Entwurf des OR '85 nun keineswegs die Schlußfolgerung, daß die Überwindung des kapitalistischen Eigentums als der Grundlage dieser Mißwirtschaft notwendig ist. Es wird nur von der Notwendigkeit „sozialer Korrektur“ der „Marktwirtschaft“ gesprochen. Im übrigen wird die Aussage des Godesberger Programms der SPD unterstrichen: „Freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.“³⁵ Forderungen nach Verstaatlichung der Banken und anderer Schlüsselbereiche werden entschieden zurückgewiesen.³⁶

Zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums bedient sich die SPD-Führung der seltsamsten „Argumente“. Besonders beliebt ist die Behauptung, in „Gesellschaften mit Privatbesitz an Produktionsmitteln“ hätte ein „hohes Maß an politischer Freiheit“ erreicht werden können. Mit dieser These

³² SPD-Pressemitteilungen, Nr. 45/71, 26. 2. 1971.

³³ Vgl. Progress-Presse-Agentur GmbH (PPA) vom 12.11.1975.

³⁴ Beilage zum „Vorwärts“, 16.1.1975, S. 11.

³⁵ Ebenda, S. 12.

³⁶ Vgl. ebenda, S. 12/13.

haben wir uns bereits an anderer Stelle auseinandergesetzt (vgl. Abschnitt 2.1.). Ein anderes Argument finden wir bei dem rechten SPD-Theoretiker Bartsch. Er schreibt: „Nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist die Wurzel des Übels, sondern der niedrige Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Nicht die Veränderung der Eigentumsverhältnisse führt zur klassenlosen Gesellschaft, sondern vielmehr die unbeschränkte Entwicklung der Produktionsfähigkeiten bei Mensch und Technik. Ungeachtet der Aufdeckung des tatsächlichen Problems, fahren die Marxisten fort, die Beseitigung des Privateigentums zu fordern.“³⁷

In Wirklichkeit sind die Gründe, die die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern veranlassen, für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu kämpfen, keineswegs gegenstandslos geworden. Das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln, besonders in Gestalt des Monopoleigentums, ist nicht nur Grundlage und Ausgangspunkt der Ausbeutung der Millionenmassen des arbeitenden Volkes in den kapitalistischen Ländern. Es ist nicht nur die Quelle von Wirtschaftskrisen, inflationistischer Preistreiberei, sozialer Unsicherheit und Arbeitslosigkeit sowie des Mißbrauchs der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Steigerung der Profite des Großkapitals. Es ist vor allem das ökonomische Fundament, von dem aus eine Minderheit von Industrie- und Bankherren das ganze gesellschaftliche Leben und besonders den Staat be-[80]herrscht. Gestützt auf den ungeheuren Reichtum, den das Großkapital in einem Jahrhundert aus den Werktätigen herausgepreßt hat, kauft oder stürzt es Regierungen, besticht es Politiker und Abgeordnete, finanziert es Parteien und Organisationen, beherrscht es die Massenmedien und lenkt es die Staatspolitik.

Im übrigen muß man die Frage stellen: Wäre das Privateigentum an den Produktionsmitteln tatsächlich von so untergeordneter Bedeutung, wie die rechten sozialdemokratischen Führer behaupten – warum klammern sich dann die Industrie- und Bankherren so verbissen daran? Warum verweigern sie den Arbeitern die geringste Kontrolle über die durch ihre Arbeit geschaffenen Werte, unterbinden sie jede wirksame Mitbestimmung?

3.6. „Demokratischer Sozialismus“ und staatliche Wirtschaftstätigkeit im Kapitalismus

Die Prediger des „demokratischen Sozialismus“ treten aber nicht nur offen und unverblümt für das kapitalistische Eigentum ein. Sie tun das auch versteckt, indem sie behaupten, daß das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln durch die Wirtschaftstätigkeit des kapitalistischen Staates und das Staatseigentum in bestimmten Bereichen der kapitalistischen Wirtschaft immer bedeutungsloser werde. Der schon zitierte Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Kreisky, geht soweit zu behaupten: „in den allermeisten Ländern – auch in Amerika – ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln als solches in vielen Bereichen verschwunden.“³⁸

Die Rolle des Staates in der Wirtschaft der kapitalistischen Länder wird von sozialdemokratischen Theoretikern als Kennzeichen einer „Transformation des Kapitalismus“ in eine „zukunftsträchtige, gerechtere Sozialordnung“ gepriesen.

In der Tat ist das Monopolkapital in allen entwickelten kapitalistischen Ländern auf Grund der Verschärfung der ökonomischen und politischen Widersprüche des Kapitalismus und der Zuspitzung der Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus gezwungen, in immer stärkerem Maße mit Hilfe des Staates regulierend in den kapitalistischen Wirtschaftsprozess einzugreifen. Das geschieht jedoch keineswegs im Interesse [81] eines vielbeschworenen „Gemeinwohls“, sondern ausschließlich zum Zwecke der Mehrung der Profite des Großkapitals und vor allem zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Profitsystems selbst.

In der Bundesrepublik fließen mehr als 40 Prozent des Nationaleinkommens, d. h. des von den Arbeitern und Angestellten, Bauern und Handwerkern neugeschaffenen Wertes, in die Staatskassen und werden vorwiegend im Interesse des Großkapitals umverteilt. Mit den Steuermitteln der arbeitenden Bevölkerung finanziert der Staat die wachsenden Rüstungsaufträge, die den Konzernen märchenhafte Profite bringen. Fast jede dritte Mark aus dem Topf des Bundeshaushalts wird dem Moloch Rüstung

³⁷ Die neue Gesellschaft, Nr. 4/1969, S. 330.

³⁸ Neues Forum, Wien, Nr. 2/1973.

in den Rachen geworfen. Zum Nutzen der Monopole fördert der Staat den Prozeß der Konzentration der Produktion, saniert er geschwächte Monopole, wie z. B. den Bergbau, übernimmt er den Risikoschutz im Außenhandel, die Finanzierung von Forschung und Ausbildung. Die Subventionen für das Großkapital in Form von Steuervergünstigungen, Zuschüssen und Abschreibungserleichterungen werden immer größer.

Den Interessen des Großkapitals dient auch der Einsatz der staatlichen Unternehmen. Indem der kapitalistische Staat das Verkehrs-, Transport- und Nachrichtenwesen, die Stromversorgung, die Kohleförderung und andere Bereiche ganz oder teilweise in seine Regie nimmt und aus Mitteln des Staatshaushalts finanziert, erspart er den Monopolen gewaltige Kapitalanlagen. Darüber hinaus verschaffen die Staatsunternehmungen, in deren Leitungen in der Regel führende Vertreter des Großkapitals sitzen, den Monopolen durch besonders profitable Aufträge einerseits und durch Sondertarife und Vorzugspreise für die Leistungen und Güter der Staatsbetriebe andererseits riesenhafte zusätzliche Profite.

Wenn von sozialdemokratischen Führern im Zusammenhang mit der Staatstätigkeit auf die Ausgaben des Staates für Renten, Mietzuschüsse und andere soziale Zwecke verwiesen wird, so muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Mittel dafür von den arbeitenden Menschen durch Sozialabgaben und Steuern selbst aufgebracht werden und diese Maßnahmen von der Arbeiterklasse dem Monopolkapital und seinem Staat in jahrzehntelangen Klassenkämpfen abgerungen werden mußten. [82] Die Bedingungen für den erfolgreichen Kampf um soziale Zugeständnisse sind dabei heute einerseits angesichts der Existenz und der erfolgreichen Entwicklung der Länder des Sozialismus und der zunehmenden Stärke der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern günstiger als jemals zuvor. Im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung muß der Staat dem arbeitenden Volk gegenüber gewisse Zugeständnisse machen, wenn es seine Forderungen einheitlich und kämpferisch vertritt. Auf der anderen Seite ist mit den tiefen zyklischen Krisenerscheinungen, mit dem Debakel der Staatsfinanzen, mit der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus der Spielraum für materielle Zugeständnisse heute bedeutend enger als vor einigen Jahren, so daß nicht nur die Erweiterung des sozialpolitischen Standards, sondern bereits seine Verteidigung harte Kämpfe der Arbeiter erfordern.

Die zunehmenden Eingriffe des Staates in den kapitalistischen Wirtschaftsprozeß sind also alles andere als ein Ausdruck der „Transformation des Kapitalismus“ in eine „gerechtere Sozialordnung“. Sie sind vielmehr ein nachdrücklicher Beweis dafür, daß der Kapitalismus überlebt ist, daß alle materiellen Voraussetzungen für seine Ablösung durch den Sozialismus herangereift sind. Das geschieht jedoch nicht im Selbstlauf und schon gar nicht durch die Tätigkeit des monopolkapitalistischen Staates. Dazu bedarf es des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse zur grundlegenden Umwälzung der bestehenden politischen Macht- und ökonomischen Besitzverhältnisse.

3.7. „Demokratischer Sozialismus“ und Planung

Wenden wir uns schließlich der Frage der planmäßigen Entwicklung der Gesellschaft im Interesse des arbeitenden Volkes zu. Die Haltung der SPD-Führung zu diesem Problem hat Helmut Schmidt in einer Rede zum 1. Entwurf des Orientierungsrahmens der SPD zum Ausdruck gebracht: „Eine totale Planung wird es nach unserem Willen gewiß nicht geben. Wir müssen die Freiräume für das Handeln der Unternehmer lassen, wieder ausweiten oder gar erst schaffen. Wir geben dem Unternehmer auch mehr Sicherheit, wenn wir unsere politischen Vorstellungen so langfristig wie möglich erarbeiten und publik [83] machen. Wir setzen Rahmendaten, mit denen die Manager der Wirtschaft dann rechnen können.“³⁹ Im zweiten Entwurf des Orientierungsrahmens '85 wird von „Koordination der einzelwirtschaftlichen Entscheidungen zwischen den Unternehmen“ und ihrer Abstimmung mit den öffentlichen Zielsetzungen gesprochen. Es wird jedoch ausdrücklich erklärt: „Die einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel und die Marktkonkurrenz sind weitgehend unentbehrlich. Ihre Ersetzung durch staatliche Planung bringt die Gefahr mit sich, daß die beschränkten Interessen herrschender Minderheiten (Bürokratien) unkontrollierbar über die Bedürfnisbefriedigung der Menschen verfügen.“⁴⁰ Und: „Eine Beseitigung der Unternehmensautonomie durch eine zentrale staatliche Wirtschaftsplanung kommt

³⁹ SPD-Pressemitteilungen und Informationen, 5.6.1972.

⁴⁰ Beilage zum „Vorwärts“, 16.1.1975, S. 4.

wegen ihrer vielfältigen schädlichen und unerträglichen Folgen nicht infrage.“⁴¹ Es geht der SPD-Führung also nicht um eine Planung im Interesse des Volkes, sondern um eine planmäßige Mehrung der Profite des Großkapitals.

Im Bericht des Parteivorstandes an den Hamburger Parteitag der DKP charakterisierte der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, den „demokratischen Sozialismus“ der SPD-Führung in den treffenden Worten: „Was ist das schon für ein sonderbarer Sozialismus? Das privatkapitalistische Eigentum will er nicht antasten. Die Macht der Arbeiter lehnt er ab. Er bekämpft sie. Wissenschaftlich begründbar ist er nach Aussagen seiner Erfinder auch nicht. Es handelt sich ganz offensichtlich um jenen ‚Bourgeoisie-Sozialismus‘, den Marx und Engels schon im Kommunistischen Manifest zerpfückten, also um sozial verbrämten Kapitalismus.“⁴²

Die sozialdemokratische Führung will unter der Losung des „demokratischen Sozialismus“ den Kapitalismus stabilisieren. Das hat Kreisky, der sich ausdrücklich auf die Übereinstimmung mit Willy Brandt beruft, in einem Interview mit der Wiener Zeitschrift „Neues Forum“ sehr deutlich gemacht. Er sagt dort u. a.: „Wenn sie ihre Reformaufgabe erfaßt, ist die Sozialdemokratie die der jetzigen Entwicklung des Kapitalismus oder der modernen Industriegesellschaft adäquate Reformpartei.“ Und weiter: „Die Sozialdemokratie versucht, Macht zu kontrollieren, ohne die ökonomische Basis der Herrschaftsverhältnisse zu reflektieren.“

Am deutlichsten wird die Rolle des „demokratischen Sozia-[84]lismus“, wenn Kreisky sagt: „Am Beispiel der Rolle der britischen Sozialdemokratie ist erkennbar, daß sozialdemokratische Regierungen in bestimmten Momenten gezwungen sind, ausschließlich im Interesse der herrschenden Klasse zu agieren.“⁴³

3.8. Mit marxistischen Termini getarnte prokapitalistische Positionen

Im Munde rechter sozialdemokratischer Führer dient das Schlagwort vom „demokratischen Sozialismus“ also eindeutig dem Ziel, den realen Sozialismus in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft als undemokratisch zu verleumden und die eigene Praxis der Verteidigung des großkapitalistischen Ausbeutersystems zu verschleiern. Zugleich wird unter diesem Motto der Kampf gegen diejenigen Kräfte in der SPD geführt, die sich für Arbeiterinteressen, für die Verteidigung demokratischer Rechte, für Reformen im Interesse des arbeitenden Volkes einsetzen. Diese Funktionen der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ gelten auch dann, wenn die prokapitalistischen Positionen weniger offen ausgesprochen, und selbst dann, wenn sie mit marxistischen Termini getarnt werden.

Zu den Vertretern einer solchen Variante des „demokratischen Sozialismus“ gehört Peter von Oertzen, SPD-Vorsitzender von Niedersachsen. Am 16. November 1973 hat von Oertzen vor den Delegierten des Unterbezirksparteitages der SPD in Frankfurt einen Grundsatzvortrag über „demokratischen Sozialismus“ gehalten. Darin erklärte er u. a.: „Kapitalverhältnis und Staatsapparat können überhaupt nur graduell verändert und nicht in ihrer Gesamtheit abgeschafft werden ...“ Unter der Änderung des Kapitalverhältnisses versteht dieser sich „links“ gebärdende SPD-Führer die „gesellschaftliche Planung und Lenkung in bestimmten Schlüsselbereichen“. Ohne die Änderung der Eigentumsverhältnisse will er in diesen Bereichen das „Gesetz der Kapitalverwertung“ außer Kraft setzen, „während es in weiten Bereichen der Wirtschaft weiter gilt“.⁴⁴

Es ist doch wohl eine recht eigenartige Sozialismus-Vorstellung, bei der in weiten Bereichen der Wirtschaft „das Gesetz der Kapitalverwertung“, also die kapitalistische Ausbeutung, fortbesteht. Nicht weniger seltsam ist der Gedanke, daß man [85] in Schlüsselbereichen ohne die Enteignung der Konzerne „gesellschaftliche Planung und Lenkung“ durchsetzen und das Gesetz der Kapitalverwertung außer Kraft setzen könne. Von Oertzen spricht sich praktisch gegen die Enteignung der Konzerne aus, wenn er erklärt: „Die Forderung nach Vergesellschaftung von Produktionsmitteln stellt das Problem nur, löst es aber nicht. Nicht ob bestimmte Unternehmen oder Branchen aus dem allgemeinen Prozeß der

⁴¹ Ebenda, S. 18.

⁴² Bericht des Parteivorstandes der DKP an den Hamburger Parteitag, S. 41.

⁴³ Neues Forum, Wien, Nr. 2/1973.

⁴⁴ Frankfurter Rundschau, 22.11.1973.

Kapitalverwertung herausgenommen werden sollen, sondern wie das vonstatten gehen kann, ist die entscheidende Frage. Dieser Einwand gilt noch mehr gegenüber jenen, die pauschal die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel verlangen.

Diese Forderung ist nicht nur inhaltlich leer, sie ist darüber hinaus in absehbarer Zeit unerfüllbar, und sie widerspricht dem Parteiprogramm; sie ist daher falsch und politisch schädlich.“⁴⁵ Von Oertzen bekennt sich offen zum kapitalistischen Ausbeutersystem, wenn er erklärt: „Die SPD erkennt an, daß das gegenwärtige, auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der freien Marktkonkurrenz beruhende ‚sogenannte‘ kapitalistische Wirtschaftssystem immer noch zu großen Leistungen fähig ist, auf welche die Menschen unseres Volkes weder verzichten wollen noch verzichten können.“⁴⁶

Die gegenwärtige Krise mit 1,5 bis 2 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern zeigt allerdings, um wie zweifelhafte „Leistungen“ es sich dabei handelt und wie notwendig es für die arbeitenden Menschen ist, sich von diesem System zu befreien.

Was den Staat betrifft, so behauptet von Oertzen, daß die sozialistische Bewegung den Staat – den Staat des Monopolkapitals wohlgerne – brauche. Sie müsse ihn benutzen und könne ihn nicht durch eine neue Staatsmacht ersetzen, sondern „nur kontrollieren und schrittweise demokratisch verändern“.⁴⁷ Um seinen staatsmonopolistischen Reformismus als Sozialismus ausgeben zu können, begibt sich von Oertzen in die Niederungen der Marx-Fälschung, wenn er behauptet, daß mit der Marxschen „Bedingung für eine wirkliche Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft zwei traditionelle – angeblich marxistische – Vorstellungen herkömmlicher sozialistischer Theorien unvereinbar“ seien: „a) die Vorstellung einer ver-[86]elendeten, gedrückten, ausgepowerten, degradierten – von den realen, ökonomischen, sozialen, kulturellen Schlüsselfunktionen der Gesellschaft abgeschnittenen und deswegen revolutionären Arbeiterklasse; b) die Vorstellung einer von der politischen Macht, dem Staatsapparat, den Massenkommunikationsmitteln, den Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation abgeschnittenen und deswegen revolutionären Untertanenmasse.“⁴⁸

Peter von Oertzen fälscht ganz einfach den Marxismus. Er weiß natürlich, daß im „Kapital“ von Marx die Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus als verelendet, ausgebeutet und von den Schlüsselpositionen der Gesellschaft abgeschnitten charakterisiert wird. Dabei versteht Marx die Verelendung als gesellschaftliche Tendenz, der andere Tendenzen entgegenwirken. Verelendung wird bei Marx auch nicht vorrangig als schlechter essen, wohnen usw., sondern als Verschlechterung der sozialen Lage, gemessen an der Lage des Gegenpols, der Kapitalistenklasse, verstanden. Marx schreibt: „Es folgt daher, daß im Maße, wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß.“⁴⁹

Wobei der Marxismus die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse allerdings nicht so sehr aus ihrer verelendeten Lage im Kapitalismus als vor allem aus ihrer Stellung in der modernen Produktion ableitet. Marx hat sich stets gegen alle Konzeptionen gewandt, nach denen der Arbeiter verelenden muß, um revolutionär zu sein. Und wer wollte ernsthaft bestreiten, daß sich die gesellschaftliche Lage der Arbeiterklasse in der BRD, gemessen am wachsenden Reichtum und der zunehmenden Macht des Großkapitals, verschlechtert? Wer kann im Ernst leugnen, daß die Arbeiter in unserem Lande ausgebeutet und degradiert werden, daß sie von den Schlüsselpositionen der Gesellschaft abgeschnitten sind – müßten die Gewerkschaften sonst um elementare Mitbestimmungsrechte und um menschlichere Arbeitsbedingungen kämpfen?

Oertzen „übersieht“ einfach das „Manifest der Kommunistischen Partei“, die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, in dem Marx und Engels erklären, daß der Staat immer das Instrument der herrschenden Klasse und im Kapitalismus „ein Ausschuß“ ist, „der die gemeinschaftlichen Geschäfte

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Marx/Engels, Werke, Bd. 23, S. 675.

der Bourgeoisieklasse verwaltet“⁵⁰. Heute, unter den Bedingungen [87] des staatsmonopolistischen Kapitalismus, ist der Staat vor allem das Instrument der herrschenden Monopolbourgeoisie. Die Arbeiterklasse ist von der politischen Macht und von den Massenkommunikationsmitteln in der Tat praktisch ausgeschlossen. Die Arbeiterklasse braucht für die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft eine neue Staatsmacht, mit der sie im Bündnis mit den anderen Werktätigen die Macht ausübt.

Gerade das aber wollen die rechten sozialdemokratischen Führer verhindern. Darum richtet sich ihr Hauptstoß auch gegen die Länder des realen Sozialismus, in denen das arbeitende Volk die Macht ausübt. Von Oertzen holt seine Argumente gegen den realen Sozialismus aus der Mottenkiste des Trotzismus, wenn er behauptet, in den sozialistischen Ländern habe sich „auf der Basis des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln oder der bürokratischen Struktur der sozialen Organisation – Ausbeutung, Unterdrückung und geistige Entmündigung der Massen durch eine privilegierte Minderheit in geringerem oder größerem Umfang wiederhergestellt“⁵¹. Den Beweis für diese anti-kommunistischen Verleumdungen bleibt von Oertzen allerdings schuldig. Er muß ihn schuldig bleiben, weil die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft ein für allemal beseitigt ist. Es gibt keine Klasse, die auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln sich das Mehrprodukt der Arbeit anderer unbezahlt aneignen, d. h. andere ausbeuten könnte. Das arbeitende Volk in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft verfügt über wirkliche Freiheit und Demokratie.

Wenn von Oertzen bei seinen Angriffen auf den realen Sozialismus Rosa Luxemburgs Wort, daß Freiheit stets die Freiheit der Andersdenkenden sei, zu mißbrauchen versucht, so ist dieses Wort im Munde Peter von Oertzens, eines wilden Praktikanten der Berufsverbote in der Bundesrepublik, eine einzige Entlarvung seiner selbst und seiner Konzeption des „demokratischen Sozialismus“.

Zu den Vertretern dieser sich „links“ gebenden und sich auch mit marxistischen Termini tarnenden Variante rechtssozialdemokratischer Politik gehört auch Jochen Steffen, Mitglied des Parteivorstands der SPD, den die bürgerliche Presse häufig den „roten Jochen“ nennt. Welche Rolle er tatsächlich spielt, hat eine Veranstaltung des „Management Institut Hohenstein“ zum [88] Thema „Marxismus für Manager – Wie diskutiert man mit Marxisten?“ schlaglichtartig enthüllt. Die UZ, die Zeitung der DKP, hat die Einladung zu dieser Veranstaltung abgedruckt.⁵² Das Seminar wurde am 2/3. Mai 1975 im Luxusrestaurant „Hotel Gravenbruch“ bei Frankfurt a. M. abgehalten. Die Gebühr für zwei Tage betrug 650 DM! Das Leitmotiv der Tagung lautete: „Das deutsche Management ist das wirksamste Bollwerk gegen den Marxismus, aber es ist auf diese Aufgabe nicht vorbereitet.“⁵³ Die Vorbereitung des „wirksamsten Bollwerks“ gegen den Marxismus übernahm der „rote Jochen“. Er hatte gemeinsam mit zwei Professoren die „Leitung des Round Table“.⁵⁴ Seine Aufgabe bestand darin, die Gegner der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften für die Abwehr aller fortschrittlichen Bestrebungen zu drillen. Das Ziel wurde so formuliert: „Das Round Table Seminar soll dem Teilnehmer nicht nur die marxistischen Standpunkte konkret erläutern, sondern ihm vor allem durch das Gespräch mit führenden Wirtschaftswissenschaftlern wirksame Gegenargumente liefern.“⁵⁵

Sich „links“ tarnende Prediger des „demokratischen Sozialismus“ liefern also den Managern des Großkapitals die „wirksamen Gegenargumente“ für den Kampf gegen den Marxismus und die Arbeiterbewegung.

3.9. Jungsozialisten und „demokratischer Sozialismus“

Wenn wir das Wesen der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ enthüllen, so übersehen wir nicht, daß Jungsozialisten und andere sozialreformerische Kräfte in der SPD mit diesen Begriffen häufig andere Vorstellungen und Forderungen verbinden als die rechtssozialdemokratischen Führer.

⁵⁰ Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 464.

⁵¹ Frankfurter Rundschau, 22.11.1973.

⁵² Vgl. UZ, 28.4.1975.

⁵³ Vgl. ebenda.

⁵⁴ Vgl. ebenda.

⁵⁵ Vgl. ebenda.

Sie verbinden damit den Kampf für demokratische Mitbestimmung und Investitionskontrolle für einen höheren Anteil der arbeitenden Menschen an den von ihnen geschaffenen Werten, für eine soziale Steuerreform, eine demokratische Bildungsreform, für menschlichere Arbeitsbedingungen, für eine Überführung der Schlüsselindustrien und Großbanken in öffentliches Eigentum.

Das wird auch durch die Auseinandersetzungen um den OR '85 unterstrichen, die z. T. auch in entsprechenden Anträgen der sozialdemokratischen Basis zum OR '85 ihren Niederschlag gefunden haben. So wird z. B. in den Anträgen der Bezirksverbände Hessen-Süd (OR 356), Westliches Westfalen (OR 424) und des Landesverbandes Schleswig-Holstein (OR 600) eine Meldepflicht für Investitionen, die Möglichkeit von Investitionsverboten (Hessen-Süd) und die Überführung von Bank- und Versicherungskonzernen, Schlüsselindustrien und markt- und wirtschaftsbeherrschenden Konzernen in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle (vor allem Schleswig-Holstein) gefordert. Allerdings hatten diese Anträge keine Chance, auf dem Mannheimer Parteitag der SPD beschlossen zu werden (vgl. UZ v. 31.10.1975).

Berufen sich die rechten SPD-Führer bei ihrer prokapitalistischen Politik auf das Godesberger Programm, so nehmen die sozialreformerischen Kräfte in der SPD das gleiche Programm als Ausgangspunkt für progressive Vorstellungen und Forderungen. Eine solche Auslegung des SPD-Programms ist darum möglich, weil dieses sowohl eindeutige Bekenntnisse zum kapitalistischen „Privateigentum an Produktionsmitteln“⁵⁶, zur „freien Unternehmerinitiative“⁵⁷ und zur bestehenden staatlichen Ordnung⁵⁸ als auch gesellschaftskritische Aussagen enthält, die der SPD-Führung zur Tarnung ihrer prokapitalistischen Grundpositionen dienen, zugleich aber auch Zugeständnisse an die Basis der SPD darstellen.

Sozialreformerische Kräfte in der SPD berufen sich bei ihren Vorstellungen z. B. auf die kritischen Aussagen des Godesberger Programms über die verhängnisvolle Rolle der Großkonzerne und die damit verbundenen Forderungen. So heißt es z. B. im Godesberger Programm: „Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.“⁵⁹ Oder: „Die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten geht weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus.“⁶⁰ Gefordert wird „wirksame öffentliche Kontrolle“⁶¹, und es heißt auch: „Gemeineigentum ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle ...“⁶²

Sind diese Forderungen auch sehr unbestimmt und verschwommen formuliert und werden sie auch durch die prokapitalistischen Grundaussagen praktisch wieder aufgehoben, [90] so dienen sie doch Jungsozialisten und anderen sozialreformerischen Kräften als Ausgangspunkt für ihr Verlangen nach Mitbestimmung oder für die Verstaatlichung von Banken und Konzernen.

Das Bemühen dieser Sozialdemokraten um eine progressive Auslegung des Godesberger Programms darf allerdings nicht zu Illusionen über den wesentlichen Inhalt dieses Programms verleiten. „Das Programm von Godesberg ist definitiv die Grundlage der Politik der rechten SPD-Führung im Interesse des Monopolkapitals. Wo das den Formulierungen nach von fortschrittlichen Sozialdemokraten anders ausgelegt wird – in Auseinandersetzungen gegen Rechtsgerichtete –, sind nicht nur die Formulierungen beliebig dehnbar, sondern auch die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse in der SPD sichern die monopolkapitalistisch orientierte Auslegung ab.“⁶³

Mit Jungsozialisten und anderen sozialreformerischen Kräften in der SPD verbinden uns Kommunisten viele Gemeinsamkeiten im Eintreten für die unmittelbaren Lebensinteressen des arbeitenden

⁵⁶ Godesberger Programm, in: Kleine Geschichte der SPD, Bd. 2, Bonn/Bad Godesberg 1974, S. 122.

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ Ebenda, S. 119.

⁵⁹ Ebenda, S. 122.

⁶⁰ Ebenda.

⁶¹ Ebenda, S. 123.

⁶² Ebenda.

⁶³ R. Eckert/A. Seiderer, Sozialdemokratie und Jungsozialisten, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt (Main) 1974, S. 80.

Volkes, gegen das Großkapital, für mehr Einfluß der Werktätigen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Bei gemeinsamen Aktivitäten mit solchen Sozialdemokraten in Lohnbewegungen und für Mitbestimmung, gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote oder in der Solidarität für das chilenische Volk wird immer wieder der Beweis erbracht, daß die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist.

Dabei übersehen wir allerdings nicht, daß es auch bei solchen Kräften in der SPD antikommunistische Vorbehalte gegenüber der DKP, ein distanziertes Verhalten zu den sozialistischen Ländern, unmarxistische Vorstellungen über den Sozialismus und den Weg zum Sozialismus gibt. Wir müssen uns mit diesen sozial demokratischen Genossen prinzipiell auseinandersetzen. Wir wollen diese ideologische Auseinandersetzung jedoch so führen, daß sie das gemeinsame Handeln im Interesse der Arbeiterklasse in den Fragen, in denen es gemeinsame Anliegen und Forderungen gibt, nicht beeinträchtigt, sondern fördert.

Die wichtigste und verhältnismäßig geschlossene Kraft unter den sozialreformerischen Kräften in der SPD sind zweifellos die Jungsozialisten. (Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD umfaßt alle SPD-Mitglieder unter 35 Jahren, [91] d. h. nominell weit über 200.000 junge Sozialdemokraten. Aktiv beteiligen sich jedoch nur etwa 10-15 Prozent dieser SPD-Mitglieder in den Gliederungen der Juso-Organisation.) *Die Jungsozialisten* gibt es allerdings nicht. Vielmehr gibt es auch unter ihnen ein weites Spektrum politischer Auffassungen, in dem sich rechtsopportunistische und ultralinke Positionen nicht selten miteinander vermischen; und ohne Zweifel gibt es auch marxistische Kräfte unter den Jungsozialisten, die sich allerdings noch nicht bis zu den organisatorischen Konsequenzen der marxistischen Parteitheorie durchgerungen haben oder noch in Illusionen über die Wirkungsmöglichkeiten in der SPD befangen sind. Wenn wir uns im weiteren kritisch mit den Vorstellungen der Jungsozialisten über den Sozialismus und über den Weg zum Sozialismus auseinandersetzen, so sind damit die Positionen des dominierenden Flügels der Jungsozialisten gemeint, der auch im Juso-Bundesvorstand den Ton angibt.⁶⁴

Die Vorstellungen der Jungsozialisten über den „demokratischen Sozialismus“ sind ihrem Kern nach rechtsopportunistisch, reformistisch. Das wird besonders deutlich in der Haltung zur Staatsfrage und zur politischen Macht der Arbeiterklasse als Grundvoraussetzung für den Sozialismus.

3.9.1. Jungsozialisten und Staat

In den Thesen des Bundeskongresses der Jungsozialisten in Hannover heißt es: „Ohne massive ökonomische Interventionen des Staates ist der kapitalistische Produktionsprozeß nicht mehr denkbar, so daß heute von einem gesellschaftlichen System gesprochen werden kann, in dem es den großen Konzernen gelingt, ihre Interessen in allen gesellschaftlichen Bereichen zum Tragen zu bringen.“⁶⁵

Hier sind zweifellos richtige Ansatzpunkte für eine Einschätzung des heutigen kapitalistischen Staates und seiner Rolle ,vorhanden. Sie werden allerdings in der folgenden These sofort wieder eingeschränkt. Es heißt dort: Weil „staatliches Handeln ... nicht nur geprägt (ist) von gesellschaftlich vorherrschenden Kräften ...“, spiele „der Staat nicht nur als Instrument der herrschenden Klasse, sondern auch innerhalb der Strategie der Jungsozialisten eine wichtige Rolle“.⁶⁶

[92] Hier haben wir im Kern bereits die rechtsopportunistische Konzeption von der Klassenneutralität des kapitalistischen Staates. Sie wird völlig unmißverständlich von Johano Strasser, dem Theoretiker der Jungsozialistenführung⁶⁷, formuliert, wenn er schreibt: „Staat wird ... als die formalisierte Totalität der Gesellschaft aufgefaßt und nicht bloß als Instrument der Herrschenden.“⁶⁸

⁶⁴ Wir wollen uns im Rahmen dieses Kapitels auf die Kritik einiger Grundpositionen beschränken. Wir verweisen auf die umfassende Arbeit: R. Eckert/A. Seiderer, Sozialdemokratie und Jungsozialisten, a. a. O.

⁶⁵ Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie des außerordentlichen Bundeskongresses der Jungsozialisten in Hannover am 11. und 12. Dezember 1972, These 3.

⁶⁶ Ebenda, These 4.

⁶⁷ Strasser gehörte bis zum März 1975 dem Bundesvorstand der Jungsozialisten an. Er übt nach wie vor wesentlichen Einfluß auf die theoretischen Positionen des JUSO-Bundesvorstandes aus.

⁶⁸ J. Strasser, Antikapitalistische Praxis und Strategiediskussion, in: JUSO, 9/10/1972, S. 3.

Wen kann es wundern, daß Strasser für diese Theorie in einem Leitartikel der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ überschwenglich gelobt wird? Dort kann man lesen: „Zufriedenstellend beantwortet ... der Bundesvorstand der Jungsozialisten (die Staatsfrage), als er sich von der Stamokap-Lehre mit dem Bemerkten abgrenzte, daß die Staatstätigkeit, auch in hochmonopolisierten Volkswirtschaften, das widersprüchliche Ergebnis vieler verschiedener Kräfte und Absichten ist. Das genügt vollkommen!

Die Antwort zeugt sogar von mehr Staatsverständnis, als heute manche haben, die ... (die) ‚Gesellschaft‘ ... dem Staat überstülpen wollten.“⁶⁹

Daß diese jeden Klassenstandpunkt aufgebende Position Strassers nicht seine Privatmeinung ist, wird dadurch unterstrichen, daß sie als offizielles Juso-Papier veröffentlicht wurde. Im übrigen vertritt der ehemalige Jungsozialistenvorsitzende Karsten Voigt den gleichen Standpunkt, wenn er schreibt, daß „die Rolle des Staates ... dadurch bestimmt (ist), daß er eine Vermittlungsinstanz gesamtgesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und gleichzeitig ein Instrument ist, das von den Klassen und Gruppen in unserer Gesellschaft beeinflußt und im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse benutzt werden kann, um den Kapitalismus und antidemokratische Traditionen abzusichern oder um zumindest partiell die Gesellschaft im Interesse der abhängig Beschäftigten und einer Demokratisierung zu verändern“.⁷⁰

Mit Marxismus hat die Haltung der Jungsozialisten zur Staatsfrage nicht das geringste gemein. Marxisten sind stets davon ausgegangen, daß „die Formen der bürgerlichen Staat~i... außerordentlich mannigfaltig (sind), ihr Wesen ... aber ein und dasselbe (ist): Alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Konsequenz unbedingt eine Diktatur der Bourgeoisie.“⁷¹

Die logische Konsequenz der Position der Klassenneutralität [93] des bürgerlichen Staates ist die Ablehnung des Kampfes um die politische Macht der Arbeiterklasse. So heißt es bei J. Strasser: „Die Jungsozialisten verkürzen die Frage der Veränderung der Gesellschaft nicht auf die Frage der Eroberung der Staatsmacht.“⁷²

Und damit nicht der Eindruck entsteht, daß die Jungsozialisten die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse als *eine* Maßnahme in einem ganzen Konzept der Veränderung der Gesellschaft verstehen, sagt Strasser klipp und klar: „Das heißt, nicht Übernahme des Staatsapparates durch die Organe der Arbeiterklasse ist das strategische Ziel ...“⁷³

3.9.2. Jungsozialisten und Eigentumsfrage

Die Jungsozialisten lehnen also die politische Macht der Arbeiterklasse, die von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest formulierte erste Grundvoraussetzung für den Sozialismus, rundheraus ab. Wie stehen sie zur zweiten Grundvoraussetzung für den Sozialismus, zur Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch die Überführung aller wichtigen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum?

Im Gegensatz zur Staatsfrage bestehen in der Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln Unterschiede zwischen den Auffassungen der rechten SPD-Führung und der Jungsozialisten. Während die rechtssozialdemokratische Führung in der Theorie und in ihrer praktischen Politik das Privateigentum verteidigt, ist nach den Thesen des Juso-Bundeskongresses 1972 in Hannover „die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, die Vergesellschaftung notwendig einschließt, ... auch heute noch der entscheidende Hebel zur Abschaffung des kapitalistischen Systems“.⁷⁴

Der Mangel der Position der Jungsozialisten in dieser Frage bestand allerdings stets in einer künstlichen Gegenüberstellung und falschen Gewichtung von Vergesellschaftung und Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, wie Eckert und Seiderer in ihrem Taschenbuch

⁶⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.1.1972.

⁷⁰ K. D. Voigt, Zur Strategie systemüberwindender Reformen, in: Wege zur veränderten Gesellschaft, hrsg. v. H. Bussiek, Fischer-Taschenbuch, Bd. 1205, S. 84.

⁷¹ Lenin, Werke, Bd. 25, S. 425.

⁷² J. Strasser, Antikapitalistische Praxis ..., a. a. O., S. 3.

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie, These 18.

„Sozialdemokratie und Jungsozialisten“ mit Recht hervorheben. Die Jungsozialisten unterschätzen die Bedeutung des Eigentums an den Produktionsmitteln und überbetonen die Demokratisierung der [94] Verfügungsgewalt. Das hat dazu geführt, daß sie sich auch in der Eigentumsfrage mehr und mehr der Politik der sozialdemokratischen Führung anpassen. Vergesellschaftung wird neuerdings nicht mehr als Verstaatlichung der entscheidenden Produktionsmittel verstanden, sondern vorrangig auf Mitbestimmung begrenzt.

So schreibt Strasser in seiner Schrift „Was ist demokratischer Sozialismus?“,: „Der Forderung nach Verstaatlichung haben die Jungsozialisten die Forderung nach Vergesellschaftung der entscheidenden Bereiche des Industrie-, Handels- und Dienstleistungskapitals sowie des Finanzsektors ... *entgegengesetzt* (Hervorhebung – W. G.).“⁷⁵ Und weiter: Es geht „nicht so sehr um eine abstrakte Übertragung von Eigentumstiteln, als vielmehr ... um die Demokratisierung der Verfügungsgewalt.“⁷⁶

Wird im Grundsatzpapier des Wiesbadener Bundeskongresses der Jungsozialisten Anfang 1975 noch gesagt: „Vergesellschaftung geht über bloße Verstaatlichung hinaus ...“⁷⁷, so sagt der Juso-Bundesvorstand in einem im Oktober 1975 veröffentlichten Papier klipp und klar: „Vergesellschaftung heißt *nicht* (Hervorhebung – W. G.) Verstaatlichung. Vielmehr sollen Belegschaften wie Vertreter des Staates bzw. der Gebietskörperschaften an Leitung und Kontrolle der Unternehmen *beteiligt* (Hervorhebung – W. G.) werden. Eine bloße Übertragung von Besitztiteln auf den Staat wird abgelehnt, vielmehr gilt es, die Verfügungsgewalt entscheidend zu ändern. Sonst würde die gegenwärtige Profitbürokratie durch eine Staatsbürokratie ersetzt.“⁷⁸ Abgesehen davon, daß Marxisten niemals die „bloße Übertragung von Besitztiteln“ gefordert, sondern die Forderung nach Verstaatlichung stets mit der nach breitester demokratischer Mitwirkung und Kontrolle der arbeitenden Massen und ihrer Organisationen verbunden haben, muß diese zumindest außerordentlich mißverständliche Aussage des Juso-Bundesvorstands doch die Frage aufwerfen, ob sich für ihn „Vergesellschaftung“ auf die Teilnahme von Vertretern der Belegschaften und des Staates an der Leitung und Kontrolle kapitalistischer Unternehmen reduziert? Wenn Vertreter der Belegschaften und des Staates nur an der Leitung und Kontrolle teilnehmen sollen, anstatt sie auszuüben, muß es demnach noch andere Leiter, die eigentlichen Leiter, die Vertreter des Kapitals geben. Die ausdrückliche Ablehnung der Verstaatlichung ist mit dem Mar-[95]xismus jedenfalls unvereinbar. Sagen Marx und Engels doch bereits im „Manifest der Kommunistischen Partei“: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren ...“⁷⁹ Und im „Anti-Dühring“ schreibt Engels: „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum.“⁸⁰

Für die Jungsozialisten ist also die entscheidende Frage die der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Darin spiegelt sich in gewisser Weise der Einfluß der sogenannten Manager-Theorie auf die Jungsozialisten wider. Als Marxisten gehen wir davon aus, daß die Frage des Eigentums und die der Verfügungsgewalt an den Produktionsmitteln nicht voneinander zu trennen sind. Ganz abgesehen davon, daß die Verfüger über die Produktionsmittel, die Spitzenmanager, häufig selbst Großaktionäre sind, ist es doch wohl nicht so, daß die Manager die Großaktionäre bestimmen, sondern umgekehrt werden die Manager von den Großaktionären bestimmt und von diesen ausgewechselt, wenn die Profite nicht „stimmen“.

Dies zeigt, daß die Großaktionäre die beherrschenden Eigentümer der Produktionsmittel sind. Die Frage der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ist letztlich nur durch die Lösung der Eigentumsfrage zugunsten der Arbeiterklasse zu lösen.

⁷⁵ J. Strasser, Was ist demokratischer Sozialismus?, in: Jungsozialisten-Informationsdienst, hrsg. v. Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, Nr. 15/1974.

⁷⁶ Ebenda.

⁷⁷ Frankfurter Rundschau, 4.3.1975.

⁷⁸ Jungsozialisten in der SPD. Die aktuellen Forderungen: Demokratie und Freiheit, Oktober 1975.

⁷⁹ Marx Engels, Werke, Bd. 4, S. 481.

⁸⁰ Marx/Engels, Werke, Bd. 20, S. 261.

Für Marxisten gilt darum der von Marx und Engels schon im Kommunistischen Manifest formulierte Grundsatz: „Die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände. In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage ... als die Grundfrage der Bewegung hervor.“⁸¹

Auch in der Frage der Planung sind die Vorstellungen der Jungsozialisten von marxistischen Positionen weit entfernt. Eine zentrale Planung wird in der Regel abgelehnt bzw. als vage „Rahmenplanung“ verstanden. Strasser behauptet z. B., „daß eine zentralistische Planung bis in alle Einzelheiten von Produktion und Handel weder demokratisch im Sinne größtmöglicher Beteiligung der Betroffenen noch effektiv ist“.⁸²

Rainer Eckert setzt sich mit dieser Position in seinem Taschen-[96]buch „Das ist ‚demokratischer Sozialismus‘“ treffend auseinander. Er schreibt: „Da Strasser die ‚Leitung der Unternehmen‘ den Betroffenen, also den jeweiligen Betriebsangehörigen, überträgt, erfolgt zunächst die Leitung des Produktionsbetriebs unabhängig von der des Handelsbetriebs. Was geschieht, wenn deren jeweilige Festlegungen nicht aufeinander abgestimmt sind? Strasser hat nur zwei Möglichkeiten. Entweder gesteht er zu, daß dieser Produktionsbetrieb mit diesem Handelsbetrieb gemeinsam plant, dann ist er sofort bei der gesamtgesellschaftlichen, ‚zentralen‘ Planung, denn das gilt ja dann wohl für alle anderen Betriebe notwendigerweise auch. Er wäre dann sofort bei einer Form der Planung, die im Prinzip in den sozialistischen Ländern so gehandhabt wird – und gerade das will er ja nicht! Oder aber Strassers zweite Möglichkeit, er nimmt an, daß sich das ‚über den Markt regelt‘. Das aber bedeutet sofort Konkurrenz zwischen diesen Betrieben, Kampf um die besten Produktionsbedingungen und die günstigsten Handelsbedingungen, einschließlich des notwendigen Versuchs, die anderen Betriebe auszuschalten von den optimalen Bedingungen.“

Ein ähnliches Beispiel führt Eckert für die Beziehungen eines verarbeitenden Betriebes zu rohstoffliefernden Betrieben an. Er kommt zu dem Schluß: „Da Strasser den realen Sozialismus, der u. a. auf der gesamtgesellschaftlichen Planung als ökonomischem Prinzip beruht, schärfstens ablehnt, empfiehlt er ‚Lösungen‘, die den Kapitalismus reproduzieren.“⁸³

Zusammenfassend kann man feststellen: „Unterschätzung der Frage der politischen Macht, Unterschätzung der Problematik des monopolkapitalistischen Privateigentums – das sind grundlegende Mängel der Sozialismusvorstellung der Jungsozialisten.“⁸⁴

3.9.3. Jungsozialisten und realer Sozialismus

Neben der Staats- und Eigentumsfrage und eng verbunden damit ist die Achillesferse der Jungsozialisten ihre Haltung zum realen Sozialismus. Ihr hauptsächlicher Vorwurf an die Adresse der sozialistischen Länder ist dabei die Behauptung, die gesellschaftliche Ordnung dieser Länder sei „autoritär“, „bürokratisch“ und „undemokratisch“, die „Einheit von Demokratie und Sozialismus“ habe sich „nicht voll entfaltet“.⁸⁵

[97] Diesen Verleumdungen des realen Sozialismus liegen letztlich die falsche Einstellung zur politischen Macht der Arbeiterklasse und das klassenneutrale Herangehen an die Frage der Demokratie zugrunde. Wir gehen als Marxisten davon aus, daß es keine über den Klassen schwebende Demokratie gibt. Für uns steht immer die Frage: Demokratie für wen, für die Ausbeuter oder für die Ausgebeuteten, für die Kapitalisten oder für die Arbeiterklasse. Selbst die entwickelteste bürgerliche Demokratie ist ihrem Klasseninhalt nach eine Diktatur der Bourgeoisie. Die demokratischen Rechte und Freiheiten für die Arbeiter mußten der Bourgeoisie in harten Kämpfen abgerungen werden, und sie sind solange bedroht, wie die Arbeiterklasse nicht ihre politische Macht errichtet und mit deren Hilfe den Kapitalisten das Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln, d. h. die ökonomische Grundlage für ihre Klassenherrschaft, entrissen hat.

⁸¹ Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 493.

⁸² J. Strasser, Was ist demokratischer Sozialismus?, a. a. O., S. 5.

⁸³ R. Eckert, Das ist „demokratischer Sozialismus“, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt (Main) 1975, S. 48/49.

⁸⁴ R. Eckert/A. Seiderer, Sozialdemokratie und Jungsozialisten, a. a. O., S. 142 f.

⁸⁵ J. Strasser, Weiterentwicklung der Doppelstrategie, in: JUSO, 3/4/1973; ders., Was ist demokratischer Sozialismus?, a. a. O., S. 2.

Die sozialistische Demokratie bedeutet dagegen einen weit höheren Typ der Demokratie. Sie ist Demokratie für das arbeitende Volk, für die große Mehrheit der Gesellschaft. Sie hat ihre Grundlage in der politischen Macht der Arbeiterklasse und im gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln. Sie bedeutet die reale Möglichkeit für das Mitarbeiten, Mitplanen und Mitregieren jedes einzelnen Werktätigen, wie das die Praxis in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft täglich beweist. Forderungen, für die die Arbeiter in der BRD erbittert kämpfen müssen, wie die nach Mitbestimmung in der Wirtschaft, sind in den Ländern des Sozialismus für den einzelnen Werktätigen, die Arbeitskollektive, die Gewerkschaften längst verwirklicht, und das auf einer Stufe, von der die Arbeiter und ihre Gewerkschaften bei uns nicht einmal träumen können. Zur sozialistischen Demokratie gehört allerdings auch die Niederhaltung der gestürzten Ausbeuterklassen und aller Versuche, die sozialistische Ordnung zu liquidieren, die Macht und die Rechte des arbeitenden Volkes zu beseitigen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, das kapitalistische Eigentum, die Grundlage der bürgerlichen Demokratie, zu restaurieren.

Wir sagen den Jungsozialisten offen: Wer sich gegen den realen Sozialismus stellt, wer den „demokratischen Sozialismus“ als Instrument des Kampfes gegen den wissenschaftlichen Sozialismus benutzen will, der kann nicht erfolgreich gegen den Imperialismus kämpfen.

[98] Die geschichtlichen Erfahrungen zeigen: Alle Versuche, zwischen dem wissenschaftlichen Sozialismus und der bürgerlichen Ideologie, zwischen realem Sozialismus und Kapitalismus irgendeinen dritten Weg zu gehen, sind zum Scheitern verurteilt. „Wer den Sozialismus wirklich will, der muß den Sozialismus erkämpfen, den Marx, Engels und Lenin in ihren Grundprinzipien konzipiert haben und der als Grundmodell in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft verwirklicht wird.“⁸⁶

An der Haltung zum realen Sozialismus, vor allem zur Sowjetunion und zur DDR, scheiden sich darum heute die Geister. Auf der einen Seite stehen die wirklichen Sozialisten und Revolutionäre, auf der anderen die offenen Verteidiger des kapitalistischen Systems, Rechtsopportunisten, Maoisten und Trotzlisten.

3.9.4. Jungsozialisten und Kampf um Reformen

Der reformistische Inhalt der von den Jungsozialisten vertretenen Variante des „demokratischen Sozialismus“ äußert sich besonders deutlich auch in den Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus. Ihr Kernstück ist die „Strategie der systemüberwindenden Reformen“. Was verstehen die Jungsozialisten darunter?

Die Jungsozialisten versuchen, „von Freiräumen und/oder gewerkschaftlichen Gegenmachtpositionen in der kapitalistischen Gesellschaft ausgehend, die Vielzahl der systemimmanent notwendigen Veränderungen (,Reformen‘) so ‚umzufunktionieren‘, daß sie zunächst der Möglichkeit oder Tendenz nach die Grundlagen des kapitalistischen Systems in Frage stellen, teilweise aufheben und die Erringung weiterer Gegenmachtpositionen ermöglichen. Dieser – ab einem bestimmten Punkte sich selbst beschleunigende, zunächst aber sehr langsam fortschreitende – Prozeß führt langfristig dazu, daß gleichzeitig die Machtpositionen der herrschenden Klassen abgebaut werden und der Umbau der gesamten gesellschaftlich wichtigen systembestimmenden Strukturmerkmale vorgenommen werden kann (Systemüberwindung).“⁸⁷

Hier, wie in anderen Arbeiten führender Jungsozialisten ist von „Umfunktionieren“, „Freiräumen“, „Systemüberwindung“ [99] durch Reformen die Rede. Marxisten sind dagegen immer davon ausgegangen (und die Praxis des Klassenkampfes hat diese Einschätzung bestätigt), daß das kapitalistische System nicht durch Reformen und auch nicht durch eine Summe von Reformen allein überwunden werden kann. Dazu ist die grundlegende sozialistische Umwälzung notwendig: die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen; die Überführung aller wichtigen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum; die planvolle Nutzung und Mehrung aller Quellen und Mittel zum Wohle des ganzen Volkes. Der Schlüssel zur Überwindung

⁸⁶ Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, These 40.

⁸⁷ U. Steger, Was bedeuten systemüberwindende Reformen?, in: JUSO, 3/4/1971, S. 18.

des Systems ist dabei die Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse. Nur mit ihrer Hilfe können alle wichtigen Produktionsmittel vergesellschaftet und planvoll im Interesse des Volkes genutzt werden.

Wenn wir die Konzeption der Überwindung des Kapitalismus durch Reformen so entschieden ablehnen, so heißt das keineswegs, daß wir die Bedeutung des Kampfes um Reformen im Ringen um den Sozialismus geringschätzen oder gar negieren. Ganz im Gegenteil. Demokratische Reformen sind von großer Bedeutung für die Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes und seiner Kampfbedingungen, für die Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals. Im Kampf um solche Reformen wird der Boden für das weitere Ringen um den Sozialismus geschaffen. „Nur durch die praktische Durchsetzung demokratischer Reformen und die Ausübung der dadurch gewonnenen Rechte kann die Arbeiterklasse die Überzeugung von der Veränderbarkeit, Überwindbarkeit der kapitalistischen Gesellschaft, Vertrauen in die eigene Kraft, Organisiertheit, Klassenbewußtsein und die notwendigen Erfahrungen und Kenntnisse zur Umgestaltung der Gesellschaft erlangen.“⁸⁸

„Die radikalen demokratischen Umgestaltungen“ – heißt es im Hauptdokument der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 –, „die im Kampf gegen die Monopole, gegen deren wirtschaftliche Hegemonie und politische Macht errungen werden, werden dazu beitragen, daß sich immer breitere Massen der Notwendigkeit des Sozialismus bewußt werden.“⁸⁹

Der Kampf um demokratische, antimonopolistische Reformen ist also eine wichtige Aufgabe bei der Heranführung der Ar-[100]beiterklasse an die Erkenntnis der Notwendigkeit des Sozialismus und an den Kampf um den Sozialismus. Die Verwirklichung des Sozialismus ist jedoch mehr als eine Reform oder eine Summe von Reformen. Sie ist eine grundlegende Umwälzung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse. Reformen können an die Macht herantreiben. Sie bedeuten jedoch nicht die Machtergreifung selbst. Gerade die Überwindung des Systems ist die Schwelle, die die grundlegende gesellschaftliche Umwälzung oder, anders ausgedrückt, die Revolution von Reformen unterscheidet.

Durch dieses von den Grundpositionen der Theorie von Marx, Engels und Lenin bestimmte dialektische Herangehen an das Verhältnis von Reform und revolutionärer Umwälzung grenzt sich die DKP sowohl von reformistischen Auffassungen ab, daß die Lage der arbeitenden Menschen im Rahmen des Kapitalismus grundlegend verbessert oder daß der Sozialismus durch eine Summe von Reformen erreicht werden könne, wie von maoistischen und trotzkistischen Pseudorevolutionären, die nicht begreifen, daß der Kampf um Reformen sowohl notwendig ist zur Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes als auch zur Heranführung der Arbeiterklasse an revolutionäre Positionen.

3.9.5. Jungsozialisten und Bündnispolitik

Zu den Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus gehört auch die Frage, mit wem, mit welchen gesellschaftlichen Kräften die Arbeiterklasse den Weg zum Sozialismus öffnen soll, also die Problematik der Bündnispolitik. Über die Bedeutung von Bündnissen im Kampf der Arbeiterklasse schreibt Lenin in seiner Arbeit „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“: „Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man *unbedingt* aufs angelegentlichste, sorgsamste, vorsichtigste, geschickteste sowohl jeden, selbst den kleinsten ‚Riß‘ zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit [101] ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen, Sozialismus *überhaupt* begriffen.“⁹⁰

Unter den Bedingungen des heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus sind diese Worte Lenins von besonderer Aktualität. Dieses System stellt die Vereinigung der Macht der Monopole mit der

⁸⁸ Der Imperialismus der BRD, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt (Main) 1972, S. 622 (Dietz Verlag, Berlin 1971).

⁸⁹ Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, Berlin 1969, Dok. S. 31.

⁹⁰ Lenin, Werke, Bd. 31, S. 56 f.

Macht des Staates dar. Das gesamte gesellschaftliche Leben wird den Profit- und Machtinteressen des Monopolkapitals untergeordnet. Damit ist ein Machtkartell entstanden, das nur durch eine starke Gegenkraft überwunden werden kann. Sie wird um so stärker sein, je mehr es gelingt, alle Gegner des Monopolkapitals, alle Gruppen und Schichten, die – und wenn dies auch nur in Teilfragen der Fall ist – in Widersprüche zum staatsmonopolistischen System geraten, in ein von der Arbeiterklasse geführtes, breites antimonopolistisches Bündnis zusammenzuführen.

Ein solches Bündnis ist aber heute nicht nur notwendig, sondern auch objektiv möglich. Ökonomisch sind Ansatzpunkte für ein solches Bündnis vorhanden, weil der staatsmonopolistische Kapitalismus nicht nur die Arbeiterklasse ausbeutet, sondern auch die lohnabhängigen Mittelschichten und die große Masse der Intelligenz, die Bauern, Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden ausplündert. In wachsendem Maße geraten selbst kleine und mittlere Unternehmer in tiefe Widersprüche zum Monopolkapital und seinem Staat, weil der staatsmonopolistische Kapitalismus über den Mechanismus der Umverteilung des Nationaleinkommens über den Staatshaushalt im Interesse der Superprofite der Konzerne seine Hand selbst auf einen Teil des Profits dieser Kapitalisten legt. Zum anderen wird eine große Zahl kleiner und mittlerer Unternehmer als Zulieferer auf Gedeih und Verderb von den Konzernen abhängig.

Politisch geraten breite Schichten in Widersprüche zum staatsmonopolistischen System, weil die Rüstungspolitik und der Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten wiederum nicht nur die Arbeiterklasse allein, sondern alle nichtmonopolistischen Schichten bedrohen. Mit der Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates, von Finanzoligarchie und Staats-[102]bürokratie wird nicht nur die Arbeiterklasse, werden nicht nur die lohnabhängigen Mittelschichten und die Intelligenz, die Bauern, Handwerker und Gewerbetreibenden, sondern selbst die kleinen und mittleren Kapitalisten faktisch völlig von der Machtausübung ausgeschlossen. Der heutige monopolkapitalistische Staat ist zum Machtinstrument der kleinen Gruppe der staatsmonopolistischen Oligarchie gegen alle übrigen Teile der Bevölkerung geworden.

Die Jungsozialisten lehnen die antimonopolistische Bündnispolitik entschieden ab. Die Ursache dafür liegt vor allem darin, daß sie es bisher nicht vermocht haben, die Veränderungen zu erfassen, die sich mit der Entwicklung des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus und innerhalb dieses Stadiums zum staatsmonopolistischen Kapitalismus vollzogen haben. So gehen sie richtig von der Feststellung aus, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeit weiterbesteht. Die Entwicklungen im staatsmonopolistischen Kapitalismus lassen sie jedoch unberücksichtigt, wenn sie undifferenziert erklären, daß „auch die nichtmonopolistischen Unternehmer ... die Privilegierten dieses Systems (sind), denn sie leben als Ausbeuter vom Mehrwert, den die Lohnabhängigen schaffen. Auch begreift die überwiegende Mehrheit der Handwerker, der selbständigen Kaufleute, der Unternehmer im Produktions- und Dienstleistungsbereich, der freien Berufe noch immer, daß ihre privilegierte Stellung von der Existenz kapitalistischer Strukturen gesichert wird. Alle nichtproletarischen Schichten sind Nutznießer kapitalistischer Verhältnisse, und entsprechend dieser ihrer materiellen Lage bilden sie ein Bewußtsein aus, das sie daran hindert, sich an einer Politik der antimonopolistischen Bündnisse zu beteiligen, deren Ziel Abbau aller kapitalistischen Ausbeutungspraktiken heißt. Fazit: Es gibt keinen prinzipiellen Widerspruch zwischen Klein-, Mittel- und Monopolkapital; die Grenzlinie der Interessen verläuft nicht zwischen Monopolisten und Nichtmonopolisten, sondern zwischen Kapitalisten (nebst Anhang) und der Arbeiterklasse.“⁹¹

Abgesehen davon, daß die Jungsozialisten hier unmarxistisch im wesentlichen vom heutigen Bewußtseinsstand der potentiellen Bündnispartner der Arbeiterklasse und nicht von deren objektiver Situation im staatsmonopolistischen Kapitalismus ausgehen und auch die Ziele des antimonopolistischen Bündnisses falsch [103] interpretieren, muß ihre Position, die selbst die Handwerker aus dem Bündnis mit der Arbeiterklasse ausschließt, die nichtmonopolistischen Schichten notwendig in die Arme des Monopolkapitals treiben.

⁹¹ Aus der „Diskussionsgrundlage für die Arbeit der Frankfurter Jusos“, in: Der Thesenstreit um „Stamokap“, rororo, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 197.

Im übrigen ist ihre Haltung keineswegs originell. Es handelt sich im Kern um die alten Fehler der Sozialdemokratie, die Karl Marx schon in seinen „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ scharfer Kritik unterzog. In seiner Auseinandersetzung mit Lassalles Auffassung, daß der Arbeiterklasse gegenüber „alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse“ seien, schreibt Marx: „Andererseits ist das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber revolutionär, weil es, selbst erwachsen auf dem Boden der großen Industrie, der Produktion den kapitalistischen Charakter abzustreifen strebt, den die Bourgeoisie zu verewigen sucht. Aber das Manifest setzt hinzu: daß die ‚Mittelstände ... revolutionär (werden) ... im Hinblick auf ihren bevorstehenden Übergang ins Proletariat‘. Von diesem Gesichtspunkt ist es also wieder Unsinn, daß sie, ‚zusammen mit der Bourgeoisie‘ ... gegenüber der Arbeiterklasse ‚nur eine reaktionäre Masse bilden‘.“⁹² Ebenso unhaltbar ist die von Strasser und anderen führenden Jungsozialisten gegen die Politik des breiten antimonopolistischen Bündnisses vorgebrachte These, daß eine solche Politik nur durchführbar ist, wenn die wahren Absichten der Sozialisten bzw. Kommunisten geheimgehalten würden.⁹³

In Wirklichkeit liegen die Dinge umgekehrt. Alle Erfahrungen der Arbeiterbewegung bestätigen: Voraussetzung für das Bündnis ist ein vertrauensvolles Verhältnis der Bündnispartner zueinander. Das aber erfordert einerseits, daß die Kommunisten niemals Zweifel daran lassen, daß ihr Ziel der Sozialismus, d. h. die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen und die Überführung aller wichtigen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum ist. Wobei sie stets bemüht sein müssen, überzeugend nachzuweisen, daß dieses Ziel auch im wohlverstandenen Interesse der grundsätzlichen Lösung der Probleme der Bündnispartner der Arbeiterklasse liegt (was heute bereits durch die Praxis in den sozialistischen Ländern bewiesen wird).

Gleichzeitig erfordert antimonopolistische Bündnispolitik Kompromißbereitschaft, die Bereitschaft der Arbeiterklasse und [104] ihrer Partei, sich im Bündnis auf der Grundlage der gemeinsamen Interessen gegenüber dem Monopolkapital jeweils auf solche Forderungen zu einigen, die von allen Partnern des betreffenden Bündnisses unterstützt werden können. Im übrigen muß man Strasser die Frage stellen, ob er die Bündnispartner der Arbeiterklasse für so dumm hält, daß sie nicht wüßten, daß das Ziel der Kommunisten der Sozialismus ist?

Wenn wir die Notwendigkeit und die objektiven Möglichkeiten für ein breites antimonopolistisches Bündnis betonen, so übersehen wir allerdings keineswegs seine Schwierigkeiten und Widersprüche. Diese ergeben sich vor allem aus dem schwankenden Charakter der kleinbürgerlichen Schichten und daraus, daß die kleinen und mittleren Kapitalisten natürlich nicht nur Widersprüche zum Monopolkapital haben, sondern gleichzeitig in wichtigen Fragen durch antagonistische Widersprüche von der Arbeiterklasse getrennt sind.

Die schwankende, zwiespältige Haltung der Mittelschichten beruht bei den alten Mittelschichten auf dem Widerspruch zwischen Arbeit und Privateigentum, bei den neuen Mittelschichten auf dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Leitungsfunktion bzw. gegenüber der Arbeiterklasse spezifischen Reproduktionsfunktionen. Auf die Tatsache, daß es zwischen Arbeitern und kleinen Unternehmern nicht nur gewisse Gemeinsamkeiten gegenüber dem Monopolkapital, sondern in wichtigen Fragen gleichzeitig antagonistische Widersprüche gibt, macht vor allem jeder Lohnkampf aufmerksam, in dem in der Regel auch der kleinste Kapitalist an der Seite der Monopole gegen die Arbeiter steht.

Wenn in kleinen und mittleren kapitalistischen Unternehmen auf die konsequente Vertretung der Lohnforderungen der Arbeiter oder den Kampf gegen die Lehrlingsausbeutung verzichtet würde – was Strasser und andere führende Jungsozialisten den Anhängern des antimonopolistischen Bündnisses offenbar unterstellen wollen, um ihre Behauptung zu begründen, daß dieses Bündnis die notwendige Emanzipation der Arbeiterklasse verhindere⁹⁴ –, so wäre das keine Bündnispolitik, sondern blanker Opportunismus. Eine solche Position wird aber auch von keinem Mitglied der DKP bezogen.

⁹² Marx/Engels, Werke, Bd. 19, S. 23.

⁹³ Vgl. insbes.: J. Strasser, Zur Theorie und Praxis der „Stamokap“-Gruppe bei den Jungsozialisten, in: Jungsozialisten-Informationsdienst, 1/1973.

⁹⁴ Ebenda.

Die Schaffung eines breiten antimonopolistischen Bündnisses ist zweifellos eine äußerst komplizierte Aufgabe. Die Arbeiter-[105]klasse und ihre Partei dürfen jedoch vor diesen Schwierigkeiten nicht kapitulieren. Im Interesse der Überwindung der Macht des Monopolkapitals muß ihre Politik stets darauf gerichtet sein, die Mittelschichten auf ihre Seite zu ziehen, kleine und mittlere Kapitalisten zu neutralisieren und sie in solchen Fragen, in denen dazu die Möglichkeit besteht, in Bündnisse gegen das Monopolkapital und seinen Staat einzubeziehen. Die Verwirklichung dieser Aufgabe wird dabei um so realer sein, je mehr die in Aktionseinheit handelnde Arbeiterklasse selbst als Kern und Kristallisationspunkt des Bündnisses auftritt und dadurch die Schwankungen der Bündnispartner eindämmt und paralyisiert.

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, vor allem das gemeinsame Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten, ist und bleibt eine Kernfrage kommunistischer Politik. Wie das antimonopolistische Bündnis ein vertrauensvolles Verhältnis der Partner zueinander erfordert, so gilt das in gleicher Weise für die Partner der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Dazu gehört jedoch auch Aufrichtigkeit in ideologischen Fragen, die Auseinandersetzung mit den Einflüssen der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterklasse, die den gemeinsamen Kampf der Arbeiter für ihre gemeinsamen Klasseninteressen behindern. Das betrifft vor allem die prokapitalistische Ideologie und Politik der rechten SPD-Führung. Das gilt aber auch – trotz vieler Gemeinsamkeiten von Kommunisten und Jungsozialisten im täglichen Kampf, die wir stets in den Vordergrund rücken – für reformistische Illusionen und antikommunistische Vorbehalte in der Politik der Jungsozialisten und in ihrer Variante des „demokratischen Sozialismus“.

[106]

4. Maoisten in der BRD – Handlanger der Reaktion

In den letzten Jahren sind in der Bundesrepublik diverse maoistische Gruppen und Zirkel entstanden. Sie nennen sich „KPD“¹, „KPD/ML“, „KBW“ usw. usf. Sie alle berufen sich auf Mao Tse-tung und die Politik der Volksrepublik China, sie alle richten den Hauptstoß ihres Kampfes gegen die Sowjetunion, die DDR, die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft, und in der Bundesrepublik gegen die kommunistische Partei dieses Landes – gegen die DKP. Sie alle umhüllen diese antikommunistische Politik mit dem Nebelvorhang des angeblichen Anti-Revisionismus und mit besonders radikal und revolutionär klingenden Losungen.

Darum ist es auch nicht verwunderlich, daß sich neben den bewußten antikommunistischen Drahtziehern unter den Mitgliedern dieser Gruppen, und vor allem unter ihren Sympathisanten, auch solche jungen Menschen finden, die dem kapitalistischen System kritisch gegenüberstehen, die am antiimperialistischen Kampf teilnehmen wollen und nach einem Weg zu grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzungen in der BRD suchen.

Wenn sich diese systemkritischen jungen Menschen dennoch auf maoistische Gruppen oder zunächst auf solche Gruppen und nicht unmittelbar auf die DKP orientieren, so hat das mehrere Gründe:

1. Nicht wenige von ihnen kommen aus kleinbürgerlichen Schichten, vor allem aus der Intelligenz, oder gehören zur heranwachsenden Intelligenz. Sie verfügen über keine Erfahrungen im Klassenkampf. Ihnen fehlt noch der notwendige lange Atem für den revolutionären Kampf. Darum fühlt sich mancher von ihnen zu solchen Gruppen hingezogen, die ihnen den Sozialismus als unmittelbare Aufgabe versprechen und deren Losungen besonders radikal klingen. [107]

2. Soweit junge Arbeiter sich diesen Gruppen anschließen, spielt dabei zumeist ihre berechtigte Empörung über das Verhalten bestimmter Gewerkschaftsführer eine Rolle, die aus falscher Rücksichtnahme auf die Politik der sozialdemokratisch geführten Regierung Arbeiterinteressen der Profit- und Machtpolitik des Kapitals unterordnen. Da auch diese jungen Arbeiter verständlicherweise noch wenig Erfahrung im Klassenkampf sammeln konnten, ist der eine oder andere in seiner Empörung geneigt, jene Gruppen zu unterstützen, die besonders kräftig auf die Gewerkschaftsführung eindreschen, obwohl nur konstruktive Arbeit in den Gewerkschaften – was selbstverständlich Kritik an der Politik der Sozialpartnerschaft einschließt – Voraussetzungen dafür schafft, die Einheitsgewerkschaften als Klassenorganisationen der Arbeiterklasse zu stärken.

3. Wenn manche systemkritischen Schüler, Studenten und auch einige junge Arbeiter sich zunächst auf eine maoistische Gruppe und nicht unmittelbar auf die DKP orientieren, so liegt der wichtigste Grund dafür darin, daß sie den Antikommunismus noch nicht überwunden haben.

Das ist allerdings durchaus erklärbar. Nicht nur, daß der Antikommunismus heute im Elternhaus, in der Schule, in der Kirche, in der Armee, im Betrieb oder der Hochschule auf die jungen Menschen einhämmert, daß er mit Presse, Rundfunk und Fernsehen in jedes Haus getragen wird. Die herrschende Klasse und ihre Soldschreiber haben heute auch ein Arsenal der verschiedensten Varianten des Antikommunismus zur Verfügung, das von plumpen, militanten Formen bis zu solchen reicht, die sich antirevisionistisch geben und sich in ein scheinbar linkes Gewand kleiden.

Sich unter diesen Bedingungen von den Fesseln des Antikommunismus zu befreien, ist sehr schwierig. Hinzu kommt, daß es in einer antikommunistisch geprägten Umwelt viel Mut und Standhaftigkeit erfordert, wenn man sich durch das offene Bekenntnis zur DKP einer von der Springer-Presse und dem Fernsehen hochgepeitschten antikommunistischen Welle gegen die Sowjetunion oder die DDR entgegenstellen soll. Viel leichter ist es, wenn man sagen kann, ich bin auch gegen die Sowjetunion und die DDR, ich habe damit nichts zu tun. All das machen sich die Drahtzieher der maoistischen Gruppen zunutze, um antikapitalistisch eingestellte junge Menschen vor ihren anti-[108]revisionistisch getarnten, in Wirklichkeit aber antikommunistischen Wagen zu spannen.

¹ Diese maoistische Gruppe, die sich zur Irreführung mit Hilfe der Staatsorgane der BRD den Namen „KPD“ aneignen konnte, hat mit der seit 1956 widerrechtlich verbotenen KPD nicht das geringste gemein. Die Mitglieder und Funktionäre der KPD sind heute zusammen mit tausenden neuen, jungen Genossen Mitglieder und Funktionäre der DKP.

Dabei sind sich viele Anhänger und Sympathisanten maoistischer Gruppen ihrer antikommunistischen Grundpositionen allerdings nicht bewußt. Sie wollen ja im Gegenteil sogar Kommunisten sein. Es gilt jedoch nicht nur für diesen Fall, daß das, was man sein will, und das, was man objektiv ist, häufig keineswegs identisch ist.

4.1. Antikommunismus als ideologisches Fundament der maoistischen Gruppen

4.1.1. Antisowjetismus – Hauptinhalt des Antikommunismus

Der Antikommunismus war zu keiner Zeit etwas Abstraktes. Er ist immer konkret, hat immer eine ganz bestimmte Stoßrichtung. Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution richtet sich der Hauptstoß des Antikommunismus gegen die Sowjetunion, als das zunächst erste und heute als das mächtigste sozialistische Land. Das war in der Weimarer Republik und der Zeit des Faschismus so, und das ist auch heute so. Die antisowjetische Hetze stand Pate bei der Spaltung Deutschlands durch das westdeutsche Großkapital und die imperialistischen Besatzungsmächte, bei der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und der Schaffung der NATO. Der Antisowjetismus war der Hauptinhalt des Kalten Krieges, er dient heute der Reaktion von Strauß bis Leber für die Torpedierung der Entspannungspolitik und für die forcierte Aufrüstung der Bundeswehr. Zugleich diene und dient der Antisowjetismus der Reaktion als Knüppel zum Abbau demokratischer Rechte des werktätigen Volkes. Er stand Pate beim Verbot der KPD, 1956, und diene zur Begründung der Notstandsgesetze.

Neben dem Antisowjetismus richtet sich der Antikommunismus in unserem Lande heute besonders gegen die DDR und natürlich wie stets – gegen die kommunistische Partei, gegen die DKP.

Betrachten wir darum unter diesen Gesichtspunkten die Politik der maoistischen Gruppen etwas näher. [109]

4.1.1.1. Konzeption der „Supermächte“ ist unmarxistisch

Sie plappern den chinesischen Führern nach, daß heute die Hauptaufgabe darin bestünde, den Kampf gegen die beiden „Supermächte“, gegen die USA und die Sowjetunion, zu führen. Dabei haben die chinesischen Führer seit langem deutlich gemacht, daß der Hauptfeind für sie die Sowjetunion ist. Die Nennung der USA dient nur noch der Tarnung. Schließlich kann ja wohl auch nicht vom Kampf gegen zwei „Supermächte“ die Rede sein, wenn man zugleich keine Gelegenheit verstreichen läßt, zur Stärkung des von den USA geführten aggressiven NATO-Paktes aufzurufen.

Die Supermächte-Theorie der Maoisten ist antisowjetisch und völlig unmarxistisch. Der Marxismus hat niemals danach gefragt, ob ein Land groß oder klein ist, sondern welche Klasse in diesem Land die Macht ausübt. In den kapitalistischen USA und der sozialistischen Sowjetunion herrschen entgegengesetzte Klassen. Ihre Politik verfolgt entgegengesetzte Ziele. Ob in Vietnam oder im Nahen Osten, in Chile oder in Portugal, immer stehen die USA auf der Seite der kolonialen und faschistischen Unterdrücker, während die Sowjetunion auf der Seite der Befreiungsbewegungen zu finden ist. Für klassenbewußte Arbeiter, für Kommunisten, kann darum die Macht der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder gar nicht groß genug sein.

Stellen wir der unmarxistischen, scheinbar klassenneutralen, in Wirklichkeit aber proimperialistischen Supermächte-Konzeption der Maoisten die Aussagen des erprobten Revolutionärs Fidel Castro in seiner Rede in Algier gegenüber. Dort erklärte Castro: „Wenn andere die Tatsache bedauern, daß der erste sozialistische Staat in der Geschichte der Menschheit eine Militär- und Wirtschaftsmacht geworden ist, dann werden wir, die unterentwickelten und ausgebeuteten Länder, uns nicht darüber beklagen. Cuba freut sich darüber. Ohne die Oktoberrevolution und ohne das unsterbliche Heldentum des sowjetischen Volkes, das zuerst der imperialistischen Intervention und Blockade Widerstand entgegenstellte, später der Aggression des Faschismus Einhalt gebot und sie um den Preis von 20 Millionen Menschenleben zerschlug, und das seine Technik und Wirtschaft [110] unter unglaublichen Mühen und Heroismus, ohne die Ausbeutung eines einzigen Arbeiters in irgendeinem Land der Welt entwickelt hat, wären die Beseitigung des Kolonialismus und die Zusammenarbeit der Kräfte der Welt, die den heldenhaften Kampf so vieler Völker ermöglichte, absolut unmöglich gewesen.“²

² Nach: El moudjahid, Algier, 9.9.1973.

Eng mit der Supermacht-Konzeption verbunden ist die Behauptung der Maoisten, daß die Sowjetunion ein imperialistisches Land sei. Diese Behauptung macht die Übereinstimmung des sich ultralinks tarnenden Opportunismus mit dem gewöhnlichen rechten Opportunismus besonders deutlich. Joscha Schmierer, der Sekretär der sich KBW („Kommunistischer“ Bund Westdeutschlands) nennenden maoistischen Gruppe, schreibt z. B.: „... Imperialismus bedeutet Abhängigkeit der Staaten von ein paar imperialistischen Staaten und heute insbesondere von den beiden Supermächten, bedeutet Unterdrückung der Freiheit der Nationen durch den Imperialismus und insbesondere die beiden Supermächte.“³

Als Beweis für den angeblichen Sozialimperialismus der Sowjetunion führt er an, daß die Politik der Sowjetunion auf die Erweiterung ihres Einflußbereiches gerichtet sei. Dieser Begriff des Imperialismus als eine besondere Politik stammt bekanntlich von dem Renegaten Kautsky. Lenin hat diesen Begriff scharf bekämpft. Er schreibt: „... streiten muß man über die Definition des Imperialismus vor allem mit dem führenden marxistischen Theoretiker der Epoche der sogenannten zweiten Internationale ..., mit K. Kautsky. Gegen die grundlegenden Ideen, die in der von uns gegebenen Definition des Imperialismus zum Ausdruck kommen, wandte sich Kautsky ganz entschieden ... mit der Erklärung, daß unter Imperialismus ... eine Politik, nämlich eine bestimmte, vom Finanzkapital ‚bevorzugte‘ Politik zu verstehen sei ... Imperialismus ist Drang nach Annexionen – darauf läuft der *politische* Teil der Kautskyschen Definition hinaus.“⁴ Lenin kritisiert, daß Kautsky die gesamtgesellschaftliche Analyse preisgibt, daß er Ökonomie (kapitalistische Monopole) und Politik (Annexions-Politik) imperialistischer Staaten trennt.

Bei den Maoisten haben wir es mit dem gleichen Verfahren zu tun. Ihre Theorie ist kautskyanisch, weil sie die ökonomische Grundlage des Imperialismus, die Herrschaft kapitalistischer [111] Monopole, also das, was Lenin den „Kern der ganzen Sache“⁵ genannt hat, auslassen –, denn sie wissen genau, daß es diese in der Sowjetunion nicht gibt.

Geradezu lächerlich ist es, wenn die Maoisten behaupten, daß in der Sowjetunion der Kapitalismus wiederhergestellt sei und die Bourgeoisie die Macht erobert habe.⁶

Seit dem Kommunistischen Manifest weiß jeder Marxist, daß die ökonomische Grundlage des Kapitalismus das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist und daß die Bourgeoisie eine Klasse ist, die eben diese Produktionsmittel besitzt und auf Grund dessen die Arbeiter ausbeutet, die keine Produktionsmittel besitzen. Wie soll es also in der Sowjetunion Kapitalismus und Bourgeoisie geben, wenn es kein Privateigentum an den Produktionsmitteln gibt, wenn die Fabriken und Werke Eigentum des Sowjetstaates sind?

4.1.1.2. Zur Lüge vom „Staatskapitalismus“ in der Sowjetunion

Da die Maoisten an der Tatsache nicht vorbeikommen, daß die wichtigsten Produktionsmittel in der Sowjetunion Eigentum des Sowjetstaates sind, behaupten sie, die UdSSR sei ein Land des Staatskapitalismus. Diese Verleumdung ist bekanntlich nicht neu. Sie wurde vielmehr von den rechten sozialdemokratischen Führern schon in der Zeit der Weimarer Republik verbreitet, und sie gehört auch heute zu ihrem antikommunistischen Arsenal. Die maoistischen Gruppen heben sich lediglich durch den Versuch ab, das Märchen vom Staatskapitalismus in der Sowjetunion „marxistisch“ zu verbrämen. Das ist allerdings ein hoffnungsloses Unterfangen.

Was den Begriff Staatskapitalismus im Sinne des Marxismus betrifft, so verwenden ihn Marx, Engels und Lenin bekanntlich für Staatsbetriebe oder unter staatlicher Kontrolle stehende Betriebe in kapitalistischen Ländern, in Ländern also, deren Gesellschaftsordnung auf dem kapitalistischen Privateigentum an Produktionsmitteln beruht und in denen infolgedessen die Bourgeoisie, d. h. die die Produktionsmittel besitzende Kapitalistenklasse, auch den Staat beherrscht.

³ KVZ vom 27.2.1975.

⁴ Lenin, Werke, Bd. 22, S. 271-273.

⁵ Lenin, Werke, Bd. 23, S. 34.

⁶ Vgl. z. B.: Programm und Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands, Verlag Rote Fahne, 1974, S. 17; Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, in: Ergebnisse der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf (VKK), 1973, S. 7.

Unter diesen Bedingungen sagt Engels: „Aber weder die Ver-[112]wandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, wie auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben.“⁷

Engels hat also ausdrücklich den „Staat der Kapitalisten“ im Auge. Einen Staat der Kapitalisten kann es aber nur dort geben, wo es Kapitalisten gibt. Voraussetzung dafür ist das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln. Im 3. Band des „Kapitals“ stellt Marx nämlich über den Kapitalisten kategorisch fest, daß „er überhaupt nur Kapitalist ist, den Exploitationsprozeß der Arbeit überhaupt nur vornehmen kann, weil er als Eigentümer der Arbeitsbedingungen dem Arbeiter als bloßen Besitzer der Arbeitskraft gegenübersteht.“ Marx schreibt weiter, „daß es gerade der Besitz dieser Produktionsmittel durch die Nicht-Arbeiter ist, welcher die Arbeiter in Lohnarbeiter, die Nicht-Arbeiter in Kapitalisten verwandelt“.⁸

Die vom kapitalistischen Staat als dem „ideellen Gesamtkapitalisten“ betriebenen Unternehmen werden mit dem Ziel eingesetzt, das Funktionieren des kapitalistischen Profitsystems zu gewährleisten, direkte oder indirekte Voraussetzungen zu schaffen für die Mehrung der Profite der privaten Kapitalisten, vor allem für die Profitmaximierung der die Wirtschaft und den Staat bestimmenden privatkapitalistischen Monopole. Auf welche Weise das geschieht, zeigt das Beispiel der staatlichen Energieerzeugungsbetriebe in der BRD. Über Vorzugs- und Sondertarife für die Monopole wird der aus den Arbeitern dieser staatlichen Betriebe herausgepreßte Profit in die Banktresore der privaten Monopole und ihrer Großaktionäre umgeleitet. Voraussetzung dafür ist allerdings das Vorhandensein von kapitalistischem Privateigentum an den Produktionsmitteln, von [113] privatkapitalistischen Monopolen, die Wirtschaft und Staat beherrschen.

Da es kein Privateigentum an den Produktionsmitteln, keine privatkapitalistischen Monopole und damit keine Kapitalistenklasse, keine Monopolbourgeoisie und keinen von ihr beherrschten kapitalistischen Staat in der Sowjetunion gibt, kann es dort auch keinen Staatskapitalismus geben.

Um über diese Hürde hinwegzukommen, bedienen sich manche Maoisten eines regelrechten Gaunertricks.⁹ Sie versuchen die von Engels im „Anti-Dühring“ an der Dühringschen „Wirtschaftskommune“ geübte Kritik als „Beweis“ dafür anzuführen, daß unter dem Sozialismus eine neue Bourgeoisie entstehen kann. Sie zitieren vor allem folgende Aussage von Engels: „Andererseits aber läßt die Kommune, indem sie Geld ohne weiteres in Zahlung nimmt, die Möglichkeit offen, daß dieses Geld anders als durch eigene Arbeit erworben ist ... Es liegen vor die Gelegenheit und das Motiv, einerseits zur Schatzbildung, andererseits zur Verschuldung ... Und da der Schatzbildner in der Lage ist, vom Bedürftigen Zinsen zu erzwingen, so ist mit dem als Geld fungierenden Metallgeld auch der Zinswucher wiederhergestellt.“¹⁰

Engels kritisiert Dühring u. a. gerade darum, weil die wichtigsten Produktionsmittel bei ihm nicht gesamtgesellschaftliches Eigentum, sondern Eigentum isolierter Wirtschaftskommunen sein sollten. Es liegt auf der Hand, daß jeder Vergleich mit der Sowjetunion, in der Industrie, Bankwesen, Handel usw. staatliches, sozialistisches Eigentum sind und die sozialistischen Kollektivwirtschaften in der Landwirtschaft durch staatliche Planung usw. eng mit dem Staat und dem staatlichen sozialistischen Eigentum verbunden sind, völlig unsinnig ist.

⁷ Marx/Engels, Werke, Bd. 20, S. 260.

⁸ Marx/Engels, Werke, Bd. 25, S. 51.

⁹ Vgl. z. B. KVZ, 22/1975.

¹⁰ Marx/Engels, Werke, Bd. 20, S. 283.

Zum anderen geht Engels in seiner Kritik davon aus, daß Geld anders als durch eigene Arbeit erworben und zum Verleihen gegen Zinsen verwandt werden kann, so daß der Zinswucher und damit der kapitalistische Bankier wiederersteht, mit der Möglichkeit, „sich gegenüber der Kommune und jenseits ihrer Grenzen frei und unabhängig zu bewegen und den an gehäuften Einzelreichtum auf dem Weltmarkt zu verwerten“.¹¹

In der Sowjetunion kann jedoch niemand Geld anders als durch eigene Arbeit erwerben. Wer den Versuch unternimmt, sich durch krumme Geschäfte zu bereichern, wird mit der gan-[114]zen Strenge der sozialistischen Gesetzlichkeit bestraft. Niemand kann zum Zinswucherer werden, denn es besteht das staatliche Bankmonopol. Niemand kann „Einzelreichtum auf dem Weltmarkt verwerten“, denn es besteht das Monopol der Außenhandelsbeziehungen durch den sozialistischen Staat.

Wer den „Anti-Dühring“ gegen die Sowjetunion oder andere sozialistische Länder ins Feld führen will, zeigt also nur, daß er Engels nicht begriffen hat oder Dührings kleinbürgerliche Sozialismus-Vorstellungen gar für wirklichen Sozialismus hält.

Außerdem wird von maoistischen Kritikern der Sowjetunion eingewandt¹², Lenin habe davon gesprochen, daß auch *nach* der Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse ein ökonomischer Boden vorhanden sei, der „Bourgeois in Hülle und Fülle“ trägt. Diese Aussage hat Lenin tatsächlich getroffen, und zwar in seinem „Referat über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ auf der Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees.¹³ Was die Maoisten geflissentlich verschweigen, ist die Tatsache, daß Lenin diese Aussage im April 1918 gemacht hat, also zu einem Zeitpunkt, als sich das sozialistische Eigentum erst auf wenige große Betriebe beschränkte, die vorherrschende Eigentumsform aber noch das Produktionsmitteleigentum der kleinen Warenproduzenten in der Stadt und vor allem auf dem Lande war.

Dieses Produktionsmitteleigentum der kleinen Warenproduzenten, die auf seiner Grundlage herrschende Anarchie und das von ihm ausgehende Streben, sich auf Kosten der Gesellschaft zu bereichern, andere für sich arbeiten zu lassen, sich die Ergebnisse der Arbeit anderer anzueignen, zum Kapitalisten zu werden, das ist es, was Lenin den ökonomischen Boden nennt, der „Bourgeois in Hülle und Fülle“ trägt. Dieser Boden ist jedoch seit rund 40 Jahren, seit dem vollständigen Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der in der Verfassung von 1936 seinen Niederschlag fand, in der UdSSR beseitigt. Wer erklärt, daß Jahrzehnte *nach* dem vollständigen Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, unter Bedingungen, wo es an allen nennenswerten Produktionsmitteln ausschließlich sozialistisches Eigentum gibt, auf diesem Boden plötzlich der Kapitalismus und eine neue Bourgeoisie wiederersteht, der kann ebensowenig ernstgenommen werden wie jemand, der die unbefleckte Empfängnis predigt.

[115] In seinem Referat auf der Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees im April 1918, wie in vielen anderen Aussagen und Arbeiten dieser Zeit, hat Lenin gerade den aus dem Kleineigentum entspringenden Tendenzen der Anarchie, der Disziplinlosigkeit, der Bereicherung auf Kosten der Gesellschaft den entschiedenen Kampf angesagt. Als Instrument im Kampf um Disziplin, Arbeitsproduktivität, Rechnungsführung und Kontrolle maß er unter den damaligen Bedingungen auch dem Staatskapitalismus einen wichtigen Platz zu. Damit sind wir bei der zweiten Seite der Begriffsbestimmung des Staatskapitalismus im Sinne des Marxismus.

Lenin verwandte den Begriff Staatskapitalismus auch unter den Bedingungen einer sozialistischen Staatsmacht, als er nach der Oktoberrevolution die Wirtschaftsformen nannte, die damals in Sowjet-Rußland existierten. Staatskapitalismus unter der Sowjetmacht – darunter verstand Lenin unter Kontrolle des sozialistischen Staates stehende kapitalistische Privateigentümer. Als wichtigste Form des Staatskapitalismus nennt er die Konzessionspolitik des Sowjetstaates gegenüber kapitalistischen ausländischen Großunternehmen, denen vom Sowjetstaat in einem Konzessionsvertrag die Möglichkeit gegeben wurde, in Rußland kapitalistische Betriebe zu betreiben.

¹¹ Ebenda, S. 284.

¹² Vgl. KVZ, 22/1975.

¹³ Lenin, Werke, Bd. 27, S. 290 f.

Über diese Konzessionäre sagt Lenin in seiner Arbeit „Über die Naturalsteuer“: „Der Konzessionär ist ein Kapitalist. Er führt das Unternehmen kapitalistisch, um des Profits willen, er geht auf einen Vertrag mit der proletarischen Staatsmacht ein, um einen Extraprofit über das übliche hinaus zu erzielen oder um solche Rohstoffe zu erhalten, die er sonst nicht oder nur äußerst mühsam beschaffen kann. Die Sowjetmacht erzielt einen Vorteil durch die Entwicklung der Produktivkräfte und die Vermehrung der Produktenmenge ...“¹⁴

In der heutigen Sowjetunion gibt es jedoch keine ausländischen Kapitalisten, die dort kapitalistische Betriebe betreiben, sowjetische Arbeiter für sich arbeiten lassen und daraus Profit schlagen könnten. Von ausländischen Unternehmen im Rahmen ganz normaler Wirtschaftsbeziehungen aufgebaute Betriebe in der Sowjetunion, wie zum Beispiel das Autowerk in Togliatti, gehören nicht den Aktionären von Fiat oder anderen Kapitalisten, sie sind Eigentum des Sowjetstaates.

Als weitere Form des Staatskapitalismus unter den Bedingungen der sozialistischen Staatsmacht nennt Lenin die „Genossenschaften der Kleinunternehmer“¹⁵, die „auf der handwerksmäßigen, zum Teil sogar patriarchalischen Kleinindustrie“¹⁶ fußen. Lenin spricht von einer dritten Art des Staatskapitalismus: „Der Staat zieht den Kapitalisten als Händler heran und zahlt ihm eine bestimmte Provision für den Verkauf von staatlichen Erzeugnissen und für den Aufkauf von Erzeugnissen der Kleinproduzenten.“¹⁷ Schließlich nennt er als vierte Art des Staatskapitalismus unter den Bedingungen der sozialistischen Staatsmacht: „Der Staat verpachtet an den kapitalistischen Unternehmer einen dem Staat gehörenden Betrieb oder ein extraktives Industrieunternehmen oder ein Waldmassiv, eine Länderei usw.“¹⁸

In der heutigen Sowjetunion gibt es keine Genossenschaften privater Kleinunternehmer, sondern auf der Grundlage des Leninschen Genossenschaftsplanes geschaffene sozialistische Genossenschaften, die sich auf das kollektive sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln gründen. Es gibt weder vom Staat herangezogene kapitalistische Händler noch kapitalistische Pächter von Staatsbetrieben und Ländereien. Die Behauptung, daß die Sowjetunion ein Land des Staatskapitalismus sei, erweist sich als plumpes antisowjetisches Lügenmärchen.

4.1.1.3. Weitere Krücken des maoistischen Antisowjetismus

Eine weitere Krücke, mit der die Maoisten ihre ideologische Vogelscheuche einer angeblichen Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion zu stützen versuchen, ist die These, daß die entscheidende Frage die der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel sei, und diese liege in der Sowjetunion bei der „neuen Bourgeoisie“, womit die Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre gemeint sind.¹⁹

Die Überbetonung der Verfügungsgewalt, ihre Loslösung von der Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln und die Herabminderung der Bedeutung der Eigentumsfrage, das ist original sozialdemokratische Politik. Wir finden sie im Godesberger Programm der SPD ebenso wie im Orientierungsrahmen '85 der SPD oder in den Reden sozialdemokratischer Führer. [117] Sie geht letztlich zurück auf die bürgerliche Managertheorie und dient allein dem Ziel, das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln in der BRD zu verteidigen und zugleich den realen Sozialismus in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft zu verleumden.

Mit Marxismus hat diese Position der SPD-Führer und der Maoisten nicht das geringste gemein. Für Marxisten gilt – wie wir bereits in der Auseinandersetzung mit den Positionen der Jungsozialisten unterstrichen haben – der von Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ formulierte Grundsatz, daß die Kommunisten in allen Bewegungen die Eigentumsfrage als die Grundfrage der Bewegung hervorheben.²⁰

¹⁴ Lenin, Werke, Bd. 32, S. 359.

¹⁵ Ebenda, S. 362.

¹⁶ Ebenda, S. 361.

¹⁷ Ebenda, S. 362.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Vgl. z. B.: DKP-Extra: „Linke“ Phrasen – rechte Politik. Zur Politik und Praxis des KBW, Materialien eines Streitgesprächs am 22. Mai 1975 in Bremen, S. 21; oder: Revolutionärer Weg, hrsg. vom „KABD“, Nr. 8/1972, S. 9.

²⁰ Vgl. Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 493.

Eben weil die Eigentumsfrage die Grundfrage der Bewegung ist, ist letztlich auch die Frage der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel nur durch die Lösung der Eigentumsfrage zugunsten der Arbeiterklasse zu lösen. Deutlichster Beweis dafür sind gerade die Länder des Sozialismus. Dort ist das arbeitende Volk Besitzer seines Staates und verfügt über die entscheidenden Produktionsmittel. Besitzer und Verfüger über die in genossenschaftlichem Eigentum befindlichen Produktionsmittel sind die Kollektive der Genossenschaftler, wobei die Genossenschaften über den staatlichen Plan eng mit dem Staat und dem staatlichen Eigentum an den Produktionsmitteln verbunden sind. Auf dieser Grundlage haben die Gewerkschaftsorganisationen, die Arbeitskollektive und die einzelnen Werktätigen Mitverfügungs- und Mitbestimmungsrechte, die unter kapitalistischen Bedingungen unvorstellbar sind. So kann in der Sowjetunion, der DDR oder den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft z. B. kein Plan, kein Betriebskollektivvertrag verabschiedet werden ohne die Diskussion und Mitentscheidung der Betriebskollektive und ihrer gewerkschaftlichen Vertretungen. Ganz zu schweigen davon, daß ein Betriebsleiter, der sich anmaßen wollte, einen Arbeiter willkürlich zu entlassen, in diesen Ländern sofort seine Koffer packen könnte. Es gibt keine Entlassung gegen den Willen der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben das Recht, die sofortige Abberufung jedes Betriebsleiters zu fordern, der sich über ihre Befugnisse hinwegsetzt.

Die Einzelleitung durch den staatlichen Leiter und die weitestgehende Mitbestimmung der Betriebskollektive und ihrer [118] Vertretungen sind untrennbar miteinander verbundene Seiten des demokratischen Zentralismus, des entscheidenden Prinzips sozialistischer Wirtschaftsführung. Lenin hat im Kampf gegen den Anarchosyndikalismus deutlich gemacht, daß die Übertragung der Wirtschaftsführung auf die direkten Produzenten den Verlust der wesentlichen Vorteile des Sozialismus (Koordination, Planung im Volksinteresse) mit sich bringen würde. „Es bedeutet ein vollständiges Aufgeben des Sozialismus“, schrieb Lenin, „wenn man irgendwelche direkten oder indirekten Versuche macht, das Eigentum der Arbeiter an einem bestimmten Betrieb oder das Eigentum eines bestimmten Berufszweiges auf seine Produktion zu legalisieren.“²¹

Eine andere Version des Anarchosyndikalismus, die Übergabe der Wirtschaftsführung an einen „Kongreß der Produzenten“, wurde von Schljapnikow und Kollontai vertreten. Sie findet sich auch heute in den Schriften der Trotzisten und z. T. auch in den Vorstellungen dieser oder jener maoistischen Gruppe. In Auseinandersetzungen mit solchen Auffassungen erklärte Lenin: „Und ich muß sagen, daß ich nach der Lektüre dieser These“ (Schljapnikows und Kollontais in ihrer Broschüre „Arbeiteropposition“ über einen „Gesamtrussischen Kongreß der Produzenten“ zur Leitung der Volkswirtschaft) „die anderen schon nicht mehr gelesen habe, denn das hieße Zeit vergeuden, weil es nach dieser These klar ist, daß sich die Leute bereits verrannt haben, daß das ein kleinbürgerliches, anarchistisches Element ist ...“²²

Weiter greifen die Maoisten in ihrem Bemühen, eine Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion zu „beweisen“, ganz einfach zur Begriffsmanipulation, indem sie im Sozialismus und Kapitalismus gleichermaßen verwendete Begriffe einfach einander gleichsetzen und dabei von der Tatsache abstrahieren, daß diese Begriffe infolge grundsätzlich verschiedener Produktionsverhältnisse einen völlig anderen Inhalt haben. Das gilt z. B. für den Begriff „Gewinn“. Den Gewinn sozialistischer Betriebe setzen sie dem Gewinn kapitalistischer Unternehmen gleich, der bekanntlich nur ein anderes Wort für den kapitalistischen Profit ist. Besonders gern wird von ihnen in diesem Zusammenhang der sowjetische Finanzminister Garbusow zitiert, der in Nr. 41/1965 der „Ekonomitscheskaja Gaseta“ feststellte: „Die Kennziffer ‚Gewinn‘ muß zum Kriterium für den Nutzeffekt der Arbeit jedes Kollektivs und zum hauptsächlichsten ökonomischen Anreiz werden.“ Da nach Marx die Produktion von Mehrwert und in seiner verwandelten Form von Profit das absolute Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise ist – so schlußfolgern die maoistischen Manipulateure –, sei mit der Betonung des Gewinns in der Sowjetunion der Nachweis für die Restauration des Kapitalismus erbracht.²³

²¹ Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 36, S. 481 (russ.).

²² Lenin, Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 199.

²³ Vgl. z. B.: Revolutionärer Weg, Nr. 8/1972, S. 44 ff.

Der Gewinn eines sozialistischen Betriebes und der Profit eines kapitalistischen Unternehmens sind jedoch ihrem wesentlichen Inhalt nach völlig andere Begriffe. Was sie gemeinsam haben, ist lediglich, daß beide Mehrprodukt bezeichnen. Die Produktion von Mehrprodukt ist nun allerdings keineswegs nur dem kapitalistischen System eigen. Seit dem Untergang der Urgemeinschaft erzeugt die menschliche Arbeitskraft mehr, als zu ihrer Wiederherstellung notwendig ist. Daß sie ein Mehrprodukt zu erzeugen vermag, darauf beruht letztlich alle Kultur seit dieser Zeit.

Selbstverständlich erzeugt die menschliche Arbeitskraft auch im Sozialismus mehr, als zu ihrer Reproduktion erforderlich ist. Selbstverständlich besteht, wie Lenin einmal formulierte, die Pflicht des Leiters eines sozialistischen Betriebes darin, aus einer Kopeke zwei zu machen, also Gewinn zu erzielen. Selbstverständlich muß ein sozialistischer Staatsbetrieb in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern die ihm zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte und Materialien so einsetzen, daß möglichst viel Mehrprodukt erarbeitet wird. Darum ist die Formulierung vom Gewinn als Kennziffer der Effektivität eines sozialistischen Betriebes völlig richtig. Nur ökonomische Ignoranten können etwas anderes behaupten. Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus hat die immer bessere Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes zum Ziel. Wie sollte dieses Ziel erreicht werden können, wenn die Betriebe nicht Gewinn erwirtschafteten?!

Das zentrale Problem in diesem Zusammenhang ist nicht die Erwirtschaftung von Gewinn durch einen Betrieb, sondern die Frage seiner Aneignung, seiner Verteilung. Mehrwert, oder als verwandelte Form Profit, wird Gewinn erst dadurch, daß er von den Kapitalisten angeeignet wird. Sie können sich den von den Arbeitern erarbeiteten Gewinn aneignen, ihn als Profit einstreichen, weil sie Besitzer der Produktionsmittel sind und [120] die Arbeiter, die keine Produktionsmittel besitzen, gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen.

Auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln wird im Sozialismus dagegen ein Teil des Gewinns der sozialistischen Betriebe an den sozialistischen Staat zur Befriedigung gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse abgeführt, ein anderer verbleibt im Betrieb für die erweiterte Reproduktion sowie für Prämien an die Arbeiter und Angestellten, für den Bau von betrieblichen Kindergärten und andere Sozialeinrichtungen. Über die Verteilung des an den Staat abzuführenden und des im Betrieb für Zwecke der Akkumulation verbleibenden Gewinns wird nicht nach dem Gutdünken irgendeines Wirtschaftsleiters bestimmt, sondern entsprechend dem staatlichen Plan. Bei der Verwendung des Gewinnanteils, der für Prämien und betriebliche Sozialeinrichtungen zur Verfügung steht, sprechen die Betriebskollektive und ihre Gewerkschaftsorganisationen ein entscheidendes Wort.

Da mit Hilfe des Marxismus eine Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern nun trotz aller Verdrehungsversuche absolut nicht nachzuweisen ist, erheben verschiedene Maoisten die „Kriminologie“ zu ihrem Kronzeugen. In der „KVZ“ vom 17. Juli 1975 kann man z. B. einen umfangreichen Artikel unter der Überschrift lesen: „Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, ein Beispiel“. Das Beispiel, das dem erstaunten Leser serviert wird, besteht nun darin, daß der Generaldirektor eines sowjetischen Staatsunternehmens wegen Bestechung durch einen Schweizer Konzern zum Tode und der Vertreter des bestechenden Konzerns zu zehn Jahren verschärfter Zwangsarbeit verurteilt wurde. In der „KVZ“ vom 31. Juli 1975 wird ein ähnliches Beispiel tiefschürfender kriminologischer „Kapitalismus-Analyse“ gegeben. Diesmal ist es ein Betrüger in der DDR, der für 13 Jahre ins Gefängnis muß.

Das heißt: die Tatsache, daß es in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern noch vereinzelt Schieber und Betrüger gibt, nutzen die Maoisten dazu aus, zu behaupten, daß in diesen Ländern der Kapitalismus wiederhergestellt sei. Nun ist es zwar richtig, daß überall dort, wo es Kapitalismus gibt, auch Schieber und Betrüger existieren; daraus den Umkehrschluß zu ziehen, daß überall dort, wo Schieber und Betrüger [121] anzutreffen sind, auch der Kapitalismus existiert, ist jedoch genauso unsinnig, als wenn man aus der Tatsache, daß jeder Dackel ein Hund ist, schlußfolgern wollte, daß jeder Hund ein Dackel sein müsse.

Im übrigen haben Marxisten niemals behauptet, daß es im Sozialismus keine Betrüger und Kriminelle mehr gebe, die sich auf Kosten der Gesellschaft zu bereichern versuchen. (Allerdings geht selbst aus

offiziellen bürgerlichen Statistiken hervor, daß die Kriminalität in den Ländern des Sozialismus immer mehr zurückgeht und mit der ständig wachsenden Verbrechensflut in den kapitalistischen Ländern nicht zu vergleichen ist.) Was es im Sozialismus nicht mehr gibt, ist die legale Bereicherung der die Produktionsmittel besitzenden Kapitalisten durch die Aneignung der Mehrarbeit der Arbeiter, die keine Produktionsmittel besitzen und ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen müssen. Damit wurde durch die Beseitigung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und die Überführung aller wichtigen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum ein für allemal Schluß gemacht. Und wer sich mit kriminellen Mitteln auf Kosten des Volkes zu bereichern sucht, den trifft die ganze Strenge der sozialistischen Gesetzlichkeit.

Da die Maoisten behaupten, daß die „neue Bourgeoisie“ nach dem Tode Stalins in der Sowjetunion entstanden sei und die Macht erobert habe, wollen wir schließlich noch die Frage stellen: Was hat sich seit 1953 denn in der Stellung der Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre (die angeblich die „neue Bourgeoisie“ bilden), im System der gesellschaftlichen Produktion so grundlegend verändert, daß aus ihnen angeblich eine „neue Kapitalistenklasse“ werden konnte?

Als Marxist kann man bei der Untersuchung dieser Frage nur die Eile der marxistischen Klassentheorie anlegen. Lenin schreibt in seiner Arbeit „Die große Initiative“: „Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen [122] Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.“²⁴

Betrachten wir unter dem Gesichtspunkt dieser Kriterien z. B. die Stellung der Leiter der staatlichen Betriebe im System der gesellschaftlichen Produktion in der Sowjetunion zu Lebzeiten Stalins und heute. Die staatlichen Betriebe waren damals wie heute gesamtgesellschaftliches Eigentum. Der staatliche Betriebsleiter war und ist nicht mehr und nicht weniger Eigentümer des von ihm geleiteten Betriebes wie jeder andere Bürger der UdSSR auch. Seine Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit war damals wie heute durch seine Funktion als vom Staat eingesetzter Einzeleiter des Betriebes oder Unternehmens gekennzeichnet, eine Funktion, auf der bereits Lenin im scharfen Kampf gegen anarchosyndikalistische Kräfte bestand. Was sich gegenüber der Zeit vor 1953 geändert hat, ist, daß im Zuge der Entwicklung der sozialistischen Demokratie die Mitbestimmungs- und Kontrollrechte der Betriebskollektive und ihrer Gewerkschaftsorganisationen wesentlich erweitert wurden.

Und wenn wir schließlich die von diesen beiden grundlegenden Kriterien abgeleitete Art der Erlangung und die Höhe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum nehmen, so beruhte und beruht das Einkommen der Leiter sozialistischer Betriebe ausschließlich auf ihrer eigenen hochqualifizierten Arbeit als Leiter und Organisatoren der sozialistischen Produktion. Ihr Anteil am gesellschaftlichen Reichtum ist, vor allem gemessen an der allgemeinen Einkommensentwicklung in der Sowjetunion, nicht größer, sondern eher geringer geworden.

„Seit mehr als 20 Jahren sind in der Sowjetunion die Ministergehälter, die etwa die Höhe der Wissenschaftlergehälter erreichen, sowie andere Höchstgehälter nicht mehr erhöht worden. Die sowjetische Einkommenspolitik läuft auf eine Annäherung der unteren Löhne und Gehälter an die oberen hinaus, was entsprechend den Möglichkeiten der Volkswirtschaft langfristig die Heranführung an den Grundsatz der kommunistischen Gesellschaft ‚Jeder arbeite entsprechend seinen Fähigkeiten, jeder erhalte entsprechend seinen Bedürfnissen‘ bedeutet ... In der Sowjetunion beträgt die durchschnittliche Diffe-[123]renz der Masseneinkommen zu den Spitzeneinkommen 1 : 5, bei den qualifizierten Facharbeitern der großen sowjetischen Industrieunternehmen und den Direktoren dieser Unternehmen sind die Löhne und Gehälter unterschiedlich im Verhältnis 1 : 2 oder 1 : 3.“²⁵

²⁴ Lenin, Werke, Bd. 29, S. 410.

²⁵ F. Schuster, Die KPdSU heute, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt (Main) 1975, S. 87 f.

Die Einkommensunterschiede sind in China übrigens trotz der nach außen betonten Gleichmacherei keineswegs geringer. So berichtet das BRD-Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“: Arbeiter „verdienen als Ungelernte im Monat meist 30 Jüan, als Facharbeiter 60 Jüan: Spitzenkräfte kommen sogar wie Meister oder Ingenieure auf 100 Jüan (ein Lehrer verdient 50 bis 60 Jüan, je nach Dienstzeit und Leistung, ein Arzt erhält 80 Jüan, eine Krankenschwester bis zu 60).²⁶ Ein einfacher Behördenangestellter verdient 26 Jüan. Der Vorsitzende eines Provinzrevolutionskomitees erhält dagegen 300 Jüan monatlich und ein Minister 380 Jüan.²⁷

Das Märchen der Maoisten von der Entstehung und Machtergreifung einer „neuen Bourgeoisie“ in der Sowjetunion erweist sich als antikommunistische Verleumdung, bei der sie sich zwar auf bürgerliche und revisionistische Feinde des Sozialismus, wie den jugoslawischen Renegaten Djilas, nicht aber auf den Marxismus berufen können.

Im übrigen stellen sich die Maoisten die unter der Führung Lenins und Stalins (auf die sie sich gern zu berufen versuchen) geschaffene politische Macht der Arbeiterklasse in der Sowjetunion offensichtlich als eine Art Operetten-Regime vor, in dem die nach 50 Jahren Sowjetmacht plötzlich wie ein Phönix aus der Asche entstandene Bourgeoisie friedlich und ohne jeden Widerstand die Macht ergreifen konnte. Das Gefasel von der Wiederherstellung der Macht der Bourgeoisie in der Sowjetunion richtet sich darum nicht nur gegen die heutige Führung des Sowjetstaates. Es ist eine Verhöhnung des Lebenswerkes von Lenin und Stalin, von ganzen Generationen sowjetischer Kommunisten.

4.1.1.4. Maoisten und Reaktion an der Seite von Šik und Co.

Was nun den Vorwurf anbetrifft, daß die Sowjetunion angeblich eine imperialistische Politik betreibe, so führen die Mao-[124]isten dafür in voller Übereinstimmung mit den bürgerlichen Meinungsmachern solche „Beispiele“ an wie die Hilfsmaßnahmen der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft für die ČSSR 1968 und eine angebliche Ausbeutung sozialistischer Brudervölker durch die UdSSR.

Die Haltung der Maoisten zu den Ereignissen in der ČSSR unterstreicht dabei nur, daß ihnen ein klassenmäßiges, vom Standpunkt des proletarischen Internationalismus bestimmtes Herangehen an eine solche Frage völlig fremd ist. Als proletarische Internationalisten verhalten wir Kommunisten uns zum Befreiungskampf der Völker gegenüber dem Imperialismus keineswegs gemäß dem Prinzip der Nichteinmischung, sondern wir üben internationale Solidarität. Das gilt in noch höherem Maße für die Einstellung der Kommunisten zu einem von der Konterrevolution bedrohten sozialistischen Land. Wer sich auf das Prinzip der Nichteinmischung, der Neutralität beruft, der gibt den Standpunkt des proletarischen Internationalismus preis und leistet der Konterrevolution Hilfe.

Kommunisten können sich darum nur die Frage stellen, ob es 1968 in der ČSSR die Gefahr einer konterrevolutionären Entwicklung gab oder nicht. Wenn man den bürgerlichen Politikern und ihren Massenmedien glauben will, dann ging es beim sogenannten Prager Frühling darum, einen „menschlichen, demokratischen Sozialismus“ zu schaffen. In Wirklichkeit handelte es sich jedoch um einen Weg, der letztlich zur Restauration des Kapitalismus und zum Herausbrechen der ČSSR aus dem Bruderbund der sozialistischen Länder geführt hätte.

Muß es nicht stutzig machen, daß der „Sozialismus“ à la Dubček von den bürgerlichen Massenmedien und Politikern in der BRD begeistert begrüßt wurde? Die Springer-Zeitungen, Löwenthal, die wütendsten Gegner des Sozialismus in der BRD, die nach noch rigoroserer Anwendung der Berufsverbote gegen Kommunisten und andere Demokraten in unserem Lande rufen, wurden zu Predigern des „demokratischen Sozialismus“ in der ČSSR.

In der Zeitschrift „konkret“ wurde damals mit Recht vermerkt: „Von den in Springers Häusern gedruckten Blättern ... bis zur FAZ, von den Rundfunkstationen bis zur Frankfurter Rundschau, den Fernsehstationen bis zu den politischen Parteien – alle sind für den Kommunismus (allerdings, schränken [125] sie selbst ein, sind sie für einen attraktiveren Kommunismus ... für den Prager

²⁶ Der Spiegel, Nr. 13 vom 25.3.1974, S. 115.

²⁷ Der Spiegel, Nr. 41 vom 7.10.1974 – dort belegt mit „China aktuell“.

Kommunismus). Sorgenvoll runzelt Klaus Bölling die Stirn, ‚ob das Experiment gelingt, den Kommunismus attraktiver zu machen?‘, Augstein wünscht Glück, und Springers ‚Welt‘ bringt täglich bis zu drei Artikel über die Entwicklung in Prag, des Lobes voll. Aber die Augstein und Springer sind nicht nur für den Kommunismus, was schon erstaunlich genug wäre, sie sind auch für die ‚kritische Intelligenz‘, die ‚rebellierenden Studenten‘, die ‚aufsässige Jugend‘, für Schriftsteller, die politisieren, und Journalisten, die gegen jede Bevormundung sind.“²⁸

Die SPD-Führung, die den Kapitalismus in der BRD mit Zähnen und Klauen verteidigt, die wegen der Verstaatlichungsmaßnahmen in Portugal Zeter und Mordio schreit, geriet aus Begeisterung über das „tschechoslowakische Experiment“ geradezu aus dem Häuschen. Sozialdemokratische Spitzenpolitiker gaben sich bei Dubček, Smrkovský und anderen Repräsentanten des „Prager Frühlings“ die Türklinke in die Hand. Ja, selbst Strauß und die Bosse der Unternehmerverbände, die in der BRD jede Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften ablehnen, wurden zu Anhängern des Dubček-Sozialismus.

Der amerikanische Experte für Unterwanderung des Sozialismus, Prof. Brzeziński, hielt Vorlesungen an der Prager Universität, und auch er war des Lobes voll für den „Sozialismus“ à la Dubček. Wenn Brzezinski am 14. 6. 1968 in Prag erklärte: „Unsere Meinung ist, daß heute, 20 Jahre nach dem Abschluß des Krieges, wieder politische Strukturen an die Oberfläche kommen, die hier schon einmal gewesen sind“,²⁹ dann muß man doch die Frage stellen, um welche Strukturen es sich denn handelt, die vor oder während des Krieges in der ČSSR existierten.

Aber lassen wir die Führer des „Prager Frühlings“ selbst zu Wort kommen. Ota Šik, Wirtschaftsexperte und stellvertretender Ministerpräsident unter Dubček, äußerte am 10.12.1968 im Fernsehen der BRD auf Befragen westlicher Journalisten: „Wir wollten wirkliche Unternehmen und einen freien Markt.“ Auf weitere Fragen, ob er das Profitprinzip anerkenne, antwortete er rundheraus mit „Ja“. Fürwahr, ein seltsamer „Sozialismus“. Was „freier Markt“ und Profitprinzip bedeuten, erleben [126] wir ja heute in der BRD mit 1,5 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern, mit skrupelloser Preistreiberei.

Um was für einen „Sozialisten“ es sich bei diesem Ota Šik handelt, geht auch daraus hervor, daß er heute kapitalistischen Managern beibringt, wie man Arbeiter noch besser ausbeuten kann, und daß er auf CDU-Veranstaltungen Unternehmerpropaganda macht. So kann man z. B. über ein Referat Šiks auf einer CDU-Veranstaltung in Bremen lesen, daß er als „Ursache für das gestörte ökonomische Gleichgewicht“ die „inflationäre Lohn- und Preisentwicklung“, die „hektisch beschleunigte Verbrauchsgüternachfrage“ nennt. „Um diese ausufernde Entwicklung wieder in den Griff zu bekommen, sieht Professor Šik nur eine Möglichkeit: ‚die breiten Massen müssen für das Kapital interessiert werden.‘ Auf diese Weise hofft er, das allein auf Hebung des eigenen, persönlichen Wohlstands gerichtete Lohninteresse der einzelnen Arbeitnehmer wieder zurückzulenken auf gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge. Allerdings sind etwa die Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung oder die Einführung überbetrieblicher Vermögensfonds nach seinen Worten nicht die geeigneten Mittel für dieses Ziel. Šik geht weiter: Beteiligung am Kapital, Mitbestimmung und Mitverantwortung der Arbeitnehmer in den Betrieben müssen so gestaltet sein, daß die Betriebsangehörigen nicht nur an den Gewinnen beteiligt werden, sondern auch Verluste mit tragen müssen. Hiervon verspricht sich Šik übrigens auch eine Verbesserung der Arbeitsmoral, die – wie er meint – im Zeichen der Vollbeschäftigung nicht zuletzt dadurch beeinträchtigt worden ist, daß niemand mehr unter dem Druck einer drohenden Arbeitslosigkeit steht.“³⁰

Der „Sozialist“ Šik bedauerte also, daß 1973 dem Großkapital keine industrielle Reservearmee als Druckmittel auf die Löhne der Arbeiter und Angestellten zur Verfügung stand. Gegenwärtig haben wir 1,5 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter in der BRD. Šik ist damit seinen gesellschaftlichen Idealen ein Stück nähergekommen.

²⁸ konkret, 9/1968.

²⁹ Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Heft 408, S. 1 der Beilage.

³⁰ Weserkurier, Bremen, 8.9.1973.

Otto A. Friedrich, der damalige Präsident des Bundes der Arbeitgeberverbände, hat 1971 unumwunden erklärt: „Šik und die tschechoslowakischen Reformer hätten wissen müssen, daß das, was sie wollten, letztlich nur mit der Rückkehr zum Privateigentum zu erreichen war.“³¹ Rückkehr zum Privateigen-[127]tum, d. h. aber nicht menschlicher Sozialismus, sondern Rückkehr zum menschenfeindlichen Kapitalismus.

Und Prof. Mehnert, seines Zeichens Kreml-Astrologe und wilder Antikommunist, erklärte auf dem Höhepunkt des sogenannten Prager Frühlings triumphierend: „Wenn Lenin das erleben würde, was hier vorgeht, er würde sich im Grabe umdrehen, denn es bedeutet eine Entwicklung zum Sozialdemokratismus.“ Entwicklung zum Sozialdemokratismus, d. h. aber Entwicklung zum Kapitalismus. Sind die rechten sozialdemokratischen Führer doch emsige Verfechter dieses Ausbeutersystems.

Zugleich ging es den konterrevolutionären Kräften in der ČSSR 1968 um das Aufbrechen des Warschauer Vertrages, des Verteidigungsbündnisses der sozialistischen Länder. Dubčeks Militärexperte, General Prchlík, der heute in den USA lebt und für die CIA arbeitet, forderte kategorisch den Austritt der ČSSR aus dem Warschauer Vertrag, und die NATO-Strategen jubelten damals schon in den bürgerlichen Zeitungen über einen tiefen Keil, der damit in die Südflanke des Warschauer Verteidigungsbündnisses getrieben würde.

Eine solche Entwicklung hätte zu wichtigen Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis in Europa geführt. Die aggressivsten Kreise der NATO-Länder hätten Oberwasser für ihre „Roll-back-Politik“ bekommen. Eine solche Entwicklung hätte ernste Gefahren für den Frieden in Europa heraufbeschworen. Das entschlossene Zunichtemachen dieser Pläne durch die Aktion der sozialistischen Staaten hat dagegen dem Imperialismus deutlich gemacht, daß es keine Chance für die „Roll-back-Politik“ gibt. Der heutige Bundeskanzler der BRD, Helmut Schmidt, schrieb in einer Broschüre des Parteivorstands der SPD zum Moskauer Vertrag im Zusammenhang mit der Frage „Was führte zu einer neuen Politik?“: „Auch die Vorstellung von Adenauer und Dulles, man könne Osteuropa vom Kommunismus befreien, hatte sich als Illusion erwiesen.“ Er nennt in diesem Zusammenhang als Beispiel ausdrücklich die Ereignisse 1968 in der ČSSR. Es ist kein Zweifel, daß die Bemühungen der sozialistischen Länder um Frieden und Entspannung, die jahrelang bei den herrschenden Kreisen der BRD und anderer kapitalistischer Länder auf taube Ohren stießen, bald nach dem August 1968 erste Früchte zu tragen begannen. Das entschlossene Handeln der sozialistischen Länder hat [128] wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich heute die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung durchsetzt.

Schon diese wenigen Belege begründen unsere Einschätzung, daß der sogenannte Prager Frühling die akute Vorbereitung der Konterrevolution war. Kommunisten, proletarische Internationalisten, bestimmen ihr Verhalten selbstverständlich von dieser begründeten Einschätzung zum 21.8.68 her.

In ihrem Bemühen, eine angebliche Ausbeutung sozialistischer Bruderländer durch die UdSSR nachzuweisen, verweisen die Maoisten – genau wie die bürgerliche Presse der BRD – gern auf die Verteuerung der Erdölimporte sozialistischer Länder aus der Sowjetunion.

In der Tat hat sich der Preis, den z. B. die DDR für sowjetisches Erdöl bezahlen muß, im letzten Jahr etwa verdoppelt. Allerdings ist das sowjetische Erdöl für die DDR noch immer nur halb so teuer wie das auf dem kapitalistischen Weltmarkt gekaufte. Trotzdem stellt sich die Frage, warum die Sowjetunion die Erdöllieferungen in sozialistische Bruderländer verteuert hat.

Hier muß darauf hingewiesen werden, daß es in den Preisbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern eine Vereinbarung über eine regelmäßige Anpassung der Preise an die Weltmarktpreise gibt. Dabei ist, wie jeder weiß, gerade in den letzten Jahren bei Erdöl eine starke Verteuerung auf dem Weltmarkt eingetreten. Die Ursache dafür liegt darin, daß jahrzehntelang das Erdöl auf dem kapitalistischen Weltmarkt unterbewertet war. Die internationalen Erdölmonopole konnten den Kolonien und Entwicklungsländern niedrige Erdölpreise diktieren.

³¹ Der Arbeitgeber, Nr. 22/23/1971.

Das führte dazu, daß auch das von der Sowjetunion in sozialistische Bruderländer gelieferte Erdöl unterbewertet wurde. Wenn die Sowjetunion damals reelle Preise für ihr Erdöl verlangt hätte, die über dem Weltmarktpreis gelegen hätten – was hätten dann wohl jene Antikommunisten erst für ein Gezeter angestimmt, die heute von der Ausbeutung der sozialistischen Länder durch die Sowjetunion reden?

Durch die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und die Stärkung der Positionen der Entwicklungsländer ist jetzt die Möglichkeit für realere [129] Rohstoffpreise geschaffen worden. Außerdem darf man bei der Verteuerung des sowjetischen Erdöls nicht vergessen, daß die immer größeren Anforderungen, die von den anderen sozialistischen Ländern an die UdSSR gestellt werden, nicht mehr aus Lagerstätten im europäischen Teil der Sowjetunion befriedigt werden können. Es müssen also neue Ölfelder unter außerordentlich schwierigen Naturbedingungen in Sibirien erschlossen werden, was selbstverständlich die Kosten für das Erdöl verteuert. Wenn die Sowjetunion trotzdem nur die Hälfte des Weltmarktpreises von der DDR und anderen Ländern für ihr Erdöl verlangt, so ist das kein Ausdruck für die „Ausplünderung“ dieser Länder durch die UdSSR, sondern im Gegenteil ein Ausdruck des sozialistischen Internationalismus. Denn die Sowjetunion könnte dieses Erdöl ja zum Weltmarktpreis an kapitalistische Länder verkaufen.

Die maoistischen Gruppen in der BRD täten gut daran, wenn sie das zur Kenntnis nehmen würden, was wirkliche Revolutionäre über die Sowjetunion sagen. Wir wollen hier als Beispiel nur einen von ihnen anführen, Genossen Le Duan, den 1. Sekretär des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams. Er erklärte anlässlich des Besuchs einer sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation in Hanoi: „In der Sowjetunion wird in immer größerem Maßstab und in immer rascherem Tempo die materiell-technische Basis des Kommunismus geschaffen ... Die Macht der Sowjetunion, der sozialistischen Länder, ist ein zuverlässiger Garant für die revolutionäre Sache der Völker, macht die provokatorischen und aggressiven Intrigen, mit den USA an der Spitze, zunichte, schützt Frieden und Sicherheit in der ganzen Welt.“³² Und anlässlich eines Freundschaftsbesuchs einer Delegation der Partei der Werktätigen Vietnams in der UdSSR im Oktober 1975 betonte Genosse Le Duan: „Die Sowjetunion, die als erste den Weg zum Sozialismus bahnte, ebnet heute den Weg zum Kommunismus, dem Traum der Menschheit ... Die Sowjetunion ist heute eine mächtige sozialistische Friedensmacht. Dank ihres wachsenden Potentials und ihrer unermüdlichen Bemühungen um den Frieden in der ganzen Welt trug die Sowjetunion zur Niederlage der imperialistischen Politik des ‚kalten Krieges‘ bei und spielt eine überaus wichtige Rolle im gemeinsamen Kampf der Völker für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus.“³³

[130] Schließlich sollten sich die Anhänger maoistischer Gruppen auch einmal die Frage stellen: Wäre die Sowjetunion tatsächlich ein Land, in dem der Kapitalismus wiederhergestellt wurde, in dem die Bourgeoisie die Macht ausübt, wäre China statt dessen das wahre Jerusalem oder Mekka und Medina der Weltrevolution – wieso möchten sich dann die reaktionärsten Kräfte in der Bundesrepublik, die Schröder und Kohl, die Strauß und die Faschisten der „Nationalzeitung“, die erbittertsten Verteidiger des Kapitalismus, mit dem sozialistischen China gegen die angeblich kapitalistische Sowjetunion verbünden?

4.1.2. Hetze gegen die DDR im Gleichklang mit der Reaktion

Neben dem Antisowjetismus nimmt im antikommunistischen Arsenal der maoistischen Gruppen in der BRD die Hetze gegen die DDR einen besonderen Platz ein. Auch für die DDR behaupten sie eine Restauration des Kapitalismus und der Herrschaft der Bourgeoisie.³⁴

Für die Zurückweisung dieser Verleumdung treffen die gleichen Argumente zu, die wir bereits in Zusammenhang mit der Behauptung angeführt haben, daß die Sowjetunion zum Kapitalismus zurückgekehrt sei. Für die ehrlichen, aber irreführenden Anhänger maoistischer Gruppen in der BRD

³² Le Duan, Ausgewählte Reden und Aufsätze (1970-1975), Moskau 1975, S. 23 (russ.).

³³ Prawda, 29. Oktober 1975.

³⁴ Vgl. z. B.: Programm und Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands, a. a. O., S. 19; Ergebnisse der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, S. 8.

wollen wir wiederum eine Aussage des Genossen Le Duan, des 1. Sekretärs der Partei der Werktätigen Vietnams, anfügen. In einer Rede anlässlich des Freundschaftsbesuchs der Vietnamesischen Partei- und Regierungsdelegation in der DDR erklärte er am 16. Oktober 1975: „... Das Volk der DDR hat in den vergangenen 26 Jahren unter Führung der wahrhaften Partei des Proletariats und in Fortführung der heldenhaften Traditionen der deutschen Arbeiterklasse sowie mit der großen Hilfe der Sowjetunion und der sozialistischen Länder schöpferisch und mit großer Energie gearbeitet und dadurch hervorragende Erfolge erzielt. Heute ist die Deutsche Demokratische Republik ein sozialistischer Staat, der sich allseitig, kontinuierlich und stabil entwickelt und der über eine moderne Industrie und Landwirtschaft mit hohem Wachstumstempo sowie über eine fortgeschrittene Wissenschaft und Technik verfügt ... Auf-[131]grund dieser großen Errungenschaften wurde das Lebensniveau Ihres Volkes ständig erhöht und damit ein leuchtendes Beispiel für den Aufbau des Sozialismus in einem ehemals entwickelten kapitalistischen Land gegeben. Das Banner des Sozialismus hochhaltend, erhöht die DDR ständig ihre Autorität und ihre Rolle im internationalen politischen Leben ... Die Existenz der DDR, die den Sozialismus im Zentrum Europas, einem wichtigen Raum des sozialistischen Weltsystems, erfolgreich aufbaut, stellt ein historisch wichtiges Ereignis von internationaler Bedeutung und einen aktiven Faktor für die Festigung des Friedens und der Sicherheit in der ganzen Welt dar. Sie hat eine äußerst wichtige Position im gemeinsamen Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus.“³⁵

Diese Aussagen des Genossen Le Duan entlarven besonders anschaulich die Maoisten, die sich bei ihren Ausfällen gegen die DDR der primitivsten Stereotypen des Antikommunismus bedienen und in Übereinstimmung mit der Springer-Presse und den offen faschistischen Gazetten gegen „Schießbefehl und Zuchthauspolitik der Honecker-Clique“ wettern.³⁶

Wen kann es da wundern, daß die maoistischen Gruppen in der BRD zusammen mit der Reaktion das Lied von der angeblich weiterbestehenden „Einheit der deutschen Nation“ singen und zum „Umsturz“ in der DDR aufrufen?³⁷

4.1.3. Antikommunistische Blüten gegen die DKP

Nicht weniger entlarvend ist der Antikommunismus der maoistischen Gruppen gegen die kommunistische Partei der BRD, gegen die DKP. So heißt es zum Beispiel im KBW-Programm: „In der Bundesrepublik Deutschland ist die KPD durch die Bourgeoisie verboten und zerschlagen worden ... ehemalige Kommunisten haben die Ziele des Kommunismus verraten und sich auf die Seite der Bourgeoisie geschlagen. Die Gründung der revisionistischen DKP ist die Frucht dieses Verrats und der Aussöhnung mit der Bourgeoisie.“³⁸ Ähnliche Auslassungen findet man in den Materialien der anderen maoistischen Gruppen.

Daß die KPD zerschlagen worden sei, das hat noch nicht einmal der Verfassungsschutz zu behaupten gewagt, obwohl er [132] jedes Jahr einen Bericht über die Tätigkeit der KPD angefertigt hat und darin bemüht war, sich möglichst erfolgreich im Kampf gegen die KPD darzustellen. Im übrigen wird diese antikommunistische Lüge durch die Zehntausende von Ermittlungsverfahren und Tausende von Verurteilungen „wegen Fortsetzung der Tätigkeit der illegalen KPD“ bis 1968 widerlegt.

Empörend ist die Verleumdung, daß die antifaschistischen Kämpfer der KPD, die in Spanien mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus gekämpft, die sich in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern Hitlers nicht gebeugt haben, sich angeblich von Adenauer ihre Partei zerschlagen ließen, daß sie die Ziele des Kommunismus verraten haben.

³⁵ Neues Deutschland, 17. Oktober 1975.

³⁶ Vgl. z. B.: Was will die KPD? (Material der sich „KPD“ nennenden maoistischen Gruppe im Bremer Wahlkampf).

³⁷ Zur Auseinandersetzung mit diesen Thesen vgl.: W. Gerns/R. Steigerwald/G. Weiß, Opportunismus heute, a. a. O., S. 171 f.; DKP-Extra: „Linke“ Phrasen – rechte Politik. Zur Politik und Praxis des KBW, Materialien eines Streitgesprächs am 22. Mai 1975 in Bremen, S. 28 f. Im übrigen werden wir uns mit der These von der „Einheit der deutschen Nation“ an anderer Stelle dieses Bandes auseinandersetzen.

³⁸ Ergebnisse der Gründungskonferenz ..., a. a. O., S. 8.

Diese antifaschistischen Kämpfer sind heute Mitglieder und Funktionäre der DKP. Max Reimann, der ehemalige Erste Sekretär des ZK der KPD und langjähriger Sachsenhausen-Häftling, ist Mitglied des Präsidiums und Ehrenpräsident der DKP, Max Schäfer, ehemaliger Polit-Kommissar in den Internationalen Brigaden in Spanien, ist Mitglied des Präsidiums der DKP, Kurt Bachmann, der viele Jahre in Konzentrationslagern Hitlers gequält wurde, ist Mitglied des Präsidiums der DKP, Ernst Buschmann, jüngster Kommandeur der Internationalen Brigaden in Spanien, ist Mitarbeiter für Internationale Arbeit beim Parteivorstand der DKP. Diese Liste ließe sich noch lange und auf allen Ebenen der DKP fortsetzen.

Den Vogel des Antikommunismus schießen die Drahtzieher der maoistischen Gruppen mit der Behauptung ab, daß es sich bei der DKP um die Agentur einer ausländischen Macht handele. So findet man zum Beispiel in der „Roten Fahne“, der Zeitung der sich „KPD“ nennenden maoistischen Gruppe, einen Aufruf, der sich gegen eine zentrale gewerkschaftliche Demonstration gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten wendet, in dem es schlicht und einfach heißt: „Die DKP-Führung ... Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus, Hauptfeind in der Arbeiterbewegung!“³⁹ Und im Rechenschaftsbericht der Ortsleitung Bremen des KBW an die Delegiertenkonferenz der Ortsgruppe Bremen am 15./16.3.1975 heißt es, die DKP sei „eine Agentur des Sozial-Imperialismus, der vom Sozial-Imperialismus die Aufgabe zugeordnet ist, als ‚Fünfte Kolonne‘ durch Übernahme von Funktionen im Staatsapparat, in Organisationen der Arbeiter-[133]klasse den Boden dafür zu bereiten, daß Westdeutschland in den Einflußbereich des Sozial-Imperialismus gerät“.

Die Verleumdung der Kommunisten als Agenten einer ausländischen Macht, das ist selbst in der Wortwahl primitivster Antikommunismus alter Schule. Marx und Engels, Bebel und Liebknecht wurden von Bismarck und seinen Schergen bekanntlich als „Agenten Frankreichs“ denunziert. Lenin und die russischen Bolschewiki wurden vom Zarismus und später von den Kerenski-Leuten als „Agenten des deutschen Kaisers“ verleumdet. Während der Weimarer Republik und des Faschismus wurde die Lüge verbreitet, die Kommunisten seien die Agenten und die Fünfte Kolonne der Sowjetunion. Heute ist die DKP für Strauß, die faschistische „Nationalzeitung“ und die maoistischen Gruppen die Agentur und Fünfte Kolonne des „sowjetischen Sozial-Imperialismus“.

4.2. Politik der maoistischen Gruppen dient der Reaktion

Der Antikommunismus ist die Plattform für die gesamte Politik der maoistischen Gruppen in der BRD. Dabei sind in den meisten politischen Fragen ihre Positionen fast deckungsgleich. In einigen Fragen gibt es aber auch gewisse Differenzen. Diese sind in dem Maße stärker geworden, wie die maoistischen Führer in Peking ihr offenes Komplott mit der äußersten Reaktion ausgebaut haben. Maoistische Gruppen wie die „KPD“ oder „KPD/ML“ unterstützen offen jede, auch die reaktionärste Haltung ihrer Pekinger Herren. Andere, zum Beispiel der „KBW“, versuchen bei voller Unterstützung der Pekinger Führer in bestimmten Fragen einen Eiertanz zu veranstalten, um ihre ehrlichen, irreführten Anhänger nicht zu verlieren. Diese Differenzierungen werden vor allem deutlich, wenn es um die Haltung zur NATO, zur Bundeswehr, zur Anwesenheit von US-Truppen in der BRD geht.

4.2.1. Haltung zur NATO, zur Bundeswehr, zu US-Truppen in der BRD

In ihrem Programm von 1974 bezeichnete die sich „KPD“ nennende Gruppe die NATO noch als „aggressives Militärbündnis“⁴⁰. Die Bundeswehr wurde noch als „Unterdrückungsinstru-[134]ment“ charakterisiert.⁴¹ Man trat noch für den „Abzug der US-Truppen“ ein.⁴² Es wurde noch die Forderung aufgestellt „Raus aus der NATO“⁴³ und der Kampf gegen die Bundeswehr verkündet.⁴⁴

³⁹ Rote Fahne, 15.10.1975.

⁴⁰ Programm und Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands, a. a. O., S. 23.

⁴¹ Ebenda, S. 47.

⁴² Ebenda, S. 65.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Ebenda, S. 42 und 57.

Inzwischen haben sich die Aussagen dieser Gruppe zu dem genannten Fragenkomplex grundlegend verändert. In einem Grundsatzartikel in der „Roten Fahne“, der die Überschrift trägt „Zu einigen Fragen des antimilitaristischen Kampfes: gegen die Supermächte kämpfen, dem Pazifismus eine Absage erteilen!“⁴⁵, kann man u. a. folgendes lesen: „Die westeuropäischen Staaten haben dem gewaltigen Militärpotential des sowjetischen Sozial-Imperialismus nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Die westeuropäischen Völker und die westeuropäischen Staaten müssen ihre Verteidigungsanstrengungen gewaltig steigern, um der wachsenden Stärke der sozial-imperialistischen Streitmacht gewachsen zu sein ... Heute ist die Situation so, daß die europäischen Länder keine genügende eigene Verteidigungskraft besitzen, um einem militärischen Angriff des sowjetischen Sozial-Imperialismus, dem Hauptfeind der europäischen Völker und Staaten, erfolgreich zu begegnen. Von dieser Situation her müssen wir unsere Stellung zu der Anwesenheit der Truppen der anderen Supermacht bestimmen. Jetzt die Massen unter der Losung ‚USA raus aus Westeuropa‘ zu mobilisieren und auf den Kampf gegen die USA-Truppen in unserem Lande und in Westeuropa zu konzentrieren und das womöglich auch noch als Beitrag zum Kampf gegen die Supermächte auszugeben, dient nicht der Herstellung der Einheitsfront gegen beide Supermächte, sondern allein dem sowjetischen Sozial-Imperialismus.“ Im Klartext heißt das, diese maoistische Gruppe spricht sich offen und unverblümt für die Anwesenheit von US-Truppen in der BRD aus.

Weiter wird dann in dem genannten Artikel die Frage gestellt: „Was ergibt sich daraus für unsere politische Linie beim Bau von NATO-Truppen-Übungsplätzen?“ Die Antwort lautet: „Ob Nordhorn, Oberwets (Orte, in denen es große Bewegungen gegen NATO-Truppenübungsplätze gibt – W. G.) oder was auch immer, der Kampf, der sich überhaupt dagegen richtet, daß NATO-Truppenübungsplätze aufgebaut werden, führt gegenwärtig in die Irre.“

An anderer Stelle heißt es: „Wir müssen aber begreifen, daß [135] nicht Waffenrasseln und Aufrüstungspropaganda, sondern der Pazifismus heute die gefährlichere Ideologie unter den Arbeitern, Werktätigen und anderen fortschrittlichen Menschen in Deutschland ist ... Wir müssen ... unsere Arbeit in der Bundeswehr – weg von jeder Zersetzungslinie – so ausrichten, daß wir dort Stützpunkte des anti-hegemonistischen Kampfes schaffen, im schärfsten Kampf gegen die DKP/SDAJ-Revisonisten, die nämlich längst damit begonnen haben, mit ihren ‚Aktionsgemeinschaften Demokratischer Soldaten‘ (ADS) die Bundeswehr zu zersetzen und zu unterwandern, im Dienste des Sozial-Imperialismus ... Nicht Wehrlosmachung, sondern Wehrtüchtigung ... ist also unsere Aufgabe.“

Die gleiche Position vertritt die sich „KPD/ML“ nennende Gruppe. Der von dieser Gruppe abgespaltene Zirkel „KPD/ML (Neue Einheit)“ schreibt in seiner Zeitung: „Wir fordern eine entschiedene Stärkung der Verteidigung und der Zivilverteidigung! ... Alle Angehörigen der Bundeswehr sind aufgerufen, ebenfalls entschieden zur Verteidigung der Länder beizutragen. ... Wir fordern eine systematische Aufklärung der Bevölkerung über die Bedrohung! Wir fordern eine systematische Vorbereitung der Bevölkerung auf den Abwehrkampf!“⁴⁶

Und das ebenfalls abgespaltene Grüppchen „ML – Aachen“ fordert in einem Material gegen das Pressefest der DKP 1975 unter der Überschrift „Kampf der Fünften Kolonne Moskaus!“: „Kampf dem sowjetischen Sozial-Imperialismus! Für die militärische, wirtschaftliche und politische Einheit Westeuropas! ... Gegen Bürgerkrieg – für nationale Einheit! Für die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft durch Stärkung der Bundeswehr, durch Zivilschutz und allgemeine Volksbewaffnung!“ In diesem Pamphlet finden sich solche Stereotypen des primitivsten Antikommunismus wie „Eiserner Vorhang“, „sowjetische Kolonien“, „Finnlandisierung“ und die aus der Zeit des Hitlerfaschismus bekannte Behauptung: „Auch der sowjetische Sozial-Faschismus ist nur ein ‚Koloß auf tönernen Füßen‘“.

Die Positionen dieser maoistischen Gruppen sind also inzwischen völlig deckungsgleich mit der Haltung von Strauß, der Neofaschisten, der äußersten Reaktion. Das wird, um noch ein weiteres Beispiel anzuführen, auch in der Forderung der „KPD“ nach „Atomwaffen der westeuropäischen Staaten“ deutlich.⁴⁷

⁴⁵ Rote Fahne, Nr. 28/1975.

⁴⁶ Die revolutionäre Stimme, Extrablatt, 24.4.1975.

⁴⁷ Rote Fahne, Nr. 27/1975.

[136] Der „Gewerkschafter“, das Funktionärsorgan der IG Metall in der BRD, kommt darum in seiner September-Ausgabe, die die „Militärpolitik“ dieser maoistischen Gruppen analysiert, zu der richtigen Einschätzung: „Endlich hat sich der Besuch von Strauß bei Mao ausgezahlt. Strauß hat eine treue Gefolgschaft im maoistischen Lager gefunden, das in linksradikaler Verkleidung rechte Politik betreibt.“⁴⁸

Nach alledem stellt sich nur die Frage, warum diese Maoisten nicht gleich in die CSU von Herrn Strauß oder in die NPD eintreten. Das geschieht ganz offensichtlich darum nicht, weil es unter den Reaktionären eine Arbeitsteilung gibt und diese maoistischen Gruppen die Aufgabe übernommen haben, dadurch, daß sie gleichzeitig von Revolution und von Sozialismus sprechen, antikapitalistisch gestimmte junge Leute irrezuführen und für die NATO-Politik kirre zu machen. Darum tarnen sie sich auch mit der Phrase von der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“, die in Wirklichkeit Verteidigung des Imperialismus bedeutet.

Mit dieser Phrase hat sich Lenin schon 1917 entschieden. auseinandergesetzt. Nach der Februar-Revolution, unter den Bedingungen der bürgerlichen provisorischen Regierung, erklärte er in bezug auf die sogenannte „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“: „Wer in diesem Punkte erlegen ist und sich nicht freizumachen vermöchte – der ist für die Revolution verloren.“⁴⁹ Das gilt heute, unter den Bedingungen der imperialistischen BRD und angesichts der Tatsache, daß die „Vaterlandsverteidigung“ der Maoisten gegen die Länder des Sozialismus gerichtet ist, in einem noch viel stärkeren Maße.

Das Gaunerstück der imperialistischen Vaterlandsverteidigung wird zur Komödie, wenn diese maoistischen Gruppen sich bei ihrer proimperialistischen Politik ausgerechnet auf den leidenschaftlichen Antiimperialisten und Antimilitaristen, auf den großen Freund der Sowjetunion, Ernst Thälmann, zu berufen versuchen. Das ist genau so unsinnig und lächerlich, als wenn man den Papst in Rom zum Kronzeugen des Atheismus anrufen wollte.

Was den „KBW“ betrifft, so hat er sich in seiner Zeitung wiederholt mit der imperialistischen „Vaterlandsverteidigung“ anderer maoistischer Gruppen auseinandergesetzt. Dabei ist er zum Teil sogar zu durchaus richtigen Einschätzungen und [137] Schlußfolgerungen gekommen. Kein Kommunist wird widersprechen, wenn er feststellt: „Vor allem die USA und die BRD werden nicht müde zu betonen, daß die Aufgaben der NATO sich heute gewaltig gesteigert hätten und längst aufgehört hätten, ein reines Militärbündnis gegen den Warschauer Pakt darzustellen. Was sie damit meinen, ist klar: Die NATO soll noch mehr als bisher ein Instrument der Aggression gegen die Staaten der Dritten Welt werden und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der europäischen Staaten.“⁵⁰ Zustimmung ist auch, wenn gesagt wird, daß die westdeutsche Arbeiterklasse auf dem Weg zur sozialen Revolution für den Abbau aller fremden Truppen aus Westdeutschland und den Austritt der BRD aus der NATO eintreten muß.⁵¹

Allerdings müssen sich der „KBW“ und seine Führer fragen lassen, wie sich diese Aussagen in Einklang bringen lassen sollen mit ihrer vorbehaltlosen Unterstützung der chinesischen Außenpolitik, wie sie im Programm des „KBW“ und in einem Grundsatzartikel in der „KVZ“ vom 27. Februar 1975 formuliert ist. Fordern die maoistischen Führer in Peking doch seit einigen Jahren mit Penetranz die Stärkung der NATO und die Vermehrung amerikanischer Truppen in Europa.

Besonders augenscheinlich ist die Übereinstimmung der Politik der chinesischen Führung mit den aggressivsten und reaktionärsten Kreisen des Imperialismus im Zusammenhang mit dem Strauß-Besuch in China geworden. Der Sekretär des „KBW“, Schmierer, behauptet in dem genannten Artikel in der „KVZ“, dieser Besuch schwäche die Reaktion in der Bundesrepublik. Im Zusammenhang mit dem Besuch seien die Errungenschaften der Volksrepublik China bekannter geworden. Sehen wir uns aber an, was tatsächlich bekannter geworden ist. Auf einer Pressekonferenz am 28. Januar 1975 berichtete Strauß, genau wie er, hätte die chinesische Führung „kein Verständnis für einen möglichen Teilabzug amerikanischer Truppen aus Westeuropa“ und „volles Verständnis für die Notwendigkeit

⁴⁸ Der Gewerkschafter, 9/1975.

⁴⁹ Lenin, Werke, Bd. 24, S. 49.

⁵⁰ KVZ vom 29. Mai 1975.

⁵¹ KVZ vom 26. April 1975.

der NATO“.⁵² Bei anderer Gelegenheit sprach Strauß von „völliger Konkordanz“ in der Gedankenführung zwischen ihm und der chinesischen Führung.⁵³

Als der hessische Minister Kary im Mai 1975 von einem China-Besuch zurückkam, berichtete auch er nicht über die „sozialistischen Errungenschaften“ der Volksrepublik China, [138] sondern darüber, daß ihm der Vizeaußenminister Hou Yen versichert habe, daß China an einer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten interessiert sei. Die USA wären gut beraten, habe Hou Yen weiter gesagt, „wenn sie nach ihrem Abzug aus Vietnam ihre Truppen in Europa verstärken würden“.⁵⁴

Zu welchen abscheulichen Bündnissen und Übereinstimmungen es bei dieser Politik der VR China kommt, hat sich auch im Zusammenhang mit dem Besuch des jetzigen chinesischen Außenministers im Oktober 1974 in der Bundesrepublik gezeigt. Die faschistische „National-Zeitung“ begrüßte ihn in ihrer am 11. Oktober 1974 erschienenen Ausgabe mit einem dicken roten Balken, der über die ganze erste Seite geht und in chinesisch und deutsch die Losung verkündet: „Es lebe die deutsch-chinesische Freundschaft – Nieder mit dem Sowjetimperialismus.“ Auf der gleichen ersten Seite wird ein Bild von Mao Tse-tung unter der Überschrift „Lang lebe Mao“ veröffentlicht. In der Bildunterschrift wird Mao als der „Vater des modernen und zugleich ewigen China“ und wegen seiner „genialen Politik“ gelobt.

Auf der zweiten Seite folgt ein großer Artikel unter der Überschrift: „Willkommen in Deutschland, Herr Vizeaußenminister Tschiao Kuan-hua.“ In diesem Artikel heißt es unter anderem: „Peking gibt heute den deutschen Politikern Ratschläge, und zwar höchst wertvolle ... Die chinesische Staats- und Parteiführung verlangt von den Westeuropäern kategorisch die Stärkung der Verteidigungskraft der NATO, eine Beschleunigung der Einigung Westeuropas und schließlich die endliche Erkenntnis, daß hinter der sowjetischen Entspannungspolitik nichts anderes steckt als der Drang, ganz Europa mit den Segnungen des Sowjetimperialismus zu beglücken.“

Faschisten und Maoisten Hand in Hand für die NATO, die EWG, für amerikanische Truppen in der Bundesrepublik, gegen die Entspannungspolitik, das sind die Fakten. Wen kann es da noch wundern, daß der stellvertretende Vorsitzende der neofaschistischen NPD, Deckert, auf das Verhältnis zu den maoistischen Gruppen angesprochen, offen erklärte, „daß sich mit deren Anhängern durchaus reden lasse. Es sei auch die Möglichkeit der Rekrutierung von NPD-Nachwuchs aus diesen Reihen gegeben. Was den Kampf gegen die Sowjetunion [139] und die DKP betreffe, so könne man sich jetzt schon von Organisation zu Organisation die Hand reichen.“⁵⁵

4.2.2. Maoisten – Gegner der antiimperialistischen Solidarität

Mit dem Bekenntnis zur Politik der Pekinger Führung werden die maoistischen Gruppen zugleich zu Gegnern der antiimperialistischen Solidarität. In unserem Rahmen wollen wir uns darauf beschränken, das an den aktuellsten Beispielen darzustellen.

Nehmen wir das Verhalten der Maoisten zum faschistischen Militärputsch in Chile. Als der Bombenschutt in der Moneda noch nicht fortgeräumt war, da wurde dem Oberhenker Pinochet aus Peking die diplomatische Anerkennung auf dem Silbertablett serviert. Und während der Sturm des Protestes überall in der Welt answoll, von Rom bis Stockholm, von Buenos Aires bis Moskau, von Hanoi bis Phöngjang, wurde in Peking der Botschafter der UP des Landes verwiesen. Wenig später begrüßte man dort den Putsch als Maßnahme, die, wie die Agentur „Neues China“ verlauten ließ, es den Ländern Lateinamerikas erlaubt habe, die „unheilvollen Infiltrations- und Sabotageversuche der sowjetischen Revisionisten auf dem Kontinent klarer zu erkennen“. Ähnliche Aussagen standen zu dieser Zeit im Juntablatt „El Mercurio“ neben den Listen, die die chilenischen Revolutionäre für vogelfrei erklärten.

⁵² PPA vom 28. Januar 1975.

⁵³ Die Welt, 26. Januar 1975.

⁵⁴ Frankfurter Rundschau, 6. Mai 1975.

⁵⁵ PPA vom 20. Oktober 1975.

Keine der maoistischen Gruppierungen raffte sich dazu auf, ein kritisches Wort zu sagen zum Hin-
auswurf des Botschafters der Unidad Popular aus der Volksrepublik China durch die Pekinger Füh-
rung, zur Anerkennung des Vertreters der faschistischen Militärjunta als Botschafter Chiles in China.
Im Gegenteil, sie versuchen dieses schändliche Verhalten Pekings mit Argumenten über friedliche
Koexistenz zu rechtfertigen. Und das tun die gleichen Leute, die noch vor kurzer Zeit die Orientierung
auf friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung als „Liebedienerei vor
dem Imperialismus“, als „prinzipienlos“, „revisionistisch“ usw. verurteilten.

Sozialdemokraten und Kommunisten, Liberale und Christen haben in gemeinsamen Aktionen ihre
Empörung über die Verbrechen der chilenischen Junta zum Ausdruck gebracht und ihre [140] Soli-
darität mit dem chilenischen Volk bekundet. Die Maoisten dagegen verleumdete die Volksfront in
Chile, besonders die Kommunisten, mit gleichen „Argumenten“ wie die Mörder des chilenischen
Volkes, wie die Springer-Presse in der BRD. Die sich „KPD“ nennende maoistische Gruppe verteilte
am Tage des Putsches in Düsseldorf ein Flugblatt, in dem nach der Devise der Nazis „nicht der Mör-
der, sondern der Ermordete ist schuld“ erklärt wurde: „Die kommunistischen Parteien, ... besonders
die KP Chiles, ... tragen die Schuld an den blutigen Ereignissen des heutigen Tages!“ Und der „KBW“
schrieb in der „KVZ“: „Der US-Imperialismus ist zweifellos der Drahtzieher hinter dem Militär-
putsch in Chile, und die Revisionisten mit der sozial-imperialistischen Sowjetunion an der Spitze sind
die Hauptschuldigen für das Gelingen des Putsches ... Das ist die Wahrheit, und diese Wahrheit auf-
zudecken ist die wichtigste Hilfe, die die KP China leisten kann.“⁵⁶

Auch hier wird also Solidarität für das chilenische Volk durch antisowjetische Hetze ersetzt. Und was
die Hilfe der VR China betrifft, so wurde bereits darauf hingewiesen, daß sie zu den Ländern gehört,
die bemüht sind, durch diplomatische Beziehungen der Mörderjunta aus der Isolierung zu helfen. Ihre
Botschaft in Santiago ist eine der wenigen, die chilenischen Flüchtlingen kein Asyl gewährt.

Wem die chinesische Führung tatsächlich hilft, geht auch aus einer Notiz in der bürgerlichen Presse
der BRD hervor. Dort kann man lesen: „Der Botschafter der Volksrepublik China, Hsu Chung-fu,
traf mit dem chilenischen Juntachef, General Pinochet, zu einem Gespräch zusammen. Die dreistün-
dige Unterhaltung wurde in Santiago offiziell als ‚herzlich und sehr nützlich‘ bezeichnet.“⁵⁷ Also
nützlich für die Junta-Faschisten.

Pinochet erklärte denn auch in einem Interview für die Zeitung „El Mercurio“: „Meine Regierung ist
zweifellos antikommunistisch. Das hindert uns jedoch nicht, herzliche Beziehungen zur Volksrepu-
blik China zu unterhalten.“ Pinochet hebt hervor, daß China „Verständnis für die Politik“ der Junta
gezeigt habe.

Das bedeutet klipp und klar, die maoistischen Führer in Peking haben Verständnis für den Mord an
Kommunisten und anderen Demokraten, für Konzentrationslager und Terror, und diese schändliche
Haltung wird von den Maoisten der BRD unterstützt.

[141] Nehmen wir als zweites Beispiel Portugal. In Portugal vollzieht sich eine erbitterte Ausein-
andersetzung zwischen Revolution und Konterrevolution. Auf der einen Seite stehen große Teile der
Arbeiterklasse mit der KP Portugals und dem einheitlichen Gewerkschaftsverband Intersindical so-
wie progressive Kräfte des Militärs. Ihnen geht es darum, die Errungenschaften der portugiesischen
Revolution zu erhalten und den revolutionären Prozeß im Maße der Kraft weiter voranzutreiben. Auf
der anderen Seite der Barrikade steht der von Caetano-Anhängern und dem reaktionären katholischen
Klerus aufgeputschte faschistische Mob, der Büros der Kommunisten und Gewerkschaften zerstört,
marxistische Literatur verbrennt, Kommunisten in den Straßen jagt und ermordet. Diese Kräfte wol-
len zurück zum Faschismus.

Ihr Vorpreschen wurde möglich durch den Antikommunismus und die Obstruktionspolitik der Füh-
rungskräfte der Sozialistischen Partei unter Mario Soares und seiner Gesinnungsgenossen unter ge-
wissen Teilen des Militärs. Sie wollen um jeden Preis ein kapitalistisches Portugal. Sie wollen die

⁵⁶ KVZ vom 22. November 1973.

⁵⁷ Weser-Kurier, Bremen, 21. Juni 1975.

Verstaatlichungen und andere Errungenschaften der Revolution rückgängig machen. Hinter diesen Kräften steht die NATO, stehen die USA und die BRD, Willy Brandt und die sogenannte Sozialistische Internationale.

Daß die DKP solidarisch an der Seite der revolutionären Kräfte steht, braucht nicht besonders betont zu werden. Es versteht sich von selbst. Wie verhalten sich aber die Maoisten in der BRD?

Die „KPD“ stellte sich in einer Situation, als der faschistische Mob auf den Straßen tobte, offen auf die Seite dieses Mobs. In einem Flugblatt ihrer „Liga gegen den Imperialismus“, Ortsgruppe Bremen, konnte man lesen: „In Portugal geht es um die Entscheidung, ob es der Cunhal-Partei, der Agentur des russischen Sozialimperialismus, gelingt, eine sozialfaschistische Herrschaft zu errichten und aus Portugal eine Kolonie Moskaus zu machen – oder ob die patriotischen Kräfte des Volkes stark genug sind, ein unabhängiges und demokratisches Portugal aufzubauen. Der Widerstand der Volksmassen gegen die sozialfaschistische Cunhal-Partei wächst.“ Wie sich die Maoisten dieser Gruppe das „unabhängige, demokratische Portugal“ vorstellen, präzisieren sie in der „Roten Fahne“, in [142] der es heißt: „... angesichts der Vorherrschaftspläne des sowjetischen Sozialimperialismus, Hauptfeind Portugals und der anderen europäischen Länder, sind Beziehungen zur EG und die weitere NATO-Mitgliedschaft Portugals ein richtiger Schritt im Sinne der Einheit der europäischen Völker und Staaten gegen die imperialistischen Supermächte.“⁵⁸

Die „KPD/ML“ erklärt in einem Flugblatt, das bei dem Treffen Brandt/Soares in Frankfurt/Main im September 1975 verteilt wurde: „Die DKP und ihre Satelliten sagen: Soares ist für das ‚Europa der Monopole‘. Wir Marxisten-Leninisten sagen dagegen: Ja und das ist gut!“

Der „KBW“ wird durch die Wiedergabe der Auffassungen maoistischer Gruppen in Portugal praktisch ebenfalls zum Rechtfertiger des antikommunistischen Terrors gegen die Kommunisten in diesem Lande. In der „KVZ“ kann man z. B. über die Meinung der maoistischen UDP lesen: „Überall dort hätten aus dem Land Angriffe von Seiten der Reaktion stattgefunden, wo die Revisionisten die lokalen Verwaltungsorgane übernommen hätten. Dort hätten die Faschisten sagen können: ‚Seht Ihr, sie haben die Posten Eures Bauernverbandes, Eurer Dorfkommission eingenommen, und auf dieselbe Weise, wie sie die Posten eingenommen haben, werden sie Euer Land nehmen!‘ Die Faschisten hätten heute leichtes Spiel und könnten im Norden sogar weißen Terror ausüben. Es gäbe Genossen im Norden, die im Untergrund arbeiten müssen, weil sie sonst sofort mit den Kommunisten von der revisionistischen PCP in einen Topf geworfen würden. Andere Regionen gäbe es, wo die Massen die Büros nicht angegriffen hätten. Sie hätten die Büros der Revisionisten niedergebrannt, aber über die UDP hätten sie gesagt: ‚Einen Moment! Diese Leute sagen, daß die Düngemittelpreise gesenkt werden müssen, daß die Elektrizitätsversorgung verstärkt werden und daß den Bauern geholfen werden muß. Sie dürfen wir nicht angreifen!‘“⁵⁹ Die maoistischen Helden der revolutionären Phrase werden in ihrem antikommunistischen Haß so zu Rechtfertigern faschistischen Terrors, zu Komplizen von Soares, Willy Brandt und der CIA, die Portugal in den Fesseln des kapitalistischen Ausbeutersystems halten wollen.

Nehmen wir als drittes Beispiel schließlich noch Angola. Der Imperialismus versucht, die vom angolanischen Volk unter Füh-[143]rung seiner Befreiungsorganisation MPLA errungene Unabhängigkeit im Blut zu ersticken, um dieses an Rohstoffen reiche Land weiter ausbeuten zu können. Instrument des Imperialismus sind dabei die FNLA und die UNITA.

Führer der FNLA ist Holden Roberto. Hinter ihm steht sein Schwager, Mobuto, der Präsident des heutigen Zaïre, der seine Hände im Spiel hatte bei der Ermordung von Patrice Lumumba, die dem Ziel diente, die ehemalige belgische Kolonie als Rohstoffbasis des Imperialismus zu erhalten. Finanziert und bewaffnet wird die FNLA nach eigenen Angaben Holden Robertos von der CIA. Nach einem Bericht der „International Herald Tribune“ wurden über Zaire durch Finanztransaktionen 60 Millionen Dollar aus den USA an die FNLA sowie die UNITA geleitet. Weitere Waffen und Militärberater erhält die FNLA nach dem Bericht der Zeitung aus der VR China.

⁵⁸ Rote Fahne, 15.10.1975.

⁵⁹ KVZ vom 7.8.1975.

Die UNITA wird von der südafrikanischen Rassistenrepublik mit Waffen und Söldnern unterstützt. Außerdem kämpfen an ihrer Seite ehemalige Agenten der faschistischen portugiesischen Geheimpolizei, die sich heute „portugiesische Befreiungsarmee“ nennen. FNLA und UNITA führen ihren Kampf gegen die MPLA und die Unabhängigkeit Angolas gemeinsam. Das aber bedeutet, daß die Pekinger Führer in Angola in einer Front stehen mit Mobuto, der CIA, den südafrikanischen Rassisten und portugiesischen Faschisten.

Auch diese schändliche Politik findet die Unterstützung der Maoisten in der BRD. Der „KBW“ versucht, diesen Verrat der chinesischen Führer an der nationalen Befreiungsbewegung in Angola z. B. mit der Behauptung zu rechtfertigen, wer die MPLA unterstütze, spiele sich als „Weltschiedsrichter der Befreiungsbewegungen“ auf und „denunziere“ damit FNLA und UNITA.⁶⁰ Hinter scheinrevolutionären Phrasen vom „Kampf gegen die Supermächte“ verbirgt sich so nur schlecht verhüllt die Unterstützung der imperialistischen Aggression gegen ein um seine nationale Unabhängigkeit kämpfendes Land.

4.2.3. Maoisten – Feinde der Entspannung

Die Übereinstimmung der maoistischen Gruppen in der BRD mit der äußersten Reaktion wird auch deutlich in ihrem Verhalten zur Vorbereitung und zum Ergebnis der Konferenz über [144] Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. So schrieb die maoistische „KPD“ in ihrem Mai-Aufruf 1973: „Wir rufen die Menschen in unserem Lande auf, die Europäische Sicherheitskonferenz als Versuch zu verurteilen, Absprachen über wirtschaftlichen Einfluß und über die Unterdrückung der Völker Europas zu treffen.“ Sie beschwört auf einer Frequenz mit allen Reaktionären die Einheit der Nation: „Gerade für das deutsche Volk ist die Propaganda von der europäischen Aussöhnung ein einziger Hohn. Die Brandt-Regierung und die Clique der Sowjetführer um Breschnew haben den Wunsch des deutschen Volkes nach friedlicher Wiedervereinigung mit Füßen getreten. Unsere Partei tritt dagegen entschlossen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf revolutionärer Grundlage ein.“ Sie tritt ein „gegen den Versuch, mit der Europäischen Sicherheitskonferenz die Völker unter der Maske von Frieden und Sicherheit noch tiefer zu versklaven ...“

Der „KBW“ sprach von den „großangelegten betrügerischen ‚Friedenskonferenzen‘, wie sie gegenwärtig in Österreich und Finnland stattfinden“, und verpflichtet sich, „ständig den Schwindel der sogenannten Entspannungspolitik“ zu entlarven.⁶¹

Ähnliche Erklärungen gaben die anderen maoistischen Gruppierungen ab. Die Maoisten ließen es jedoch nicht bei Erklärungen bewenden. Seite an Seite mit der neofaschistischen NPD führten sie während des Besuches des Genossen Breschnew in der BRD in Bonn „Informationsstände“ mit gleichen antisowjetischen Losungen durch. Während die maoistischen Gruppen in der BRD Flugblätter verteilten, die gegen den Besuch Leonid I. Breschnews hetzten und ihre Provokationen vorbereiteten, erschien die neofaschistische „Deutsche National-Zeitung“ mit der Schlagzeile: „Breschnew: Raus aus Deutschland!“ Das Zusammenspiel von Maoisten und äußerster Reaktion ist perfekt.

Herbert Mies, der Vorsitzende der DKP, stellte über die Politik der maoistischen Gruppen darum auf dem Hamburger Parteitag der DKP treffend fest: „Im Verein mit den rechten imperialistischen Scharfmachern versuchen diese Leute, die Friedenspolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft zu verleumden und die Sicherung des Friedens zu sabotieren.“⁶²

Die Übereinstimmung zwischen Maoismus und äußerster Reaktion ist auch im Zusammenhang mit dem Abschluß der [145] Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa noch einmal besonders deutlich geworden. Da ist im „Bayern-Kurier“ von Strauß vom „Fahrplan der sowjetischen Machtergreifung“⁶³ und in der faschistischen „National-Zeitung“ vom „Verrat an Deutschland“ die Rede. Die Schlagzeile in der „Roten Fahne“ lautet: „Betrugsmanöver, das allein dem sowjetischen

⁶⁰ KVZ vom 2.10.1975.

⁶¹ Ergebnisse der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, a. a. O., S. 36.

⁶² Protokoll des Hamburger Parteitags der DKP, S. 33.

⁶³ Bayern-Kurier, 2.8.1975.

Sozialimperialismus nützt“⁶⁴ und die „KVZ“ will natürlich auch nicht zurückbleiben und schreibt „Entspannungsschwindel“⁶⁵. Eine schöne Eintracht der isolierten Neinsager und Entspannungsgegner. Der Dank der Rüstungsindustrie ist ihnen gewiß.

Wir Kommunisten sehen dagegen im erfolgreichen Abschluß der KSZE in Helsinki einen bedeutsamen Erfolg. Das Bedeutendste besteht darin, daß in Helsinki durch die Repräsentanten von 35 Staaten Europas, der USA und Kanadas die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges anerkannt und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung als Richtschnur des internationalen Lebens unterschrieben wurden. Damit sind wichtige Fundamente gelegt worden für die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa.

Der Kampf um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist so alt wie die kommunistische Bewegung selbst. Schon nach dem Sieg der Oktoberrevolution war Lenin um die Entwicklung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz bemüht. In den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg hat die Sowjetunion große Anstrengungen unternommen, um der von Hitler-Deutschland ausgehenden Kriegsgefahr durch die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit entgegenzutreten. Diese Bemühungen haben damals nicht zum Erfolg geführt, weil die Sowjetunion zu jener Zeit noch das einzige sozialistische Land und ein im Vergleich mit heute wirtschaftlich und militärisch schwaches Land war. Die imperialistischen Westmächte waren bis zuletzt bestrebt, die Aggressivität Hitler-Deutschlands ausschließlich gegen die Sowjetunion zu lenken.

Nach dem zweiten Weltkrieg haben die Sowjetunion und die nunmehr entstandene sozialistische Staatengemeinschaft erneut große Anstrengungen zur Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa unternommen. Die USA, die BRD und andere imperialistische Länder haben dem erbitterten Wider-[146]stand entgegengesetzt. Sie mußten erst durch einen langwierigen Kampf an den Konferenzen gezwungen werden. Sie waren bemüht, den Ablauf der Konferenz zu verzögern und zu belasten.

Wenn die Konferenz dennoch erfolgreich abgeschlossen werden konnte, so ist das ein Ausdruck des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus, ein Ergebnis des Kampfes der Völker um Frieden und Entspannung.

Dazu haben auch wir Kommunisten der BRD unseren Beitrag geleistet. Wir sind seinerzeit als Mitglieder der KPD entschieden für die Anerkennung der bestehenden Grenzen, für normale Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, für die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eingetreten. Das war einer der Gründe für das Verbot der KPD 1956. Hunderte Kommunisten wurden für diesen Kampf für viele Jahre in Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen.

Die DKP hat von der ersten Stunde an den Kampf für Frieden und friedliche Koexistenz fortgesetzt. Darum können wir mit vollem Recht sagen, der Erfolg von Helsinki ist auch unser Erfolg.

4.2.4. Maoisten – Spalter im Lohnkampf und in den Gewerkschaften

Die grundlegende Haltung der Maoisten zu den sozialen und ökonomischen Kämpfen der Arbeiterklasse besteht in deren Geringschätzung. Das bedeutet aber nicht, daß sie keine sozialen und ökonomischen Forderungen stellen. Diese zielen bei ihnen jedoch ab:

- auf einen undifferenzierten und pauschalen Angriff auf den Gewerkschaftsapparat überhaupt und die Propagierung einer RGO („Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition“) oder einer ähnlichen Linie;
- das Aufstellen von unrealen und überhöhten Forderungen mit dem Ziel, den einheitlichen Kampf zu zersplittern;
- das Hineinbringen von Forderungen, die mit dem konkreten Ziel der Bewegung in keiner Beziehung stehen.“⁶⁶

⁶⁴ Rote Fahne, 23.7.1975.

⁶⁵ KVZ, Nr. 22/75.

⁶⁶ W. Gerns/R. Steigerwald/G. Weiß, Opportunismus heute, a. a. O., S. 138 f.

Die schädliche Politik der maoistischen Gruppen in Lohn-[147]kämpfen ist besonders deutlich geworden im Metallarbeiter-Streik im Unterwesergebiet 1974. In diesem Tarifgebiet war damals – und das gegen den Willen rechter Gewerkschaftsführer – eine Forderung nach 18 Prozent mehr Lohn aufgestellt worden. Das war nicht nur die höchste Forderung im Bundesgebiet, für sie wurde einheitlich und geschlossen gestreikt. In dieser Situation kam der „KBW“ mit der Forderung nach 185,- DM. Die „KPD“ verhielt sich wie auf einer amerikanischen Versteigerung und meinte: 200,- DM.

Solche in Mark und Pfennig ausgedrückten Forderungen können durchaus richtig sein, wenn sie von Arbeitermassen getragen werden. Wenn sie aber einer Bewegung von außen aufgepfropft werden sollen, und das während eines Streiks, dann ist das dasselbe, als wenn man mitten im Sturmangriff darüber diskutieren will, daß man nicht diese, sondern eine andere Höhe angreifen müsse. Ein solches Verhalten führt zur Desorientierung, dient der Spaltung der kämpfenden Arbeiter und nützt objektiv den Unternehmern.

Der Forderung der DKP, durch Preisstopp für öffentliche Tarife und lebensnotwendige Güter der Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten entgegenzuwirken, stellen die Maoisten abenteuerliche Vorstellungen entgegen. So kann man in einem „Aufruf der KPD zum Kampf gegen Lohnraub, Arbeitshetze und Teuerung“ zum Beispiel folgendes lesen: „Wir kämpfen gegen die Mieterhöhungen ... Wir nehmen uns die Wohnungen zu dem Preis, den wir jetzt zahlen, keinen Pfennig dazu. Wir kämpfen gegen Fahrpreiserhöhungen ... also zahlen wir den alten Preis. Und fahren mit Bahn und mit Bus, wie bisher. Aber nicht einzeln, sondern nur gut organisiert wird uns dies gelingen! Wir brauchen Brot, Butter, Margarine, Milch, Fleisch, Gemüse und Obst, jeden Tag. Die DKP sagt: Die Preise runter! Das hört sich gut an, ist aber eine faule Sache. Denn: Die Kapitalisten senken die Preise nicht, sie frieren sie auch nicht ein. Und wenn sie es tun, dann nur für kurze Zeit und mit schlimmen Folgen: Die Waren werden knapp, weil die Händler horten, die Waren werden schlechter, und nach dem Preisstopp jagen die Preise hoch ... Direkt gegen Preissteigerungen kämpfen können wir da, wo wir organisiert die Zahlung verweigern, ohne auf die Ware zu verzichten.“⁶⁷

Die Maoisten argumentieren hier wie das Großkapital und [148] seine politischen Vertretungen, die sich mit dem „Argument“ gegen Preisstopp wenden, daß dieser zu einem Inflationsstau führe, also hinterher zu noch größeren Preiserhöhungen. Sie argumentieren wie die Klopffechter des Kapitals: Wenn wir nicht unsere Preise nehmen können, drosseln wir die Produktion oder verschlechtern die Waren. Sie orientieren außerdem ganz einfach darauf, zu klauen: Zahlung verweigern und Ware dennoch nehmen.

Auch der „KBW“ und andere maoistische Gruppen treten gegen die Forderung der DKP nach Preisstopp auf.⁶⁸ Auch sie stellen einen Preisstopp als etwas Schreckliches für die Arbeiterklasse dar. Wenn man ihnen folgt, dann müßte ein Preisstopp eigentlich im Interesse der Unternehmer liegen. Die Anhänger dieser Gruppen sollten sich aber einmal die Frage stellen, warum denn wohl die Unternehmer und ihre Verbände, die CDU, die FDP, die SPD-Führung aus allen Rohren gegen die Forderung der DKP nach einem demokratisch-kontrollierten Preisstopp schießen?

Dabei verbreitet die DKP keinerlei Illusionen über eine mögliche Preisstabilität im Kapitalismus. Wir führen vielmehr eine politische Aktion mit dem Ziel, die Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten zu mildern. Eine politische Aktion der Partei der Arbeiterklasse muß aber so angelegt sein, daß sie zumindest vier Forderungen erfüllt:

1. Sie muß anknüpfen an Probleme, die die Massen bewegen, sie muß Forderungen aufstellen, die unter den Arbeitern und Angestellten populär sind. Wer wollte aber bestreiten, daß die Sorge um den Arbeitsplatz und der Preiswucher durch die Konzerne und ihren Staat jene Probleme sind, die den Arbeitern und Angestellten in der BRD gegenwärtig am stärksten auf den Nägeln brennen!
2. Wenn die Partei der Arbeiterklasse mit ihren Forderungen Massen aktivieren will, so müssen ihre Losungen einfach und griffig sein. Sie können kein Lehrbuch der politischen Ökonomie und auch

⁶⁷ Extra-Blatt der „Roten Fahne“, 19. September 1973.

⁶⁸ Vgl. DKP-Extra: „Linke“ Phrasen – rechte Politik. Zur Politik und Praxis des KBW, a. a. O.

kein Leitartikel sein. Dabei sind Vereinfachungen notwendig. Die Bolschewiki haben bekanntlich die Oktoberrevolution unter der Losung durchgeführt: Frieden, Boden, Brot. Das waren Vereinfachungen, in denen nicht die ganze Politik der Bolschewiki erklärt werden konnte. Auch bei unserer Forderung nach Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung handelt es sich [149] um eine griffige Losung, die vereinfacht. Wir können in dieser Losung nicht ausführlich erklären, daß wir die Forderung nach Preisstopp zuspitzen auf bestimmte Bereiche und insbesondere auch auf den Bereich, der vom Staat und von den Kommunen unmittelbar beeinflußt wird. Was wir in der notwendig vereinfachten Losung nach Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung nicht sagen können, erklären wir im übrigen in den Dokumenten unserer Parteivorstandstagungen, in der UZ und anderen Materialien.

3. Wenn eine Aktion der Partei der Arbeiterklasse Erfolg bringen soll, dann muß sie so angelegt sein, daß zumindest punktuelle Erfolge errungen werden können, damit daran das Kraftbewußtsein der kämpfenden Massen wächst. Bei der Forderung nach Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung sind, das zeigen viele Erfahrungen, wenn entsprechende Bewegungen vorhanden sind, durchaus punktuelle Erfolge zu erreichen. Das beweisen erfolgreiche Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen, gegen die Erhöhung von Gaspreisen, zur Senkung der Tarife für Arbeitslose, Aktionen gegen Mietpreiserhöhungen, aber auch erfolgreiche Aktionen gegen Betriebsstillegungen.

4. Schließlich muß jede Aktion der Partei der Arbeiterklasse der Weitertreibung von Klassenerkenntnissen dienen. Klassenerkenntnisse wachsen aber nicht im luftleeren Raum, sondern im tagtäglichen Kampf der Arbeiter. Im Kampf der Arbeiter um einen demokratisch-kontrollierten Preisstopp und um die Sicherung von Arbeitsplätzen erkennen sie ihre Gegner und können sie auch leichter die Grenzen des kapitalistischen Systems erkennen. Darum verbindet die DKP ihren Kampf um Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung mit der Forderung nach einer antimonopolistischen Mitbestimmung, nach Verstaatlichung bei demokratischer Kontrolle und mit anderen Forderungen zur Zurückdrängung der Macht der Monopole, mit der Propagierung der Notwendigkeit des Sozialismus für die BRD.

Im übrigen vergessen die maoistischen Kritiker, die gegen die Forderung der DKP nach Preisstopp mit dem Argument zu Felde ziehen, daß man die Wirkung ökonomischer Gesetze des Kapitalismus nicht beeinflussen könne, daß es sich hier um gesellschaftliche Gesetzmäßigkeiten und nicht um Naturgesetze handelt. Die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus können [150] selbstverständlich im Kapitalismus nicht aufgehoben werden, das ist für jeden Marxisten eine Binsenweisheit, aber sie können durch den Klassenkampf in gewisser Weise beeinflußt und in ihrer verheerenden Wirkung für die Arbeiterklasse abgeschwächt werden. Marx sagt in seiner Arbeit „Lohn, Preis und Profit“ über den Lohn, den Preis der Ware Arbeitskraft, ja ausdrücklich, daß dieser wesentlich vom Kräfteverhältnis der Kämpfenden abhängt.⁶⁹ Das gilt auch für die Auswirkungen anderer ökonomischer Gesetze des Kapitalismus auf die Arbeiterklasse.

Wie verhalten sich nun die maoistischen Gruppen zu den Gewerkschaften? In der Zeitschrift „Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition“ Nr. 1 entwickelt die maoistische „KPD“ ein ganzes Programm zur Spaltung der Einheitsgewerkschaft. Danach sollen die Anhänger dieser Gruppe in der ersten Etappe in die Betriebe gehen und in die Gewerkschaften eintreten, um eine „Bewegung gegen Kapitalisten, Reformisten und DKP! SEW-Revisionisten“ aufzubauen. In der zweiten Etappe sollen die antigewerkschaftlichen Aktivitäten soweit getrieben werden, daß es zu größeren Ausschlüssen aus der Gewerkschaft kommt. Die ausgeschlossenen und die noch in den Gewerkschaften verbleibenden Maoisten sollen durch einen organisatorischen Apparat, den sie RGO nennen, erfaßt werden. In einer späteren dritten Etappe sollen dann die Einheitsgewerkschaften durch die Gründung sogenannter Roter Verbände gespalten werden. Auch die „KPD/ML“ will die Einheitsgewerkschaften durch eine „Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition“ spalten.

Was den „KBW“ betrifft, so distanziert er sich zwar in Worten von den RGO-Parolen der „KPD“ oder „KPD/ML“. In der Praxis läuft seine Politik jedoch auf das gleiche hinaus. In seinen „Leitsätzen zur Arbeit in den Gewerkschaften“ heißt es: „Innerhalb der Gewerkschaften schließen sich die Kommunisten auf allen Ebenen zu Fraktionen zusammen ... Auf der Orts-, Kreis- und Bezirksebene setzen

⁶⁹ Vgl. Marx/Engels, Werke, Bd. 16, S. 149.

die zuständigen Leitungsorgane des KBW Fraktionsleitungen ein, um jede Verselbständigung der Fraktionen zu verhindern und der Gefahr des Ressortgeistes entgegenzuwirken.“⁷⁰

Fraktionen in den Gewerkschaften, die von außen angeleitet werden, das ist ein Stoß gegen die Einheitsgewerkschaften!

Die DKP sieht dagegen in der Einheitsgewerkschaft eine bedeutende Errungenschaft der Arbeiterbewegung in der BRD. [151] Wir Kommunisten gehörten nach 1945 zu den Gründern der Einheitsgewerkschaften. Dabei ist unser Eintreten für die Einheitsgewerkschaften für uns eine grundsätzliche Entscheidung zum Unterschied beispielsweise von rechten sozialdemokratischen Führern, die nur dann für Einheitsgewerkschaften sind, wenn sie die Führung haben, wie ihr Verhalten in Portugal zeigt. Wir sind für Einheitsgewerkschaften weil die Arbeiterklasse einem starken Gegner in Gestalt der vereinigten Macht des Großkapitals und des Staates gegenübersteht und nur Erfolge für die Arbeiterklasse errungen werden können, wenn sie einheitlich kämpft!

Wir kämpfen aktiv für die den Klasseninteressen dienenden Beschlüsse der Einheitsgewerkschaften, für die Entwicklung der Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiterklasse. Darum setzen wir uns auch kritisch auseinander mit der Politik und Praxis solcher Gewerkschaftsführer, die aus falscher Rücksichtnahme auf die sozialdemokratisch geführte Regierung Arbeiterinteressen den Kapitalinteressen unterordnen. Wir tun dies allerdings konstruktiv, mit dem Ziel, die Einheitsgewerkschaften zu stärken.

Vor allem weisen wir die Angriffe der Unternehmerverbände und der CDU/CSU auf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften zurück. Wir verteidigen die Einheitsgewerkschaften gegen die Versuche der rechten sozialdemokratischen Führer, sie als Ordnungsfaktor in das großkapitalistische System zu integrieren, ebenso, wie wir gegen die Spaltungsversuche maoistischer Gruppen auftreten.⁷¹

4.2.5. „Linke“ Phrasen über sozialistische Revolution und bewaffneten Kampf

Wenden wir uns nun einer kritischen Auseinandersetzung mit den Positionen der maoistischen Gruppen zum Verhältnis des Kampfes um Demokratie mit dem Kampf um den Sozialismus zu.

Die Maoisten der sich „KPD“ und „KPD/ML“ nennenden Gruppen versuchen, ihre offene Unterstützung des deutschen Imperialismus und Militarismus durch besonders revolutionäre Phrasen zu tarnen, und orientieren einzig und allein auf „den [152] revolutionären Akt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates durch die Errichtung der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der großen Mehrheit des Volkes“.⁷²

Auch der „KBW“ erklärt in seinem Programm klipp und klar: „Unmittelbare Aufgabe des westdeutschen Proletariats ist die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution.“⁷³ Das hört sich revolutionär an und mag manchen ungeduldigen, vom Kapitalismus enttäuschten jungen Menschen dazu verleiten, den Führern der maoistischen Gruppen auf den Leim zu gehen. Vergleicht man diese Thesen mit der tatsächlichen Situation in der BRD, so erweisen sie sich allerdings als bloßes revolutionäres Phrasengeklingel.

Marx, Engels und Lenin haben stets darauf hingewiesen, daß für den Sozialismus objektive und subjektive Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Was die materiellen Voraussetzungen betrifft, so stellt die DKP in den Thesen ihres Düsseldorfer Parteitages fest, daß die Bundesrepublik mit dem hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, mit dem Grad der Konzentration in Großbetrieben, mit der engen Verflechtung der Betriebe und Produktionszweige untereinander und der Notwendigkeit von immer weitergehenden direkten Eingriffen des Staates in den Wirtschaftsprozess nicht nur reif, sondern überreif für den Sozialismus ist. Diese Feststellung wird durch die gegenwärtige tiefe Krise des Kapitalismus und ihre verheerenden Auswirkungen für die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen

⁷⁰ Ergebnisse der Gründungskonferenz ..., a. a. O., S. 38.

⁷¹ Vgl. Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, These 30.

⁷² Vgl. z. B. „KPD/ML“: Die Partei aufbauen, (West-)Berlin 1971; Programm und Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands, a. a. O.

⁷³ Ergebnisse der Gründungskonferenz, a. a. O., S. 14.

besonders nachdrücklich unterstrichen. Gleichzeitig betonen wir aber, daß der Sozialismus nicht durch einen Putsch oder eine Verschwörung zustande kommen, sondern nur das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksmassen selbst sein kann.⁷⁴

Wer diesen Grundsatz kommunistischer Politik mißachtet, der landet notwendig beim Anarchismus und Putschismus und wird so – zumindest objektiv – zu einem Werkzeug der äußersten Reaktion. Das haben die Aktivitäten der sogenannten Baader-Meinhof-Gruppe in der BRD und ihre Ausnutzung durch Strauß, Springer und Genscher erneut bestätigt.

Es stellt sich also mit Notwendigkeit die Frage nach dem subjektiven Faktor, vor allem nach dem Bewußtsein und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, der gesellschaftlichen Hauptkraft, die den Kapitalismus zu stürzen und die sozialisti-[153]sche Gesellschaft aufzubauen vermag. Ist in der Bundesrepublik etwa jene Bedingung für den erfolgreichen Kampf um den Sozialismus erfüllt, von der Engels in seiner letzten Arbeit, der „Einleitung zu Marx’ ‚Klassenkämpfe in Frankreich‘“, sagt: „Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten sollen.“⁷⁵

Wer nicht völlig den Boden der Realitäten unter den Füßen verloren hat, der wird feststellen müssen, daß wir von einer solchen Situation in der BRD noch meilenweit entfernt sind. Das Bewußtsein der großen Masse der Arbeiter und Angestellten unseres Landes ist gegenwärtig noch dadurch gekennzeichnet, daß sie der Politik der SPD-Führung – und nicht wenige sogar der CDU/CSU-Führung – folgen, daß sie sich nicht auf sozialistischen oder auch nur bewußt antimonopolistischen Positionen befinden. Wer unter diesen Bedingungen die sozialistische Revolution als unmittelbare Aufgabe verkündet, der macht keine revolutionäre Politik, sondern drischt scheinrevolutionäre Phrasen. Wer in dieser Situation zudem den Arbeitern einreden will, daß bewaffneter Kampf und Bürgerkrieg der einzig mögliche Weg zum Sozialismus seien, der führt die Arbeiter nicht an den Sozialismus heran, sondern treibt sie in die Arme der Reaktion.

Anders die DKP. Sie geht von den realen Bedingungen des Klassenkampfes aus und ist bemüht, die Arbeiter und die übrigen Werktätigen an den Kampf um den Sozialismus heranzuführen. Darum entwickelt sie die Politik des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie auf dem Weg zum Sozialismus.

In den Thesen des Düsseldorfer Parteitags heißt es: „Eine antimonopolistische Demokratie hat die grundlegende Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses, die Erkämpfung einer von der Arbeiterklasse geführten und gemeinsam mit allen antimonopolistischen Kräften getragenen Staatsmacht zur Voraussetzung. Durch die Überführung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien, der marktbeherrschenden Unternehmen, der Bankkonzerne und großen Versicherungsgesellschaften, der Presse-monopole und Kulturkonzerne in gesellschaftliches Eigentum – bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse, die [154] anderen antimonopolistischen Kräfte und ihrer Organisationen – wird die ökonomische Macht des Monopolkapitals gebrochen.“⁷⁶

Eine antimonopolistische Demokratie hat also zunächst die Überwindung der politischen und ökonomischen Macht des Monopolkapitals zum Inhalt. Sie ist eine Form des Herankommens an die sozialistische Umwälzung, ein Hebel zur Öffnung des Weges zum Sozialismus.

Der Kampf um die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht des Monopolkapitals entspricht der heutigen Situation in der BRD. Für die eine oder andere antimonopolistische Forderung gibt es Ansätze in den Gewerkschaften, bei Jungsozialisten und anderen demokratischen Kräften, was günstige Voraussetzungen schafft für die Entwicklung einer breiten antimonopolistischen Kampf-front, ohne die ein erfolgreicher Kampf um die Öffnung des Weges zum Sozialismus in unserem Lande unmöglich ist.

⁷⁴ Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, These 9.

⁷⁵ Marx/Engels, Werke, Bd. 22, S. 523.

⁷⁶ Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, These 9.

Für die DKP ist eine antimonopolistische Demokratie aber nicht für alle Zeiten und überall die einzige Möglichkeit des Übergangs zum Sozialismus, sondern eine Möglichkeit, die wir aus den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes in der Bundesrepublik ableiten.⁷⁷ Wer Politik machen will, kann diese aber immer nur aus den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes ableiten.

Eine antimonopolistische Demokratie auf dem Weg zum Sozialismus ist für uns auch kein in sich abgeschlossenes Stadium zwischen Kapitalismus und Sozialismus, wie uns maoistische Kritiker unterschieben wollen. Wir erklären in den Thesen vielmehr ausdrücklich: „Die DKP geht davon aus, daß die antimonopolistische und die sozialistische Umwälzung miteinander verbundene Entwicklungsstadien in dem einheitlichen revolutionären Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sind. Deshalb ist der Kampf um die antimonopolistische Demokratie Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus.“⁷⁸

Diese Politik der DKP steht in voller Übereinstimmung mit Aussagen Lenins und der Kommunistischen Internationale über die Notwendigkeit, Übergänge, Formen des Herankommens an die proletarische Revolution ausfindig zu machen. Sie entspricht den – wenn auch unter anderen Bedingungen – gemachten Erfahrungen in den Ländern der Volksdemokratie nach dem zweiten Weltkrieg. Sie steht in Übereinstimmung mit der Strategie [155] und Taktik der kommunistischen und Arbeiterparteien in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern.⁷⁹

Völlig unmarxistisch ist auch die Verabsolutierung des bewaffneten Kampfes durch die maoistischen Gruppen. Marx, Engels und Lenin haben stets betont, daß die Arbeiterklasse alle Formen des Klassenkampfes beherrschen muß und sich nicht auf eine einzige festlegen darf. Sie haben unterstrichen, daß der Weg zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg für die Arbeiterklasse der günstigste ist. Sie haben diesen Weg in bestimmten Situationen durchaus für möglich gehalten.⁸⁰ Lenin und die Bolschewiki haben in der Periode des Übergangs von der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution zur Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 in Rußland mehrere Male auf diesen Weg orientiert.

Lenin hielt in der damaligen Situation einen Weg zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg für eine Ausnahme, aber für eine höchst wertvolle Möglichkeit, und erklärte noch im September 1917: „Aber wenn auch nur eine Chance unter hundert besteht, so wäre der Versuch, eine solche Möglichkeit zu verwirklichen, immerhin wert, gemacht zu werden.“⁸¹

Wenn der Arbeiterklasse Rußlands dennoch unter sich verändernden Bedingungen der Bürgerkrieg aufgezwungen wurde, so ändert das nichts an der Richtigkeit des Strebens nach einem Weg ohne Bürgerkrieg.

Darum erklärt die DKP in den Thesen ihres Düsseldorfer Parteitags: „Die DKP *erstrebt* den für das arbeitende Volk der Bundesrepublik günstigsten Weg zum Sozialismus, einen Weg ohne Bürgerkrieg. Es waren immer die herrschenden reaktionären Klassen, die zur Rettung ihrer Macht und ihrer Vorrechte blutige Gewalt gegen das Volk anwandten. Nur im harten Klassen- und Volkskampf gegen den unvermeidlichen Widerstand der großkapitalistischen Interessengruppen kann die sozialistische und antimonopolistische Volksbewegung die Kraft erlangen, um die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern.“⁸² (Hervorhebung – W. G.)

Wer, wie die Anhänger maoistischer Gruppen in der BRD, aus den Ereignissen in Chile die Schlußfolgerung zieht, daß – weil dort der Weg ohne Bürgerkrieg nicht gelungen ist – ein solcher Weg generell und ein für allemal nicht gangbar sei, der zeigt nur, daß er Dogmatiker und kein Marxist ist. Wenn die Bolschewiki ebenso dogmatisch gewesen wären und aus der Nie-[156]derlage des Dezemberaufstands 1905 in Moskau die Schlußfolgerung gezogen hätten, daß der bewaffnete Weg unmöglich ist, dann hätte es nie die Sozialistische Oktoberrevolution gegeben.

⁷⁷ Vgl. ebenda. Ferner: W. Gerns/R. Steigerwald, Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt (Main) 1973, S. 57.

⁷⁸ Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, These 9.

⁷⁹ W. Gerns/R. Steigerwald, Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes, a. a. O., S. 29-32.

⁸⁰ Vgl. ebenda.

⁸¹ Lenin, Werke, Bd. 25, S. 315.

⁸² Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, These 9.

Dabei ist die Situation in der heutigen Bundesrepublik zweifellos wesentlich anders als 1917 in Rußland. Die Unterschiede bestehen auch darin, daß wir es heute mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus zu tun haben, daß der Gewaltapparat des Großkapitals ungleich stärker und perfekter ist als zu jener Zeit. Zugleich haben wir es heute mit der Existenz und der erfolgreichen Entwicklung einer ökonomisch, politisch und militärisch mächtigen sozialistischen Staatengemeinschaft und einer sich objektiv immer mehr verengenden Klassenbasis der herrschenden Finanzoligarchie zu tun. Unter diesen Bedingungen verfügt die Reaktion einerseits über noch größere Macht, ist der Gewaltapparat der Herrschenden noch gefährlicher geworden. Andererseits sind in gewissem Maße neue Möglichkeiten für die Arbeiterklasse entstanden, durch machtvolle Massenaktionen gegen den unvermeidlichen Widerstand des Großkapitals, gestützt auf ein breites antimonopolistisches Bündnis und auf die Solidarität der immer stärker werdenden sozialistischen Staatengemeinschaft, in dem einen oder anderen Land die Reaktion an der Anwendung blutiger Gewalt zu hindern.

Ob das Monopolkapital blutige Gewalt gegen das Volk anwenden kann oder nicht, hängt nicht zuletzt vom Verhalten der Angehörigen seines Unterdrückungsapparates, insbesondere der Armee ab, hängt davon ab, ob es der Arbeiterklasse gelingt, die Arbeiterkinder im Soldatenrock auf ihre Seite zu ziehen und die weitgehend aus kleinbürgerlichen Schichten bzw. aus der nichtmonopolistischen Bourgeoisie stammenden Offiziere zu neutralisieren. Das wird aber um so eher gelingen, je besser es die revolutionären Kräfte verstehen, einen Weg zum Sozialismus durchzusetzen, der sowohl vom Bewußtsein und der Kampfbereitschaft der Massen der Arbeiter ausgeht als auch von möglichst großen Teilen der übrigen nichtmonopolistischen Kräfte unterstützt werden kann.

Im übrigen müssen die Phrasen der Maoisten vom bewaffneten Kampf als einzigem Weg zum Sozialismus der Tatsache gegenübergestellt werden, daß diese Gruppen die Außenpolitik der Volksrepublik China und damit die Forderung nach Stärkung der NATO, nach Vermehrung amerikanischer Truppen in [157] der BRD, nach Stärkung der Bundeswehr, d. h. nach Stärkung der bewaffneten Organe der Konterrevolution, unterstützen. Das Geschwätz vom bewaffneten Kampf wird so zu reiner Demagogie.

4.2.6. Die Haltung der Maoisten zum Kampf um demokratische Rechte

Zum Unterschied von anderen maoistischen Gruppen ist beim „KBW“ viel von einem demokratischen Programm die Rede. Dieses Programm erweist sich allerdings bei näherem Hinsehen als ordinärer Rechtsopportunismus, mit dem Illusionen über das gesät werden, was unter den Bedingungen der heutigen monopolkapitalistischen Bundesrepublik möglich ist.

Der „KBW“ lehnt den Kampf der DKP um eine antimonopolistische Demokratie, um einen demokratischen Staat der Arbeiter und der übrigen antimonopolistischen Kräfte auf dem Weg zum Sozialismus als „revisionistisch“ ab. Er fordert statt dessen hier und heute, also in der monopolkapitalistischen Bundesrepublik, u. a. „Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter“.⁸³

Man muß die „KBW“-Führer fragen, was sie damit meinen. Sollen nur die kommunistischen Abgeordneten abgewählt werden können? Oder sind im Selbstverständnis des „KBW“ auch die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien Volksvertreter?

Weiter fordert der „KBW“: „Wahl der Richter und aller höheren Beamten durch das Volk; jederzeitige Absetzbarkeit auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler ... Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl der Offiziere; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten“ (also alles vor der sozialistischen Revolution – W. G.) „für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten.“⁸⁴

Kann man mehr Unsinn und mehr Illusionen über den Kapitalismus in so wenigen Worten verbreiten? Eine von den Kapitalisten bezahlte Volksarmee mit gewählten Offizieren im Kapitalismus? Wenn das möglich wäre, wozu will der „KBW“ dann noch den bewaffneten Aufstand und die Zerschlagung

⁸³ Ergebnisse der Gründungskonferenz ..., S. 15.

⁸⁴ Ebenda.

des [158] Staatsapparats? Soll der bewaffnete Aufstand etwa die Volksarmee und die Volksmiliz beseitigen?

Nun berufen sich die Vertreter des „KBW“ bei ihrem sogenannten demokratischen Programm auf Lenin. Und in der Tat hat der „KBW“ seine Forderungen bei Lenin abgeschrieben. Allerdings ohne Berücksichtigung der historischen Situation, in der Lenin diese Forderungen aufgestellt hat. Das ist aber nicht Marxismus, sondern Dogmatismus.

Lenin hat im April 1917 in seinen „Materialien zur Revision des Parteiprogramms“, aus denen der „KBW“ abschreibt, geschrieben, daß es im gegenwärtigen Augenblick in Rußland, also unter den Bedingungen der Doppelherrschaft, die damals bestand, darauf ankomme, Möglichkeiten zu finden, den Übergang zum Sozialismus denkbar schmerzlos zu vollziehen. Unter diesen Bedingungen sagte er, die Partei des Proletariats kann sich nicht auf die bürgerlich-parlamentarisch-demokratische Republik beschränken. Die Partei kämpft für eine Republik, die demokratischer sein muß, für eine proletarisch-bäuerliche Republik.⁸⁵

An anderer Stelle nennt Lenin diese proletarisch-bäuerliche Republik auch einen Staat der revolutionären Demokratie. Für diese proletarisch-bäuerliche Republik stellt er jene Forderungen auf, die der „KBW“ in sein Programm für die monopolkapitalistische Bundesrepublik aufnimmt. Im übrigen hat der „KBW“ beim Abschreiben eine Forderung vergessen, die Lenin als revolutionär-demokratische Forderung für sehr wichtig hielt und die wir auch für unsere Bedingungen für sehr wichtig hatten, nämlich die Forderung nach Nationalisierung bei demokratischer Kontrolle. Das ist kein Zufall. Es ist bezeichnend für den „KBW“. Man drischt scheinrevolutionäre Phrasen mit der Forderung nach Volksbewaffnung und Wahl der Offiziere, die in der heutigen Situation völlig unreal sind, und schweigt zugleich bei jenen Forderungen, um die es heute geht im Kampf für die Zurückdrängung der Macht der Monopole. Und dazu gehört nicht zuletzt die Forderung nach Verstaatlichung der Banken und entscheidenden Konzerne bei demokratischer Kontrolle.

Mit revolutionären Phrasen getarnt, treten die maoistischen Gruppen in der Bundesrepublik gegen den Kampf um die Verteidigung und Erweiterung demokratischer Rechte und Frei-[159]heiten auf. Das wird besonders deutlich an der Haltung zur Forderung nach Mitbestimmung und am Verhalten zu den Berufsverboten für Kommunisten und andere Demokraten.

Die „KPD/ML“ versteigt sich zu der Behauptung: „Ideologisch ist die Mitbestimmungsideologie mit der faschistischen Volksgemeinschaftsideologie verwandt. ... Die KDP- und SEW-Führer sind mit der Forderung nach Mitbestimmung in die Fußstapfen der Noske, Zörgiebel, Schumacher getreten. Sie sind die heutigen Wegbereiter des Faschismus ...“ Die maoistische „KPD“ schreibt: „Wie die Wirtschaftsdemokratie der Weimarer Republik, so haben alle Konzeptionen von Mitbestimmung vor der Ergreifung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse in ihrer Konsequenz die äußerst reaktionäre, d. h. faschistische Ordnung der kapitalistischen Wirtschaft.“⁸⁶ Und der „KBW“ erklärt: „Die Kommunisten werden diesen Mitbestimmungsbetrug entschlossen bekämpfen.“⁸⁷

Die Anhänger maoistischer Gruppen sollten sich einmal die Frage stellen: wenn Mitbestimmung so sehr im Interesse des Großkapitals läge, wie ihre Führer behaupten, wieso wehrt sich dann eben dieses Großkapital, wieso wehren sich die Unternehmerverbände, die Parteien des Kapitals und der kapitalistische Staat mit Zähnen und Klauen gegen die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen? Wenn die maoistischen Gruppen, genau wie die Organe des Großkapitals, auf die „bitteren Erfahrungen der VW-Arbeiter mit der Mitbestimmung“ hinweisen, so ist zu sagen: was die Arbeiter bei VW erlebt haben, hat mit Mitbestimmung nichts zu tun. Bei VW existiert keine wirkliche Mitbestimmung, sondern eine Parodie auf die Mitbestimmung. Einem Drittel Arbeiter- und Gewerkschaftsvertreter sitzen dort zwei Drittel Vertreter des Großkapitals und seines Staates gegenüber. Bei VW ist also noch nicht einmal die gewerkschaftliche Forderung nach paritätischer Mitbestimmung erfüllt. Es soll nur nebenbei bemerkt werden, daß die Führer der maoistischen Gruppen natürlich genau wissen, daß

⁸⁵ Vgl. Lenin, Werke, Bd. 24, S. 450 ff.

⁸⁶ Rote Fahne, Nr. 15/1973.

⁸⁷ KVZ, Nr. 4/1974.

die Mitbestimmungsforderungen der DKP zudem weit über die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen hinausreichen. Auch in der Frage der Mitbestimmung zeigt sich also eine Einheitsfront von Reaktion und Maoisten.

In der Bundesrepublik entfaltet sich ein harter Kampf gegen die Berufsverbotspolitik der CDU/CSU, FDP- und der SPD-[160]Führung. Zahlreiche demokratische Kräfte unseres Landes unterstützen diese Protestbewegung. Die Maoisten dagegen sind auch hier objektiv auf der anderen Seite der Barrikade zu finden.

In Heidelberg und Frankfurt am Main verhinderten sie gemeinsam mit Kräften der CDU einen Lehrauftrag für Fritz Pospiech bzw. Dr. Fritz Krause, Mitglieder der DKP. In Bonn halfen sie, das Berufsverbot für den Kommunisten Hans Hermsen durchzusetzen. In Münster, in München und in anderen Orten setzten sie gemeinsam mit der Reaktion Berufsverbote für kommunistische Hochschullehrer durch.

Zur Begründung für diese schändliche Politik schrieb die „KPD“-Hochschulorganisation „KSV“ in einem Flugblatt in Bonn: „Die KSV-Zelle Psychologie und die Sympathisanten haben schon im Sommersemester gegen die Einstellung von H. H. (Hans Hermsen – W. G.) votiert und werden auch dabei bleiben. Denn Kommilitonen, halten wir uns doch die Politik, die H. H. vertritt, die der DKP, vor Augen, dann werden wir sehen, wer sich für H. H. entscheidet, entscheidet sich auch ... für die Okkupation der ČSSR im August 1968 ..., für die faschistische Behandlung, für die Verrückterklärung reaktionärer Intellektueller in der UdSSR ...“ Und der „KSB/ML“, die Studentenorganisation der „KPD/ML“, schreibt in einem Flugblatt mit dem Titel „Keine Solidarität mit dem DKP-Führer Holzer“ (ein vom Berufsverbot betroffener Wissenschaftler – W. G.): „Wer Holzer unterstützt, unterstützt die DKP – er unterstützt die Wasserträger des Faschismus.“ Und gegen Frank Behrens, einen in Bremerhaven vom Berufsverbot betroffenen Lehrer, schreibt die maoistische „KPD“ in ihrer Zeitung folgendes: „Große Zustimmung fand die Linie der KPD an dieser Kampffront in Bremerhaven: Dort soll der Spitzenkandidat der DKP, Behrens, aus dem Schuldienst entlassen werden. ... Die DKP fordert: Behrens ins Parlament – Behrens in den Schuldienst. Dagegen sind die Genossen in Bremerhaven in die Offensive gegangen. „Keine Stimme für die fünfte Kolonne des Sozialimperialismus – der DKP – die Arbeiterklasse braucht keine Sozialfaschisten als Lehrer!“⁸⁸

Zugleich versuchen sich die Maoisten in der Frage der Berufsverbote besonders „revolutionär“ zu geben und behaupten, die Berufsverbote entsprächen der Verfassung der Bundesrepu-[161]blik, man könne sie darum nur zusammen mit der Verfassung beseitigen. Auch dabei wird allerdings ihre Argumentation praktisch deckungsgleich mit der der reaktionärsten Kräfte. So schreibt z. B. die maoistische „KPD“: „Berufsverbote sind zu keinem Zeitpunkt verfassungsfeindlich gewesen, wie es die DKP darzustellen versucht.“⁸⁹ Genau das behaupten auch Strauß, sozialdemokratische Führer, Genscher und andere Einpeitscher der Berufsverbote.

Der „KBW“ zieht in einem Material gegen die an anderer Stelle bereits erwähnte zentrale gewerkschaftliche Aktion gegen die Abwälzung der kapitalistischen Krisenlasten auf das arbeitende Volk am 8.11.1975 in Dortmund nicht nur gegen die Losungen dieser Aktion „Für Mitbestimmung – gegen Arbeitslosigkeit – für eine demokratische Berufsbildungsreform!“ mit scheinrevolutionären Phrasen zu Felde, er wendet sich zugleich dagegen, daß Studenten bei dieser Demonstration die Losung „Weg mit den Berufsverboten“ mitführen wollen. Es wird erklärt, daß diese „Forderungen der Revisionisten nicht geeignet“ seien, „denn sie laufen hinaus auf die Zusammenarbeit der Arbeiterklasse mit dem Staat in Fragen, in denen sich die Arbeiterklasse und das Volk unumschränkte Souveränität erkämpfen müssen“.⁹⁰ Statt dessen wird hier und heute, also für die monopolkapitalistische BRD, gefordert: „... die Einheitsschule unter der Kontrolle des Volkes selber.“⁹¹

⁸⁸ Rote Fahne, 30.7.1975.

⁸⁹ Rote Fahne, Nr. 47/1973.

⁹⁰ KVZ, Nr. 42/1975 – Ortsbeilage Bremen.

⁹¹ Ebenda.

In der Einheitsschule des „KBW“, „unter Kontrolle des Volkes selber“, wird es dann also weiterhin Berufsverbote geben für Lehrer, die Kommunisten oder andere engagierte Demokraten sind, da die Beseitigung der Berufsverbote die „unumschränkte Souveränität“ der Arbeiterklasse und des Volkes, also den Sozialismus erfordert. Zu einer solchen Schizophrenie führt die vom „KBW“ vertretene Mischung aus scheinrevolutionärer Phraseologie und gewöhnlichem rechten Opportunismus. Damit wird zugleich der Reaktion direkte Schützenhilfe gegeben.

4.3. Hauptfeind der Reaktion ist die DKP

Weil die maoistischen Gruppen und ihre Führer, die Horlemann, Aust und Schmierer, innenpolitisch das Hauptfeuer gegen die DKP richten, weil sie außenpolitisch alle Grundpositionen [162] des Antisowjetismus übernommen haben, weil dies alles dem deutschen Imperialismus die Hetze gegen die Sowjetunion, gegen die DDR, den Kampf gegen die DKP erleichtert, darum ergreift die Reaktion in unserem Lande Partei für die maoistischen Gruppen.

So erklärte Innenminister Genscher u. a. in einer vertraulichen Sitzung: „Wir möchten die Maoisten in der politischen Landschaft der Bundesrepublik nicht missen.“ Und Strauß äußerte sich auf dem CSU-Parteitag 1973 besorgt über den „lautlosen Vormarsch der DKP“. Wörtlich sagte er: „Welche Folgen das haben kann, läßt sich bei einer derart gut organisierten, mitgliederstarken Kader- und Agitationspartei, die außerdem von Ostberlin und Moskau (also gleich doppelt – W. G.) ferngesteuert und finanziert wird, leicht vorstellen ... Denn im Ergebnis sind die Feinde, die auf leisen Sohlen kommen, weit gefährlicher als diejenigen, die auf dem Markt lauthals zum Umsturz auffordern.“⁹²

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt – und Springers „Welt“ wiederholt es: „Das politische Urteil muß sich an der Gefährlichkeit orientieren ... Darum muß unser Staat die Partei gegen die DKP offenhalten. Er hat den Mitgliedern dieser Gruppe jegliche politische Reputation zu versagen und sie ausschließlich als gefährliche, als die auf lange Sicht gefährlichsten Linksradikalen, zu behandeln.“⁹³

Genannt werden soll schließlich noch der ehemalige Nazistaatsanwalt und Ex-Verfassungsschutzpräsident Schrübbers. Er erklärte in einer internen Beratung vor den Bossen der deutschen Großindustrie im Rhein-Ruhr-Club in Düsseldorf folgendes: „In der ersten Phase dieses Konzepts proklamiert die DKP den Kampf um mehr Mitbestimmung, um mehr Demokratie in den Betrieben, um Demokratisierung des Hochschulwesens, um Demokratisierung der Entscheidungsprozesse, um soziale Gerechtigkeit usw. Dabei handelt es sich überwiegend um Dinge, die von vielen demokratischen Kräften ebenfalls gefordert werden und zum Teil schon seit hundert Jahren zu den humanistischen Bestrebungen vieler Menschen gehören. Aber diese Zielsetzungen dürfen bei der DKP nur im Zusammenhang mit ihrer Konzeption eines Nah- und Fernzieles gesehen werden. Darin unterscheidet sich die DKP gerade von den Maoisten und Trotzlisten, die keine solche Phase eins [163] kennen und unmittelbar zur sozialistischen Revolution aufrufen, was wenig Effekt und Isolierung zur Folge hat.“⁹⁴

Die DKP ist stolz darauf, daß die Reaktion in ihr ihren gefährlichsten Gegner sieht. Besonders stolz sind wir aber auf das Urteil, das erprobte Revolutionäre über unsere Partei abgeben. So erklärte z. B. Genosse To Huu, Sekretär des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams, der als Vertreter unserer vietnamesischen Bruderpartei am Hamburger Parteitag der DKP teilnahm, am 6. November 1973 auf einer Veranstaltung in München: „Wir sind der Meinung, daß der Bericht des Genossen Herbert Mies an den Parteitag der DKP eine klare Antwort auf die Fragen gibt, die den Genossen auf den Nägeln brennen. Diese Orientierung ist richtige Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die Bedingungen in der Bundesrepublik hier und heute.“

Die DKP kann mit Recht von sich sagen, daß sie die Partei der Arbeiterklasse, der Werktätigen in der BRD ist. Die DKP wird das arbeitende Volk zum Sieg führen, heute, morgen! Die Partei der Werktätigen Vietnams steht in diesem Kampf vorbehaltlos an der Seite der DKP. Sagt allen, die Solidarität mit Vietnam üben wollen: Wenn Ihr Vietnam helfen wollt, müßt Ihr Euch mit der DKP zur Aktionseinheit,

⁹² Bayern-Kurier, 6.10.1973.

⁹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.5. 1973; „Die Welt“, 17.5.1973.

⁹⁴ UZ, 20.9.1971.

zur Einheitsfront zusammenschließen! Es ist unmöglich, sich einen Freund Vietnams zu nennen und gleichzeitig Gegner der DKP zu sein.“⁹⁵

4.4. Keine Aktionseinheit mit maoistischen Gruppen

Die DKP hat in den Thesen ihres Düsseldorfer Parteitags ihre Haltung zu den maoistischen Gruppen eindeutig bestimmt.⁹⁶ Wir lehnen die Zusammenarbeit mit den maoistischen Gruppen ab. Wir gehen dabei vom Wesen unserer Aktionseinheitspolitik aus. Aktionseinheit heißt für uns nicht Einheit um jeden Preis, nicht prinzipienlose Einheit, sondern Einheit in der Aktion gegen das Kapital, gegen den Imperialismus, für die Interessen der Arbeiterklasse. Die Machenschaften der Maoisten stehen dazu jedoch in krassem Gegensatz. „Die Politik des Maoismus und die Umtriebe seiner Ableger in unserem Lande widersprechen den Friedens- und nationalen Interessen des arbeitenden Volkes der Bundesrepublik. Sie schaden dem Ringen um sozia-[164]len Fortschritt sowie der antiimperialistischen Solidarität und müssen deshalb energisch bekämpft werden.“⁹⁷

Es geht uns bei der Aktionseinheit darum, Arbeitermassen in das gemeinsame Handeln für die gemeinsamen Klasseninteressen einzubeziehen, weil das die wichtigste Voraussetzung ist sowohl für Erfolge im Ringen um die Tagesforderungen der Arbeiter als auch im Kampf um antimonopolistische Demokratie und Sozialismus. Die Massen der Arbeiter – das sind aber die Gewerkschaftskollegen, die sozialdemokratischen und sozialdemokratisch beeinflussten Arbeiter. Sie sind und bleiben darum der Hauptadressat der Aktionseinheitspolitik der DKP. Sie wollen wir für den gemeinsamen Kampf zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen gewinnen, ihr Klassenbewußtsein wollen wir wecken und entwickeln. Jedes Zusammengehen mit maoistischen Gruppen wäre ein ernstes Hindernis bei der Entwicklung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, bei der Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiter und Angestellten.

Können denn die in den Gewerkschaften organisierten Arbeitermassen für die Aktionseinheit gewonnen werden, wenn wir Kommunisten gemeinsame Aktionen mit Gruppen durchführen würden, die durch Gegen-Gewerkschaften oder Fraktionen die Gewerkschaften spalten wollen? Würden gewerkschaftlich organisierte Arbeitermassen etwa Verständnis dafür haben, wenn wir gemeinsame Aktivitäten mit maoistischen Gruppen durchführen würden, die gegen Lohnforderungen auftreten, die von den Arbeitern selbst aufgestellt wurden und für die die Arbeiter geschlossen den Kampf geführt haben? Wäre es etwa nützlich für die Aktionseinheit von Kommunisten und sozialdemokratisch orientierten Arbeitermassen, wenn die DKP mit maoistischen Gruppen zusammengehen würde, die gegen die Verträge zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Ländern, gegen die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, gegen Frieden und Entspannung mit den gleichen Verleumdungen wie Strauß und die faschistische „National-Zeitung“ auftreten?

Würde die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse gefördert oder nicht vielmehr gehemmt, wenn die DKP mit Gruppen zusammengehen würde, die die antikommunistischen Verleumdungen der chinesischen Führer unterstützen, daß die Sowjetunion die gefährlichste imperialistische Macht, [165] ja eine faschistische Diktatur⁹⁸ sei? Wir würden uns zu Helfern des Antikommunismus machen, des gefährlichsten Gifts, das der Entwicklung des Klassenbewußtseins und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse entgegensteht.

Wenn man vom Wesen kommunistischer Aktionseinheitspolitik ausgeht, dann beantwortet sich auch die von Anhängern maoistischer Gruppen manchmal gestellte Frage, warum wir die Aktionseinheit mit diesen Gruppen ablehnen, aber zum gemeinsamen Handeln mit Sozialdemokraten und auch mit sozialdemokratischen Organisationen für die Durchsetzung von Arbeiterinteressen bereit sind, obwohl doch viele sozialdemokratische Führer wilde Antikommunisten sind.

⁹⁵ Zit. in: W. Gerns/R. Steigerwald/G. Weiß, Opportunismus heute, a. a. O., S. 173.

⁹⁶ Vgl. Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, These 41.

⁹⁷ Herbert Mies in seinem Referat auf der 9. Tagung des Parteivorstands der DKP am 1./2.11.1975 (im UZ-Extra vom 6.11.1975).

⁹⁸ Vgl. z. B.: Leninismus oder Sozialimperialismus, Peking 1970, S. 12.

Erstens geht es um die Gewinnung der Arbeitermassen, und diese stehen unter sozialdemokratischem Einfluß. Zweitens zeigt sich in Lohnkämpfen ebenso wie im Kampf gegen die Berufsverbote oder in der Solidarität für das chilenische Volk, daß gemeinsames Handeln mit Sozialdemokraten trotz aller Schwierigkeiten, die die rechten Führer aufürmen, nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Die maoistischen Gruppen sind jedoch in all diesen Auseinandersetzungen objektiv auf der Seite des Klassenfeindes zu finden.

Wenn wir also ein Zusammengehen mit maoistischen Gruppen prinzipiell und entschieden ablehnen, so wissen wir zugleich, daß es natürlich unter den Mitgliedern und Anhängern dieser Gruppen junge Menschen gibt, die ehrliche Antiimperialisten sein wollen. Sie lassen sich von den scheinrevolutionären Phrasen der Führer dieser Gruppen irreführen. Sie haben noch nicht erkannt, welches erbärmliche Spiel mit ihnen getrieben wird. Sie wollen wir überzeugen und für den Kampf in der DKP oder an der Seite der DKP gewinnen.

[166]

5. Friedliche Koexistenz und ideologischer Klassenkampf

Die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus drückt heute der geschichtlichen Entwicklung zunehmend ihren Stempel auf. Das zeigt sich besonders deutlich durch die erfolgreiche Friedensoffensive der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft. Das auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU entwickelte Friedensprogramm konnte in wenigen Jahren in wesentlichen Punkten verwirklicht oder auf den Weg der Verwirklichung gebracht werden.

5.1. Die Erfolge der Friedensoffensive des Sozialismus

Die militärische Aggression der USA in Vietnam konnte beendet werden. Zwischen der BRD und den sozialistischen Staaten wurden bedeutsame Verträge abgeschlossen. Das Vierseitige Abkommen über Westberlin wurde vereinbart. Die von den sozialistischen Ländern und von allen Friedenskräften auf unserem Kontinent seit vielen Jahren geforderte europäische Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Die DDR und die BRD haben ihren gleichberechtigten Platz in der UNO eingenommen. In Wien werden Gespräche über Rüstungsbegrenzung geführt. Kurzum: die Fakten bestätigen die vom Generalsekretär der KPdSU, Genossen Breschnew, in seiner bedeutsamen Rede auf dem Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau getroffene Einschätzung: „Die Haupttendenz in der Entwicklung der gegenseitigen internationalen Beziehungen ist die sich vollziehende Wende vom ‚kalten Krieg‘ zur Entspannung, von militärischer Konfrontation zur Festigung der Sicherheit, zur friedlichen Koexistenz.“¹ Diese Wende ist vor allem das Ergebnis der konstruktiven Friedens-[167]politik der Sowjetunion und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft. An diesen Erfolgen haben aber auch die Kommunisten und die anderen demokratischen Kräfte in den kapitalistischen Ländern ihren Anteil.

Wenn wir mit Recht feststellen können, daß sich eine Wende vom „kalten Krieg“ zur Entspannung vollzieht, dann ist darin – wie der Generalsekretär des ZK der SED, Genosse Erich Honecker, betonte – „zugleich die Erkenntnis eingeschlossen, daß es sich hierbei um einen komplizierten und auch widerspruchsvollen Prozeß handelt. Der Imperialismus, der sein aggressives Wesen nicht geändert hat, sucht – in die historische Defensive gedrängt – nach Auswegen. Die gesetzmäßige Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus kann sich, wie die Tatsachen zeigen, an einzelnen Abschnitten zuspitzen, es kann zu jähren Wendungen in der internationalen Entwicklung kommen. Der Frieden fällt den Völkern nicht in den Schoß.“²

Diese Einschätzung Erich Honeckers wird durch die israelischen Aggressionsakte im Nahen Osten ebenso unterstrichen wie durch den vom US-Imperialismus unterstützten blutigen Militärputsch in Chile, die konterrevolutionäre imperialistische Einmischung in Portugal und Angola. In der BRD ist die CDU/CSU nach wie vor bestrebt, die Politik der Entspannung zu torpedieren, und auch die SPD/FDP-Regierung hat die Versuche noch nicht aufgegeben, die alte revanchistische, besonders gegen die DDR gerichtete Politik weiterzuführen. Nicht zuletzt wurden von der Regierung bis heute die innenpolitischen Konsequenzen aus den abgeschlossenen Verträgen und aus der Konferenz von Helsinki nicht gezogen. Die Tatsachen unterstreichen so die von der DKP immer wieder getroffene Feststellung, daß die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nicht ein für allemal gegeben ist, sondern immer wieder aufs neue erkämpft werden muß.

5.2. Der Imperialismus bleibt aggressiv

Die Friedensoffensive der sozialistischen Staatengemeinschaft und ihre Erfolge haben auch zu bedeutsamen Veränderungen im Denken von Teilen der Arbeiter und der jungen Generation [168] unseres Landes geführt. Es vollziehen sich sichtbare positive Veränderungen in der Einstellung gegenüber der Sowjetunion. Es entwickelt sich ein neues DDR-Bild. Der plumpe, militante Antikommunismus hat es schwerer, zum Zuge zu kommen. Diese Veränderungen im Bewußtsein der Menschen bereiten den besonders reaktionären, entspannungsfeindlichen Kräften die größten Sorgen. So schreibt Eugen V. Rostow, eingefleischter Antikommunist und Präsident der Vereinigung der

¹ UZ, Nr. 27 vom 31.10.1973.

² Neues Deutschland, 27.10.1973.

Atlantischen Gesellschaft, bereits im NATO-Brief März/April 1973, daß sich die eigene Bevölkerung in wachsendem Maße den Schlußfolgerungen widersetzt, die ihr von den Militärs aufgedrängt werden. Sie setze, so heißt es wörtlich, starke Erwartungen in „Frieden, Entspannung und die elementare Humanität des Sozialismus“.

Wenn wir die positiven Einwirkungen der Friedens- und Entspannungspolitik der Länder der sozialistischen Gemeinschaft auf das Denken der Arbeiter und der Jugend in unserem Lande betonen, so übersehen wir allerdings nicht, daß mit dieser Politik und ihren Erfolgen auch neue ideologische Probleme auf uns zukommen. Darin besteht die Dialektik des Klassenkampfes.

Welches sind die wichtigsten ideologischen Probleme, die wir in diesem Zusammenhang beachten müssen?

Erstens sind mit den Erfolgen der Politik der friedlichen Koexistenz in Europa, die ja nicht ohne die Mitwirkung der BRD und der SPD-geführten Regierung zustande gekommen sind, zweifellos in der Arbeiterschaft und in der Jugend die Illusionen über den Imperialismus der BRD und die sozialdemokratisch geführte Regierung größer geworden. Viele meinen, daß man doch jetzt, bei dieser Politik und unter dieser Regierung nicht mehr von der Aggressivität des BRD-Imperialismus sprechen könne.

Wir gehen davon aus, daß der aggressive Charakter des Imperialismus keine Sache ist, die unter der einen Regierung des Großkapitals vorhanden und unter einer anderen Regierung, die ebenfalls Klasseninteressen des Großkapitals vertritt, verschwunden wäre. Die Aggressivität entspringt vielmehr dem Wesen des Imperialismus und bleibt solange bestehen, wie es den Imperialismus gibt. Ihre Grundlage ist, wie Lenin herausgearbeitet hat, die Herrschaft der Monopole. Wenige große Konzerne, die mit dem Staat eng verflochten sind, beherrschen Wirtschaft und Politik. Auf Grund dieser Position beuten sie [169] Millionen Arbeiter im eigenen Land und in anderen Ländern aus. Sie plündern die Mittelschichten aus und scheffeln riesige Profite. Dabei kennt das Monopolkapital keine Grenzen in seinem Profithunger. Um ihre Macht und Profite zu erhalten und immer weiter auszudehnen, drängen die Monopole im Innern nach Reaktion, nach Unterdrückung der Arbeiterbewegung, nach außen zur Eroberung anderer Länder, zur Beherrschung und Unterdrückung anderer Völker.

Dieser aggressive Charakter des Imperialismus hat seinen Ausdruck in den beiden Weltkriegen und den mehr als dreißig Kriegen gefunden, die der Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg angezettelt hat. Die Herrschaft der Monopole, die objektive ökonomische Basis der Aggressivität des Imperialismus, ist in der BRD durch die Übernahme der Regierungsführung durch die SPD nicht nur unangetastet geblieben, sie wurde vielmehr in den letzten Jahren durch das rasche Tempo der Konzentration des Kapitals und der Produktion weiter ausgebaut.

Eine besondere Gefahr für Frieden und Entspannung stellt die auch unter der sozialdemokratisch geführten Regierung fortschreitende Verschmelzung der Macht und Interessen der mit der Rüstungswirtschaft verbundenen aggressivsten Industrie- und Bankmonopole, der militärischen Führungsspitzen, der für die Militarisierung zuständigen Staatsorgane sowie der reaktionärsten politischen Kräfte des Monopolkapitals zu einem militärisch-industriellen Komplex dar. Diese militärisch-industrielle Mafia, die ihre politische Vertretung vor allem in der CDU/CSU hat, zu der aber zweifellos auch führende Sozialdemokraten wie Leber gehören, läßt nichts unversucht, um Minen gegen die Politik der friedlichen Koexistenz zu legen.

Wenn dem Kriegs- und Eroberungsdrang des Imperialismus heute dennoch Fesseln angelegt sind, so liegt das nicht am Imperialismus, dessen aggressives Wesen unverändert bleibt, sondern am veränderten Kräfteverhältnis in der Welt, an der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht des Sozialismus. Damit wurde die Kluft zwischen den aggressiven Bestrebungen des Monopolkapitals, die der Natur des Imperialismus entspringen, und den tatsächlichen Möglichkeiten zur Erreichung seiner Ziele immer tiefer. Eben hieraus ergibt sich der objektive Zwang für den Imperialismus, sich den neuen Existenzbedingungen anzupassen, d. h., nach einer Politik zu suchen, die bei der Durchsetzung der unverändert expansiven imperialistischen Interessen den neuen Umständen besser entspricht.

Wer meint, daß der Imperialismus der BRD nicht mehr aggressiv sei, der sollte sich einmal die Frage stellen, ob die Bundesregierung denn wohl die DDR und die Grenzen der DDR und Volkspolens anerkannt hätte, wenn diese Länder allein stünden, wenn sie nicht mit der mächtigen Sowjetunion verbunden wären, wenn die sozialistische Staatengemeinschaft nicht eine solche Macht entwickelt hätte, daß jeder Angriff auf ihre Grenzen Selbstmord bedeuten würde. Noch 1967 verkündete ja auch die SPD-Führung auf dem Karlsruher Parteitag der SPD, mit einer Karte von Deutschland in den Grenzen von 1937 und der dazugehörenden Parteitagsglossung „Erbe und Auftrag“ im Rücken: Niemals werden wir die Oder-Neiße-Grenze anerkennen! Niemals werden wir die DDR anerkennen! Auch sie mußte erst die Erfahrungen des 13. August 1961 in der DDR und des 21. August 1968 in der ČSSR verdauen, um sich zu einem realistischeren Herangehen in den Fragen des Verhältnisses zu den sozialistischen Ländern durchzuringen.

Wer meint, daß der Imperialismus der BRD nicht mehr aggressiv sei, der muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß trotz der Entspannungspolitik die Rüstungsausgaben der BRD immer höher geschraubt werden und die herrschenden Kreise ihre Bemühungen verstärken, Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erhalten.

In seiner Einbringungsrede zum Bundeshaushalt 1976 brüstete sich Finanzminister Apel damit, daß die Bundesrepublik von 1970 bis 1976 den Rüstungshaushalt um fast zwei Drittel erhöht hat und in der NATO außer den USA pro Kopf der Bevölkerung niemand mehr für die Rüstung ausgibt als die BRD.³ 1976 soll allein der Etat des Verteidigungsministeriums auf die Rekordsumme von 31,5 Milliarden DM angehoben werden. Hinzu kommen die Kosten für die Stationierung von NATO-Truppen, die Ausgaben für Zivilverteidigung, für militärische Forschung und Entwicklung, für den Bundesgrenzschutz, die Westberlin-Hilfe und ähnliche Zwecke, die in anderen Etatposten versteckt sind. Nach den offiziellen NATO-Kriterien werden demnach die Rüstungsausgaben der BRD 1976 rund 50 Milliarden DM betragen.⁴

[171] Das Streben der herrschenden Kreise der BRD, direkt oder indirekt Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erhalten, zeigt der Versuch, die Verlegung französischer Pluton-Raketen auf das Territorium der Bundesrepublik durchzusetzen ebenso wie die atomare Zusammenarbeit mit der brasilianischen Militärdiktatur oder das geheime Atomkomplott mit dem südafrikanischen Rassistenregime.

Auf den aggressiven Charakter des Imperialismus der BRD verweist uns auch die Unterstützung Lebers für die Drohungen Schlesingers mit dem Atomkrieg und die Rolle der Vertretung der BRD bei der Ablehnung der konstruktiven Vorschläge, die die sozialistischen Länder zur Rüstungsbegrenzung oder zumindest zum Einfrieren der Rüstung bei den Gesprächen in Wien unterbreitet haben.

Ein Beleg für die Aggressivität des Imperialismus der BRD ist auch die Haltung der CDU/CSU zu den bedeutsamen Ergebnissen der Konferenz von Helsinki. Strauß und Kohl, Carstens und Dregger versuchen – und bezeichnenderweise segeln die maoistischen Führer in Peking und ihre Nachbeter in der Bundesrepublik in ihrem Windschatten –, die Konferenz als großes Theater oder gar als Unsicherheitskonferenz zu verleumden.

Die SPD/FDP-Regierung hat ebenfalls bis zuletzt versucht, dem Abschluß der Konferenz Steine in den Weg zu legen. Heute ist sie bemüht, die Konferenzergebnisse zu verfälschen, indem sie die Dokumente von Helsinki so zu interpretieren versucht, als sei die dort ausgesprochene Möglichkeit „friedlicher Grenzänderungen“ das Kernstück der Dokumente. Die DKP hat auf ihrer 8. Parteivorstandstagung (1975) festgestellt, daß die Möglichkeit „friedlicher Grenzänderungen“ nicht zu den Prinzipien und Grundsätzen der Schlußakte gehört, sondern unter dem der Souveränität der Staaten innewohnenden Rechte mit den Worten angeführt ist: „Sie (die Teilnehmerstaaten) sind der Auffassung, daß ihre Grenzen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durch friedliche Mittel und durch Vereinbarungen verändert werden können.“⁵

³ Vgl. UZ, 5.11.1975.

⁴ Vgl. UZ, 7.11.1975.

⁵ Zit. in: 8. Tagung des Parteivorstands der DKP, UZ-Extra vom 14. August 1975.

Hermann Gautier, der stellvertretende Vorsitzende der DKP, erklärte auf der 8. Tagung des Parteivorstands: „Man muß sich doch fragen, was soll es eigentlich bedeuten, wenn Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher diese [172] Feststellungen so hervorheben und daraus Argumente für die These von der angeblichen ‚offenen deutschen Frage‘ und für die alten Adenauer-Ziele der Beseitigung der Grenzen der DDR ableiten.

Wenn die Bundesregierung mit ihrer Betonung der Möglichkeit ‚friedlicher Grenzänderungen‘ nur rechte, reaktionäre, revanchistische Kreise beschwichtigen will, dann leitet sie in Wirklichkeit Wasser auf die Mühlen der reaktionären Rechtskreise, die gegen die Entspannung wühlen und das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen, das ihrem imperialistischen Machtdrang entgegensteht, nicht anerkennen.

Man kann nicht übersehen, daß die widersprüchliche Haltung der Bundesregierung in der Grenzfrage nur dazu angetan ist, Zweifel an der Vertragstreue der Bundesrepublik zu nähren.

Man muß doch fragen: Will die Bundesregierung das alte Spiel des deutschen Imperialismus unter neuen geschichtlichen Bedingungen fortsetzen? Will sie Verträge, Abmachungen und unterzeichnete Dokumente nur als taktische Mittel im politischen Kalkül benutzen und diese nur solange respektieren, wie es keine direkte Möglichkeit gibt, sie zu brechen? Sollen die Interpretationskunststückchen Hintertüren öffnen, um das alte Ziel des deutschen Imperialismus nach Änderung der europäischen Landkarte trotz der Verträge der BRD mit den sozialistischen Staaten, trotz der Ergebnisse von Helsinki mit etwas anderen Mitteln weiterverfolgen zu können?

Der Text der Schlußakte, den die Bundesregierung unterzeichnet hat, besagt jedenfalls eindeutig, daß die Grenzen aller Staaten in Europa unverletzlich sind. Darunter also auch die Grenzen der DDR.

Die Dokumente von Helsinki lassen nicht den geringsten Raum für das alte imperialistische Bonner Konzept einer ‚Wiedervereinigung durch Angliederung‘ der DDR an die imperialistische BRD.

Außerdem ist auch völlig klar, daß der souveräne Staat DDR und sein Volk niemals den Wunsch verspüren werden, sich der imperialistischen BRD, der Herrschaft der Monopol- und Bankherren, freiwillig anzugliedern.

Es wäre doch nur logisch und im Sinne der Verträge der BRD mit den sozialistischen Staaten und der Schlußakte von [173] Helsinki, wenn die Bundesregierung endlich alle Versuche aufgeben würde, eindeutige internationale Verträge und Abmachungen durch Interpretationskunststückchen im Sinne revanchistischer Politik gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik auszulegen.“⁶

Hermann Gautier betonte weiter: „Es ist an der Zeit, daß man sich in Bonn endgültig von offenen oder getarnten revanchistischen Positionen löst. Denn auch die Bundesregierung muß wissen, daß ohne strikte Respektierung der Souveränität der DDR und der anderen sozialistischen Staaten, ohne Achtung der Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, eine gleichberechtigte, vorteilhafte und vertrauensvolle Zusammenarbeit unmöglich ist.

Zweifel an der Bereitschaft der Bundesregierung, eingegangene Verträge und Verpflichtungen nach Treue und Glauben zu erfüllen, müssen auch entstehen, wenn Bundesminister Genscher behauptet, ‚die deutsche Frage wird in der KSZE nicht weniger offengehalten, als dies in den Ostverträgen schon geschehen ist.‘

Mit dem Gerede von der ‚offenen deutschen Frage‘ befinden sich die Bonner Politiker nicht nur im schroffen Gegensatz zu Buchstaben und Geist der Verträge der BRD mit der DDR und mit anderen sozialistischen Staaten, sondern auch im Widerspruch zu den Dokumenten der Konferenz von Helsinki.

Diese basieren auf der realen Lage, wie sie sich im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung herausgebildet hat, und gehen davon aus, daß alle Teilnehmerstaaten gleichberechtigte souveräne Staaten sind.“⁷

⁶ Ebenda.

⁷ Ebenda.

Damit sind wir bereits mitten in der Behandlung des zweiten ideologischen Problems, auf das wir in diesem Zusammenhang aufmerksam machen wollen, beim verfeinerten Antikommunismus und Nationalismus gegenüber den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft, besonders gegenüber der DDR und der Sowjetunion. In bezug auf die DDR steht im Vordergrund das Bemühen, die Selbständigkeit und völkerrechtliche Gleichberechtigung der DDR durch die Behauptung zu unterlaufen, daß es sich bei den Beziehungen beider deutscher Staaten um „besondere innerdeutsche“ Beziehungen handele, um Beziehungen innerhalb ein und derselben Nation.

Als Marxisten sagen wir dazu in aller Deutlichkeit: Eine [174] Einheit der Nation gibt es noch nicht einmal bei uns in der BRD, weil ein tiefer Riß durch die kapitalistische Gesellschaft geht, der Arbeiter und Kapitalisten, Ausgebeutete und Ausbeuter trennt. Was die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik betrifft, so kann heute, nach den Festlegungen der Verträge von Moskau, Warschau und Berlin über die Anerkennung der Grenzen und die Unverletzbarkeit des territorialen Status quo und nach der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO, nach der Konferenz von Helsinki niemand mehr im Ernst bestreiten, daß es sich bei den beiden deutschen Staaten um zwei voneinander unabhängige Staaten handelt, daß der Prozeß der Abgrenzung zwischen ihnen vollzogen ist.

Dabei handelt es sich bei der DDR und der BRD jedoch nicht nur schlechthin um voneinander unabhängige Staaten, sondern um Staaten mit unterschiedlicher, ja gegensätzlicher gesellschaftlicher Ordnung. Auf der einen Seite steht die kapitalistische BRD, in der das Monopolkapital herrscht, die zur NATO und zur EWG gehört. Auf der anderen Seite steht die DDR, der sozialistische deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat, der ein unlösbarer Teil der sozialistischen Staatengemeinschaft ist. Die beiden deutschen Staaten verkörpern so den Grundwiderspruch unserer Zeit, den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Imperialismus und Sozialismus. Zwischen ihnen kann es keinerlei „innere“ oder „Sonderbeziehungen“ geben, sondern wie zwischen allen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nur Beziehungen der friedlichen Koexistenz.

Wer dennoch wider die Realitäten und den politischen Verstand „besondere innerdeutsche Beziehungen“ predigt, der lügt sich nicht nur selbst etwas in die Tasche, der befindet sich im Widerspruch zum Buchstaben und Geist des Völkerrechts, der treibt ein gefährliches revanchistisches Spiel.

Wenn wir dieser nationalistischen Volksverdummung mit aller Entschiedenheit entgegentreten, so bedeutet das ganz und gar nicht, daß wir auf die guten nationalen Traditionen verzichten. „Wir Kommunisten stehen“ – wie Herbert Mies, der Vorsitzende der DKP, im Bericht des Parteivorstands an den Hamburger Parteitag der DKP betonte – „zu allem Fortschrittlichen, das sich jemals mit dem deutschen Namen verbunden [175] hat! Wir sind in der Bundesrepublik die Erben der revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, des Kampfes von Karl Marx, Friedrich Engels, Karl Liebknecht, August Bebel und Ernst Thälmann. Wir bemühen uns, immer in ihrem Geiste zu handeln.“⁸

Zu den subtileren Methoden des Antikommunismus gehört auch das Bemühen der Meinungsmacher des Großkapitals, im Namen eines „besseren Sozialismus“ den realen Sozialismus und seine historischen Errungenschaften in den Dreck zu ziehen. Als willkommene Werkzeuge dienen ihnen dabei solche in die Toga des „Sozialisten“ gehüllten Gegner des realen Sozialismus wie Biermann und Havemann, denen die Meinungsmedien der BRD weit geöffnet werden.

Neben diesen verfeinerten Varianten des Antikommunismus wird gerade in jüngster Zeit auch der alte militante und bornierte Antikommunismus verstärkt. Das zeigen die Berufsverbote und die verstärkte Hetze gegen die DDR und die Sowjetunion. Das macht auch die Kampagne mit den Schauermärchen Sacharows und seiner Gesinnungskumpane deutlich, der im übrigen mit seiner Verbeugung vor der faschistischen Junta in Chile vor aller Welt gezeigt hat, wes Geistes Kind er ist.

Die neue Welle des groben Antikommunismus und Antisowjetismus bestätigt nur, wie falsch die Meinung ist, daß mit dem Ende des kalten Krieges auch der grobschlächtige Antikommunismus verschwände. Das Monopolkapital, dessen soziale Basis immer schmaler wird, braucht sowohl den alten, groben, wie den verfeinerten Antikommunismus als ideologische Hauptstütze zur Absicherung seiner Herrschaft.

⁸ Protokoll des Hamburger Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei, S. 42.

Antikommunismus und Antisowjetismus können den weiteren Vormarsch des Sozialismus nicht aufhalten. Sie sind jedoch darauf gerichtet, den arbeitenden Menschen in unserem Lande den Blick für ihre eigenen Interessen zu vernebeln und die Entwicklung zugunsten des Fortschritts aufzuhalten.

Herbert Mies erklärte darum auf der 9. Tagung des Parteivorstandes der DKP: „Es ist kein Zufall, daß in der derzeitigen Krisensituation das herrschende Großkapital und die mit ihm verbundenen Bonner Parteien, den Antikommunismus, den Antisowjetismus sowie den Nationalismus verstärken. Da fragen arbeitende Menschen nach den Ursachen für die derzeitige Krise und nach einem Ausweg aus ihr. Da begann sich infolge [176] der positiven Wirkungen der Politik der Entspannung und der friedlichen Koexistenz sowie der krisenfreien Entwicklung in den sozialistischen Ländern ein positiveres Sozialismusbild und eine positivere Einstellung zu den Kommunisten unter größeren Teilen der Bevölkerung zu entwickeln. Da wurde im Ergebnis von zunehmenden Einsichten in die Realitäten die Gefährlichkeit und Irrealität der Fiktion von der sogenannten Einheit der deutschen Nation immer mehr begriffen. Dies und andere Momente, insbesondere die Angst vor der Entwicklung der Klassen- und Volkskämpfe gegen die Krisenlasten, für eine antimonopolistische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen veranlassen die Herrschenden und Regierenden, den Antikommunismus und Nationalismus anzuheizen. In dieser Situation wenden wir uns verstärkt an die Arbeiter und die anderen Werktätigen unseres Landes und sagen ihnen:

Antikommunismus und Antisowjetismus sind gegen die Entspannung, gegen Frieden und Sicherheit gerichtet. Damit sollen die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder, aber auch die Kommunisten und andere linke Kräfte unseres Landes verleumdet werden. In erster Linie aber sollen Antikommunismus und Antisowjetismus die Arbeiter über die Ursachen der derzeitigen Krise, die in den bestehenden großkapitalistischen Macht- und Besitzverhältnissen zu suchen sind, hinwegtäuschen, die Entfaltung ihres Kampfes gegen die Krisenlasten hemmen und ihre Aktionseinheit verhindern.

Der Nationalismus, der von der CDU/CSU mit der Lüge angeheizt wird, die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern bringe keine Vorteile, sondern nur Nachteile, der von den Regierungsparteien gefördert wird mit der Lüge, die derzeitige Krise habe ihre Ursache im Ausland, erweist sich als ein gefährliches Gift, das die Arbeiterklasse daran hindert, ihre wahren Gegner im Innern der Bundesrepublik zu erkennen und den Kampf gegen sie zu führen.“⁹ Es ist und bleibt darum die Pflicht jedes Kommunisten, jedes Demokraten, den Antikommunismus und Antisowjetismus, den Nationalismus im Interesse des arbeitenden Volkes in der BRD entschieden zu bekämpfen. [177]

5.3. Friedliche Koexistenz und Klassenkampf

Die ideologische Auseinandersetzung im Zusammenhang mit den Erfolgen der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung betrifft nicht zuletzt das Problem der friedlichen Koexistenz selbst. Für Strauß und die ultrarechten Scharfmacher bedeutet friedliche Koexistenz die „Kapitulation des Westens vor der Sowjetunion“. Für seine maoistischen Gesinnungsgenossen ist sie „Verrat Europas an die sowjetischen ‚Sozialimperialisten‘“. Für andere sich ultralinks gebärdende Helden der revolutionären Phrase ist sie „Klassenverrat“, „Verzicht auf den revolutionären Kampf“. Diese Behauptungen sind eine wie die andere gleichermaßen unsinnig.

Friedliche Koexistenz bedeutet, den Krieg in den Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auszuschalten. Diese Beziehungen müssen aufgebaut werden auf den Grundsätzen der Souveränität, der Gleichheit, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Friedliche Koexistenz erfordert, daß alle Differenzen zwischen den Staaten auf friedlichem Wege ausgehandelt und beigelegt werden und auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung verzichtet wird. Friedliche Koexistenz schließt ein, daß die wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils entwickelt werden.

Für eine solche Politik haben die sozialistischen Länder, haben die kommunistischen und Arbeiterparteien stets gewirkt. Der Generalsekretär der KPdSU, Genosse Breschnew, konnte mit Recht

⁹ 9. Tagung des Parteivorstands der DKP, UZ-Extra vom 6.11.1975.

feststellen: „Vom ersten außenpolitischen Akt der Sowjetmacht – dem Dekret über den Frieden – bis zu dem vom XXIV. Parteitag der KPdSU aufgestellten Friedensprogramm haben unsere Partei und unser Staat in den Hauptrichtungen des Kampfes für Frieden, Freiheit und Sicherheit der Völker Kontinuität bewahrt.“¹⁰

Die marxistische Konzeption der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gründet sich auf die Leninsche Theorie der sozialistischen Revolution. In seinen Untersuchungen über den Imperialismus kam Lenin zu der Feststellung, daß sich in diesem Stadium die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus außerordentlich ver-[178]schärft. Daraus zog er die Schlußfolgerung, daß der Sozialismus zunächst in einem Land oder in einigen Ländern siegen wird. Diese Leninsche These wurde durch die Geschichte vollauf bestätigt. Wenn der Sozialismus zunächst in einem oder in einigen Ländern siegt, so stellt sich aber zwingend die Frage nach den Beziehungen dieses sozialistischen Landes oder dieser sozialistischen Länder zur weiterbestehenden kapitalistischen Welt. Die Alternative dabei lautet letztlich: Krieg oder friedliche Koexistenz.

Lenin hat von Anfang an unterstrichen, daß eine Politik der friedlichen Koexistenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten den Interessen des Sozialismus und der Arbeiterklasse aller Länder am besten entspricht. Er hat von der ersten Stunde der Existenz der Sowjetmacht an entschlossen für die Durchsetzung dieser Politik gegen alle Anschläge der imperialistischen Kriegstreiber, aber auch gegen alle Angriffe ultralinken Superrevolutionäre gekämpft. Was die ultralinken Angriffe betrifft, so braucht in diesem Zusammenhang nur an Lenins Auseinandersetzung mit Trotzki und den sogenannten „linken Kommunisten“ erinnert werden, die 1918 bestrebt waren, den Abschluß des Friedensvertrages von Brest-Litowsk zwischen Sowjetrußland und Deutschland zu verhindern, und die dazu aufriefen, durch den revolutionären Krieg den Sieg des Sozialismus in anderen Ländern zu erzwingen. Lenin schleuderte den „linken“ Kommunisten damals die Worte ins Gesicht: Ihr seid „entsprechend der objektiven Rolle, die Ihr spielt, ein Werkzeug imperialistischer Provokateure. Eure subjektive ‚Mentalität‘ aber ist die Mentalität eines wildgewordenen Kleinbürgers ...!“¹¹

Die sozialistischen Länder und wir Kommunisten der BRD lassen uns bei unserem Eintreten für die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung von den Interessen des Sozialismus, von den Friedensinteressen der Arbeiter und aller werktätigen Menschen leiten. Die herrschenden Kreise der kapitalistischen Länder verfolgen bei der friedlichen Koexistenz ihre kapitalistischen Klassenziele. Friedliche Koexistenz ist also weder Kapitulation der einen vor der anderen Seite noch Verzicht auf den revolutionären Kampf, sondern eine Form scharfer Klassenaus-einandersetzung zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung im politischen, ökonomischen und ideologischen Bereich.

[179] Wenn ultralinke Schreihälse den Kampf um Frieden und friedliche Koexistenz als „Revisionismus“ oder „Klassenverrat“ verleumden, dann machen sie damit nur deutlich, wie weit sie von den elementaren Interessen der Arbeiterklasse, von den Grundanliegen der Arbeiterbewegung entfernt sind. Es waren und sind vor allem die Arbeiter, die die Rüstung bezahlen, die im Krieg ihr Leben lassen, die ihre Gesundheit verlieren, die mit ihren Familien ungeheure Not und Entbehungen auf sich nehmen müssen. Das gilt bei dem heutigen Stand der Waffentechnik in ganz besonderem Maße. Ein Atomwaffen- und Raketenkrieg würde Hunderte Millionen Menschen, ganze Völker, vernichten. Der Kampf um die Erhaltung des Friedens war darum von jeher ein wichtiger Teil des Kampfes der Arbeiterbewegung und von der Geburtsstunde des realen Sozialismus an das wichtigste Prinzip der Außenpolitik der sozialistischen gegenüber den kapitalistischen Staaten.

Bei der Politik der friedlichen Koexistenz gehen wir von dem marxistischen Grundsatz aus, daß der Sozialismus nicht gewaltsam in andere Länder exportiert, sondern nur auf dem Boden der Widersprüche des kapitalistischen Systems, durch den Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in jedem

¹⁰ L. I. Breschnew, Das Sowjetvolk zeigt der Menschheit neue Horizonte und neue hohe Ideale, Rede auf der gemeinsamen Festsitzung zum 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR, Moskau, 21.12.1972, Berlin 1973, S. 38.

¹¹ Lenin, Werke, Bd. 27, S. 322.

Lande selbst herbeigeführt werden kann. Für den Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern werden jedoch mit der Politik der friedlichen Koexistenz die Bedingungen verbessert:

- Die Politik der friedlichen Koexistenz schafft günstige Voraussetzungen für die schnelle Entwicklung der Wirtschaft, die Verbesserung des Lebensstandards und die Entfaltung der sozialistischen Demokratie in den Ländern des Sozialismus. Dadurch werden die Vorzüge des Sozialismus noch offensichtlicher, was seine Anziehungskraft auf die Arbeiter und die junge Generation in den kapitalistischen Ländern verstärkt.
- Angesichts des Drucks des Systemwettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus kann die Arbeiterklasse die Erfolge der sozialistischen Länder im Kampf für die Verbesserung ihrer Lebenslage und die Erweiterung ihrer demokratischen Rechte und Freiheiten nutzen.
- Unter Bedingungen der friedlichen Koexistenz sind zwar ein weiterer Abbau demokratischer Rechte durch das Großkapital, wie das Berufsverbot für Kommunisten und andere [180] Demokraten in der BRD zeigt, und sogar faschistische Tendenzen nicht ausgeschlossen. Sie sind jedoch für die Reaktion schwerer durchsetzbar als in Zeiten offener Kriegshysterie.
- Unter Bedingungen friedlicher Koexistenz wird dem Imperialismus der Export der Konterrevolution und die Niederhaltung revolutionärer Befreiungsbewegungen in anderen Ländern erschwert.
- Unter Bedingungen der friedlichen Koexistenz sind die Voraussetzungen für den Kampf der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte um Rüstungsbegrenzungen und die Verwendung der freiwerdenden Mittel für soziale Reformen im Interesse der Werktätigen günstiger.
- Mit der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz werden günstigere Bedingungen geschaffen für den Kampf gegen den Antikommunismus, der das ideologische Haupthindernis ist, das der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und für den Sozialismus im Wege steht.
- Die friedliche Koexistenz muß gegen das Monopolkapital, besonders gegen seine aggressivsten Gruppen und ihre politischen Vertretungen durchgesetzt werden. Der Kampf um diese Politik kann darum zu einem wichtigen Hebel bei der Heranführung von Arbeitermassen und anderer demokratischer Kräfte an den Kampf gegen das Monopolkapital werden.

So ist der Kampf um Frieden immer Klassenkampf, wahrhaft revolutionäre Politik. Genosse Breschnew unterstreicht darum nachdrücklich: „Unsere Außenpolitik war, ist und bleibt in ihrem Inhalt und in ihren Zielen eine Klassenpolitik – eine sozialistische Politik ...“¹²

Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bedeutet auch ganz und gar nicht, daß die sozialistischen Länder darauf verzichten müßten, Völker, die im nationalen Befreiungskampf oder im Kampf gegen imperialistische Aggressionen stehen, politisch, moralisch, materiell und, wo es notwendig ist, auch militärisch zu unterstützen. Das wird an der Politik der Sowjetunion deutlich.

Die Sowjetunion verbindet in ihrer Politik die entschiedene Abwehr der aggressiven Anschläge der imperialistischen Kräfte mit einem konstruktiven Herangehen an die wichtigsten inter-[181]nationalen Probleme. Sie kämpft unversöhnlich gegen den Imperialismus. Zugleich sucht sie nach gegenseitig vorteilhaften Beziehungen zu Staaten mit entgegengesetztem gesellschaftlichem System.

Nehmen wir dafür ein Beispiel. Als 1972 die Sowjetunion Nixon zu Verhandlungen über Probleme der Politik der friedlichen Koexistenz einlud, hat sie gleichzeitig die Unterstützung des vietnamesischen Freiheitskampfes verstärkt. Es waren ja sowjetische Raketen und Flugzeuge, mit denen die vietnamesischen Kämpfer die amerikanischen Luftpiraten über Vietnam vom Himmel holten. Es waren sowjetische Panzer, Geschütze und Granaten, mit denen die Volksbefreiungstreitkräfte ihre Offensive führten. Gerade am Vorabend des Nixon-Besuches in Moskau hat die Sowjetunion ein Abkommen über die verstärkte Unterstützung des vietnamesischen Volkes abgeschlossen. Im Kommuniqué zum

¹² L. I. Breschnew, Das Sowjetvolk zeigt der Menschheit neue Horizonte ..., S. 38.

Abschluß der Verhandlungen zwischen den führenden Repräsentanten der Sowjetunion mit Nixon heißt es: „Die sowjetische Seite betonte ihre Solidarität mit dem gerechten Kampf der Völker Vietnams, Laos’ und Kambodschas, für Freiheit, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt.“¹³

Das ist übrigens ein wesentlicher Unterschied zu dem in Schanghai nach den Verhandlungen zwischen der chinesischen Führung und Nixon vereinbarten Kommuniqué. Dort muß man vergeblich nach einer solchen Solidaritätsbekundung mit dem Kampf der Völker Indochinas suchen.

Andererseits verhandelte die Sowjetunion über die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Diese Verhandlungen und Ergebnisse verbesserten dabei nicht zuletzt auch die Kampfpositionen der Völker Indochinas. Je mehr sich der Geist der Entspannung durchsetzte, um so schwerer wurde es dem amerikanischen Imperialismus, seine Aggression gegen die Völker Indochinas fortzusetzen.

Die Praxis bestätigt so die in den Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP getroffene Feststellung: „Die von den sozialistischen Ländern betriebene Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung dient in gleicher Weise dem Schutz der sozialistischen Erwerbungschaften wie den Interessen aller, die gegen den Imperialismus, für Frieden und Fortschritt kämpfen. Friedliche Ko-[182]existenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist eine Form des internationalen Klassenkampfes auf wirtschaftlicher, politischer und ideologischer Ebene. Mit dieser Politik geht es um die Schaffung möglichst günstiger Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse und der anderen progressiven Kräfte in den kapitalistischen Ländern, für die anti-imperialistische Befreiungsbewegung und für den weiteren Aufbau in den sozialistischen Staaten. Friedliche Koexistenz erschwert den Export der Konterrevolution durch die Imperialisten. Durch die Sicherung des Friedens und das Beispiel der erfolgreichen Entwicklung des Sozialismus werden die Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik sowohl um ihre unmittelbaren materiellen und demokratischen Interessen als auch um den Sozialismus verbessert.“¹⁴

5.4. Friedliche Koexistenz und die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen

Ein Gebiet, auf das die Gegner der Politik der friedlichen Koexistenz ihre Angriffe in besonderem Maße konzentrieren, ist die Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Ultrarechte, Maoisten und Trotzlisten stehen dabei auch in dieser Frage in einer Front, auch wenn sie scheinbar entgegengesetzte „Argumente“ benutzen.

Die ultrarechten Kräfte wenden sich gegen die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen, weil dadurch den sozialistischen Ländern geholfen würde, aus ihrer angeblichen Krise herauszukommen. Eine solche Behauptung setzt schon außerordentliche Ignoranz gegenüber den wirklichen Entwicklungen voraus! In welchem der beiden Systeme ist denn das Wort Krise zu einer der am meisten gebrauchten politischen Vokabeln geworden? Wo muß denn von Wirtschaftskrisen, von Struktur- und Währungskrisen, von der Energiekrise, von der Krise im Bildungs- und Gesundheitswesen, von der Umweltkrise, der Krise der Moral und von anderen Erscheinungen der sich verschärfenden allgemeinen Krise des Kapitalismus gesprochen werden? Es sind doch wohl nicht die sozialistischen, sondern die kapitalistischen Länder, unter ihnen die BRD.

Die sozialistischen Länder haben zweifellos Probleme, die [183] es zu lösen gilt. Es sind Probleme, die bei dem raschen Tempo des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus, beim Anpacken neuer Aufgaben, beim Beschreiten neuer, in der Menschheitsgeschichte noch nicht betretener Wege entstehen. Krisenerscheinungen dagegen kennt der Sozialismus nicht. Die sozialistische Staatengemeinschaft ist heute das Wirtschaftsgebiet, das sich am schnellsten entwickelt. So ist der Anteil der Staaten des RGW an der Weltindustrieproduktion von 17 Prozent 1950 auf rund 34 Prozent im Jahre 1970 gestiegen, während sich der Anteil der entwickelten kapitalistischen Länder im gleichen Zeitraum von 75 Prozent auf rund 58 Prozent verringerte. In den seither vergangenen Jahren haben sich die Unterschiede im Tempo der Entwicklung der sozialistischen und der kapitalistischen Länder noch weiter zugunsten des Sozialismus vergrößert.

¹³ Gemeinsames sowjetisch-amerikanisches Kommuniqué, in: Bonner Korrespondenz, Nr. 40/72 vom S. 6. 1972, Blatt 3.

¹⁴ Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, These 21.

Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß für die Sowjetunion oder andere sozialistische Länder enge wirtschaftliche Beziehungen zur BRD lebensnotwendig seien und die sozialistischen Länder ohne sie nicht leben könnten. Die sozialistischen Länder treten in erster Linie für die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zu den kapitalistischen Staaten ein, weil sie darin, wie Genosse Breschnew in seiner Rede auf dem Weltkongreß der Friedenskräfte betonte, „ein Mittel zur sicheren materiellen Untermauerung der friedlichen Beziehungen zwischen den Staaten sehen“.¹⁵ Dieses Herangehen entspricht voll und ganz der Haltung Lenins, der entwickelte Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern als die materielle Grundlage der Politik der friedlichen Koexistenz einschätzte.¹⁶

Der Ausbau der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Ländern ist auch ökonomisch für beide Seiten von Vorteil. Wenn das nicht so wäre, käme er nicht zustande. Der Vorteil liegt darin, daß es sich bei beiden Seiten um hochentwickelte Länder handelt, wobei die eine Seite auf diesem, die andere auf jenem Gebiet der Wissenschaft, der Technik und der Produktion führend ist, so daß ein Austausch beiden Nutzen bringt. Für die BRD kommt hinzu, daß Wirtschaftsbeziehungen mit der krisenfreien Wirtschaft der sozialistischen Länder natürlich besonders vorteilhaft sind.

Die Motive, die dieser Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen in der kapitalistischen BRD und in den sozialistischen Ländern zugrunde liegen, sind dabei grundverschieden. Den Kapitalisten in unserem Lande geht es wie den Kapitalisten überall um die Steigerung ihrer Profite. Das ist für sie die Triebfeder aller Überlegungen und Handlungen. Ohne Profit dreht sich im Kapitalismus kein Rad. Den sozialistischen Ländern geht es dagegen darum, die Ausweitung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen mit kapitalistischen Ländern zu nutzen, um noch schneller bei der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen, beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus voranzukommen.

Das ist im übrigen nichts Neues für den Sozialismus. Schon Anfang der zwanziger Jahre, nach den Zerrüttungen des Krieges und Bürgerkrieges, stellte Lenin fest, daß die baldige wirtschaftliche Wiedergeburt Rußlands, die Wiederherstellung seiner Produktivkräfte „noch mehr beschleunigt werden kann durch das Heranziehen von ausländischen Staats- und Kommunalstellen von Privatbetrieben, Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Arbeiterorganisationen anderer Staaten zwecks Gewinnung und Verarbeitung der Naturschätze Rußlands“.¹⁷ Lenin erklärte klipp und klar: „Man muß das Gute aus dem Ausland mit beiden Händen schöpfen ...“¹⁸

Das Bemühen Lenins um die Heranziehung kapitalistischer Betriebe und ihrer Erfahrungen für den sozialistischen Aufbau macht deutlich, wie unsinnig die Behauptung ultralinken Kritiker ist, daß es revisionistisch oder gar eine Rückkehr zum Kapitalismus sei, wenn sich die Sowjetunion z. B. von Fiat ein Automobil-Werk aufbauen läßt. Man muß doch die Frage stellen, ob es denn für den sozialistischen Aufbau – und damit für die Stärkung des Hauptfaktors der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Imperialismus – nicht vorteilhafter ist, die Erfahrungen des Fiat-Konzern dafür zu nutzen, schnell und mit weniger Mitteln moderne Autos zu produzieren, wobei natürlich auch der Fiat-Konzern seine Profite macht, als selbst langwieriger und unter Ausgabe von größeren Mitteln des sozialistischen Staates diese Erfahrungen erst zu sammeln – wobei die Unsinnigkeit der Behauptung von der Rückkehr zum Kapitalismus schon dadurch auf der Hand liegt, daß die mit Hilfe kapitalistischer Unternehmen aufgebauten Betriebe Eigentum des Sowjetstaates sind.

[185] Ein ähnliches Glanzstück maoistischer und trotzkistischer „Revisionismuskritik“ ist der Vorwurf, daß die Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen der sozialistischen zu den kapitalistischen Staaten den revolutionären Kampf in den Ländern des Kapitals abschwäche, da sie dem Kapitalismus helfe, Wirtschaftskrisen zu vermeiden.

¹⁵ Vgl. DVZ-Dokumentation zum Weltkongreß der Friedenskräfte.

¹⁶ Vgl. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 138.

¹⁷ Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 42, S. 79 (russ.) – zit. nach: Lenin und die Außenpolitik der UdSSR, Verlag Marxistische Blätter, S. 100.

¹⁸ Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 36, S. 550 (russ.) – zit. nach: Lenin und die Außenpolitik der UdSSR, S. 89.

Ein solcher Unsinn zeugt nur von einem völligen Unverständnis der Widersprüche und Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus. Die Ursachen der kapitalistischen Wirtschaftskrisen sind vor allem im Grundwiderspruch des Kapitalismus, dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung der Produktionsergebnisse durch die Kapitalisten und dem darauf begründeten Widerspruch zwischen dem Streben des Kapitals nach schrankenloser Ausdehnung der Produktion bei begrenzter zahlungsfähiger Nachfrage der werktätigen Massen sowie in der Anarchie des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses im Kapitalismus zu suchen. Diese Widersprüche können durch keinerlei äußere Faktoren aus der Welt geschafft werden. Im übrigen ist es ja wohl auch etwas zu simpel, wenn man sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern als Einbahnstraße vorstellt. Die sozialistischen Länder sind auf eine ausgeglichene Zahlungsbilanz mit den kapitalistischen Ländern bedacht, d. h., sie importieren nicht nur aus diesen Ländern, sondern sie exportieren auch dorthin.

Außerdem waren Marxisten niemals Anhänger der Losung: Je schlechter es der Arbeiterklasse geht, desto besser. Eine solche Auffassung widerspricht einer wirklichen Interessenvertretung des arbeitenden Volkes. Die Kommunisten sind schon immer dafür eingetreten, daß sich die Arbeiterklasse auch bereits im Kapitalismus einen möglichst hohen Lebensstandard erringt. Auch darum treten wir heute für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der krisenfesten Wirtschaft der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder ein. Diese Beziehungen können nicht die Gebrechen des Kapitalismus heilen, in bestimmten Bereichen jedoch günstigere Möglichkeiten für den Kampf der Arbeiter um die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung ihres Lebensstandards schaffen. [186]

5.5. Mit welchem Ziel Austausch von Menschen, Meinungen und Informationen?

Im Zusammenhang mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und ihren Ergebnissen wird von den bürgerlichen Meinungsmachern viel vom „freien Austausch von Menschen, Meinungen und Informationen“ gesprochen. Wenn man ihnen Glauben schenken wollte, dann wären die sozialistischen Länder erst unter dem Druck des Westens bereit gewesen, auf der Konferenz ihre Zustimmung zur Erweiterung eines solchen Austausches zu geben und heute bemüht, diese Aussagen der Konferenz zu hintertreiben. Doch wie verhält es sich tatsächlich? Welches Ziel verfolgen die Politiker und Ideologen des Imperialismus, wenn sie den „freien Austausch von Menschen, Meinungen und Informationen“ fordern? Wie ist die Haltung der sozialistischen Länder und unser Standpunkt als Kommunisten zu dieser Frage?

Worum es den Vertretern des Imperialismus geht, hat der berüchtigte kalte Krieger, der AFL/CIO-Boß, George Meany, im Oktober vergangenen Jahres vor dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Senats der USA unumwunden zum Ausdruck gebracht, indem er erklärte: „Wir sind für eine Entspannung, in der die Sowjetunion ihren ideologischen Kampf gegen den Westen einstellt ... Wir bejahen eine Entspannung, bei der dem Fluß westlicher Hilfe für den Osten durch einen freien Fluß von Menschen und Meinungen in Osteuropa und in der Sowjetunion entsprochen wird.“¹⁹

Deutlicher können die konterrevolutionären Absichten nicht ausgesprochen werden, die die reaktionärsten Kreise des Imperialismus im Zusammenhang mit dem sogenannten freien Austausch von Ideen hegen. Es sei denn, man läßt Springers „Welt“ noch zu Wort kommen, die schon am 2.1.1973 schrieb, es gehe darum, „daß die Gedankenwelt Westeuropas ungehindert nach Osteuropa dringen kann, daß aus solchen Veränderungen der geistigen Landschaft Osteuropas die Berechtigung von Veränderungen seiner politischen Gegebenheiten und Bündnisse abgeleitet wird.“

Wenn Springer von der „Gedankenwelt Westeuropas“ spricht, dann meint er damit selbstverständlich nicht den in Westeuropa von Marx und Engels erarbeiteten wissenschaftlichen Sozialis-[187]mus, der nicht erst nach Osteuropa exportiert zu werden braucht, sondern dort in Gestalt des realen Sozialismus seine materielle Verwirklichung gefunden hat. Springer geht es auch keineswegs um die Verbreitung der Werke solcher westeuropäischer Humanisten wie Honoré de Balzac, Victor Hugo, George Bernard Shaw oder Thomas Mann, die in den sozialistischen Ländern in weit größeren

¹⁹ George Meany, Kurzfassung der Erklärung vor dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Senats der USA, Sonderdruck der Staats- und wirtschaftspolitischen Gesellschaft e. V., S. 16.

Auflagen gedruckt und gelesen werden als in Westeuropa. Wenn Springer von der Verbreitung der Gedankenwelt Westeuropas spricht, dann geht es ihm um den Export der in Westeuropa herrschenden bürgerlich-imperialistischen Ideologie der kapitalistischen Ausbeutung, des Profitstrebens, des Nationalismus und Antikommunismus.

Wenn die bürgerlichen Ideologen und Politiker heute den freien Austausch von Personen, Ideen und Informationen fordern, so könnte für denjenigen, der die politischen Entwicklungen nur oberflächlich beurteilt, der Eindruck entstehen, als sei der Kapitalismus bemüht, die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus von der Ebene der militärischen Konfrontation auf das Feld des ideologischen Kampfes zu drängen. Bei gründlicher Betrachtung liegen die Dinge jedoch völlig anders. Das veränderte Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus, die Friedensoffensive der Länder der sozialistischen Gemeinschaft haben den kapitalistischen Staaten als Hauptfelder der weltweiten Systemauseinandersetzung den ökonomischen und ideologischen Kampf aufgezwungen. Auf beiden Gebieten ist aber auf eine längere Frist betrachtet die Überlegenheit des Sozialismus besonders offensichtlich. Die bürgerliche Ideologie, die die Klasseninteressen der Bourgeoisie zum Ausdruck bringt, also ideologischer Interessenausdruck einer kleinen Minderheit der Bevölkerung ist, die von Eklektizismus geprägt ist, hat der geschlossenen, wissenschaftlich begründeten Ideologie von Marx, Engels und Lenin, die der ideologische Ausdruck der Interessen der Arbeiterklasse, d. h. der großen Mehrheit der Bevölkerung ist, längerfristig nichts entgegenzusetzen.

Das bedeutet jedoch nicht, daß sich das Monopolkapital und seine Ideologen passiv mit der veränderten Situation abfinden, im Gegenteil. Sie sind bemüht, auf ideologischem Gebiet in die Gegenoffensive zu kommen. Dabei nutzen sie das durch ihre eigene Meinungsmanipulation weitverbreitete falsche Bild der Bevölkerung der kapitalistischen Länder über das Leben im [188] Sozialismus, aber auch den Umstand, daß auch bei einem Teil der Menschen in den sozialistischen Ländern noch Überreste bürgerlichen Denkens vorhanden sind.

Die marxistische These, daß das gesellschaftliche Sein das gesellschaftliche Bewußtsein bestimmt, heißt ja keineswegs, daß es sich dabei um einen sich automatisch vollziehenden Zusammenhang oder um einen Prozeß handelt, der in wenigen Jahren abgeschlossen werden könnte. Der Kampf gegen die Überreste bürgerlicher Ideologie ist auch nach dem Sieg der sozialistischen Revolution noch ein langwieriger Prozeß, zumal eine kapitalistische Umwelt und noch dazu in industriell hochentwickelten kapitalistischen Ländern weiterexistiert.

Wenn bürgerliche Politiker und Ideologen vom freien Austausch der Ideen sprechen, dann müssen wir als Marxisten zunächst prinzipiell feststellen:

- Die marxistisch-leninistische Weltanschauung, die wissenschaftlich begründete Ideologie, ist nicht austauschbar mit den unwissenschaftlichen Irrlehren der bürgerlichen Ideologie.
- Die revolutionären Ideen des Marxismus sind nicht austauschbar mit konterrevolutionärer bürgerlicher Propaganda.
- Die Ideen des proletarischen Internationalismus sind nicht austauschbar mit der Ideologie des bürgerlichen Nationalismus.
- Der wissenschaftliche Sozialismus ist nicht austauschbar mit dem Antikommunismus.

Zwischen der unwissenschaftlichen, reaktionären Ideologie der kapitalistischen Ausbeuter, der bürgerlichen Ideologie, und der wissenschaftlich begründeten sozialistischen Ideologie, der Ideologie der Arbeiterklasse, kann es weder Austausch noch friedliche Koexistenz, sondern nur erbitterten, unversöhnlichen Klassenkampf geben.

Völlig absurd ist die von sozialdemokratischen Führern vertretene Forderung nach ideologischer Konvergenz. So liest man z. B. im „Vorwärts“, dem Zentralorgan der SPD, die seltsame These, „daß die Theorie der Zukunft weder kapitalistisch noch sozialistisch sein kann. Sie wird einen neuen Namen tragen müssen, damit sie aus der Zone der politischen Verdächtigung herauskommt. Sie wird vermutlich die besten Elemente beider Theorien in sich vereinigen müssen.“²⁰

²⁰ Vorwärts, 14.11.1974.

Als Marxisten antworten wir auf diese Versuche der ideologischen Entwaffnung der Arbeiterklasse mit der durch das Leben [189] bestätigten Feststellung Lenins in seiner Schrift „Was tun?“, daß die Frage nur so stehen kann: „... bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht (denn eine ‚dritte‘ Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen, wie es überhaupt in einer Gesellschaft, die von Klassengegensätzen zerfleischt wird, niemals eine außerhalb der Klassen oder über den Klassen stehende Ideologie geben kann).“²¹

Diese Feststellung Lenins gilt uneingeschränkt für den Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern und ebenso für die Klassenauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Nun könnte man die Frage stellen: Verträgt sich diese kompromißlose Absage an die bürgerliche Ideologie denn mit unserer positiven Haltung zum humanistischen Kulturerbe und den humanistischen Werken bürgerlicher Künstler und Wissenschaftler der Gegenwart? Sie verträgt sich sehr wohl. Wie die Dialektik der gesellschaftlichen Entwicklung darin zum Ausdruck kommt, daß der Sozialismus alles Wertvolle, das vorangegangene Gesellschaftsordnungen hervorgebracht haben, dadurch aufbewahrt, daß es auf einer höheren Stufe des gesellschaftlichen Fortschritts reproduziert wird, besteht die Dialektik der geistigen Entwicklung darin, daß Marx und Engels bei der Ausarbeitung der sozialistischen Ideologie alles Positive aus der Geschichte des menschlichen Denkens kritisch verarbeitet und auf eine neue, höhere Stufe gehoben haben. Die sozialistische Ideologie bereichert sich auch heute ständig dadurch, daß sie alles Wertvolle, Humanistische, das menschlicher Geist hervorbringt, unter dem Gesichtspunkt der Klasseninteressen der Arbeiterklasse und des gesellschaftlichen Fortschritts kritisch verarbeitet, in sich aufnimmt und damit auf eine höhere Ebene hebt. Das hat jedoch weder etwas mit ideologischer Koexistenz noch gar mit ideologischer Konvergenz zu tun, denn dieser Prozeß vollzieht sich in erbitterter Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie, und er führt auch keineswegs zu einer ideologischen Mißgeburt, die weder bürgerliche noch sozialistische Ideologie ist, sondern zur weiteren Stärkung und noch größeren Wirksamkeit der sozialistischen Ideologie.

Wenn bürgerliche und revisionistische Ideologen behaupten, die Ablehnung der ideologischen Koexistenz sei ein Hindernis für die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, so liegen die Dinge in Wirklichkeit umgekehrt. Der ideologische Kampf fördert die friedliche Koexistenz, weil er die Menschen für den Kampf gegen die Feinde des Friedens, für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen mobilisiert.

Das ist unsere prinzipielle Position zu der Forderung nach „freiem Austausch“ und „friedlicher Koexistenz“ der Ideen. Das bedeutet aber nun nicht, daß wir gegen die Erweiterung der kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern seien. Im Gegenteil. Wir sind für einen vermehrten Gedankenaustausch, für die Erweiterung des Austausches humanistischer Kulturgüter, für verstärkte Begegnungen der Jugend, der Arbeiter und anderer Bevölkerungsschichten zur Förderung des Friedens und der guten Nachbarschaft. Das Auftreten von Künstlern und Wissenschaftlern aus sozialistischen Staaten in der BRD oder die Möglichkeit für Arbeiter unseres Landes, sich mit dem Leben im Sozialismus vertraut zu machen, ist eine große Hilfe für uns. Sie können dazu beitragen, die Desinformation der Bevölkerung der BRD über den realen Sozialismus abzubauen.

Wie groß die Fehlinformation über die Länder der sozialistischen Gemeinschaft in der BRD ist, zeigen z. B. vom DDR-Fernsehen Ende 1974 ausgestrahlte Interviews mit Bürgern der BRD unter dem Titel „Was denkt der Bundesbürger über die DDR“ und eine dazu in der sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“ veröffentlichte Betrachtung des DDR-Korrespondenten dieser Zeitung. Der Korrespondent schreibt über den Film: „Das waren bittere Minuten für zuschauende Bundesbürger, zumal für DDR-Kenner. Denn die Ahnungslosigkeit, die dabei zum Vorschein kam, ist doch auch die Folge unserer Spielart von Abgrenzung gegen die DDR ...“²²

²¹ Lenin, Werke, Bd. 5, S. 396.

²² Vorwärts, 14.10.1974.

So verblüfften die befragten Bundesbürger bei der Fernsehreportage z. B. trotz eingestandener Unkenntnis über die DDR damit die Zuschauer, daß sie dennoch genau wußten, in der DDR gebe es keine Freiheit.

Der sozialdemokratische Korrespondent nennt folgende Ursachen für die mangelnde oder falsche Information der Bürger der BRD über die DDR: „Das Kommunisten-Tabu drosselt den Erkenntnistrieb. Mangelnde Selbstsicherheit in bezug auf [191] den eigenen Staat und die eigene Gesellschaftsordnung verstellt den Blick für das, was die Entwicklung der DDR vorangetrieben hat. Dem Kommunismus Erfolge zu bescheinigen, so befürchten viele Bundesbürger, käme schon einer Art Kapitulation gleich.“ Weiter schreibt er: „... Interesse für den Staat und diese Gesellschaft dort, das nicht von vornherein in der DDR den Feind sieht, – oder sich nach allen Seiten hin gegen den Verdacht absichert, nicht genügend kritisch zu sein – (macht) noch immer verdächtig.“ Der Korrespondent kommt zu dem richtigen Schluß: „Aber der Bundesrepublik wird auf die Dauer nicht erspart bleiben, sich intellektuell der Herausforderung zu stellen, die die DDR und ihre Art von Sozialismus für uns bedeuten. Administrative Maßnahmen ... werden wenig ausrichten. Dafür sorgt die bloße Existenz der DDR.“

Die mangelnde Information über den Sozialismus ist allerdings keine Besonderheit der BRD. Sie gilt auch für die anderen kapitalistischen Länder. Das zeigt sich z. B. in folgenden Tatsachen: Während Intervision – die Fernsehgemeinschaft der sozialistischen Länder – 60 Prozent der von Eurovision – dem Fernsehverbund europäischer kapitalistischer Länder – angebotenen Fernsehnachrichten abstrahlt, verwendet Eurovision lediglich 10 Prozent des Intervisionsangebots. Während von 1950 bis 1973 in der DDR 113 französische und 151 italienische Filme gezeigt wurden, sahen die Franzosen 12 und die Italiener 23 DDR-Filme im gleichen Zeitraum.²³ Während in der Sowjetunion in der Nachkriegszeit etwa 15 000 Buchttitel aus den USA, Frankreich, Großbritannien und der BRD erschienen sind, brachten diese Länder zusammengenommen im gleichen Zeitraum nur etwa 2.500 Titel sowjetischer Schriftsteller auf den Markt.²⁴

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Art und Weise und der Umfang der Information über das Abschlußdokument der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ in den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern. Im Abschlußdokument wird ausdrücklich festgelegt, daß der Text dieses Dokuments in jedem Teilnehmerstaat veröffentlicht und möglichst weit verbreitet wird. Die bürgerliche Presse verkündete daraufhin, daß die sozialistischen Staaten wegen der im Text auch enthaltenen Vereinbarungen über die Entwicklung der Zusammenarbeit im humanitären Bereich nicht [192] den Mut haben werden, das Abschlußdokument im Wortlaut zu veröffentlichen. Wie sehen aber die Fakten aus?

Am 2. August 1975 wurde der vollständige Text des Abschlußdokuments in den beiden zentralen sowjetischen Zeitungen „Prawda“ und „Iswestija“ in einer Gesamtauflage von 20 Millionen Exemplaren verbreitet. Außerdem wurde eine Broschüre mit dem Text des Dokuments in einer Auflage von 100.000 Exemplaren herausgegeben. Zusätzlich wird das Abschlußdokument in den Sprachen der Völker der UdSSR gedruckt. Das Dokument wurde unmittelbar nach Abschluß der Konferenz in Helsinki auch in den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft veröffentlicht, in der DDR z. B. in einer Auflage von 2 Millionen Exemplaren.

Anders in den kapitalistischen Ländern. Nach den bis Anfang November 1975 vorliegenden Angaben hat keine einzige große bürgerliche Tageszeitung den vollständigen Text des Abschlußdokuments der KSZE abgedruckt. In den USA wurde der Wortlaut in offiziellen Regierungsinformationen in einer Auflage von 7.000 Exemplaren veröffentlicht, in Frankreich in einer Auflage von 6.000 und in Italien von 10.000 bis 12.000 Exemplaren. In Österreich hat das Regierungsbulletin das Abschlußdokument in 40.000 Exemplaren gedruckt. In Großbritannien wurde das Dokument als offizielle Broschüre in 3.500 Exemplaren herausgegeben. In der BRD erschienen 40.000 Exemplare einer offiziellen Broschüre. Außerdem wurde das Abschlußdokument der sozialdemokratischen Wochenzeitung „Vorwärts“, die eine Auflage von 100.000 Exemplaren hat, beigelegt.²⁵

²³ Vgl. Forum, Berlin, Nr. 22/74.

²⁴ Vgl. UZ, 23.10.1975.

²⁵ Angaben nach: Prawda, 18.11.1975.

Wer bremst hier den freien Informationsaustausch? Es sind die herrschenden Kreise der kapitalistischen Länder, die die wachsende Ausstrahlungskraft des realen Sozialismus blockieren möchten.

Die sozialistischen Länder sind dagegen für die Erweiterung der Kontakte, für die Ausdehnung kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen. Vom Generalsekretär der KPdSU, Genossen Breschnew, stammt der Satz: „Wir sind von der Richtigkeit unseres Weges, unserer marxistisch-leninistischen Ideologie überzeugt und zweifeln nicht daran, daß naturgemäß unter den Bedingungen der Entspannung die Erweiterung der Kontakte, der Austausch geistiger Werte und Informationen und die Entwick-[193]lung von Beziehungen zwischen der Öffentlichkeit der verschiedenen Länder für die Verbreitung der Wahrheit über den Sozialismus und die Gewinnung neuer Anhänger der Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus sehr nützlich sind.“²⁶

Zugleich nennt der Generalsekretär der KPdSU aber auch die Prinzipien der Zusammenarbeit, wenn er betont, daß sie nur dann möglich ist, wenn sie „unter Achtung der Souveränität, der Gesetze und Sitten jedes Landes erfolgt und der gegenseitigen geistigen Bereicherung der Völker, der Zunahme des Vertrauens zwischen ihnen, der Durchsetzung der Ideen des Friedens und der guten Nachbarschaft dienen werden. Hier kann es Fortschritte nur geben, wenn man im Geiste der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung in die Angelegenheiten des anderen, nicht aber von Positionen des Kalten Krieges aus handelt.“²⁷

Diese Position haben die Vertreter der sozialistischen Länder in den Verhandlungen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stets vertreten. Sie hat in der Schlußakte der Konferenz ihren Niederschlag gefunden, in der es zur Einleitung des Abschnitts über die „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ heißt:

„Die Teilnehmerstaaten,

Von dem Wunsche geleitet, zur Stärkung des Friedens und der Verständigung zwischen den Völkern und zur geistigen Bereicherung der menschlichen Persönlichkeit ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion beizutragen,

Im Bewußtsein, daß eine Steigerung des Austausches auf dem Gebiet der Kultur und Bildung, eine größere Verbreitung von Information, Kontakte zwischen den Menschen und die Lösung humanitärer Probleme zur Erreichung dieser Ziele beitragen werden,

Daher entschlossen, unabhängig von ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systemen untereinander zusammenzuarbeiten, um in den oben genannten Bereichen bessere Bedingungen zu schaffen, bestehende Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln und zu stärken sowie neue, diesen Zielen gemäße Mittel und Wege auszuarbeiten,

In der Überzeugung, daß diese Zusammenarbeit unter voller Achtung der die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten [194] leitenden Prinzipien durchgeführt werden sollte, wie sie in dem einschlägigen Dokument angeführt sind,

Haben folgendes angenommen:“²⁸

Zu den hier angesprochenen Prinzipien gehören vor allem aber auch die Achtung der Souveränität und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

Die Beachtung der Gesetze, der Sitten und Gebräuche des jeweiligen Landes und die Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten beim Austausch von Personen und Informationen wird im übrigen auch in den Beziehungen zwischen kapitalistischen Ländern untereinander von vielen Staaten gefordert. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Island 1974 bei den Stationierungsverhandlungen über den Stützpunkt Keflavik Maßnahmen durchsetzte, die den Empfang der Fernsehsendungen der US-Truppen für die Bürger der benachbarten Hauptstadt Reykjavik verhinderten. Als Begründung hieß es,

²⁶ Zit. nach Forum, Nr. 22/74.

²⁷ L. I. Breschnew, Das Sowjetvolk zeigt der Menschheit neue Horizonte ..., a. a. O., S. 91.

²⁸ Was man über Helsinki wissen muß – Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Dokumente, Reden, Beschlüsse, S. 34.

das US-Fernsehen fördere die unerwünschte Amerikanisierung des Lebens und zerstöre die isländischen Kulturwerte. Auch auf Okinawa muß die „Stimme Amerikas“ ihre Sendungen bis spätestens 1977 einstellen.²⁹

Die sozialdemokratisch geführte Regierung der BRD, des Landes also, von dessen Territorium aus die Diversionssender „Radio Liberty“ und „Free Europe“ ausstrahlen, könnte sich hier ein Beispiel nehmen.

Im übrigen muß beim Austausch geistiger Werte und Informationen natürlich beachtet werden, daß es Ideen gibt, die nach der UN-Charta, nach der Menschenrechtskonvention, also nach dem Völkerrecht und auch nach dem Grundgesetz der BRD verboten sind, wie Kriegshetze, Faschismus und Rassismus. Für das Gift dieser Ideen, das täglich in der faschistischen „Nationalzeitung“, im „Bayern-Kurier“, in den Springer-Gazetten, in den „Landser-Heften“, in Filmen, Rundfunk- und Fernsehbeiträgen gebraut und den Bürgern unseres Landes eingepflegt wird, werden ganz sicher auch in Zukunft die Grenzen der sozialistischen Länder unübersteigbar bleiben. Wenn diesem Gift Grenzen gesetzt werden, so liegt das nicht nur im Interesse der sozialistischen Staaten, sondern vor allem auch im wohlverstandenen Interesse der Menschen in der BRD selbst.

Eine Zusammenarbeit der Menschen und kulturelle Kontakte im Interesse des Friedens und der Völkerverständigung braucht [195] dagegen von den sozialistischen Ländern nicht erst gefordert zu werden. Sie sind die Vorkämpfer solcher Beziehungen und sie werden von ihnen seit eh und je praktiziert. Es braucht in diesem Zusammenhang nur an die zahlreichen Weltjugendfestspiele in den Hauptstädten sozialistischer Länder, an die Besuche von Arbeiterdelegationen aus der BRD in der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, an die vielfältigen wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte erinnert zu werden. Es waren die kapitalistischen Länder und ihre Regierungen, die bis in die jüngste Zeit hinein mit allen Mitteln gegen diese Kontakte vorgegangen sind. 1951 wurde auf junge Menschen in der Bundesrepublik, die bei den Weltjugendfestspielen in Berlin Meinungen und Informationen mit der Jugend aus sozialistischen Ländern austauschen wollten, vom Bundesgrenzschutz geschossen. Arbeiter, die mit ihren Kollegen in der DDR Gespräche führen wollten, wurden dafür noch vor wenigen Jahren in der BRD verfolgt und in die Gefängnisse gesperrt. Und wenn die Herrschenden und ihre Soldschreiber in der BRD behaupten, heute könne jeder Bürger der Bundesrepublik ungehindert in die DDR oder andere sozialistische Länder reisen und sich auch das „Neue Deutschland“ bestellen, wenn er das wolle, so ist das gelinde gesagt Irreführung und Augenwischerei. Wenn ein Beamter in die DDR oder in die Sowjetunion fahren will, so braucht er dazu die Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde. Diese Reise wird in seinen Personalakten festgehalten, was für sein berufliches Fortkommen nicht gerade von Vorteil ist. Und wenn ein Student das „Neue Deutschland“ bestellt, so wird das beim Verfassungsschutz registriert und kann später ebenso wie Reisen in sozialistische Länder oder die Teilnahme an Vortragsveranstaltungen über den Marxismus Grund für die Nichteinstellung in den öffentlichen Dienst sein. Die Berufsverbote für Kommunisten und andere Demokraten entlarven die Verlogenheit der bürgerlichen Politiker und Meinungsmacher, die nach freiem Austausch von Menschen, Meinungen und Informationen rufen, besonders anschaulich.

Wir fordern entschieden die Beseitigung des Skandals, daß Bürgern unseres Landes wegen fortschrittlicher Gesinnung die Möglichkeit genommen wird, ihren erlernten Beruf auszuüben. Wir fordern Freiheit für die Verbreitung unserer marxistisch-[196]leninistischen Weltanschauung in der BRD. Wer den freien Austausch von Ideen fordert und zugleich im eigenen Lande fortschrittliche Ideen unterdrückt, der entlarvt seine konterrevolutionären Absichten selbst.

Wir Kommunisten in der BRD sind stets bereit zur ideologischen Auseinandersetzung. Wir wissen, unsere marxistisch-leninistische Weltanschauung, das konsequente Eintreten für die Interessen der Arbeiterklasse, das Leben selbst gibt uns die stärkeren Argumente.

²⁹ Forum, Nr. 22/74.

5.6. Probleme des Wettstreits der beiden Lebensweisen und die Konzeption der „Qualität des Lebens“³⁰

5.6.1. Zum Wettstreit der beiden Lebensweisen

In der weltweiten Klassenauseinandersetzung und im Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus gewinnen die Fragen des Wettstreits der beiden Lebensweisen immer größere Bedeutung. Sie sind wichtiger Bestandteil des Wettbewerbs zwischen den beiden Systemen. So, wie das gewachsene politische und ökonomische Gewicht der sozialistischen Staatengemeinschaft – und vor allem ihrer führenden Kraft, der Sowjetunion – sich entscheidend auf die Entwicklung der Verhältnisse der Klassenkräfte der Welt auswirkt, so fördert die wachsende Ausstrahlungskraft der sozialistischen Lebensweise angesichts der tiefen Krise des kapitalistischen Systems den Kampf der Werktätigen der Länder des Kapitals für ihre Rechte, für soziale und politische Veränderungen der Gesellschaft.

Wie andere gesellschaftliche Begriffe wird auch der Begriff „Lebensweise“ von uns Marxisten anders definiert als von den bürgerlichen Ideologen. Wir verstehen darunter die Gesamtheit der Lebensumstände des Menschen in einer gegebenen Gesellschaft, sowohl die politischen, ökonomischen, sozialen als auch die kulturellen, ethisch-moralischen und psychischen Bedingungen, unter denen sich das Leben und die Arbeit des Menschen vollziehen. Der Begriff, wie wir ihn verstehen, geht also über den Begriff des „Lebensstandards“ hinaus, der sich im wesentlichen auf einen Teil der materiellen Bedingungen des Lebens [197] beschränkt und mit dem bürgerliche Ideologen das Leben in ein Schema von Lohn- und Preistabellen pressen. Er ist aber ebensowenig im Sinne einer bloßen nationalen oder emotionalen Haltung oder bestimmter Gewohnheiten zu verstehen.

Der Begriff „Lebensweise“ umfaßt das gesamte materielle und kulturelle Lebensniveau des Menschen als Individuum und als gesellschaftliches Wesen, seine Rechte, seine Möglichkeiten, nützliche und befriedigende Arbeit zu vollbringen, sich und seine Familie mit Nahrung, Kleidung, Wohnung zu versorgen, sich zu bilden und zu erholen, seine Gesundheit zu erhalten, seinem Leben Sinn und Inhalt zu geben, seine Persönlichkeit zu entfalten, sich als gleichberechtigtes und geachtetes Glied der Gesellschaft zu betätigen, über seine Zukunft mit zu entscheiden.

Die Lebensweise ist gesellschaftlich bedingt: sie wird letztlich bestimmt durch den Charakter der Gesellschaft. Natürlich wirken nationale und historische Besonderheiten auf die Lebensweise ein. Ausschlaggebend aber sind die Macht- und Besitzverhältnisse, in letzter Instanz der Charakter des Eigentums an den Produktionsmitteln. Die Lebensweise in einer Ausbeutergesellschaft unterscheidet sich, unabhängig vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte, grundlegend von der Lebensweise einer Gesellschaft, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwunden ist.

In der Klassengesellschaft ist die Lebensweise der verschiedenen Klassen und Schichten von großen Unterschieden und Gegensätzen gekennzeichnet. Es wäre absurd, von einer auch nur annähernd ähnlichen oder gar „einheitlichen“ Lebensweise eines Konzernchefs und „seiner“ Arbeiter zu sprechen. In einer Gesellschaft, in der auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums die Klassengegensätze überwunden sind, nähern sich die Lebensweisen aller Mitglieder der Gesellschaft, aller Werktätigen einander an. Wenn wir als Kommunisten über Lebensweise sprechen, sie vergleichen, haben wir hier wie dort die Werktätigen im Auge, die Masse der Bevölkerung. Dabei ist zu beobachten, daß der Profitmechanismus mit seinen vielfältigen Folgen die Lebensweise der Werktätigen im Kapitalismus nicht nur in materieller Hinsicht beeinflußt und prägt.

Von hier aus ergibt sich auch die Unsinnigkeit der Darstellung des Lebens in den kapitalistischen Ländern auf Grund [198] von „Durchschnittszahlen“ der bürgerlichen Statistik (Durchschnittseinkommen, Durchschnittsverbrauch, durchschnittliche Steigerung der Lebenshaltungskosten usw.). Solche Kennziffern verschleiern die tatsächliche Lage der einzelnen Klassen und Schichten, die tiefe soziale Kluft, die die kapitalistische Gesellschaft spaltet. Sie beschönigen die Lage der Ärmsten, der

³⁰ Bei der Ausarbeitung dieses Abschnitts wurde zum Teil ein Arbeitsmaterial verwendet, das vom Referat „Theorie und marxistische Bildung“ beim Parteivorstand der DKP unter wesentlicher Mitarbeit des Autors für eine wissenschaftliche Konferenz der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ vorgelegt wurde.

Kinderreichen, der Alten, der Frauen, der Jugend. Sie sind nicht vergleichbar mit Durchschnittsangaben der sozialistischen Länder, die die Kluft zwischen parasitärem Reichtum und bitterer Armut nicht kennen.

Ein hohes Niveau und die ständige Erweiterung der materiellen Lebensgrundlagen der Werktätigen ist eines der Ziele der Kommunisten. Uns Marxisten ist jede Unterschätzung der Konsumtion und ihrer Entwicklung als wichtiger Faktor des Lebens der Menschen und der Gesellschaft fremd. In den sozialistischen Ländern können wir eine kontinuierliche Erhöhung der individuellen und der gesellschaftlichen Konsumtion beobachten, die Jahr für Jahr auf der Grundlage der Entfaltung der Produktion planmäßig steigt.

Bürgerliche Ideologen und Verfechter der kapitalistischen Produktionsweise haben jedoch den Grad des Konsums bestimmter Artikel – Autos, Modewaren, Farbfernseher – zum alleinigen Gradmesser für den Lebensstandard und die Lebensweise gemacht. Darin widerspiegelt sich nicht nur die enge, auf den Erwerb materieller Güter beschränkte Lebensauffassung der herrschenden Klasse, sondern auch deren ökonomisches Interesse an hohem Umsatz, an Ausdehnung ihrer Absatzmärkte, an hohem Profit durch raschen Verschleiß der verkauften Waren und Manipulierung der Bedürfnisse. Für das Lebensniveau der Werktätigen entscheidende Faktoren werden dabei jedoch beiseite geschoben.

Nichts ist, neben der Erhaltung des Friedens, für den arbeitenden Menschen wichtiger als soziale Sicherheit, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Sicherheit der Wohnung, Sicherheit der Gesundheit, Sicherheit der Bildung seiner Kinder. Das wird schlagartig sichtbar in Zeiten der Krise und der Inflation. Ein relativ hoher materieller Wohlstand kann sich dann sehr rasch als vorübergehend und trügerisch erweisen – wie gegenwärtig für viele Millionen in den Ländern des Kapitals – und mit sozialer Deklassierung, einem tiefen Sturz in Not und Armut enden. [199] In den sozialistischen Ländern dagegen schließt die sozialistische Lebensweise die oben genannten Faktoren eines gesicherten, von sozialen Erschütterungen freien Lebens der Werktätigen ein – auch dann, wenn das Niveau der Produktion und des Konsums jetzt noch niedriger ist als in diesem oder jenem entwickelten kapitalistischen Land.

Bei der Betrachtung der Lebensweise muß beachtet werden, daß der Werktätige einen großen Teil seines Lebens an seinem Arbeitsplatz verbringt. Der Stand und die Entwicklung der Arbeitsbedingungen ist darum ein entscheidender Faktor der Lebensweise. Im Kapitalismus dient alles, was immer der arbeitende Mensch schafft, nicht der gesamten Gesellschaft, sondern vorrangig der Ausweitung der Macht und des Reichtums einiger weniger. Das Leben der Werktätigen ist, wie hoch immer der von ihnen erkämpfte materielle Lebensstandard und die errungenen Rechte sein mögen, stets überschattet nicht nur von Unsicherheit, sondern auch von tiefer sozialer Ungerechtigkeit. Jeder Handschlag, jeder kluge Gedanke des Werktätigen dient denjenigen, die ihn ausbeuten, vergrößert die Kluft zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und den Produzenten, bringt immer aufs neue die Bedingungen hervor, die den Werktätigen ans Kapital ketten, hat Krisen, Arbeitslosigkeit, Inflation im Gefolge. Das ist – in welchem Maße das auch immer dem einzelnen Arbeiter schon bewußt ist – ein empörendes und deprimierendes Gefühl, das nicht durch materiellen Lebensstandard ausgeglichen werden kann.

Die Lobredner des Kapitals verweisen gern auf Zeiten der Hochkonjunktur, in denen manchmal die Löhne rasch steigen. Karl Marx hat darauf bereits geantwortet: „Ist das Kapital rasch anwachsend, so mag der Arbeitslohn steigen: unverhältnismäßig schneller steigt der Profit des Kapitals. Die materielle Lage des Arbeiters hat sich verbessert, aber auf Kosten seiner gesellschaftlichen Lage. Die gesellschaftliche Kluft, welche ihn vom Kapitalisten trennt, hat sich erweitert.“³¹

Daß dies nach wie vor der Mechanismus der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise ist, können wir in der BRD beobachten: Selbst in Zeiten, in denen die Löhne steigen, wachsen die Profite der Konzerne um das Vielfache. Damit ist ihre Macht unvergleichlich gewachsen, die gesellschaftliche Lage der Arbeiter hat sich verschlechtert. Der „Sozialpartner“, der sich [200] gestern ein Auto erschuf, hat zugleich die Macht des Konzerns enorm vergrößert, der ihn heute auf die Straße setzt. Dabei kommt unter den heutigen Bedingungen des raschen Tempos der inflationistischen Entwicklung und

³¹ Marx/Engels, Werke, Bd. 6, S. 416.

des rapiden Anstiegs der Lohnsteuerbelastung für die Werktätigen hinzu, daß selbst bei einer relativ hohen Steigerung der Nominallöhne die Reallöhne stagnieren oder gar sinken können.

So ist die Frage: „Wofür arbeite ich, was wird aus dem, was ich erarbeite?“ eine entscheidende Frage in Zusammenhang mit dem Wettstreit der Lebensweisen der gegensätzlichen gesellschaftlichen Systeme. Die Frage nach der Lebensweise ist vor allem auch die Frage: „Wofür lebt der Mensch? Welchen Sinn hat das Leben?“ Sie wird auch in dieser oder jener Form von immer mehr Werktätigen in der Welt des Kapitals gestellt.

Die gegensätzliche Lebensweise in den beiden Systemen drückt sich auch darin aus, worauf sich die menschliche Tätigkeit konzentriert, worauf der Mensch seine Fähigkeiten und Energien richtet. Im Kapitalismus wird ein Großteil der physischen Kraft des Menschen, seiner psychischen Energien im Existenzkampf absorbiert. Die Hektik des Lebens in der Profitwirtschaft, die soziale Unsicherheit, die Unüberschaubarkeit vieler Vorgänge, von denen sein Wohl und Wehe abhängt, zwingen den Menschen, ständig die relativ günstigsten Möglichkeiten des Verkaufs seiner Arbeitskraft, des Kaufs von Waren, der Sicherung seines Arbeitsplatzes, des Erwerbs einer Wohnung usw. ausfindig zu machen. Angeblich lauert in dieser Gesellschaft überall das Glück – aber in der Realität lauert überall die Gefahr, der Betrug. Nichts ist sicher, nichts ist von Bestand.

Der große Aufwand für die Sicherung der materiellen Lebensbedingungen hindert die Werktätigen an der Entfaltung ihrer Persönlichkeit, ihrer geistigen Interessen, ihrer kulturellen und künstlerischen Fähigkeiten, ihrer gesellschaftlichen Aktivitäten. Am Ende eines reichen Arbeitslebens bleibt vielfach die Frage offen, wofür der Mensch gelebt, wodurch er die Gesellschaft vorangebracht, womit er seine unverwechselbare Individualität zur Geltung gebracht, wie weit er sich selbst verwirklicht hat.

In den sozialistischen Ländern hingegen leben immer mehr [201] Menschen ihr Leben ganz bewußt, stellen es in den Dienst vorwärtsweisender Ideen, leisten Großes für die Gesellschaft, betätigen sich schöpferisch über ihr eigentliches Arbeitsgebiet hinaus, eignen sich die Schätze der Weltkultur an, entwickeln ihre Persönlichkeit im Geist der Solidarität, des Humanismus, des sozialistischen Internationalismus. Ihr Leben ist sinnerfüllt, ihre Energien sind nicht verschwendet.

Zwischen dem Niveau der materiellen Produktion und der Lebensweise besteht eine Wechselwirkung. Die Entwicklung des Lebensniveaus ist von der Entwicklung der Produktion abhängig. Das kommt auch in der Formulierung der Hauptaufgabe zum Ausdruck, wie sie sich die Kommunistische Partei der Sowjetunion auf dem XXIV. Parteitag, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf ihrem VIII. Parteitag und die Parteien anderer sozialistischer Länder auf ihren Parteitagen gestellt haben.

Aber dieser Zusammenhang zwischen dem Stand der Produktivkräfte und der Lebensweise ist nicht unmittelbar mechanisch. Entscheidend sind Charakter und Zielstellung der Gesellschaft. Ein hohes Niveau der materiellen Produktion im Kapitalismus schließt, wie das Beispiel der entwickelten kapitalistischen Länder zeigt, keineswegs soziale Unsicherheit der Werktätigen, Arbeitslosigkeit, Armut, Obdachlosigkeit eines großen Teils der Bevölkerung, Bildungsnotstand usw. aus. Umgekehrt gehört in den sozialistischen Ländern, die auf vielen Gebieten noch nicht das Produktionsniveau und die Arbeitsproduktivität der hochentwickelten kapitalistischen Länder erreicht haben, soziale Sicherheit zur Selbstverständlichkeit des Lebens, werden viele lebenswichtige Bedürfnisse der Werktätigen bereits heute besser befriedigt als in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Hinsichtlich der Lebensweise der breiten Masse der Werktätigen sind sie bereits dem Kapitalismus überlegen.

Auch in einer noch nicht so modernen Fabrik eines sozialistischen Landes unterscheiden sich beispielsweise die Arbeitsbedingungen positiv von denen in einem technisch noch so vollkommenen Werk im Kapitalismus – sowohl, was die Rechte der Arbeiter, das „Betriebsklima“, die gegenseitige kameradschaftliche Hilfe usw. betrifft, als auch hinsichtlich des Arbeitsschutzes, der Arbeitshetze usw.

[202] Das müssen vielfach auch offizielle Gewerkschaftsdelegationen, die sozialistische Länder besuchten, zugestehen. Unterschiede bestehen vor allem hinsichtlich des Inhalts und des Ziels der Produktion. Der Arbeiter im Kapitalismus – ob in einer modernen oder rückständigen Fabrik – wird ausgebeutet. Im Sozialismus arbeitet er für die Gesellschaft, erhält er seinen Teil entsprechend seiner

Leistung. Es sind eben die gesellschaftlichen Faktoren, die, bei aller Bedeutung des Produktionsniveaus, ausschlaggebend sind für den Stand der Lebensweise.

Grundsätzlich gegenteilige Tendenzen zeigen sich im Sozialismus und Kapitalismus in bezug auf die Entfaltung der Persönlichkeit jedes einzelnen Mitglieds der Gesellschaft und die menschlichen Beziehungen. Auch das bedingen die gegensätzlichen Produktionsverhältnisse.

Das System der Profitmacherei und des Konkurrenzkampfes hindert die Werktätigen an der vollen Entfaltung ihrer schöpferischen Fähigkeiten und bringt in der Gesellschaft Eigenschaften und Erscheinungen wie Egoismus, geistige Leere, Vereinseitigung und Vereinsamung des Menschen, Verfall der moralischen Werte, Ansteigen der Kriminalität hervor.

Im Sozialismus beobachten wir in immer stärkerem Maße die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und ihrer schöpferischen Kräfte. Sinn für die Interessen der Gesellschaft, gegenseitige Hilfe, Solidarität, menschliche Geborgenheit kennzeichnen immer mehr die Lebensweise und die Beziehungen der Menschen untereinander.

Natürlich entwickeln sich auch im Kapitalismus, vornehmlich in der Arbeiterklasse, menschliche Werte, entwickelt sich der Gedanke der Solidarität, zeigen Millionen Kommunisten Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft. In der Arbeiterklasse als der Hauptkraft der kommenden sozialistischen Gesellschaft entwickeln sich so bereits Keimformen der neuen, sozialistischen Lebensweise. Aber das alles entwickelt sich gegen das herrschende Gesellschaftssystem, seinen Wertmaßstäben und Verhaltensnormen zuwider. Selbst am Arbeitsplatz wirkt das Gegeneinander im Existenzkampf der Entfaltung der Solidarität entgegen.

Für die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern sind gerade jene Charakteristiken der Lebensweise im Sozialismus von [203] besonderem Interesse und großer Anziehungskraft, die von der sozialen Sicherheit, der sozialen Gerechtigkeit, der menschlichen Geborgenheit in der neuen Gesellschaft zeugen. Jene also, die sich als Ergebnis der Beseitigung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und der Ausbeutung, als Ergebnis der allseitigen Entwicklung der sozialistischen Demokratie, der gleichberechtigten und immer aktiveren Teilnahme der Werktätigen am politischen Leben herausbilden:

- die Beseitigung der Klassegegensätze und der tiefen sozialen Kluft zwischen den Bevölkerungsgruppen, die mit unterschiedlicher Arbeit beschäftigt sind;
- die Sorge der Gesellschaft und ihrer Institutionen um die Rechte und Interessen des arbeitenden Menschen:
- die kontinuierliche Hebung des Lebensstandards der Werktätigen durch eine stabile, krisenfreie, planmäßig organisierte Entwicklung von Produktion und Konsumtion;
- die Entwicklung des Kollektivgeistes in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens und der neuen kommunistischen Moral;
- die Heranführung der Massen an alle Errungenschaften der Kultur und Wissenschaft;
- die Entwicklung völlig neuer Beziehungen der Gleichheit, Freundschaft und gegenseitigen Hilfe zwischen den Nationen und Völkern.

Immer mehr Werktätige vergleichen einzelne Erscheinungen der Lebensweise in den sozialistischen und kapitalistischen Ländern. Die Möglichkeiten dazu wachsen durch den Tourismus, durch kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen und auch in gewissem Maße durch die Massenmedien, wenn in den Medien der kapitalistischen Länder auch die verzerrte, verlogene und manipulierte Darstellung des Lebens im Sozialismus vorherrscht.

Die Arbeiter und Angestellten, die Bauern und Angehörigen der Intelligenz in der BRD stellen naturgemäß vor allem Vergleiche mit der benachbarten sozialistischen DDR an. Hier ergeben sich außerordentlich aufschlußreiche Erkenntnisse hinsichtlich des Lebensniveaus und der Lebensweise der Masse der Werktätigen. Obwohl die Ausgangsposition der DDR, ihr Produktionspotential, vor allem in der Grundstoffindustrie unvergleichlich niedriger war als in der BRD und sie auch heute [204]

nicht über solche enormen Ressourcen verfügt, ist für jeden, dem der Antikommunismus den Blick nicht völlig vernebelt hat, deutlich, daß es in der DDR die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen, die sozialistischen Produktionsverhältnisse, die Hilfe der Sowjetunion und die sozialistische ökonomische Integration im Gegensatz zur BRD möglich gemacht haben, die Werktätigen vor Krisen, Inflation, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Mietwucher, Bildungsmisere, Verbrechensflut zu bewahren.

Was wichtige Kennziffern auf entscheidenden Gebieten des Lebens der Werktätigen betrifft, weist die DDR die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaft in bezug auf ihre Effektivität für den Menschen nach. Das betrifft die allgemeinbildende zehnklassige Oberschule für alle Schüler, die weitaus größere Zahl von Kindergarten- und Kinderkrippenplätzen, die um ein Vielfaches niedrigeren Preise, die die Eltern dafür aufwenden müssen, den Feriendienst der Gewerkschaften, die erheblich niedrigeren Pro-Kopf-Zahlen sowohl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten wie der allgemeinen und vor allem der Gewaltkriminalität.

Aber auch was den materiellen Lebensstandard der Arbeiterfamilien betrifft, hat die DDR auf Gebieten wie der Stabilität der niedrigen Preise für Wohnung, Heizung, Strom, Gas, Nahverkehrsmittel und wichtige Grundnahrungsmittel ein Plus gegenüber der BRD. Ähnliches läßt sich in bezug auf alle sozialistischen Länder im Vergleich mit entwickelten kapitalistischen Ländern nachweisen. Dabei übersehen wir nicht, daß es bestimmte Gebiete vor allem des individuellen Konsums gibt, auf denen der Kapitalismus noch einen zum Teil nicht unbeträchtlichen Vorsprung hat.

Obwohl der Sozialismus weit jünger als der Kapitalismus und in all seinen Vorzügen noch nicht voll entfaltet ist, ist die sozialistische Lebensweise heute bereits der kapitalistischen turmhoch überlegen. Der sozialistische Staat bietet allen seinen Bürgern ein menschenwürdiges Leben, frei von Ausbeutung und Existenzangst, hohe Bildung, einen stetig steigenden Lebensstandard, das Gefühl der Geborgenheit und des Gebrauchtwerdens von der frühesten Jugend bis ins hohe Alter.

Darin liegt die hohe Effektivität des sozialistischen Systems für den Menschen. Es hat sich als System der sozialen Sicher-[205]heit, der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und des Friedens erwiesen. Ständig verlagern sich die Gewichte im Wettstreit der Lebensweisen zugunsten des Sozialismus. Aber das geschieht nicht im Selbstlauf. Die Erkenntnis der Überlegenheit des Sozialismus ist nicht nur von seinen objektiven politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Erfolgen abhängig. Sie erfordert auch den unermüdlichen, überzeugenden Kampf gegen die Verschleierung der Tatsachen durch die bürgerlichen Ideologen, gegen die Verbreitung eines falschen Sozialismus-Bildes. Sie erfordert die weitere Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen in den kapitalistischen Ländern, die Verbreitung der Wahrheit über die sozialistische Lebensweise und ihre entscheidenden Kriterien.

5.6.2. Zur Konzeption der „Qualität des Lebens“

Auf den Wettstreit der beiden Lebensweisen muß sich die bürgerliche Ideologie einstellen. Ein Beispiel dafür ist die in den kapitalistischen Ländern verbreitete Konzeption von der „Qualität des Lebens“. Sie wurde Anfang der siebziger Jahre Gegenstand zahlreicher Publikationen bürgerlicher und vor allem sozialdemokratischer Politiker und Ideologen. Sie wurde in Vorträgen behandelt und auf wissenschaftlichen Konferenzen diskutiert. Seit Ausbruch der jüngsten zyklischen Krise und der enormen Vertiefung der Misere der Staatsfinanzen ist es allerdings zumindest in der BRD wesentlich ruhiger um diese Theorie geworden. Der Widerspruch zwischen dem Gerede von der Verbesserung der „Lebensqualität“ und dem massiven Abbau sozialer Leistungen, der Vertiefung der Misere im Bildungs- und Gesundheitswesen im Gefolge der sogenannten „Sparprogramme“ der Bundesregierung und der Landesregierungen ist denn auch zu offensichtlich. Dennoch ist dieses Konzept nicht tot, da die Ursachen, die zu seiner Entstehung geführt haben, weiterwirken. Wir wollen uns darum wenigstens kurz mit der Theorie der „Lebensqualität“ befassen.

Was ist der Inhalt dieses Begriffs, der von den sozialdemokratischen Führern der BRD eng mit ihrer Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ verbunden wird? Wie ist die Haltung der Kommunisten in der BRD zum Konzept der Qualität des Lebens“?

[206] Auf einen kurzen Nenner gebracht, besagt die Konzeption von der „Qualität des Lebens“, daß Wirtschaftswachstum und individueller Konsum allein nicht mehr dazu ausreichen, die anstehenden Probleme zu meistern. Zur Qualität des Lebens gehören Bildung, Umwelt, Verkehr, Gesundheit und andere Lebensbereiche. Das ist zunächst einmal eine richtige Erkenntnis.

Sie wurde von den sozialistischen Ländern von Anfang an beachtet. Bei allen Anstrengungen, die dort zur Erhöhung des individuellen Konsums, des unmittelbaren materiellen Lebensstandards für die Werktätigen unternommen wurden und werden, wurde der Entwicklung des Bildungs- und Gesundheitswesens, der Kultur, des Umweltschutzes und anderer die Qualität der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Menschen wesentlich bestimmender Bereiche des gesellschaftlichen Lebens stets größte Aufmerksamkeit geschenkt. Dieses Herangehen entspricht dem Wesen des Sozialismus, in dem das Ziel der Produktion nicht der Profit der Kapitalisten, sondern die immer bessere und allseitige Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft ist.

In der BRD wurde dagegen in den zurückliegenden Jahren alles auf die Karte des unmittelbaren Wirtschaftswachstums, der Steigerung des Exports und des Kapitalexports, der Eroberung neuer Märkte im Interesse der Macht und der Mehrung der Profite des Monopolkapitals gesetzt. Die Not und Entbehrungen in der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit und die späteren Erfolge der Arbeiter bei der Verbesserung ihres materiellen Lebensstandards wurden von den kapitalistischen Meinungsmachern mißbraucht, um jetzt ein Denken zu erzeugen, das das Auto zum Inbegriff der Qualität des Lebens erhob. Diese Manipulierung des Denkens diente dazu, die Arbeiter und Angestellten zu immer größerer Arbeitsintensität und zu Überstundenarbeit anzutreiben, um aus der Nachkriegskonjunktur für das Großkapital möglichst große Profite herauszuholen. Andererseits diente die dargestellte Manipulierung des Bewußtseins den herrschenden Kreisen der BRD, die die besseren ökonomischen Startpositionen ausnutzen konnten, als Waffe in der Systemauseinandersetzung mit der DDR.

Wo liegen die Ursachen dafür, daß man jetzt von der Verherrlichung des individuellen Konsums umschaltet auf die [207] „Qualität des Lebens“? Es sind vor allem drei Faktoren zu nennen:

1. Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution reichen Lohn und individueller Konsum allein nicht mehr aus zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft. Eine immer größere Rolle spielen Bildung und Erholung, das Gesundheitswesen, der notwendige Umweltschutz und anderes. Darum werden von den Arbeitern und ihren Gewerkschaften immer gebieterischer Forderungen auf diesen Gebieten erhoben. Bei dem Metallarbeiterstreik Ende 1973 in Baden-Württemberg ging es z. B. sehr wesentlich um die Verlängerung der

Erholungszeiten, die Senkung der Taktgeschwindigkeit der Länder und andere Fragen der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Andererseits entwickeln sich auch außerhalb der Betriebe immer häufiger Bürgerinitiativen zur Durchsetzung von Forderungen nach besseren Lebensbedingungen. Darauf müssen sich das Großkapital und sein Staat einstellen.

2. Die Versäumnisse im Bildungs- und Gesundheitswesen, im Umweltschutz und in anderen Bereichen sind so groß, daß sie zu einem Hemmnis für die Macht- und Profitinteressen des Großkapitals werden können. Die Misere des Bildungswesens z. B. kann zu einer Gefahr für die internationalen Konkurrenzpositionen der Monopole der BRD werden, und die Vernachlässigung des Verkehrswesens behindert die Profitmaximierung.

3. Schließlich kommt hinzu, daß die genannten Gebiete wichtige Bereiche der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus geworden sind. Auf den meisten dieser Gebiete wird aber die Überlegenheit des Sozialismus bereits deutlich. Es ist zu einer Lebensfrage für den Kapitalismus geworden, hier zumindest nicht den Anschluß zu verlieren. Wie sehr die sozialistischen Länder in diesen Bereichen voran sind, spiegelt sich auch in einem Artikel des DDR-Korrespondenten der sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“ wider, in dem es heißt: „Was Erhard Eppler kürzlich in der ‚Frankfurter Rundschau‘ als neue Ziele des Westens angesichts der Energiekrise beschrieb, ist von den sozialistischen Ländern für ihre Entwicklungsgebiete, wenn ich recht sehe, schon realisiert worden: die Arbeitslosigkeit mildern, Menschen mobilisieren, die Einschulungsrate erhöhen, mehr proteinreiche Nahrung zu [208] erzeugen, die ärmsten 40 Prozent in der jeweiligen Gesellschaft mit

dem Nötigsten versorgen, einfache Gesundheitsstationen auf dem Lande in ausreichender Zahl zu errichten.

Unsere industrielle Gesellschaft, schreibt Eppler, könne (und müsse) sich ähnliche Ziele setzen: die Zahl der psychischen Erkrankungen, der Frühinvaliden, der drop outs* im Erziehungswesen, der Unfälle im Betrieb, der Verkehrstoten oder der Straffälligen zu vermindern, die Arbeitswelt zu humanisieren. Solche Ziele, heißt es bei Eppler weiter, „haben mit den wirklichen Lebensbedingungen der Menschen mehr zu tun, als abstrakte Wachstumszahlen, in denen die Statistik Nützliches und Schädliches wahllos zusammenfaßt ... Es wird Sache der politischen Führung sein, zu sagen, aus welchen Indikatoren sie welche Ziele ableitet, welche Prioritäten sie selbst setzt und an welchem Maßstab sie gemessen sein will.“ – „Ich finde“, schreibt der Korrespondent des „Vorwärts“ – „besser konnte man auch die Bilanz der Bemühungen der DDR in diesem Jahr und in den vorangegangenen 24 kaum ziehen.“³²

Die Verteidiger des Kapitalismus, einschließlich der sozialdemokratischen Führer, reagieren also mit ihrem Gerede von der „Qualität des Lebens“ auf krisenhafte, zum Teil schon katastrophale Entwicklungen im staatsmonopolistischen Kapitalismus; auf Folgen der weltweiten Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, denen sie nicht mehr ausweichen können; auf zunehmende Aktionen und Bewegungen in der arbeitenden Bevölkerung.

Die Art und Weise, wie die schlimmsten Mißstände angegangen werden sollen, zeigt dabei die prokapitalistische Position der sozialdemokratischen Führer in der BRD. Der Begriff der „Qualität des Lebens“ soll dazu herhalten, quantitative Forderungen der Arbeiter nach höheren Löhnen abzublocken. Das hat der ehemalige Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung vom Januar 1973 deutlich gemacht, in der er sagt: „Wer nur neue Forderungen stellt, ohne zu neuen Leistungen bereit zu sein, der wird der Lage, auch der eigenen Interessenlage, nicht gerecht; er kann nicht erwarten, ernst genommen zu werden ... Wer den soliden Fortschritt will, der muß im Zuwachs des persönlichen Verbrauchs auch einmal langsamer treten. Reformgerede, hinter dem sich nur Gehalts-[209]forderungen tarnen, taugt wenig.“³³ Auch Bundeskanzler Schmidt fordert ständig die Arbeiter dazu auf, bei den Lohnforderungen „maßzuhalten“.

Wir Kommunisten unterstreichen dagegen nachdrücklich, daß die Qualität der Lebensbedingungen der Arbeiter im Kapitalismus, die Qualität ihrer Ernährung und Kleidung, ihrer Wohnung, der Bildung und Ausbildung ihrer Kinder, der Gestaltung ihrer Freizeit und Erholung nach wie vor in erster Linie von der Höhe ihres Reallohns abhängt. Die Arbeiterklasse muß sich darum entschieden dagegen wenden, daß „Lebensqualität“ und der Kampf um höheren Lohn als Gegensatz ausgegeben werden. Die Konstruktion eines solchen Gegensatzes dient ausschließlich als Knüppel des Großkapitals gegen die berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten.

Die Konzeption von der „Qualität des Lebens“ soll aber nicht nur die Arbeiter zur Kasse bitten, sie soll vor allem davon ablenken, daß die Ursache der Probleme im kapitalistischen Profitsystem liegt, daß eine grundlegende Verbesserung der Qualität des Lebens für die werktätigen Menschen darum eine neue Qualität der Gesellschaft, den Sozialismus, erfordert.

So erklärte Minister Vogel, ein Prediger der Konzeption der „Qualität des Lebens“: „Ich bin für Veränderungen unserer gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die mehr Lebensqualität ermöglichen ...“ Daß diese Rahmenbedingungen innerhalb des Kapitalismus und damit im Rahmen der Grundursache für die Misere der Bildung und Ausbildung, des Gesundheitswesens, des Umweltschutzes und anderer für die Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes wichtiger Bereiche bleiben sollen, unterstreicht Vogel, wenn er weiter sagt: „Ich bin gegen die Theorie von dem einen gesellschaftlichen Grundwiderspruch, der nur durch Klassenkampf und Vergesellschaftung aller Produktionsmittel behoben werden könne; gegen die Auffassung vom naturwüchsigen kapitalistischen Staat; gegen die staatszerstörende Konfliktstrategie, gegen die Diktatur des Proletariats; gegen jede Zusammenarbeit

* jemand, der aus einer sozialen Gruppe, in die er integriert war, ausgebrochen ist, herausfällt

³² Vorwärts, 10.1.1974.

³³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.1.1973.

mit deutschen oder europäischen, und zwar auch französischen und italienischen Kommunisten, und auch ganz gleich, unter welchen Vorwänden und Camouflagen sie praktiziert wird ...“³⁴

Auch Eppler, ein anderer Prophet der „Lebensqualität“, ver-[210]teidigt in einem Vortrag zu diesem Thema ausdrücklich die kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse und polemisiert gegen diejenigen, die für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen eintreten.³⁵ So wendet er sich gegen eine These des Bundeskongresses der Jungsozialisten in Hannover, in der es heißt: „Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse hemmen weiterhin die volle Entfaltung der Produktivkräfte.“

Kann man diese Feststellung aber bestreiten, ohne zu einem direkten Apologeten des Kapitalismus zu werden? Wird sie nicht ausdrücklich belegt durch die sich gerade gegenwärtig in allen entwickelten kapitalistischen Ländern vertiefenden zyklischen und strukturellen Krisen? Wird die volle Entfaltung der Produktivkräfte etwa nicht gehemmt, wenn in der BRD z. Z. (Oktober 1975) 1,5 Millionen Arbeiter und Angestellte, d. h. die Hauptproduktivkraft, zur Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verurteilt sind? Bedeutet die Misere des Bildungswesens in der BRD nicht ebenfalls eine Behinderung der Entfaltung der Hauptproduktivkraft? Werden etwa nicht durch das vom Imperialismus inszenierte und forcierte Wetttrüben Produktivkräfte vom Standpunkt des Reproduktionsprozesses aus vernichtet oder in destruktive Richtung gelenkt? Alle genannten Erscheinungen haben ihre Ursache im schrankenlosen Profitstreben des Kapitals und der Anarchie des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses im Kapitalismus. Sie entspringen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Eppler wendet sich zugleich gegen die Feststellung, daß „der Staat zunehmend zum Werkzeug des Monopolkapitals werde“. Auch wer das tut, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er die tatsächlichen Machtverhältnisse im Interesse des Großkapitals verschleierte. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, die das Monopolkapital durch lukrative Rüstungsaufträge, Subventionen, Steuererleichterungen, „Konjunkturspritzen“ und Konzentrationsförderung begünstigt, während den Arbeitern und Angestellten durch die rasche Erhöhung der Steuern und staatlich verordnete oder beeinflusste Preissteigerungen immer tiefer in die Lohntüte gegriffen wird, überführen Eppler der Apologie. Die Maßhalteappelle der Bundesregierung an die Adresse der Arbeiter, die konzertierte Aktion von Großkapital, Regierung, Bundestagsparteien und Massenmedien gegen die berechtigten [211] Lohnforderungen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften unterstreichen immer wieder, wessen Staat dieser Staat in der BRD ist.

Unsere Haltung als Kommunisten zur Konzeption der „Qualität des Lebens“ hat zwei Seiten, wie unsere Position zu Reformen im Kapitalismus überhaupt. Einerseits enthüllen wir vor den Arbeitern und der Jugend die Ursachen und Hintergründe, die Absichten, die die Verteidiger des Kapitalismus mit solchen Konzeptionen verbinden. Andererseits unterstützen wir jede Bewegung, in der es wirklich um die Verbesserung der Lebensbedingungen für die werktätige Bevölkerung geht. Mehr noch. Wir treten als Initiatoren solcher Bewegungen auf, ganz gleich, ob es dabei um einen Kindergarten oder ein Krankenhaus, um die Verlängerung von Erholungszeiten am Fließband oder um Maßnahmen zum Schutz der Umwelt vor ihrer Zerstörung durch die Profitgier der Konzerne geht.

Als Kommunisten haben wir jedoch zugleich die Aufgabe, in jeder dieser Bewegungen bewußtseinsbildend zu wirken, d. h., die Ursachen der Misere und die Schranken des kapitalistischen Systems aufzudecken, deutlich zu machen, daß eine grundlegende Lösung der Probleme im Interesse der arbeitenden Menschen nur durch den Kampf der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen die Macht des Großkapitals, für antimonopolistische Demokratie und Sozialismus erfolgen kann.

[212]

³⁴ Zit. nach: Sozialistische Korrespondenz, Hamburg, Heft 24/1973, S. 9.

³⁵ Vgl. Frankfurter Rundschau, 17.10.1973.

6. Das Klassenbewußtsein der Arbeiter entwickeln¹

Wie widerspiegeln sich die verschärften Krisenerscheinungen des Kapitalismus und die Erfolge des Sozialismus im Denken der Arbeiter der BRD? Welche Schlußfolgerungen ergeben sich daraus für die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter?

Die Krisenerscheinungen des Kapitalismus rufen einerseits Unsicherheit und kritische Fragen über den Kapitalismus hervor. Teile der Arbeiter erkennen, daß dieses System krank ist, Unsicherheit bringt, sehen seine Gebrechen. Sie sehen auch in den Lohnkämpfen und sozialen Auseinandersetzungen, daß es Interessengegensätze zwischen Arbeitern und Kapitalisten gibt, daß Arbeiterforderungen nur im organisierten Kampf durchgesetzt werden können. So entstehen Keimformen von Klassenbewußtsein bei Arbeitern und Angestellten.

Zugleich ist nicht zu übersehen, daß die Krisenangst und der Druck der bürgerlichen Propaganda bei nicht unbeträchtlichen Teilen der Arbeiter eine Stimmung hervorruft: „Jetzt ja keine Experimente! Die Hauptsache ist, das zu halten, was wir haben! Lieber in den Forderungen zurückstecken, damit es nicht noch schlimmer kommt!“ Hier äußert sich die Einwirkung des von den kapitalistischen Meinungsmachern verbreiteten Märchens, höhere Löhne gefährdeten die Arbeitsplätze.

So forderte Bundeskanzler Schmidt auf dem 10. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Hamburg Zurückhaltung in der Lohnpolitik. Er setzte sich für höhere Profite der Unternehmer ein und erklärte, „daß die Erträge unserer Unternehmen heute notwendig sind, um den Unternehmen die Investitionen morgen zu ermöglichen. Erst die Investitionen von morgen bedeuten die Sicherung der Arbeitsplätze von übermorgen.“²

[213] Wenn diese Rechnung stimmte, wären ja wohl auch die Gewinne der Unternehmer von vorgestern die Investitionen von gestern und die Arbeitsplätze von heute. Danach dürfte es aber keinen einzigen Arbeitslosen in der Bundesrepublik geben, denn in den vergangenen Jahren haben die Unternehmer Supergewinne eingesteckt.

1973 haben allein die 100 größten Industriekonzerne der Bundesrepublik einen Nettoprofit von 37,5 Milliarden DM kassiert. 28 Prozent mehr als im Jahr zuvor – die höchste Zuwachsrate und größte Profitmasse, die diese Monopole bisher in einem Jahr erzielten.

Auch 1974 registrierte die FAZ „fast peinliche Gewinnsprünge“. Der BASF-Konzern wies 1974 in seiner Bilanz einen Gewinnzuwachs von 42,9 Prozent aus. Die August-Thyssen-Hütte erzielte schon im ersten Halbjahr 1974 mit 455 Millionen DM einen Gewinn, der der Summe des gesamten Geschäftsjahres 1972/73 entsprach. Die Bilanzen der sechs großen Konzerne der Stahlindustrie (Thyssen, Hoesch, Krupp, Mannesmann, Klöckner und Peine-Salzgitter) wiesen 1974 zusammen gegenüber 1973 einen mehr als verdoppelten Jahresüberschuß aus.³

Zum anderen sind ja nicht etwa zu wenige Maschinen und Anlagen vorhanden, die erst durch Investitionen angeschafft werden müßten. Nur zu 74 Prozent sind die Industriekapazitäten ausgelastet (Bericht der Commerzbank). 1974 gab es in der Bundesrepublik 1.642.000 verfügbare, aber nicht besetzte Arbeitsplätze, ermittelte das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“. Es schätzt für 1975 die Ziffer auf 1.690.000.⁴ Moderne Maschinen und Anlagen sind vorhanden, arbeitslose Arbeiter und Angestellte warten auf einen Arbeitsplatz. Wenn sie dennoch keine Beschäftigung finden, so darum, weil die Massenkaufrkraft zu gering ist.

Weiter weiß jeder Arbeiter aus eigener Erfahrung, daß mehr Investitionen nicht unbedingt mehr Arbeitsplätze bedeuten. Die Unternehmer investieren ja nicht, um Arbeitsplätze zu schaffen, sondern um Profit zu scheffeln. Sie nehmen darum vor allem Rationalisierungsinvestitionen vor. Es werden

¹ Grundlage dieses Kapitels ist ein Abschnitt des Referats von Willi Gerns auf der S. Tagung des Parteivorstands der DKP am 12./13. Oktober 1974: „Der Marxismus als Waffe zur erfolgreichen Vertretung der Arbeiterinteressen – Die Aufgaben der DKP im ideologischen Kampf“.

² Vgl. Marxistische Blätter, Frankfurt (Main), Nr. 6/1975, S. 105.

³ Vgl. UZ, 10.11.1975.

⁴ Vgl. ebenda.

neue, modernere Maschinen angeschafft, mit denen weniger Arbeiter mehr produzieren können. Die Folge sind nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze. Nach Feststellung der IG Metall wird 1975 der [214] weitaus größte Teil der Investitionen als Rationalisierungsinvestitionen getätigt. Nur etwa 25 Prozent der Investitionen dienen der Kapazitätsausweitung.

Schließlich bedeuten mehr Profite für die Unternehmer keineswegs, daß damit mehr Investitionen in der Bundesrepublik vorgenommen werden. Investitionen sind für die Unternehmer ja nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der Profitvermehrung. Sie investieren darum dort, wo ihnen die größten Profite winken. Darum sind in den letzten Jahren trotz der Krise und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik die Auslandsinvestitionen der Konzerne in sogenannten Niedriglohnländern beträchtlich angestiegen.

Die Konzerne investieren aber auch in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern, um Transportkosten zu sparen oder Einfuhrbeschränkungen zu unterlaufen. Um eine solche Investition handelt es sich z. B. bei dem vorgesehenen Bau eines neuen VW-Werkes in den USA für vier Milliarden DM. Dafür sollen in der Bundesrepublik mehrere tausend Arbeitsplätze von VW-Arbeitern vernichtet werden. Je höher der Profit bei VW, um so schneller wird das Werk in den USA gebaut, und um so eher werden die Arbeitsplätze in der Bundesrepublik vernichtet.

Ein Viertel der Siemens-Produktion entfällt bereits auf Werke im Ausland. Der Anteil des Auslandsgeschäfts beträgt fast 50 Prozent. Bei Hoechst liegt der Anteil des Auslandsgeschäfts bei 63 Prozent. BASF, Hoechst und Bayer bauen seit Jahren jede dritte Fabrik im Ausland, während in der Bundesrepublik allein in diesen Betrieben fast 21.000 Arbeitsplätze liquidiert wurden und etwa 33.000 Beschäftigte kurzarbeiten mußten.⁵

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bestätigte am 24. Oktober 1975: „Im ersten Halbjahr 1975 setzte sich der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend zu mehr direkter unternehmerischer Betätigung im Ausland fort.“ Netto 2438,6 Millionen DM legten bundesdeutsche Firmen in diesem Zeitraum für Direktinvestitionen im Ausland an. Das Gesamtvolumen ihres Auslandsvermögens beträgt nun 39,2 Milliarden DM.⁶

Auch die gegenwärtige Krise bestätigt die Feststellung von Karl Marx in seinem Werk „Das Kapital“: „Der letzte Grund [215] aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bildet.“⁷ Darum ist und bleibt im Kapitalismus der Kampf um die Erhöhung der Massenkaufkraft durch das Ringen um Lohnerhöhung und Preisstopp das wirksamste Mittel zur Abmilderung der Krisenlasten für die arbeitenden Menschen.

Dabei wissen wir als Kommunisten allerdings, daß auf diese Weise nur die Krisenlasten abgemildert werden können. Die Krisen selbst werden damit nicht aus der Welt geschafft. Sie haben ihre Ursache im kapitalistischen System, im kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln, in dem darin begründeten schrankenlosen Profitstreben des Kapitals und der sich daraus ergebenden Anarchie der Produktion. Eine planmäßige, krisenfreie Entwicklung der Wirtschaft im Interesse der werktätigen Menschen hat die Überwindung des kapitalistischen Ausbeutersystems durch den Sozialismus zur Voraussetzung.

Die DKP sieht eine wichtige Aufgabe ihrer ideologischen Arbeit in der Auseinandersetzung mit dem Märchen, daß höhere Löhne die Arbeitsplätze gefährden, und ähnlichen Pseudotheorien, die in die Arbeiterklasse hineingetragen werden und nicht wenige Arbeiter am konsequenten Eintreten für ihre eigenen Interessen hindern. Zugleich kommt es darauf an, von den eigenen Erfahrungen der Arbeiter ausgehend, die sie heute mit dem Kapitalismus sammeln, die Erkenntnis zu vermitteln und zu vertiefen, daß die kapitalistische Gesellschaft in Klassen gespalten ist, daß die Interessen der Arbeiter und der Kapitalisten nicht nur gegensätzlich, sondern unversöhnlich sind.

⁵ Vgl. ebenda.

⁶ Vgl. ebenda.

⁷ Marx/Engels, Werke, Bd. 25, S. 501.

Es kann keine Partnerschaft geben zwischen den die Produktionsmittel besitzenden Kapitalisten – deren Existenzgrundlage und Quelle ihrer Bereicherung die Ausbeutung der Arbeiter ist – und den Arbeitern, die keine Produktionsmittel besitzen und gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen. Jede Steigerung des Profits geht auf Kosten der Arbeiter. Andererseits schmälert jede Lohnerhöhung die Profite der Kapitalisten.

[216] Es kann keine Partnerschaft geben zwischen den Kapitalisten, die Tausende Arbeiter auf die Straße setzen oder zu Kurzarbeit verurteilten, und den Arbeitern, die damit in materielle Not und Existenzunsicherheit gestürzt werden.

Es kann keine Partnerschaft geben zwischen den die Preise immer höher treibenden Konzernbossen und den Arbeitern, deren Reallöhne damit immer mehr beschnitten werden.

Das sind unversöhnliche Gegensätze. Zwischen Arbeitern und Kapitalisten kann es weder „Sozialpartnerschaft“ noch „Klassenharmonie“, sondern nur Klassenkampf geben.

Im Zusammenhang mit den sich verschärfenden Krisenerscheinungen sammeln Arbeiter auch Erfahrungen mit dem kapitalistischen Staat. In den Lohnbewegungen sehen sie, daß die Regierung immer massiver im Interesse der Profite des Großkapitals in die Auseinandersetzungen eingreift.

Heißt es etwa nicht, für das Großkapital Partei zu ergreifen, wenn diese Regierung für die Millionen Lohnverzicht fordert und ihnen alle Lasten der Krise aufbürdet, den Millionären dagegen riesige Steuergeschenke macht? Heißt es etwa nicht, massiv im Interesse der Unternehmer Partei zu ergreifen, wenn in Streikämpfen von den Unternehmern gedungene Streikbrecher von der Polizei geschützt werden? Heißt es etwa nicht, Partei für das Großkapital zu ergreifen, wenn die Arbeitsgerichte – wie auch von den Gewerkschaften betont wird – sich offen als Instrumente des Großkapitals betätigen? Heißt es etwa nicht, die Partei des Kapitals zu ergreifen, wenn die Zahl von 1,5 bis 2 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern 1975 durch die Regierung verniedlicht wird? Wenn die Regierung genau wie die Unternehmer bestrebt ist, die Arbeitslosigkeit als Knüppel gegen die berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten einzusetzen? Heißt es etwa nicht, auf der Seite des Kapitals zu stehen, wenn die Regierung nicht nur nicht gegen das Preisdiktat der Konzerne vorgeht, sondern selbst Vorreiter der Preissteigerungen ist?

Arbeiter stellen darum zunehmend Fragen über die Beziehungen zwischen dem Staat und dem Großkapital, wie sie u. a. auch besonders deutlich geworden sind im Zusammenspiel zwischen Staat und Monopolen beim Ölpreisdiktat der Konzerne. Auch das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ mußte in diesem Zusammenhang zu der Feststellung kommen: „Der [217] Staat als Instrument der Geschäftspolitik der Konzerne – dafür liefert die Ölkrise augenscheinlich Beispiele.“⁸

Wie die gesellschaftlichen Einsichten überhaupt, sind auch die Erkenntnisse über die Beziehungen zwischen Großkapital und Staat bei Teilen der jungen Generation besonders fortgeschritten. Bei aller Vorsicht, mit der bürgerliche Meinungsumfragen zu genießen sind, ist es doch recht interessant, wenn das „Institut für Jugendforschung“ (München) in einer für den Shell-Konzern unter Jugendlichen zwischen 17 und 29 Jahren durchgeführten Umfrage zu dem Ergebnis kommt, daß jeder dritte junge Bürger erkannt hat, daß in der BRD die Unternehmer auf Grund ihrer wirtschaftlichen Machtposition die Herrschaft im Staat ausüben und die Politik der Regierung bestimmen.⁹ Diese Einsichten über den Klassencharakter des kapitalistischen Staates stellen bereits eine entwickeltere Stufe von Klassenkenntnissen dar.

Zugleich aber gibt es nach wie vor unter den Arbeitermassen starke Illusionen über die „Neutralität“ und „Unabhängigkeit“ des Staates, über seine „Gemeinwohlorientierung“. Diese Illusionen sind besonders stark unter den Bedingungen einer sozialdemokratisch geführten Regierung. Sie finden ihren Ausdruck auch in den Staatsvorstellungen der Jungsozialisten und anderer sozialreformerischer Kräfte in der SPD.¹⁰

⁸ Welt der Arbeit, Nr. 47 vom 23.11.1973.

⁹ Vgl. PPA, Tagesdienst vom 25.9.1974.

¹⁰ Vgl. Abschnitt 3.9. des vorliegenden Bandes.

Ausgehend von den eigenen Erfahrungen der Arbeiter gilt es, Einsicht in den Klassencharakter des kapitalistischen Staates zu vermitteln. Das verlangt eine prinzipielle Auseinandersetzung mit allen bürgerlichen und rechtsopportunistischen Konzeptionen über die „Klassenneutralität“ des Staates.

Arbeiter sammeln heute die Erfahrung, daß der Kapitalismus, trotz aller schönen Reden, Kapitalismus geblieben ist, daß die Ausbeutung schärfer wird. Sie erfahren, daß der Kapitalismus keine Sicherheit der Arbeitsplätze, keine Stabilität gewährleisten kann, und beginnen, über die Ursachen nachzudenken.

Die Hauptursachen der inflationistischen Preistreiberei liegen im Preisdiktat der produktions- und marktbeherrschenden Konzerne, in der Aufblähung des Geldumlaufs durch die riesigen Rüstungsausgaben und Staatssubventionen für das Großkapital, in der auf die Ausdehnung ihrer Macht und Profite gerichteten Export-Offensive der Monopole.

[218] Die Hauptursache für die kapitalistischen Überproduktionskrisen besteht im Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung des Erzeugten. Das Ziel der kapitalistischen Produktion besteht einzig und allein im Profit. Um ihn zu erzielen und auszuweiten, sind die Kapitalisten daran interessiert, die Produktion möglichst weit auszudehnen und zugleich den Anteil der Arbeiter an den erzeugten Werten herabzusetzen.

Daraus entspringt jedoch ein tiefer Widerspruch. Es wird für den Markt produziert, und folglich muß auf dem Markt verkauft werden, damit der Profit realisiert wird. Dort, auf dem Markt, sind jedoch die Arbeiter die Hauptkonsumenten. Je stärker sie ausgebeutet werden, um so niedriger ist die Kaufkraft der Massen im Verhältnis zur erzeugten und angebotenen Warenmenge. Es entwickelt und verschärft sich so periodisch der Widerspruch zwischen Produktion und Markt soweit, daß es zu Überproduktionskrisen kommt.

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus äußert sich zugleich in dem Widerspruch zwischen der Organisation der Produktion im einzelnen Unternehmen oder Konzern und der trotz aller Eingriffe des kapitalistischen Staates weiterhin herrschenden Anarchie und Planlosigkeit des Wirtschaftsprozesses im gesamtgesellschaftlichen Maßstab. Mißverhältnisse in der Entwicklung der einzelnen Zweige und Strukturkrisen sind das unvermeidliche Resultat.

Kapitalistische Wirtschaftskrisen sind also weder Zufall noch das Ergebnis von Fehlern in der Wirtschaftspolitik. Kapitalismus und Krisen gehören vielmehr untrennbar zusammen.

Vor allem junge Menschen beginnen in wachsendem Maße über die Alternative zum kapitalistischen Krisensystem nachzudenken und die Vorzüge des Sozialismus zu erkennen. So halten nach der bereits erwähnten Umfrage des „Instituts für Jugendforschung“ 20 Prozent der Befragten eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für gerechter, weil sie mehr Gleichberechtigung garantiert. Diese Erkenntnisse bei Teilen der jungen Generation finden ihren Ausdruck in der Tatsache, daß unter den neuen Mitgliedern und den Sympathisanten der DKP der Anteil der Jugend besonders hoch ist.

Der Verbreitung der Theorie von Marx, Engels und Lenin, [219] der antimonopolistischen Alternativen und ihres sozialistischen Ziels unter jungen Arbeitern, Schülern und Studenten widmet die DKP in allen Bereichen der ideologischen Arbeit größte Aufmerksamkeit, um die antikapitalistischen, zum Sozialismus tendierenden Stimmungen in der jungen Generation zu festigen und zu vertiefen.

Unter dem Einfluß der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Reformdemagogie sind jedoch zugleich in der Arbeiterklasse und auch in der jungen Generation Illusionen weit verbreitet, die Gebrechen des Kapitalismus könnten durch Reformen im Rahmen dieses Systems geheilt werden oder man könne allein durch Reformen in die krisenfreie sozialistische Gesellschaft hineinwachsen. Solche Illusionen werden nicht nur von der sozialdemokratischen Führung verbreitet, sondern sie sind auch der Kern der von sozialreformerischen Kräften in der SPD vertretenen Konzeption einer „sozialistischen Reformstrategie“.¹¹

¹¹ Zur Auseinandersetzung mit dieser Konzeption vgl. Abschnitt 3.9. dieses Bandes.

Das, was rechtssozialdemokratische Führer in Gestalt der sogenannten „Vermögensbildung“ oder des Regierungsentwurfs zur „Mitbestimmung“ als Reformen anbieten, dient nur dem Ziel, die Arbeiter in das kapitalistische System einzuordnen, die Macht der Monopole abzusichern und ihre Profite zu mehren. Es ist also nicht einmal mehr sozialreformistische Politik im herkömmlichen Sinne. Denen, die wirklich meinen, allein durch Reformen in den Sozialismus hineinwachsen zu können, muß entgegengehalten werden, daß diese Auffassungen durch die Sozialdemokratie bereits seit ihrer Umwandlung aus einer revolutionären in eine reformistische Partei, d. h. seit mindestens sechs Jahrzehnten, vertreten werden. Aber nirgends in der Welt wurden sie durch Tatsachen bestätigt.

Sozialismus gibt es nur in den Ländern, in denen die Arbeiterklasse, unter Führung ihrer kommunistischen Partei, die politische Macht errungen und mit deren Hilfe alle wichtigen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführt hat. Gerade das wollen die Vertreter der sogenannten Reformstrategie jedoch nicht.

Die grundlegenden Interessen der Arbeiter, d. h. Freiheit von Ausbeutung und Krisenangst, wirkliche Sicherheit der Arbeitsplätze u. a., können nur durch Überwindung des Kapitalismus, nur durch den Sozialismus verwirklicht werden.

[220] In diesem Zusammenhang dürfen wir auch nicht übersehen, daß selbst Arbeiter, die die unheilbaren Gebrechen des Kapitalismus erkennen und für den Sozialismus sind, an der Möglichkeit der Überwindung des Kapitalismus zweifeln. Diese Zweifel widerspiegeln den Einfluß der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Propaganda, die ganz bewußt den Glauben an die eigene Kraft unter den Arbeitern zu unterminieren versucht. Sie sind in gewisser Weise aber auch Ausdruck für die demobilisierende Wirkung der superrevolutionären Phrasen der Maoisten und Trotzlisten. Ihre Hetze gegen den realen Sozialismus, insbesondere gegen die Sowjetunion und die DDR, ihre Verleumdung der Kommunisten in der BRD, ihre antigewerkschaftlichen Positionen tragen dazu bei, den Sozialismus zu diskreditieren. Ihr Ruf nach bewaffnetem Kampf in der Bundesrepublik und ihr gleichzeitiger Aufruf, die NATO und die Bundeswehr zu stärken, ihre Ablehnung aller Übergangsforderungen, die an den Kampf um den Sozialismus heranzuführen tragen dazu bei, daß auch zahlreiche Arbeiter, die mit dem in der BRD herrschenden kapitalistischen System zutiefst unzufrieden sind, noch keine reale Perspektive für den Sozialismus in unserem Lande sehen. Es wird nicht möglich sein, die Arbeitermassen für den Kampf um das sozialistische Ziel der Arbeiterbewegung zu gewinnen ohne die Zurückdrängung des Einflusses der Ideologie und Politik der rechten sozialdemokratischen Führung und des Rechtsopportunismus unter den Arbeitern, ohne die ständige Auseinandersetzung mit Maoismus und Trotzismus.

Bei der Heranführung an den antimonopolistischen Kampf, an das Ringen um die Öffnung des Weges zum Sozialismus kommt neben den Fragen der Löhne, Preise und Arbeitsplätze den Forderungen nach wirksamer Mitbestimmung und nach Verstaatlichung von Grundstoff- und Schlüsselindustrien bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiter und ihre Organisationen große Bedeutung zu. Wenn heute in Gewerkschaften und auch unter Sozialdemokraten wieder stärker über Verstaatlichung diskutiert und die Forderung nach Investitionskontrolle erhoben wird, so ist das sowohl ein Ergebnis der zunehmenden Krisenerscheinungen des Kapitalismus als auch ein Ausdruck für die Entwicklung des Bewußtseins von Teilen der Arbeiter.

[221] Im Zusammenhang mit unserer Forderung nach Verstaatlichung bei demokratischer Kontrolle, die wir auf dem Hamburger Parteitag der DKP in bezug auf die Bank- und Versicherungskonzerne, die produktions- und marktbeherrschenden Monopolgiganten und die Rüstungsindustrie erhoben haben, dürfen wir natürlich keine Illusionen über den Charakter von Staatsunternehmen im Kapitalismus aufkommen lassen. Engels sagt bekanntlich schon im „Anti-Dühring“: „Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften, noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf ... Der moderne Staat, wie auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier, das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es

wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um, das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.¹²

Die Lösung des Konflikts zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Aneignung kann nur durch die Errichtung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und Überführung aller wichtigen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, d. h. durch den Sozialismus erfolgen. Dieser Grundsatz bestimmt die Politik der DKP.

Davon ausgehend treten wir den rechtsopportunistischen Auffassungen entgegen, nach denen Staatsunternehmen im Kapitalismus schon „ein Stück Sozialismus“ seien. Wir wenden uns zugleich entschieden gegen jene Revoluzzer, die den Kampf um Verstaatlichung im Kapitalismus rundweg ablehnen, weil das noch kein Sozialismus ist. Daß der Kampf um Verstaatlichungsmaßnahmen im Kapitalismus bei aller Begrenztheit Fortschritte für die Arbeiterklasse bringen kann, zeigt nicht zuletzt die Reaktion des Großkapitals und seiner politischen Vertretungen auf Verstaatlichungsforderungen. Tragen solche Maßnahmen doch dazu bei, der Arbeiterklasse deutlich zu machen, daß die Kapitalisten überflüssig sind.

Eingedenk der Engelsschen Einschätzung von Staatsunter-[222]nehmen im Kapitalismus bleiben wir jedoch nicht bei der Forderung nach Verstaatlichung stehen, sondern verbinden sie stets mit der nach demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen. Auch das bedeutet natürlich noch nicht den Sozialismus oder „ein Stück Sozialismus“. Eine solche Verstaatlichung von produktions- und marktbeherrschenden Konzernen bei wirklicher demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen kann jedoch dazu beitragen, in diesen Staatsbetrieben bessere Arbeitsbedingungen, vorbildliche Sozialleistungen und wirksame Mitbestimmung durchzusetzen. Solche Erfolge wären zweifellos auch für die Arbeiter in anderen Bereichen mobilisierend. Staatsbetriebe unter wirklich demokratischer Kontrolle könnten auch, z. B. durch ihre Preis- und Investitionspolitik, zu einem Hebel der Einflußnahme auf die übrigen Wirtschaftsbereiche werden.

All das sind jedoch erst Möglichkeiten. Ob und wie weit sie zur Wirklichkeit werden, hängt ab vom Kräfteverhältnis der Klassen, vom Bewußtsein, der Organisiertheit, der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse. Es hängt insbesondere auch davon ab, welche Klassenkräfte im Staat, der ja Besitzer der Staatsbetriebe ist, den Ton angeben. Umfassend können die Möglichkeiten der demokratisch kontrollierten Staatsbetriebe als Instrument demokratischer Wirtschaftspolitik darum erst zum Tragen kommen, wenn die Arbeiterklasse und die übrigen antimonopolistischen Kräfte den maßgebenden Einfluß in Staat und Gesellschaft erringen, also in einer antimonopolistischen Demokratie auf dem Weg zum Sozialismus.

Über die positiven Veränderungen im Denken von Teilen der Arbeiter und der Jugend, aber auch über die neuen ideologischen Probleme, die sich im Zusammenhang mit den Erfolgen der Friedenspolitik der sozialistischen Länder ergeben, wurde bereits an anderer Stelle gesprochen. Hier soll nur noch einmal darauf verwiesen werden.

Angesichts der ökonomischen und sozialpolitischen Erfolge des Sozialismus wird es für die bürgerlichen Meinungsmacher immer schwieriger, Märchen über materielle Not in den sozialistischen Ländern zu verbreiten. In den Vordergrund der antikommunistischen Propaganda tritt noch mehr die Behauptung, in diesen Ländern gäbe es keine Freiheit und keine Demokra-[223]tie. Neben der weiteren Popularisierung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolge des Sozialismus und seiner Friedenspolitik kommt darum der offensiven Propagierung der realen Freiheit und Demokratie für das werktätige Volk in den Ländern des Sozialismus für die ideologische Auseinandersetzung in der BRD eine immer größere Bedeutung zu.

Die DKP ist dabei bemüht, an die unmittelbaren Probleme, die die Arbeiter in der BRD bewegen, anzuknüpfen und ihnen das Beispiel der sozialistischen DDR gegenüberzustellen.

¹² Marx/Engels, Werke, Bd. 20, S. 268.

In der BRD waren 1975 durchschnittlich 1,5 bis 2 Millionen Arbeiter und Angestellte arbeitslos oder mußten kurzarbeiten. Hunderttausende Schulabgänger sind ohne Lehrstelle und Arbeitsplatz. Wieviel reale Freiheit bedeutet es für die Arbeiter im Sozialismus, daß es dort keine Kapitalisten gibt, die sie auf die Straße setzen können, wenn sie nicht mehr genug Profite bringen? Wieviel reale Freiheit bedeutet es für die junge Generation im Sozialismus, daß es dort keine Kapitalisten mehr gibt, die mit den Mitteln des Lehrstellenboykotts ihre brutalen Methoden der Lehrlingsausbeutung und die Verweigerung jeglicher Mitbestimmung der jungen Arbeiter und ihrer Gewerkschaften über die Ausbildung durchsetzen können? Die Sicherheit des Arbeitsplatzes, das Befreitsein von der Sorge um den morgigen Tag ist für den Arbeiter nicht Freiheit in schönen Sonntagsreden, sondern Freiheit in der Tat.

In der BRD bedrücken die ständig steigenden Preise, die den Reallohn immer mehr aushöhlen, die Arbeiter und ihre Familien. Besorgt fragen sich die Arbeiterfrauen, wenn sie ~am Wochenende einkaufen gehen, um wieviel die Preise inzwischen weitergestiegen sind, ob das Haushaltsgeld noch ausreicht. Von dieser Sorge sind sie im Sozialismus frei. Dort bemüht sich der Staat, trotz aller Probleme, die sich durch die inflationistische Entwicklung auf dem kapitalistischen Weltmarkt in gewisser Weise auch für die sozialistischen Länder infolge ihrer Wirtschaftsverbindungen mit dem kapitalistischen Markt ergeben, für die Werktätigen stabile Verbraucherpreise zu gewährleisten. Die Preise werden in den sozialistischen Ländern von den Arbeitern selbst kontrolliert.

Die Bürger im Sozialismus sind frei von Krisen, von Arbeitslosigkeit und Inflation. Sie sind frei von Mietsteigerungen und [224] Exmittierungen. Sie sind befreit von Obdachlosenasylen, Verbrechensflut, Drogenseuche, Horror- und Pornowelle. Sie kennen keine Bildungsmisere. Niemand wird wegen fortschrittlicher Gesinnung Berufsverboten unterworfen. Sie kennen keine Abgeordneten, die vom Großkapital durch „Beraterverträge“ bestochen werden.

Der sozialistische Staat schafft ein breites Betätigungsfeld für die allseitige demokratische Mitentscheidung der Bürger in allen Lebensbereichen. Wichtige Gesetzentwürfe, z. B. das Familiengesetz, das Gesetz zur Förderung der Jugend und andere wurden in der DDR erst nach monatelangem Diskussion in der Bevölkerung, von der Tausende Veränderungsvorschläge kamen, beschlossen.

Die Kandidaten in den Volksvertretungen werden von ihren Arbeitskollektiven auf Herz und Nieren geprüft, brauchen deren Bestätigung, erhalten Wähleraufträge und sind rechenschaftspflichtig. Vielseitig sind die Rechte der Gewerkschaften, ihrer Vertrauenskörper, der Produktionsberatungen der Arbeiter in den Betrieben.

Die höhere Form der Demokratie, die Demokratie für das arbeitende Volk in den sozialistischen Ländern, kommt auch darin zum Ausdruck, daß z. B. in der DDR zwei Drittel aller Volkskammerabgeordneten Arbeiter und Angestellte sind. 75% der Betriebsleiter, 80% der Staatsanwälte und 80% der Offiziere der Nationalen Volksarmee stammen aus der Arbeiterklasse.

Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Krisenerscheinungen des Kapitalismus und der Erfolge des Sozialismus sowie als Ergebnis der sich entfaltenden Massenarbeit der DKP sehen wir auch positive Entwicklungen in der Haltung von Teilen der Arbeiterschaft gegenüber unserer Partei. Unsere Politik wird besser verstanden. Sie findet stärkere Unterstützung, auch wenn sich das noch nicht in Wahlergebnissen widerspiegelt. Häufiger hört man am Arbeitsplatz oder am Informationsstand die Meinung: Eure Politik ist ja eigentlich richtig. Die Aufgeschlossenheit gegenüber der DKP ist größer geworden. Davon zeugen auch die großen Pressefeste der Parteizeitung „Unsere Zeit“.

Hier werden die neuen Möglichkeiten für ein breites Gespräch mit den Arbeitern über unsere konstruktive Politik im [225] Interesse der Arbeiterklasse deutlich. Dieses Gespräch in dort Betrieben und Gewerkschaften, in den Wohnvierteln und Vereinen zu führen, ist eine ständige und vordringliche Aufgabe eines jeden Kommunisten.

Gleichzeitig übersehen wir nicht, daß es unter dem Trommelfeuer dem bürgerlichen Propaganda nach wie vor bei großen Teilen der Arbeiterklasse viele antikommunistische Vorbehalte gegenüber unserer Partei gibt. Dazu gehört zum Beispiel die Auffassung, die DKP sei keine selbständige Partei, sondern ein „Satellit Moskaus und der SED“.

In Wirklichkeit ist die DKP ein untrennbarer Bestandteil der Arbeiterklasse der BRD. Sie entwickelt ihre Politik entsprechend den Interessen der werktätigen Bevölkerung unseres Landes. Elementare Anliegen der Arbeiter sind sichere Arbeitsplätze, stabile Preise, höhere Kaufkraft. Die DKP ist die einzige Partei in der BRD, die konsequent für diese Arbeiterforderungen eintritt. Die arbeitende Bevölkerung unseres Landes braucht Entspannung und friedliche Koexistenz, um in Frieden leben zu können. Damit können auch durch die Abrüstung Mittel für dringend notwendige soziale Reformen freigemacht werden. Die Kommunisten waren die Vorkämpfer der Entspannungspolitik. Die DKP ist die einzige Partei, die ohne Wenn und Aber dafür eintritt, konsequent die Politik der friedlichen Koexistenz weiterzutreiben und alle Möglichkeiten dieser Politik für das arbeitende Volk zu nutzen.

Die Interessen der Bevölkerung der BRD erfordern Befreiung aus der Vormundschaft des amerikanischen Imperialismus, aus der Abhängigkeit von der NATO, aus den Klauen der multinationalen Konzerne. Die DKP ist die einzige Partei, die konsequent dafür wirkt. All das zeigt, daß allein die DKP wirklich nationale Politik entwickelt, denn was sonst kann wirklich nationale Politik bedeuten als Politik im Interesse der Mehrheit des Volkes?

Zugleich ist die DKP eine Partei des proletarischen Internationalismus. Sie ist in der Tat eng verbunden mit der KPdSU und der SED, mit der kommunistischen Weltbewegung.

Die Hauptkraft der sozialistischen Staatengemeinschaft und des Kampfes gegen den Imperialismus, der wichtigste Garant des Friedens, der Sicherheit und des gesellschaftlichen Fortschritts, war, ist und bleibt die Sowjetunion, deren führende [226] politische Kraft die KPdSU ist. Als erstes Land der Welt begann sie unter außerordentlich schwierigen Bedingungen mit dem Aufbau der neuen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien, sozialistischen Gesellschaft.

Mit der Zerschlagung des Faschismus durch die Sowjetunion wurde das deutsche Volk befreit. Sein schlimmster Feind, der deutsche Imperialismus und Militarismus, wurde entscheidend geschwächt. Die Politik der Sowjetunion entspricht auch heute den Grundinteressen des werktätigen Volkes in der BRD. Durch ihren Kampf für Frieden und Entspannung, für europäische Sicherheit und Abrüstung hat sie entscheidend zur Herbeiführung jener Bedingungen beigetragen, die die Unterzeichnung der Verträge von Moskau, Warschau und Berlin, sowie den Erfolg der Konferenz von Helsinki ermöglichten.¹³

Für die Lage und die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen in der BRD ist die Existenz und die erfolgreiche Entwicklung der sozialistischen DDR von großer Bedeutung. Dort haben die Arbeiter, unsere Klassengenossen, die Macht. Im Bündnis mit den anderen Werktätigen haben sie einen sozialistischen Staat aufgebaut, der wachsende Anziehungskraft in Europa, in der Welt ausübt.

Die DDR ist eine starke Stütze im Kampf der Arbeiter und Angestellten, der Intellektuellen und Bauern, der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden in der BRD für ihre sozialen und politischen Interessen gegen das Großkapital. Sie ist ein stabiler Friedensfaktor in Europa, der gemeinsam mit der sozialistischen Staatengemeinschaft den Großmachtdrang der Imperialisten und Militaristen der BRD in die Schranken weist. Auch für die Durchsetzung der unmittelbaren ökonomischen und sozialen Forderungen der Arbeiterklasse der Bundesrepublik, für den Kampf der Jugend um ein demokratisches Bildungssystem und der Frauen für wirkliche Gleichberechtigung, sind die sozialistischen Errungenschaften der DDR von großem Gewicht.¹⁴

Die DKP stellt ihre guten Beziehungen zu den Bruderparteien der sozialistischen Länder in den Dienst der Arbeiterklasse der BRD. Sie sieht ihre Aufgabe darin, dazu beizutragen, daß die Arbeiterklasse in der BRD ihr Verhältnis zur Sowjetunion, zur DDR, zu den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft von ihren Klasseninteressen bestimmt, daß sie die [227] Errungenschaften des Sozialismus stärker für ihren Kampf gegen das Großkapital nutzt.

Ein anderer Vorbehalt gegenüber unserer Partei ist die auch bei vielen Arbeitern verbreitete Ansicht, wir seien keine Partei der Freiheit und Demokratie.

¹³ Vgl. Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, These 17.

¹⁴ Vgl. ebenda, These 18.

Tatsächlich ist die DKP jedoch die Kraft in der BRD, die am entschiedensten für die Freiheit und Demokratie des arbeitenden Volkes eintritt. Die Grundlage wirklicher Freiheit der arbeitenden Menschen ist die Entmachtung der Konzernherren, die Errichtung des Sozialismus. Dafür kämpft allein die DKP.

Wenn im Grundgesetz der BRD demokratische Grundrechte ; formuliert wurden, wenn es in unserem Lande – wenn auch beschränkt – bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten gibt, so wurden diese der arbeitenden Bevölkerung nicht geschenkt. Sie sind das Ergebnis eines Jahrhunderts des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung und besonders des Sieges über den Faschismus. Die Hauptkraft im Kampf gegen den Faschismus war die von den Kommunisten geführte Sowjetunion. Die größten Opfer im Kampf gegen den Faschismus in Deutschland selbst haben die deutschen Kommunisten gebracht. Niemand hat mehr Anrecht darauf als sie, Bannerträger der Freiheit und der Demokratie zu sein. Als die Kommunisten den Widerstandskampf gegen den Faschismus führten, in den Konzentrationslagern gequält wurden und zu Zehntausenden ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus ließen – wo waren da die heutigen Freiheitsapostel, die Abs und Schleyer, die Strauß und Filbinger? Sie waren getreue Paladine des Faschismus.

Die DKP ist auch heute die konsequenteste politische Kraft im Widerstand gegen den Abbau demokratischer Rechte, im Eintreten für eine wirksame Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, für mehr Demokratie in unserem Land. CDU und CSU, FDP- und SPD-Führung haben dagegen in trauter Eintracht das Grundgesetz dutzendmal geändert und dabei die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes immer mehr eingeschränkt. Sie haben durch die Notstandsgesetze die Möglichkeit geschaffen, dem Grundgesetz seine demokratische Substanz zu nehmen. Sie beugen das Grundgesetz durch die verfassungswidrigen Berufsverbote. Sie verweigern den Arbeitern und ihren Gewerkschaften jede wirkliche Mitbestimmung.

[228] Die DKP ist die einzige Kraft, die konsequent für die Anwendung der demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes eintritt. Unsere Partei fordert, daß die im Grundgesetz enthaltenen Möglichkeiten genutzt werden, um die Interessen des arbeitenden Volkes gegen das Großkapital zu verteidigen, das Hunderttausende Arbeiter zu Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verurteilt, das das Eigentum zum Preisdiktat, zur Verseuchung der Umwelt im Interesse der Profite, zur Bodenspekulation und für Mietwucher mißbraucht. Wir allein fordern, gemäß Art. 14 und 15 der Verfassung der BRD, die Verantwortlichen für die Massenarbeitslosigkeit, die Preistreiber, die Bodenspekulanten, Umweltverseucher, Mietwucherer, d. h. das Großkapital, zu enteignen.

Wir übersehen auch nicht, daß Arbeiter, die unserer Politik oder in vielen Fragen unserer Politik zustimmen, in der DKP noch nicht die Kraft erkennen, die die Dinge in der Bundesrepublik zugunsten der Arbeiter verändern kann. Das wird besonders deutlich bei Wahlen. Kritische Arbeiter, die von der Politik der SPD enttäuscht sind, wählen dennoch SPD als das „kleinere Übel“ gegenüber der CDU/CSU, bleiben der Wahlurne fern oder geben sogar ihre Stimme aus Protest der CDU/CSU.

Es kommt also darauf an, noch stärker deutlich zu machen, daß die DKP die einzige wirkliche Alternative zu den Parteien des kapitalistischen Krisensystems ist. Zur Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse, zur Zurückdrängung und schließlichen Überwindung der Macht des Großkapitals, für den Sozialismus in der BRD, braucht die Arbeiterklasse eine starke marxistische Partei, diese Partei ist nur die DKP. Die Masse ihrer Mitglieder sind Arbeiter und Angestellte. Ihre führenden Funktionäre kommen aus der Arbeiterklasse. Ihre Politik gründet sich auf die Theorie von Marx, Engels und Lenin. Die DKP geht in allen Fragen stets von den Interessen der Arbeiterklasse aus. Sie ist am sozialistischen Ziel der Arbeiterbewegung orientiert. Sie ist als einzige Partei in der BRD mit der mächtigsten politischen Kraft unserer Zeit, der kommunistischen Weltbewegung, und mit den ruhmreichen Traditionen der marxistischen deutschen Arbeiterbewegung, mit den Traditionen von Marx und Engels, Bebel, Liebknecht und Luxemburg, Thälmann und Pieck verbunden.

[229] Stellen wir zusammenfassend die Frage: Was heißt heute, in der BRD Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse entwickeln?

Klassenbewußtsein entwickeln heißt: Einsicht in die Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze von Arbeitern und Kapitalisten und die Erkenntnis vermitteln, daß Arbeiterinteressen nur im gemeinsamen solidarischen Handeln, im Klassenkampf durchgesetzt werden können. Klassenbewußtsein entwickeln heißt: Einsicht in den Klassencharakter des kapitalistischen Staates verbreiten. Klassenbewußtsein entwickeln heißt: Die Erkenntnis vermitteln, daß die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse nur durch die Überwindung des Kapitalismus durchgesetzt werden können, daß der Sozialismus notwendig und erreichbar ist. Klassenbewußtsein entwickeln heißt: Ein richtiges klassenmäßiges Verhältnis zur Macht der Arbeiterklasse in den Ländern des Sozialismus, vor allem in der Sowjetunion und der DDR, zu schaffen. Klassenbewußtsein entwickeln heißt: Die Einsicht vermitteln, daß im Interesse der Arbeiterklasse der BRD eine starke DKP notwendig ist.

All das sind unverzichtbare Elemente der Entwicklung proletarischen Klassenbewußtseins. Ein solches Klassenbewußtsein in seiner Gesamtheit kann allerdings nicht mit einem Schlag geschaffen werden. Es muß auf elementarste Einsichten, auf Keimformen des Klassenbewußtseins aufgebaut und zu grundlegenden klassenmäßigen Erkenntnissen weitergeführt werden. Die Vermittlung von Klassenbewußtsein stellt also einen Prozeß dar; wobei dieser Prozeß nur im ständigen und erbitterten Kampf gegen die bürgerliche Ideologie vorankommen kann.

Die Entwicklung immer weitergehender Klassenerkenntnisse bei den Arbeitern erfordert die stetige bewußtseinsbildende Arbeit der kommunistischen Partei. Die marxistische Partei der Arbeiterklasse kann diese Aufgabe aber nur in dem Maße erfüllen, wie ihre Mitglieder selbst ständig und unermüdetlich den Marxismus studieren und lernen, ihn auf die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes anzuwenden. Das gilt unter den heutigen Bedingungen des erfolgreichen Vormarsches des Sozialismus, der allseitigen Vertiefung der Krise des Kapitalismus und der wachsenden Bedeutung der ideologischen Auseinandersetzung im Klassenkampf in ganz besonderem Maße. [230]

7. Die Veränderungen in der Welt und die Entwicklung der kommunistischen Bewegung¹

Auf dem XXV. Parteitag der KPdSU legte der Generalsekretär der KPdSU, Genosse Breschnew, eine beeindruckende Bilanz erfolgreicher Arbeit im stärksten Land des Weltsozialismus, der Sowjetunion, vor. Der Bericht des Zentralkomitees zeigt das rasche Anwachsen des politischen Einflusses der Sowjetunion und der mit ihr verbundenen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft. Die wesentlichsten Aufgaben des vom XXIV. Parteitag beschlossenen Friedensprogramm wurden erfüllt. Vieles von dem, wofür wir Kommunisten seit Jahrzehnten gekämpft haben, ist in den wenigen Jahren seit 1971 Wirklichkeit geworden: der Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die Aggression des USA-Imperialismus endete mit einem vollen Sieg. Die Völker von Laos und Kambodscha haben ihre Freiheit erkämpft. Die DDR wurde völkerrechtlich anerkannt und ist Mitglied der UNO. Die Westgrenzen der DDR, Volkspolens und der ČSSR wurden völkerrechtlich verbindlich anerkannt. In Portugal und Griechenland stürzten die faschistischen Regime, die Völker der ehemaligen portugiesischen Kolonien errangen die Unabhängigkeit. Auf der Konferenz von Helsinki wurden die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung als Normen zwischenstaatlicher Beziehungen vereinbart. Auch in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA wurden trotz aller Widerstände der reaktionärsten Kräfte des amerikanischen Imperialismus wichtige Fortschritte in Richtung Koexistenz erreicht.

„Das Leben selbst hat die Aktualität und den realistischen Charakter dieses Programms bestätigt. Und obwohl der Weltfrieden noch keineswegs garantiert ist, haben wir allen Grund, mit Sicherheit zu sagen: Die Gesundung des internationalen Klimas ist ein überzeugender Beweis dafür, daß die Herbei-[231]führung eines dauerhaften Friedens kein frommer Wunsch, sondern eine durchaus reale Aufgabe ist.“²

Der XXV. Parteitag der KPdSU hat die nächsten Aufgaben im Kampf um den Frieden abgesteckt: weitere Festigung der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder; Durchsetzung konkreter Schritte zur Abrüstung; Beseitigung der noch bestehenden Kriegsherde, z. B. im Nahen Osten; Vertiefung der internationalen Entspannung; Abschluß eines weltweiten Vertrages über Gewaltverzicht; Beseitigung der Überreste des Kolonialismus; Festigung der friedlichen Koexistenz durch allseitige Zusammenarbeit entsprechend den Prinzipien von Helsinki.

Die Erfolge der Friedenspolitik der UdSSR und der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft stützen sich auf große Leistungen in der wirtschaftlichen Entwicklung. „Die sozialistische Staatengemeinschaft ist jetzt zur dynamischsten Wirtschaftsmacht der Welt geworden. Während des vergangenen Jahrfünfts entwickelte sich die Industrie der ihr angehörenden Länder viermal so schnell wie die Industrie der entwickelten kapitalistischen Staaten. 1975 lieferten die Länder unserer Staatengemeinschaft mehr als doppelt soviel Industrieerzeugnisse wie die Länder des Gemeinsamen Marktes.“³

In der Sowjetunion stieg die Industrieproduktion – völlig plangemäß – in den letzten 5 Jahren um 43 Prozent. In den 10 Jahren seit 1965 wurde ein ebenso großes Wirtschaftspotential geschaffen wie in den fast fünf Jahrzehnten der Sowjetmacht vorher. Im Verlauf der nächsten 15 Jahre wird sich dieses Potential erneut verdoppeln. In der Erzeugung von Kohle, Stahl, Erdöl, Eisenerz, Zement und Mineraldüngemitteln steht die Sowjetunion jetzt an der Spitze aller Länder der Welt. Selbst die beiden schweren Mißernten im Zeitraum des vergangenen Fünfjahrplans verhinderten nicht, daß im Jahresdurchschnitt die Getreideproduktion, gemessen am vorhergehenden Fünfjahrplan, um 14 Millionen Tonnen stieg. Große Erfolge konnten in der Entwicklung des Lebensstandards der Sowjetbürger

¹ Dieses Kapitel wurde nach Drucklegung des Manuskripts unter Berücksichtigung des XXV. Parteitags der KPdSU und des Bonner Parteitags der DKP geschrieben. Die Fakten zur Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung stützen sich auf den Artikel des Genossen W. W. Sagladin: Die Veränderungen in der Welt und die kommunistische Bewegung, in: Neues Deutschland vom 23.12.1975.

² XXV. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik, Dietz Verlag, Berlin 1976, S. 22.

³ Ebenda, S. 12.

erreicht werden. Das Realeinkommen stieg um rund ein Viertel. 56 Millionen Sowjetbürger bekamen bessere Wohnungen. Bei der Entwicklung von Wissenschaft, Kultur und Volksbildung, bei der Entfaltung der sozialistischen Demokratie hat die Sowjetunion in den letzten fünf Jahren neue Höhen erreicht.

Während des jetzt beginnenden 10. Fünfjahrplans wird die [232] Industrieproduktion der UdSSR um weitere 35 bis 39 Prozent steigen. Die Löhne der Arbeiter und Angestellten werden um 16 bis 18 Prozent und die Einkünfte der Kolchosbauern um 24 bis 27 Prozent zunehmen, und das bei stabilen Preisen.

Die erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus tritt um so deutlicher zutage, als sie sich auf dem Hintergrund der enormen Vertiefung der Krise des kapitalistischen Systems vollzieht. Die Erfolge der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft sind Erfolge aller fortschrittlichen Kräfte in der Welt. Sie geben dem Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, dem Befreiungskampf der Völker gegen den Imperialismus neue Impulse. Die Zusammenarbeit der drei revolutionären Hauptströmungen, der sozialistischen Staatengemeinschaft, der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder und der nationalen Befreiungsbewegung, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen neuer Erfolge im Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus. Das wissen auch das Großkapital und seine politischen Vertreter. Deshalb ist der Versuch, die Einheit dieser Kräfte zu spalten, eine der wichtigsten Formen, mit denen der Imperialismus auf die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses reagiert. Er wendet große Mittel auf, um Differenzen zu erfinden, zu erzeugen, um tatsächlich vorhandene Meinungsverschiedenheiten zu vertiefen. Um so notwendiger ist es für jeden Kommunisten, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um zur Stärkung der Geschlossenheit der revolutionären Kräfte in der Welt, vor allem zur Einheit der kommunistischen Weltbewegung beizutragen. Von diesem Grundsatz läßt sich die DKP stets leiten. Das hat der Bonner Parteitag der DKP (März 1976) noch einmal mit allem Nachdruck unterstrichen.

Das Streben nach Einheit, nach gemeinsamen Handeln ist die vorherrschende Tendenz in der kommunistischen Weltbewegung, die zur einflußreichsten politischen Kraft unserer Zeit wurde. Im Zuge des Wachstums unserer Bewegung gibt es allerdings nicht wenige neue Fragen, auf die eine Antwort gefunden werden muß. Dabei können auch Meinungsverschiedenheiten auftreten. Es sind dies keineswegs Zerfallserscheinungen der kommunistischen Bewegung, wie der Klassengegner behauptet, sondern Probleme, die beim stürmischen Vormarsch der gegen den Imperialismus kämpfenden Kräfte entstehen. Wenn man sie verstehen und richtig einordnen will, muß man sie auf dem [233] Hintergrund der großen Veränderungen betrachten, die sich in der Welt und in der kommunistischen Bewegung selbst vollzogen haben.

7.1. Die Welt hat sich verändert

„Wir leben in einer Epoche grundlegender sozialer Wandlungen. Nach wie vor erstarben und erweitern sich die Positionen des Sozialismus. Die Siege der nationalen Befreiungsbewegung eröffnen den Ländern, die ihre Unabhängigkeit erkämpft haben, neue Horizonte. Der Klassenkampf der Werktätigen gegen das Joch der Monopole, gegen die Ausbeuterordnung wird immer stärker. Die revolutionär-demokratische, antiimperialistische Bewegung nimmt immer größere Ausmaße an. All das bedeutet in seiner Gesamtheit ein Fortschreiten des revolutionären Weltprozesses.

Das ist der machtvolle Schritt der Geschichte. In den revolutionären Prozeß schalten sich neue Generationen und soziale Schichten, neue Parteien und Organisationen ein. Es geschieht genau das, worüber W. I. Lenin geschrieben hat: „In dem Maße, wie sich das geschichtliche Schöpfertum der Menschen erweitert und vertieft, muß auch der Umfang der Bevölkerungsmasse wachsen, die bewußt Geschichte macht“.⁴

Welches sind die wichtigsten Veränderungen, die sich in den letzten Jahren in der Welt vollzogen haben?

⁴ Ebenda, S. 34 f.

1. In den 30 Jahren, die nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges, nach der Zerschlagung des Faschismus, die die Geburt des sozialistischen Weltsystems einleitete, vergangen sind, ist der Weltsozialismus immer stärker und fester geworden. Die meisten sozialistischen Länder haben in dieser Zeit die Periode des Übergangs von kapitalistischen zu sozialistischen Produktionsverhältnissen abgeschlossen, die erste Phase des sozialistischen Aufbaus durchlaufen und befinden sich jetzt beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die den schrittweisen Übergang zum Kommunismus vorbereitet.

Wie erfolgreich die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus lösen, macht Genosse Sagladin – stellvertretender Abteilungsleiter im ZK der KPdSU – in dem erwähnten Artikel deutlich. Dort heißt es: „In wirtschaftlicher Hinsicht nähern wir uns jetzt dem histo-[234]rischen Augenblick, an dem die Macht der sozialistischen Welt das wirtschaftliche Potential der imperialistischen Staaten erreichen und es dann übertreffen wird. Vollständige Angaben gibt es nur für die RGW-Länder. 1950 bestritten allein diese Länder 17,5 Prozent der Weltindustrieproduktion (darunter die UdSSR 12 Prozent). 1974 erzeugten sie bereits 37,5 Prozent der Weltindustrieproduktion (darunter die UdSSR 23,8 Prozent). Der Anteil der USA, der 1950 43,6 Prozent betragen hatte, war hingegen bis zum vergangenen Jahr auf 25,4 Prozent zurückgegangen und der Anteil der Staaten des Gemeinsamen Marktes von 21,8 auf 16,6 Prozent ...

In militärischer Hinsicht ist heute eine Situation erreicht, bei der selbst die imperialistische Welt weitgehend anerkennt, daß die sozialistischen Länder über eine Macht verfügen, die nicht geringer ist als die des Westens.“

Genosse Sagladin weist ausdrücklich darauf hin, daß diese Erfolge noch nicht bedeuten, daß die sozialistischen Länder die kapitalistischen schon in der Pro-Kopf-Erzeugung an Massenbedarfsgütern überholt hätten. Der geschichtliche Rückstand der Entwicklung, die Notwendigkeit der Überwindung der Kriegsfolgen, machten das noch nicht möglich, wobei jetzt die Voraussetzungen bestehen, auch in diesem Bereich rasch aufzuholen. Zu einer Zeit, wo in den kapitalistischen Ländern alle Lasten der kapitalistischen Krise auf die arbeitenden Menschen abgewälzt werden, wächst der Lebensstandard der Werktätigen in den sozialistischen Ländern rasch und beständig.

Das sozialistische System, das vor weniger als drei Jahrzehnten entstand, ist in einer relativ kurzen geschichtlichen Zeitspanne zur entscheidenden Kraft in der weltweiten Entwicklung geworden. Es tritt immer stärker als die Triebkraft in Erscheinung, die die Hauptrichtung des sozialen Fortschritts in der Welt bestimmt.

2. Das zweite wichtige Ereignis, das die Nachkriegsgeschichte kennzeichnet, ist der Zerfall des Kolonialsystems des Imperialismus. Die Beseitigung der imperialistischen Kolonialherrschaft hat zur nationalen Befreiung von Milliarden Menschen geführt und in gewaltigem Maße die sozialökonomische und politische Entwicklung der ganzen Welt beschleunigt. Sie ist zu einem wichtigen Faktor der Veränderung des Kräfteverhältnisses zum Nachteil des Imperialismus geworden.

[235] Die politischen Veränderungen, die sich in diesem Zusammenhang vollzogen haben, widerspiegeln sich auch in der Zusammensetzung der UNO. Waren 1945 die Länder Asiens und Afrikas in der UNO nur durch 11 Staaten vertreten (gleich 21,6% der UNO-Mitglieder), so waren es 1972 schon 72 Delegationen (gleich 52,2% der UNO-Mitglieder). Inzwischen wurden weitere Staaten Afrikas, z. B. die ehemaligen portugiesischen Kolonien, unabhängig und werden bald auch in der UNO Gewicht erlangen. Hinzu kommen noch 25 lateinamerikanische Staaten und die 14 sozialistischen Länder, so daß die imperialistischen Staaten in der UNO zu einer kleinen Minderheit geworden sind.

In den befreiten Ländern der sogenannten dritten Welt vollziehen sich große soziale Umwälzungen. Das ist verbunden mit der Polarisierung der Klassenkräfte in diesen Ländern, mit einer Verschärfung des Klassenkampfes. In vielen Ländern gibt es beachtliche Fortschritte in der sozialistischen Orientierung, in anderen ist die kapitalistische Entwicklung fortgeschritten. Fortschritte in der Entwicklung zeigen sich auch in der Außenpolitik, z. B. in der Haltung der afrikanischen Länder zur Anerkennung der Volksrepublik Angola.

Genosse Breschnew kennzeichnete diese Hauptrichtung in vielen befreiten Ländern im Bericht des ZK der KPdSU an den XXV. Parteitag folgendermaßen: „Verlagerung des Schwerpunkts der industriellen Entwicklung in den staatlichen Sektor, Abschaffung des feudalen Grundbesitzes, Verstaatlichung ausländischer Unternehmen, die den jungen Staaten zu einer effektiven Souveränität über ihre Naturschätze verhelfen soll, und Ausbildung eigener Kader. Kurz gesagt, in diesem Teil der Welt sind trotz aller Schwierigkeiten tiefgreifende fortschrittliche Veränderungen im Gange.“⁵

Natürlich findet sich der Imperialismus nicht kampflos mit diesen Veränderungen ab. Söldnerkrieg gegen die Volksrepublik Angola, Kapitaleinsatz in Ägypten und anderen Ländern, mit dem Ziel, revolutionäre Errungenschaften rückgängig zu machen, Versuche zum Sturz progressiver Regierungen gehören zu seinen konterrevolutionären Machenschaften. Diese stoßen jedoch auf immer mächtigeren und erfolgreicherem Widerstand der Völker, wie die Niederlage des Imperialismus in Indochina und sein Debakel in Angola deutlich unterstreichen.

[236] Offene Kanonendiplomatie wird angesichts des Kräfteverhältnisses in der Welt immer schwieriger. Deshalb auch die wütenden Attacken der bürgerlichen Massenmedien gegen die Stärke der sowjetischen Flotte.

Selbst die jungen Nationalstaaten, die einen kapitalistischen Entwicklungsweg einschlagen, sind bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis in der Lage, stärker als je ihre eigenen nationalen Interessen zu vertreten, sich aus der Abhängigkeit der imperialistischen Großmächte zu lösen. Die Stellung der rohstoffzeugenden Länder hat sich gestärkt, der nicht gleichwertige Austausch zugunsten der kapitalistischen Industrieländer, eine der Quellen von deren Superprofiten, wird immer schwieriger.

3. Die wachsende Stärke des Sozialismus und der Zerfall des Kolonialsystems des Imperialismus sind wichtige Faktoren, die die allgemeine Krise des Kapitalismus spürbar beeinflussen. Wirtschaft, politischer Machtapparat, Ideologie und Moral des kapitalistischen Systems sind zutiefst erschüttert. Diese Verschärfung der allgemeinen Krise fällt zusammen mit dem Auftreten der tiefsten ökonomischen Krise des Weltkapitalismus seit der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre.

Die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftskrise wird durch einige Besonderheiten beeinflusst:

– Es ist die erste Krise der Nachkriegszeit, die alle kapitalistischen Länder in ihren Strudel gerissen hat. Sie erfaßt alle Bereiche der Produktion, die Währung, das Kreditsystem, die Staatsfinanzen und die Konsumtionssphäre.

– Es ist die erste – die ganze kapitalistische Welt erfassende Krise unter Bedingungen, da ein krisenfreies sozialistisches Weltsystem besteht und sich rasch entwickelt. Der friedliche Wettbewerb zwischen beiden Weltsystemen wird dadurch erheblich beeinflusst.

– Es ist ebenfalls die erste, die ganze kapitalistische Welt erfassende Krise nach dem Zusammenbruch des Kolonialsystems des Imperialismus. Es wird immer schwieriger, Möglichkeiten zu finden, die Krisenfolgen auf die unterentwickelten Gebiete dieser Welt zu verlagern. Auch die neokolonialistischen Methoden, mit deren Hilfe die alte Abhängigkeit nach Erringung der politischen Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien aufrechterhalten werden sollte, stoßen auf starke Grenzen. [237]

– Die kapitalistische Krise macht die Grenzen der Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus deutlich. Alle Bemühungen, die Widersprüche zwischen den Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen im Rahmen des Systems zu meistern, erweisen sich letztlich als aussichtslos.

Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus in ihrer jetzigen Phase ist die weitgehende Labilität seiner politischen Verhältnisse. Faschistische Regime in Portugal und Griechenland stürzten. In fast allen kapitalistischen Ländern gibt es rascheren Wechsel der Regierungen, die Unsicherheit über die zweckmäßigste Form der politischen Machtausübung im Interesse des Großkapitals wächst.

Die tiefe ideologische Krise des Kapitalismus zeigt sich darin, daß die bürgerlichen Ideologen nicht in der Lage sind, ein positives Leitbild zur Verteidigung der bestehenden Ausbeuterordnung zu

⁵ Ebenda, S. 16.

entwickeln. Ihr verschärfter Antikommunismus ist Ausdruck der Ausweglosigkeit ihrer Ideologie angesichts der unheilbaren Gebrechen des Kapitalismus.

4. Schließlich zeigen sich die Veränderungen in der Welt auch in den politischen Beziehungen zwischen den Staaten. Genosse Sagladin nennt als Wichtigstes in diesem Zusammenhang, daß heute zum erstenmal in der Menschheitsgeschichte im internationalen Geschehen nicht mehr die „Logik“ der Wolfsgesetze des Imperialismus ausschlaggebend ist. Das ist auch die Ursache für den gewaltigen Einfluß, den die Entspannung auf das gesellschaftspolitische Leben aller Völker ausübt, und darin wurzelt der zunehmende Widerstand, den die imperialistische Welt der Entspannung entgegensetzt.

Das Eingehen imperialistischer Staaten auf die Politik der Entspannung und die Unterzeichnung von Verträgen, Abkommen und Deklarationen, die das Prinzip der friedlichen Koexistenz als die einzig mögliche Grundlage der Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und den Gewaltverzicht bekräftigen sowie die gegenwärtigen Grenzen zwischen den Staaten Europas garantieren – all das hat gewaltige gesellschaftspolitische Bedeutung. Im Grunde genommen geht es darum, daß der Imperialismus die Festigkeit und Unerschütterlichkeit der Errungenschaften der sozialistischen Welt und jene Prinzipien der Weltpolitik anerkennen muß, die der Weltsozialismus stets verfochten hat.

[238] Die Besonderheit der Prinzipien und Methoden der internationalen politischen Tätigkeit, für die die sozialistischen Länder, die Kommunisten kämpften und kämpfen, besteht darin, daß ihre Anwendung den Interessen aller Völker gleichermaßen entspricht. Es gibt kein einziges Volk, das aus dem Frieden oder der Entspannung keinen Gewinn ziehen würde. Es gibt kein einziges Volk, dem daraus Nachteile erwachsen würden. In eben diesem Sinne müssen auch die Beschlüsse der Konferenz von Helsinki bewertet werden, deren Zustandekommen ein großer Erfolg aller Friedenskräfte im Kampf für die Sicherheit der Völker Europas war. Mit ihren Beschlüssen wurden qualitativ neue Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die politische Entspannung in der Welt durch die militärische Entspannung ergänzt wird.

7.2. Die kommunistische Weltbewegung – die einflußreichste politische Kraft unserer Zeit

Die großen Veränderungen in der Welt, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten vollzogen haben, blieben natürlich nicht ohne Einfluß auf die kommunistische Weltbewegung. Sie war der entscheidende Motor des gesellschaftlichen Fortschritts in der ganzen Welt. Sie hat dem Neuen im harten Kampf zum Durchbruch verholfen. Zugleich hat sie sich in diesem Kampf selbst verändert. Sie ist gewachsen, hat neue Länder und Erdteile erfaßt. Sie hat sich zahlenmäßig vervielfacht und neue Schichten in ihren Kampf einbezogen.

Welches sind die wichtigsten Veränderungen in der kommunistischen Bewegung, und wieso können mit diesen Veränderungen auch Meinungsverschiedenheiten und unterschiedliche Beurteilungen entstehen?

1. Bis 1945 gab es nur zwei kommunistische Parteien an der Macht, die KPdSU und die Mongolische Revolutionäre Volkspartei. Heute sind kommunistische Parteien in 14 Ländern an der Macht. Die Formen und die geschichtlichen Bedingungen, unter denen die Arbeitermacht entstand, waren dabei sehr unterschiedlich. Unter den neuen sozialistischen Ländern waren zurückgebliebene Agrarländer und relativ moderne Industriestaaten. Sie gehörten zu unterschiedlichen Kulturkreisen in drei [239] Erdteilen. Sie hatten geschichtlich unterschiedliche politische Herrschaftsformen durchlaufen. Zu ihnen gehören große und kleine Länder. Die Ausbeuterklassen hatten nationale Gegensätze zwischen ihnen geschürt. Die kommunistischen Parteien, die die Arbeiterklasse dieser Länder im Bündnis mit den übrigen Werktätigen auf dem Weg zum Sozialismus führten, waren

unterschiedlich stark, verfügten über mehr oder weniger große Erfahrungen, waren sehr unterschiedlich in den Massen verankert. Auch die Arbeiterklasse selbst war unterschiedlich entwickelt, Bündnisprobleme zeigten sich jeweils anders, die Kraft der Reaktion war unterschiedlich stark. Das alles bewirkte, daß die konkreten Formen bei der Verwirklichung der allgemeinen Prinzipien des sozialistischen Aufbaus sehr vielfältig waren und sind.

Das Verhältnis zwischen allgemeingültigen Prinzipien des sozialistischen Aufbaus und nationalen Besonderheiten stand und steht in jedem Lande neu; und da der Marxismus kein Kochbuch mit fertigen Rezepten ist, können bei dem Versuch, die konkreten Probleme zu lösen, auch unterschiedliche Auffassungen und Meinungsverschiedenheiten aufkommen. Sie sind immer lösbar, solange alle Kommunisten bei Beachtung der nationalen Besonderheiten stets die grundlegenden, allgemeingültigen Prinzipien im Auge behalten. Nicht immer und nicht überall werden jedoch die nationalen Kampfbedingungen der Werktätigen des jeweiligen Landes richtig mit den die kommunistische Bewegung prägenden Prinzipien des proletarischen Internationalismus in Übereinstimmung gebracht. Kleinbürgerlicher Nationalismus, am ausgeprägtesten in der Form des Maoismus, richtete und richtet in der kommunistischen Bewegung großen Schaden an. Das internationale Fiasko des Maoismus zeigt jedoch mit aller Deutlichkeit, daß der kleinbürgerliche Nationalismus ein Fremdkörper ist, den der gesunde Organismus der kommunistischen Bewegung abstößt. Der proletarische Internationalismus ist stärker. Er wird früher oder später über nationalistische Entartungen in unserer Bewegung triumphieren, weil die wirklichen nationalen Interessen der Arbeiterklasse eines jeden Landes mit dem proletarischen Internationalismus übereinstimmen.

2. Unterschiedlich sind auch die Kampfbedingungen der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern. In [240] einigen Ländern wurden sie zu großen, einflußreichen Massenparteien. In Italien und Frankreich versucht das Internationale Kapital, mit allen Mitteln zu verhindern, daß die kommunistischen Parteien Regierungsparteien werden. In einigen Ländern haben die Kommunisten auf der parlamentarischen Ebene sehr starke Positionen errungen – bis hin zur Beteiligung an Regierungen. Rund 40 Millionen Wähler stimmen heute in den kapitalistischen Ländern für die kommunistischen Parteien. In anderen kapitalistischen Ländern ist es dem Großkapital, meist gestützt auf eine rechte Sozialdemokratie, gelungen, den Einfluß der Kommunisten noch gering zu halten.

Insgesamt ist die Situation in den entwickelten kapitalistischen Ländern durch eine Verschärfung des Klassenkampfes und den wachsenden Einfluß der Kommunisten gekennzeichnet. Die unterschiedlichen Kampfbedingungen, der unterschiedliche Masseneinfluß, können jedoch auch dazu führen, daß bestimmte Fragen unterschiedlich beantwortet, daß dieses oder jenes Feld des Klassenkampfes, das in diesem oder jenem Land zeitweilig in den Vordergrund rückt, verabsolutiert wird, daß andere Felder unterschätzt und nationale Gesichtspunkte gegenüber dem Internationalismus überbewertet werden. Auch das sind Probleme einer insgesamt wachsenden, rasch voranschreitenden Bewegung.

3. Heute gibt es kommunistische Parteien in allen Erdteilen. In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg sind 30 neue kommunistische Parteien entstanden. Insgesamt gibt es jetzt kommunistische Parteien in 89 Ländern, davon in Westeuropa 19 mit 2,4 Millionen Mitgliedern, in Amerika 25 mit rund 500.000 Mitgliedern, in Asien 22 mit 720.000 Mitgliedern (ohne die regierenden Parteien der sozialistischen Länder Asiens und ohne Indonesien) und in Afrika 9 mit rund 20.000 Mitgliedern.

Das rasche Anwachsen der Zahl der kommunistischen Parteien ist ein Ausdruck des stürmischen Voranschreitens unserer Bewegung. Es liegt allerdings auf der Hand, daß das Wirken kommunistischer Parteien bis in den entferntesten Winkel unseres Erdballs, darunter auch in solchen Ländern, die sich auf einem feudalgesellschaftlichen oder noch weiter zurückliegenden Entwicklungsniveau befinden, in denen es praktisch noch keine oder kaum eine Arbeiterklasse gibt, die bis in die jüngste [241] Zeit hinein unter dem Joch offener kolonialer Unterdrückung standen, in denen der Imperialismus jahrhundertlang Stammes- und Rassengegensätze entfachte, auch neue Probleme für die kommunistische Bewegung bringen kann.

4. Die kommunistische Bewegung ist auch der Mitgliederzahl der kommunistischen Parteien nach enorm gewachsen. Gab es vor dem Kriege in der Welt etwa 4 Millionen Kommunisten, so gibt es heute etwa 60 Millionen. Allein in den kapitalistischen Ländern hat die Zahl der Kommunisten in den letzten fünf Jahren um 1 Millionen, darunter in Westeuropa um 400.000 zugenommen.

Damit ging zugleich auch eine Veränderung in der sozialen Zusammensetzung der kommunistischen Parteien einher. Wie bereits gesagt, existieren heute kommunistische Parteien auch in Ländern, in denen sich die Arbeiterklasse gerade erst herausbildet. In den hochentwickelten Ländern werden neue

Schichten in den Klassenkampf einbezogen, orientieren sich an den Positionen der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Gehörten vor dem Krieg von den 4 Millionen Kommunisten 3 Millionen zur Arbeiterklasse, so kommen heute von den 60 Millionen jeweils etwa die Hälfte aus der Arbeiterklasse und aus den nichtproletarischen Schichten.

Das alles stärkt die Kräfte der Arbeiterklasse im Kampf um den Sozialismus und bringt den großen Fortschritt unserer Bewegung zum Ausdruck. Unter bestimmten Umständen kann jedoch diese veränderte soziale Zusammensetzung der Parteien, die rasche Einbeziehung neuer Gruppen der Werktätigen, die noch über wenig Kampferfahrungen verfügen, auch das Eindringen bürgerlicher Ideologie in die Reihen der Kommunisten begünstigen und Probleme für unsere Bewegung mit sich bringen.

Die Kommunisten haben überall das gemeinsame Ziel, die Schaffung des Sozialismus und Kommunismus. Doch sie stehen in diesem weltweiten Kampf vor den unterschiedlichsten konkreten Aufgaben. Allein daraus entsteht auch die Möglichkeit von Meinungsverschiedenheiten in der Einschätzung dieser oder jener Situation. Der rasche Fortschritt im revolutionären Weltprozeß wirft jedoch auch täglich neue Fragen auf, die eine Weiterentwicklung der Strategie und Taktik der Kommunisten verlangen. Die Kommunisten sind verpflichtet, diesen neuen [242] Fragen große Aufmerksamkeit zu schenken, weil ihre Beantwortung wichtig ist für den wachsenden Masseneinfluß und neue Erfolge jeder einzelnen Partei wie unserer Bewegung insgesamt. Zugleich liegt in der Notwendigkeit, neue Fragen aufzugreifen und zu beantworten, auch die Möglichkeit unterschiedlicher Einschätzungen. Die Kommunisten stehen zudem überall, wenn auch in unterschiedlichem Maße, unter dem Druck des Klassengegners, was wiederum die Möglichkeit verstärkt, daß hier oder da opportunistische Auffassungen Einfluß erlangen können. Die unterschiedlichen Bedingungen können zeitweilig zur Überbewertung nationaler Besonderheiten und zur Unterschätzung internationalistischer Verpflichtungen führen.

Das alles sind Wachstumsprobleme der Gegenwart, Faktoren, die das Entstehen von Meinungsverschiedenheiten in dieser oder jener Frage begünstigen können. Sie müssen allerdings nicht mit Notwendigkeit zu Meinungsverschiedenheiten führen, wie die einheitlichen Positionen der überwältigenden Mehrheit der Bruderparteien in allen wichtigen Fragen des weltweiten Klassenkampfes bestätigen.

Die Wachstumsprobleme unserer Bewegung widerspiegeln sich besonders auch in Europa. Das ist kein Zufall. Die Zuspitzung vieler Fragen in Europa, die verstärkten Versuche des Klassengegners, hier die Kommunisten auseinanderzubringen, ergeben sich aus der besonderen Bedeutung unseres Erdteils. Hier ist der Sozialismus am stärksten. Hier hat sich, wenn man von den USA absieht, auch die Entwicklung des staatsmonopolistischen Systems in den hochentwickeltesten kapitalistischen Ländern am weitesten vollzogen. Hier sind die Wirkungen der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus am stärksten. Hier sind in den letzten Jahren große politische Veränderungen eingetreten, wie der Sturz der faschistischen Regime in Portugal und Griechenland, die Erschütterung des Faschismus in Spanien. Hier wurden kommunistische Parteien zu Massenparteien. Hier ist in einigen Ländern die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und das antimonopolistische Bündnis besonders weit entwickelt. Hier sind schließlich die Wirkungen der internationalen Entspannung am stärksten. Viele neue Fragen sind aufgeworfen, auf die zunächst auch unterschiedliche Antworten möglich sind. [243]

7.3. Um welche Probleme geht es in der gegenwärtigen Diskussion, und welches ist dazu der Standpunkt der DKP?

Die DKP ist eine Partei, die sich in ihrer Tätigkeit unbeirrbar von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus leiten läßt. Sie geht zugleich von dem in der kommunistischen Bewegung selbstverständlichen Grundsatz aus, daß jede kommunistische Partei ihre Politik selbständig erarbeitet und dafür vor der Arbeiterklasse des eigenen Landes wie vor der internationalen Arbeiterbewegung die volle Verantwortung trägt. Wir wollen uns darum nicht zur Politik dieser oder jener Bruderpartei in dieser oder jener Frage äußern, sondern den Standpunkt der DKP zu einigen grundsätzlichen Fragen darlegen, um die es heute geht.

1. Wir sind der Ansicht, daß es notwendig ist und dem schöpferischen Charakter unserer marxistischen Theorie entspricht, daß sich die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern über die Öffnung des Weges zum Sozialismus in ihrem Lande verstärkt Gedanken machen. Unter den

Bedingungen des heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus und des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus werden neue Übergangsformen zum Sozialismus, neue Wege der Revolution, darunter auch solche ohne Bürgerkrieg, falls die notwendigen Voraussetzungen dafür gegeben sind, möglich.

Unsere Partei hat zu dieser Diskussion ihren Beitrag geleistet, indem sie, ausgehend von den heutigen Kampfbedingungen, für unser Land die Politik der Öffnung des Weges zum Sozialismus über den Kampf um eine antimonopolistische Demokratie entwickelt hat. Wir hoben dabei auf dem Bonner Parteitag noch einmal hervor, was wir bereits in den Thesen des Düsseldorfer Parteitags deutlich gemacht haben: „Wie sich die Entwicklung zum Sozialismus konkret vollziehen wird, darüber entscheidet der Klassenkampf. Die DKP erstrebt ... den für das arbeitende Volk günstigsten Weg zum Sozialismus. Sie erstrebt einen Weg ohne Bürgerkrieg.“ Zugleich haben wir keinen Platz für Illusionen gelassen und betont: „Es waren immer die herrschenden reaktionären Klassen, die zur Rettung ihrer Macht und ihrer Vorrechte blutige Gewalt gegen das Volk anwandten. Nur im harten Klassen- und Volkskampf gegen den [244] unvermeidlichen Widerstand der großkapitalistischen Interessengruppen kann die antimonopolistische und sozialistische Volksbewegung die Kraft erlangen, um die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern.“⁶

Unsere Partei ist also sehr dafür, daß sich die kommunistischen Parteien Gedanken machen über neue Wege, neue Übergänge zum Sozialismus, entsprechend den heutigen Kampfbedingungen; Problematisch wird es allerdings dann, wenn versucht wird, die Suche nach dem zweckmäßigsten Weg zum Sozialismus entsprechend den eigenen Bedingungen dem bestehenden Sozialismus entgegenzustellen. Das bedeutet, die Kraft des realen Sozialismus, seines Beispiels, für den eigenen Kampf um den Sozialismus ungenutzt zu lassen. Das führt zu falschen Theorien eines „dritten Weges“, die nirgends zum Sozialismus geführt, aber stets dem Kampf der Arbeiterklasse geschadet haben. Wir halten darum auch nichts davon, dem Weg, den die Länder des Sozialismus gegangen sind, einen „demokratischen Weg zum Sozialismus“ entgegenzusetzen, weil wir davon ausgehen: es gab nie einen anderen Weg zum Sozialismus als einen demokratischen, und es wird nie einen anderen Weg geben! Nur mit der Mehrheit der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen, also nur mit der überwältigenden Mehrheit des Volkes, kann die Macht der Arbeiterklasse erkämpft, der Sozialismus aufgebaut und gegen alle Anschläge der inneren und äußeren Reaktion verteidigt werden. Hätten denn die Bolschewiki den Ansturm der weißgardistischen Konterrevolution und der Intervention der 14 imperialistischen Staaten (USA, England, Frankreich, Deutschland, Japan u. a.) überstehen können, wenn sie nicht von der großen Mehrheit der Arbeiter und Bauern Rußlands aktiv unterstützt worden wären? Hätte die Sowjetunion die faschistischen Aggressoren besiegen können, die über die Wirtschaft fast ganz Europas verfügten und schon vor den Toren Moskaus und Leningrads standen, wenn die sozialistische Ordnung nicht von der überwältigenden Mehrheit des Volkes getragen und aktiv unterstützt worden wäre?

2. Wir sind der Ansicht, daß es durchaus notwendig ist und dem schöpferischen Charakter des Marxismus entspricht, über die Formen der politischen Macht der Arbeiterklasse, die die entscheidende Voraussetzung für den Sozialismus darstellt, [245] nachzudenken. Schon Lenin hat darauf hingewiesen, daß die Völker auf unterschiedlichen Wegen, in unterschiedlichen Formen zum Sozialismus gelangen werden.⁷ In den 14 Ländern, die heute sozialistische Staaten sind, waren die Formen des Übergangs zur sozialistischen Staatsmacht und ist auch die Form der Staatsmacht selbst sehr unterschiedlich.

Die DKP hat in ihren programmatischen Dokumenten stets erklärt, daß sie die Öffnung des Weges zum Sozialismus über die Erkämpfung einer antimonopolistischen Demokratie auf der Basis der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte erstrebt. Sie hat zugleich betont, daß das nicht allein von uns abhängt, da die bisherige Geschichte zeigt, daß das Großkapital keineswegs bereit ist, demokratische Prinzipien zu achten, wenn seine Macht in Gefahr ist.

⁶ Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP. DKP kontra Großkapital. Für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus. These 9, in: Protokoll des Düsseldorfer Parteitags der DKP, 25.-28. November 1971, o. O. u. o. J., S. 312/313.

⁷ Vgl. z. B.: W. I. Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus, in: Werke, Bd. 23, S. 64.

Genosse Breschnew betont im Bericht des ZK der KPdSU an den XXV. Parteitag im Hinblick auf Chile: „Die Erfahrungen der revolutionären Bewegung der letzten Jahre haben anschaulich vor Augen geführt: Wann immer sich eine reale Gefahr für die Herrschaft des Monopolkapitals und seiner politischen Strohänner ergibt, ist der Imperialismus zu allem bereit, wobei er selbst auf den geringsten Anschein von Demokratie verzichtet. Er ist bereit, auch die Souveränität von Staaten sowie jede Gesetzlichkeit mit Füßen zu treten, von der Menschlichkeit ganz zu schweigen. Verleumdung, Verdummung der Öffentlichkeit, Wirtschaftsblockade, Sabotage, bewußtes Heraufbeschwören von Hungersnot und Wirtschaftsruin, Korruption und Drohungen, Terror, Anstiftung zum Mord an Politikern, Pogrome im faschistischen Stil gehören zum Rüstzeug der heutigen Konterrevolution, die stets im Bündnis mit der internationalen imperialistischen Reaktion vorgeht.“⁸

Diese Erfahrungen der Gegenwart und der ganzen Geschichte der Arbeiterbewegung unterstreichen, daß eine grundlegende Umwälzung der politischen Macht, ihr Übergang aus den Händen des Großkapitals in die Hände der Arbeiter und der übrigen Werktätigen, unabdingbare Voraussetzung für den Sozialismus ist. Dabei gehört zur politischen Macht der Arbeiterklasse auch die Fähigkeit der neuen Staatsmacht, mit den dafür erforderlichen Mitteln die Errungenschaften der sozialistischen Umwälzung, die Volksmacht, die breit entfaltete Demokratie und wirkliche Freiheit für das Volk, das sozialistische Eigentum gegen jeden Anschlag der inneren und äußeren Reaktion zu verteidigen. Sie muß in der Lage und bereit sein, der konterrevolutionären Gewalt der Reaktion die Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die Verteidigung der sozialistischen Gesetzlichkeit entgegenzusetzen.

Die demokratischen Rechte und Freiheiten, die sich die Arbeiterklasse im Kapitalismus erkämpft hat, sind wichtige Errungenschaften. Sie wird sie im Sozialismus nicht nur nicht aufgeben, sondern ihnen mit der politischen Macht der Arbeiterklasse und dem gesellschaftlichen Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln eine reale Grundlage geben, sie auf eine neue, höhere Stufe heben. Sie wird sie untermauern durch die grundlegenden Rechte und Freiheiten des arbeitenden Volkes, die nur der Sozialismus zu schaffen vermag, durch das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung und Ausbildung, auf wirkliche soziale Sicherheit, durch die Befreiung von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. In einer in feindliche Klassen gespaltenen Gesellschaft bedeutet jedoch die Ausdehnung der Rechte und Freiheiten der einen Klasse die Beschränkung der Rechte und Freiheiten der anderen. Es kann für die Arbeiterklasse keine Befreiung von der Ausbeutung geben, wenn den Kapitalisten nicht die Freiheit der Ausbeutung genommen wird. Es kann kein Recht auf Arbeit, keine wirkliche soziale Sicherheit geben, wenn den Kapitalisten nicht das Recht genommen wird, Besitzer der Produktionsmittel zu sein und die Produktion ihrem Profitstreben unterzuordnen, was gesetzmäßig zu Krisen und Arbeitslosigkeit führt. Die neuen Rechte und Freiheiten der sozialistischen Demokratie können nicht gesichert werden, wenn dazu nicht auch das Recht gehört, die Versuche der gestürzten Ausbeuter, diese Rechte wieder zu beseitigen, durch den entschlossenen Kampf der Werktätigen und die entschiedene Anwendung der sozialistischen Gesetzlichkeit zu unterdrücken.

Wir sind darum gegen alle Vorstellungen, die den Inhalt der Machtfrage verschleiern und die Illusion erwecken, als ob man den Sozialismus aufbauen könne, ohne die sozialistische Demokratie zu schaffen und zu sichern, die gegenüber der bürgerlichen Demokratie eine ganz neue, höhere Qualität darstellt. Erst recht sind wir gegen jedes Zugeständnis an die antikommunistischen Verleumdungen der sozialistischen Demo-[247]kratie durch die Todfeinde jeder wirklichen Demokratie, durch die Monopolherren und ihre politischen Vertreter und Massenmedien.

Von den Verteidigern der Diktatur des Großkapitals wird dabei im besonderen Maße Schindluder getrieben mit dem von Marx, Engels und Lenin entwickelten Begriff der Diktatur des Proletariats. Diejenigen, die Hitler in den Sattel gehoben haben, die das Pinochet-Regime in Chile, die Diktatur in Spanien und das Rassistenregime in Südafrika unterstützen, versuchen, diesen Begriff mit Terror und Unterdrückung wie im Faschismus gleichzusetzen.

In Wirklichkeit gründen Marx, Engels und Lenin den wissenschaftlichen Begriff Diktatur des Proletariats auf die marxistische These, daß in einer Klassengesellschaft jeder Staat, auch der demokratischste,

⁸ XXV. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht ..., a. a. O., S. 38.

die Diktatur (das heißt die Herrschaft) einer Klasse ist. Die politische Herrschaft der Bourgeoisie ist dabei die Macht einer kleinen Minderheit von Ausbeutern über die große Mehrheit der ausgebeuteten Klassen und Schichten. Die politische Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen bedeutet dagegen die Macht der überwältigenden Mehrheit des Volkes, die tatsächliche Volkssouveränität, Demokratie und Freiheit für das Volk.

3. Unsere Partei hält es für richtig und notwendig, daß jede Partei ihre nationalen Kampfbedingungen sorgfältig beachtet und sich als eine wahrhaft nationale Kraft, als Vertreterin der Massen der Nation bewährt. Wir haben, ausgehend vom Hamburger Parteitag, auf dem Bonner Parteitag der DKP gerade dieser Seite unserer Politik verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt. Das Wesen der nationalen Frage besteht dabei darin, die Nation, ihre große Mehrheit von der Macht der ausbeutenden Minderheit, von der antinationalen Politik des Großkapitals zu befreien.

Berücksichtigung der nationalen Bedingungen bedeutet jedoch nicht und kann für Kommunisten nicht bedeuten, die nationalen Besonderheiten höher zu stellen als die Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Trennung von der internationalen Arbeiterbewegung, Herausstellen von Differenzen können nur dem Großkapital nutzen und schaden damit auch den wirklichen nationalen Interessen.

Unsere Partei stimmt völlig überein mit Genossen Breschnew, [248] der im Bericht des ZK der KPdSU an den XXV. Parteitag erklärte: „Besonders möchten wir hervorheben, wie wichtig heute der proletarische Internationalismus ist. Das ist eines der Hauptprinzipien des Marxismus-Leninismus. Leider beginnt manch einer ihn so zu interpretieren, daß vom Internationalismus praktisch kaum etwas übrigbleibt. Es finden sich auch solche, die sogar offen vorschlagen, sich vom Internationalismus loszusagen. Ihrer Ansicht nach ist dieser von Marx und Lenin begründete und vertretene Internationalismus veraltet. Unseres Erachtens würde aber ein Verzicht auf den proletarischen Internationalismus bedeuten, daß den kommunistischen Parteien und der gesamten Arbeiterbewegung eine mächtige und erprobte Waffe genommen wird. Das wäre ein guter Dienst für den Klassegegner, der übrigens seine antikommunistischen Aktionen im internationalen Maßstab aktiv koordiniert.“⁹

4. Wir halten es auch für notwendig, daß sich eine jede kommunistische Partei Gedanken darüber macht, wie man die Erfolge des realen Sozialismus besser propagieren und sie damit für die Entwicklung des Klassenbewußtseins der eigenen Arbeiterklasse nutzen kann. Dabei ist es sicher richtig, den Sozialismus nicht als eine glatte Einbahnstraße, sondern ihn mit seinen Schwierigkeiten und Problemen darzustellen. Die Stärke des Sozialismus besteht ja nicht darin, daß er keine Probleme hätte. Eine solche Gesellschaftsordnung gibt es nicht. Die Überlegenheit des Sozialismus kommt vielmehr darin zum Ausdruck, daß er vorhandene Probleme mit den Werktätigen und im Interesse der Werktätigen löst.

Der Bericht des ZK der KPdSU an den XXV. Parteitag und die ganze Diskussion auf diesem Parteitag zeigen anschaulich, daß die Kommunisten der Sowjetunion ebenso wie die der anderen sozialistischen Länder ihre Probleme kennen und sie in aller Offenheit diskutieren, um sie in gemeinsamen Anstrengungen zu lösen.

Wir sind allerdings dagegen, eigene Positionen aus der Kritik am realen Sozialismus heraus zu begründen. Das mag zwar Publizität in den bürgerlichen Massenmedien und vielleicht kurzfristig Vorteile bringen. Langfristig führt eine solche Haltung aber dazu, dem Antikommunismus und Antisowjetismus neue Nahrung zu geben, die Positionen zu stärken, die der Ver-[249]teidigung der Macht des Großkapitals dienen. Es gibt kein Beispiel dafür, daß man, wenn man sich in Gegensatz zum realen Sozialismus bringt, selbst zum Sozialismus kommen kann, wohl aber bittere Erfahrungen eines immer tieferen Absinkens in antikommunistische Positionen.

5. Wir sind der Ansicht, daß es für jede kommunistische Partei und jeden einzelnen Kommunisten in den entwickelten kapitalistischen Ländern notwendig ist, ständig um die Herstellung und Erweiterung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und des antimonopolistischen Bündnisses bemüht zu sein. Auf dem Bonner Parteitag haben wir betont: Der Schlüssel zu jedem Erfolg im Kampf gegen das

⁹ Ebenda, S. 39 f.

Großkapital ist die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und das breite Bündnis der antimonopolistischen, demokratischen Kräfte. Wir halten es darum für unsere Pflicht, stets nach neuen Möglichkeiten und Ansätzen zu suchen.

Weder der Aktionseinheit der Arbeiterklasse noch der antimonopolistischen Bündnispolitik ist jedoch damit gedient, wenn dieses Suchen nach neuen Möglichkeiten mit der Aufgabe von marxistischen Prinzipien, mit Zugeständnissen an den Antikommunismus verbunden wird. Wir haben auch kein Verständnis dafür, wenn bei dem Bemühen, die Aktionseinheit im eigenen Lande und über die Grenzen des Landes hinaus zu entwickeln, Einmischung in die Politik einer anderen kommunistischen Partei erfolgt, die unter anderen Bedingungen kämpft. Unsere Partei wäre z. B. niemals bereit, im Interesse einer falsch verstandenen Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten die den Grundsätzen des Klassenkampfes und der Lage ihres Landes entsprechende Politik unserer portugiesischen Bruderpartei zu kritisieren. Wir haben es vielmehr als unsere internationalistische Pflicht angesehen, zu jeder Zeit unsere Solidarität mit dem Kampf der portugiesischen Kommunisten zum Ausdruck zu bringen.

6. Wir halten es für notwendig, angesichts der heutigen komplizierten und unterschiedlichen Kampfbedingungen die Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien weiter zu entwickeln. Sie muß selbstverständlich auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung erfolgen und dem Ziel dienen, den gemeinsamen Kampf allseitig zu stärken.

Selbstverständlich ist es auch gut und richtig, wenn starke [250] kommunistische Parteien ihren Einfluß nutzen, um mit ihren publizistischen Möglichkeiten schwächere Bruderparteien zu unterstützen, z. B. auch durch das Auftreten in den Massenmedien des anderen Landes. Das wird jedoch nur dann eine Unterstützung für die Bruderpartei sein, wenn die von der jeweiligen Bruderpartei entwickelte Politik berücksichtigt und nicht versucht wird, sie zu bevormunden oder politische Positionen zu verbreiten, die mit der Politik der betreffenden Partei unvereinbar sind. Wer sich z. B. in den Massenmedien der BRD gegen die Politik der Sowjetunion wendet, der hilft unserer Partei nicht, der schadet ihr und handelt nicht entsprechend den Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

In all diesen Fragen geht es immer wieder um zwei Kernprobleme. Kommunisten brauchen stets ein klares, klassenmäßiges Verhältnis zum realen Sozialismus, zur Sowjetunion und den mit ihr verbundenen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft. Zugeständnisse an den Antikommunismus schwächen die eigene Kraft. Zweitens gilt es stets, die nationalen Besonderheiten des Klassenkampfes im eigenen Lande in den weltweiten internationalen Klassenkampf einzuordnen. Jede Geringschätzung des proletarischen Internationalismus schadet nicht nur der internationalen Arbeiterbewegung, sondern zugleich dem Kampf der Arbeiterklasse im eigenen Land. Wenn diese Grundprinzipien beachtet werden, gibt es viel Raum für neue Überlegungen und Fragestellungen.

Genosse Breschnew stellte auf dem XXV. Parteitag der KPdSU fest: „Die Kommunisten der verschiedenen Länder verfolgen mit Interesse und verständlicher Aufmerksamkeit die Arbeit der Bruderparteien. Unter ihnen können sich zuweilen Unterschiede in den Meinungen und in der Einstellung zu dieser oder jener Frage ergeben. Die feindliche Propaganda hat das so manches Mal zu Sensationen aufgebaut. Aber die Marxisten-Leninisten gehen an derartige Fragen vom Standpunkt des Internationalismus und getragen von der Sorge um die Festigung der Einheit der gesamten Bewegung heran. Sie erörtern die auftauchenden Probleme im Geiste echter Kameradschaft, im Rahmen der unumstößlichen Normen der Gleichberechtigung und Achtung der Selbständigkeit jeder Partei. Natürlich ist dabei nicht und kann nicht die Rede sein von Kompromissen in grundsätzlichen Dingen oder Versöhnertum [251] gegenüber Ansichten und Handlungen, die der kommunistischen Ideologie widersprechen. Das ist ausgeschlossen.“¹⁰

Wir gehen davon aus, daß die kommunistische Weltbewegung über die Kraft verfügt, in ihren Reihen auftretende Meinungsverschiedenheiten und Probleme zu lösen. In dieser Überzeugung sehen wir uns durch die Erfahrungen der letzten Jahre bestätigt.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die kommunistische Bewegung die internationalistische Einheit ihrer Reihen gefestigt. Die Formen der Zusammenarbeit und der Koordinierung des Vorgehens der

¹⁰ Ebenda, S. 39.

Bruderparteien in den verschiedenen Gebieten der Welt, die von den internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 und 1969 festgelegt wurden und die aktiv in der Praxis angewandt werden (bilaterale und multinationale Treffen und Konsultationen, Erfahrungsaustausch über die Arbeit, gemeinsame Erarbeitung theoretischer Probleme und regelmäßige Durchführung internationaler Beratungen), sicherten die optimale Lösung des Problems der Einheit der kommunistischen Reihen in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe. Das alles hat die Wirksamkeit der gemeinsamen Tätigkeit der Bruderparteien im Weltmaßstab erhöht.

Bezeichnend sind auch folgende Zahlen, die Genosse Sagladin in seinem erwähnten Artikel nennt: Allein in den letzten sechs Jahren nach der Konferenz von 1969 fanden mehr internationale Treffen von Bruderparteien statt als in der gesamten vorhergehenden Nachkriegsperiode. In letzter Zeit kam es jährlich bis zu 600 zweiseitigen Kontakten zwischen einzelnen Parteien. In den letzten sechs Jahren wurden über 40 internationale Treffen von Kommunisten durchgeführt, die sich mit verschiedenen politischen Problemen und Fragen der Koordinierung des Vorgehens ihrer Tätigkeit auf dem internationalen Schauplatz befaßten. In der letzten Zeit – und das ist ein überaus wichtiges Moment – fanden auch mehr als 50 internationale Begegnungen der Bruderparteien zu theoretischen Fragen statt. Darin findet gerade der ideologische Zusammenschluß der kommunistischen Reihen seinen anschaulichen Ausdruck. Der Festigung der Reihen der Kommunisten auf unserem Kontinent diene auch die Durchführung der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas.

[252] Besonders deutlichen Ausdruck fand die wachsende Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung auf dem XXV. Parteitag der KPdSU. 103 Delegationen von kommunistischen und anderen fortschrittlichen Parteien nahmen als Gäste an diesem Parteitag teil. So viele Delegationen gab es weder bei irgendeinem vorangegangenen Parteitag noch bei den zurückliegenden Weltkonferenzen unserer Bewegung.

Alle ausländischen Redner unterstrichen die gewaltige Bedeutung des XXV. Parteitags der KPdSU für die internationale Politik, die konstruktive und progressive Rolle der Sowjetunion. Alle anwesenden Parteien, auch jene, die in bestimmten Fragen andere Ansichten als die KPdSU vertreten, bekundeten ihre grundlegende Zustimmung zum Friedensprogramm der KPdSU und zu deren Kurs der antiimperialistischen Solidarität mit dem nationalen und sozialen Befreiungskampf der Völker, ihre Hochachtung vor den gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Leistungen des Sowjetvolkes. Die große Mehrheit aller ausländischen Redner erklärte noch weitergehend ihre volle Übereinstimmung mit der Politik der KPdSU, die Zustimmung zur Verurteilung des Maoismus und Opportunismus, zu den allgemeingültigen Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus. Sie wandten sich entschieden gegen jede Spielart des Antikommunismus und Antisowjetismus.

So läßt sich mit vollem Recht feststellen: Der XXV. Parteitag der KPdSU trug dazu bei, die Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung enger zusammenzuführen. Das alles zeigt überzeugend, daß die Tendenz zur Festigung der Einheit tatsächlich zur hauptsächlichen, zur bestimmenden Tendenz in der Entwicklung der kommunistischen Bewegung geworden ist. Unsere Partei wird – wie der Bonner Parteitag überzeugend zum Ausdruck gebracht hat – auch in Zukunft alles in ihren Kräften Stehende tun, um ihren Beitrag zu leisten zur Festigung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung, der einflußreichsten politischen Kraft unserer Zeit.